DIE LINKE.
NORDRHEIN-WESTFALEN

Heft 3

Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm

Landesparteitag

05./06. November 2ß16

Zeche Zollverein/Essen

Änderungsanträge im Wortlaut

		KV Essen	Abkürzungen ausschreiben		

Ausschreiben statt Abkürzen
Abkürzungen im Landtagswahlprogramm werden vermieden. Wir schreiben generell „10 Euro“ statt „10 €“, schreiben „5 Millionen“ statt „5 Mio.“ und „57 Prozent“ statt „57 %“. Diesbezüglich wird das Programm redaktionell überarbeitet.

Begründung:
Siehe die Hinweise zur Sprache in den Gestaltungsrichtlinien der Bundespartei.

		KV Essen	Kapitel neu ordnen		

Kapitel anders zuordnen

Die bisherigen Kapitel II. („Armut…“) bis III.4. („Mitbestimmung) werden zu einem Kapitel II. zusammengelegt und erhalten den Titel *„Armut und soziale Spaltung überwinden – die Wirtschaft für die Menschen entwickeln“*.
Die bisherigen Kapitel III.5 („Infrastruktur“) bis Kapital III.9 („Sport“) bilden zusammen mit dem Abschnitt „Verbraucherschutz“ (bisher in Kapitel VII. in den Zeilen 3217 bis 3236 ohne arabische Ziffer unter dem „Drogen“-Abschnitt) das neue Kapitel III. unter dem Titel *„III. Öffentliche Daseinsvorsorge stärken und weiterentwickeln“*.

Begründung:
Es erscheint auf Anhieb seltsam, dass die Kapitel ab III.5 (Infrastruktur) bis III.9. (Sport) dem Kapitel III. Wirtschaft zugeordnet sind. Hier geht es doch um öffentliche Daseinsvorsorge, die eben nicht dem „Markt“ (der „Wirtschaft“) unterliegen sollte. Auch andere Zuordnungen sind nicht unbedingt logisch, z.B. den Verbraucherschutz unter VII. Grundrechte zu setzen. Die hier beantragte Zuordnung macht u.E. weit mehr Sinn.

I		OV Hattingen	Sozialismus		

Es soll mindestens 10-mal das Wort „Sozialismus“ oder „sozialistisch“ im Landtagswahlprogramm enthalten sein.
Begründung:
Aktuell sind diese Worte nicht enthalten.

I		KV Herford	Titeländerung	

100 % sozial – Unser Wahlprogramm für NRW 2017
Begründung: Unsere Ziele sollten in dem Titel klar zum Ausdruck kommen. Einfach nur „stark“ sein, reicht nicht, um das Land zu verändern.

I		HP Fischer	Ersetzung sozial-ökologisch		

Im vorliegenden Programmentwurf (Zeilen 41; 983; 2717; 2808), dessen Änderungen und damit im späteren Programm ist der Begriff „***sozial-ökologisch***“ durch adäquatere Begriffe – in erster Linie durch „***sozial und ökologisch***“ auszutauschen.

Begründung

Auch wenn sich in den letzten Jahren der Begriff „sozial-ökologisch“ in viele linke Texte eingeschlichen hat, heißt das noch lange nicht, dass es sich um einen richtig gebrauchten Begriff handelt. Es wird zwar durchweg klar, was die Autoren meinen, aber sie benutzen eben den falschen Begriff. Darum sollten sie in unserem aktuellen Wahlprogramm zur Landtagswahl NRW und später im Bundestagswahlprogramm und weiteren Publikationen auch nicht mehr auftauchen.

Erläuterungen:

Im gerne (und meistens falsch) benutzten Begriff „sozial-ökologisch“ wurden zwei Begriffe kombiniert, die man sonst mit einem „und“ verbunden hätte. Bei der Kombination aber ist die Ursprungsbedeutung der Einzelbegriffe verlorengegangen und der neue Begriff hat eine völlig andere Bedeutung. So wie aus dem giftigen Natrium (Na) und dem giftigen Chlor (Cl) in Kombination Kochsalz (NaCl) oder aus den Gasen Wasserstoff (H) und Sauerstoff (O) die Flüssigkeit Wasser (H2O) wird, so ist das mit diesem Begriff leider auch. Schon wenn wir die Reihenfolge der beiden Begriffe in „ökologisch-sozial“ ändern, verändert sich die Bedeutung wieder.

Die Absicht hinter der Nutzung des Begriffs „sozial-ökologisch“ statt der vollständigen Form „sozial und ökologisch“ besteht wohl darin, dass man mit diesem augenscheinlichen Neologismus der „sprachlichen Inflation“ also Abnutzung der Ursprungsbegriffe entgegen wirken wollte. Da es sich aber um keinen echten Neologismus handelt, entsteht das Problem der falschen Begrifflichkeit.

Es gibt die zoologische Sozialökologie, als Teilbereich der ökologisch orientierten Verhaltensbiologie und die Sozialökologie aus der Sozialforschung, als eine stadtsoziologische Theorie.
Darüber hinaus ist die Soziale Ökologie eine Konzeption, die vor allem innerhalb der sozial-ökologischen Forschung verwendet wird.

Damit sind wir bei der sozial-ökologischen Forschung. Sie zielt darauf, Strategien zur Lösung gesellschaftlicher Nachhaltigkeitsprobleme zu entwickeln. In Deutschland wird die sozial-ökologische Forschung schon seit 1999 durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung als Teil der Nachhaltigkeitswissenschaft im Rahmen des Programms „Forschung für nachhaltige Entwicklungen“ (FONA) gefördert und ist somit ein alter Hut.
Es handelt sich um eine interdisziplinären Geisteswissenschaft und nichts anderes.

Sozial-ökologisch hat mit der Ökologie als Wissenschaft oder gar mit Umweltschutz gar nichts zu tun. Das sozial ist als gesellschaftlich zu übersetzen. In der Zusammensetzung also nicht das, was wir tatsächlich ausdrücken wollen.

Was wir wirklich sagen wollen und was alternative Begriffe im Wahlprogramm sein könnten:

Sozial und ökologisch
Sozial, ökologisch und sozial-ökologisch,
ökologisch-sozial
öko-sozial
öko-sozialistisch,
ökologisch und sozial

I		Claus Ludwig	Ersetzung sozial-ökologisch		

Im vorliegenden Programmentwurf und damit im späteren Programm ist der Begriff „sozial-ökologisch“ durch adäquatere Begriffe auszutauschen.

Begründung:

Auch wenn sich in den letzten Jahren der Begriff „sozial-ökologisch“ in viele linke Texte eingeschlichen hat, heißt das noch lange nicht, dass es sich um einen richtig gebrauchten Begriff handelt. Es wird zwar durchweg klar, was die Autoren meinen, aber sie benutzen eben den falschen Begriff. Darum sollten sie in unserem

aktuellen Wahlprogramm zur Landtagswahl NRW und später im Bundestagswahlprogramm auch nicht mehr auftauchen.

Erläuterungen:

Im gerne (und meistens falsch) benutzten Begriff „sozial-ökologisch“ wurden zwei Begriffe kombiniert, die man sonst mit einem „und“ verbunden hätte. Bei der Kombination aber ist die Ursprungsbedeutung der Einzelbegriffe verlorengegangen und der neue Begriff hat eine völlig andere Bedeutung. So wie aus dem giftigen Natrium (Na) und dem giftigen Chlor (Cl) in Kombination Kochsalz (NaCl) oder aus den Gasen Wasserstoff (H) und Sauerstoff (O) die Flüssigkeit Wasser (H2O) wird, so ist das mit diesem Begriff leider auch. Schon wenn wir die Reihenfolge der beiden Begriffe in „ökologisch-sozial“ ändern, verändert sich die Bedeutung wieder.

Die Absicht hinter der Nutzung des Begriffs „sozial-ökologisch“ statt der vollständigen Form „sozial und ökologisch“ besteht wohl darin, dass man mit diesem augenscheinlichen Neologismus der „sprachlichen Inflation“ also Abnutzung der Ursprungsbegriffe entgegen wirken wollte. Da es sich aber um keinen echten Neologismus handelt, entsteht das Problem der falschen Begrifflichkeit.

Es gibt die zoologische Sozialökologie, als Teilbereich der ökologisch orientierten Verhaltensbiologie und die Sozialökologie aus der Sozialforschung, als eine stadtsoziologische Theorie.

Darüber hinaus ist die Soziale Ökologie eine Konzeption, die vor allem innerhalb der sozial-ökologischen Forschung verwendet wird.

Damit sind wir bei der sozial-ökologischen Forschung. Sie zielt darauf, Strategien zur Lösung gesellschaftlicher Nachhaltigkeitsprobleme zu entwickeln. In Deutschland wird die sozial-ökologische Forschung schon seit 1999 durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung als Teil der Nachhaltigkeitswissenschaft im Rahmen des Programms „Forschung für nachhaltige Entwicklungen“ (FONA) gefördert und ist somit ein alter Hut.

Es handelt sich um eine interdisziplinären Geisteswissenschaft und nichts anderes.

Sozial-ökologisch hat mit der Ökologie als Wissenschaft oder gar mit Umweltschutz gar nichts zu tun. Das sozial ist als gesellschaftlich zu übersetzen. In der Zusammensetzung also nicht das, was wir tatsächlich ausdrücken wollen.

Was wir wirklich sagen wollen und was alternative Begriffe im Wahlprogramm sein könnten:

Sozial und ökologisch; Sozial, ökologisch und sozial-ökologisch; ökologisch-sozial; öko-sozial; öko-sozialistisch; ökologisch und sozial

I	32	LAG SB	Überschrift ändern		

Zeile 32, Überschrift, ersetzen durch:
Menschen mit Behinderung: Selbstbestimmt leben in einem inklusiven NRW

I	66-145	KV Essen	Streichungen Vorwort		

„Echtes“ Vorwort statt Präambel

Die Zeilen 66 bis 145 werden aus dem Vorwort gestrichen.

Begründung:
Das Vorwort drückt den Anspruch aus, Politik mit der Bevölkerung zu erarbeiten, statt im stillen Kämmerlein etwas zu entwickeln, das dann „nur noch“ durchzusetzen wäre. Diese u.E. positive Haltung wird durchbrochen durch die weiteren politischen Grundsätze, in denen bereits festgeklopft wird, was man doch erst gemeinsam

mit anderen entwickeln will. Das ist ein innerer Widerspruch, der das „Vorwort“ zu einer klassischen inhaltlichen „Präambel“ macht. Wir sind der Auffassung, dass wir im „Vorwort“ kein derartiges „verstecktes Kurzwahlprogramm“ benötigen.
Zeile 148 findet inhaltlich unmittelbar Anschluss an Zeile 65, so dass keine große redaktionelle Überarbeitung nötig wäre. Nur so aber wird aus dem „Vorwort“ ein wirkliches Vorwort, das keine Inhalte vorwegnimmt und kurz bleibt. Nur so wird auch das Signal, mit der Bevölkerung Politik entwickeln zu wollen, wirklich eindeutig. Ggf. könnten Teile der zu streichenden Sätze in die einzelnen Kapitel des weiteren Programms umgestellt werden, wenn dort noch nichts Entsprechendes steht.

I	159	KV Essen	Ergänzung Haltelinien		

Rote Haltelinien erweitern
In Zeile 159 wird der Satz mit den „Haltelinien“ wie folgt gefasst (Änderung ist unterstrichen):
„Ein ‚Weiter so’ mit Sozialabbau, Stellenkürzungen, Niedriglöhnen und Abschiebungen ist mit uns nicht machen.“

Begründung:
Zu unseren Grundsätzen einer humanitären Flüchtlingspolitik gehört es, Abschiebungen zu verhindern. Wo wir dies nicht können, wollen wir sie wenigstens nicht verantworten. Dies gehört u.E. zu den „roten Haltelinien“, die zu Bedingungen einer Teilnahme an einer evtl. Regierungsverantwortung gehören.

I	57-161	AKL	Ersetzung Vorwort	Einbeziehen bei Erstellung eines neuen Vorworts	

Antrag auf Ersetzung der Zeilen 57 – 161 durch folgenden Text:

AUFBRUCH ZU EINEM SOZIALISMUS DES 21. JAHRHUNDERTS
Liebe Leserin, lieber Leser,
Die LINKE-NRW legt hier ihr Wahlprogramm zur Landtagswahl 2017 vor. Es ist in Zusammenarbeit mit Hunderten von Aktiven aus der Gewerkschaftsbewegung, Erwerbslosengruppen, Umwelt- , Friedens- und Fraueninitiativen, aus der Bewegung zur Verteidigung und zum Ausbau der demokratischen Grundrechte und nicht zuletzt der Solidaritätsbewegung mit den Flüchtenden, die in NRW eine neue Heimat suchen, entstanden. Das ist Markenzeichen der LINKEN NRW, so ist sie als Partei entstanden und so wird sie auch nach den Landtagswahlen 2017 weiterhin Politik machen: Kompromisslos und konsequent für die Interessen derjenigen, die seit Jahrzehnten zu kurz kommen und sich zurecht als Opfer der Politik aller neoliberalen Parteien fühlen. Alle anderen Parteien wollen Interessen ausgleichen, wo es nichts auszugleichen gibt, die LINKE-NRW will Interessen und Forderungen formulieren, die bei anderen unter den Tisch fallen und angeblichen „Sachzwängen“ geopfert werden.
Wir wollen Hoffnung machen für eine andere Gesellschaftsordnung, in der die Politik nicht mehr von den Interessen weniger Superreicher, Banken und Konzerne bestimmt wird, sondern von den Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung.
In allen auf den folgenden Seiten behandelten Einzelthemen wird eines deutlich: Die grundsätzliche Richtung der Politik muss sich ändern. Richtschnur politischen Handelns darf nicht mehr das wirtschaftliche Privatinteresse einer ökonomisch mächtigen Minderheit sein. Nirgends ist das so offenkundig wie beim Thema Armut und Reichtum. In Nordrhein-Westfalen leiden viele Menschen unter Armut, vor allem Kinder. Gleichzeitig ist NRW Heimat größten Reichtums. Diese schreiende Ungerechtigkeit bei der Verteilung von Einkommen, Vermögen und der daraus ermöglichten Lebenschancen ist keine Naturkatastrophe. Sie ist Ergebnis einer seit Jahrzehnten verfolgten Wirtschafts- und Sozialpolitik, eines Systems, dass heute wieder Kapitalismus genannt werden darf. Alle anderen Parteien haben sich dieser sozial ungerechten Politik verschrieben. Und die neueste Parteigründung, die „Alternative für Deutschland“ ist in dieser Hinsicht sogar eine besonders schreckliche und brutale Variante.
Das Programm dieser Parteien ist ganz einfach: Die Politik muss für eine Umverteilung von Unten nach Oben sorgen, die Reichen müssen noch ein bisschen reicher und die Armen leider noch ärmer werden. Die Gewinne müssen sprudeln und die Löhne müssen sinken. Das große Lügenmärchen, das mit dieser Politik seit Jahren verbreitet wird, lautet: Wenn wir diese neue Umverteilung nach Oben gemacht haben, dann entsteht daraus

eine Win-Win-Geschichte, denn es wird wieder Wirtschaftswachstum und neuen und mehr Wohlstand für alle geben.
Die Umverteilung ist erfolgreich: In Form von Hartz-IV-Gesetzen, der Schaffung eines Niedriglohnsektors, der Senkung der Renten und aller anderen Sozialleistungen, der Senkung der Steuern für die Reichen und der Erhöhung der indirekten und Verbrauchssteuern für Alle, der Verlängerung der Arbeitszeiten ohne Lohnerhöhungen und der Kürzung bei allen sozialen Ausgaben für Infrastruktur und Kultur. Dabei gab es eine festverwurzelte Arbeitsteilung zwischen den Bundes- und Landesregierungen auf der einen und den privaten Unternehmern auf der anderen Seite. Was Hartz-IV nicht allein schaffte, wurde durch betriebliche und tarifvertragliche Verschlechterungen ergänzt.
Nicht eingetreten, ist allerdings das versprochene Wirtschaftswachstum und der Wohlstand für Alle. Die Versprechen von CDU, SPD, Grünen und FDP haben sich als das große Märchen des 21. Jahrhunderts herausgestellt.
Die LINKE-NRW ist deshalb ohne Wenn und Aber eine Partei der Umverteilung in die andere Richtung. Die Verteilung von Vermögen und Einkommen muss gerechter werden. Deshalb ist die LINKE-NRW für eine Erhöhung der Renten, der Löhne und aller davon abgeleiteten Sozialleistungen. Die LINKE-NRW ist für das sofortige Ende des menschenfeindlichen Hartz-IV-Regiments in den Job-Centern. Die Steuern für die Reichen – Einkommens- Erbschafts- und Vermögenssteuer – müssen steigen, die Steuern für die niedrigen und mittleren Einkommen sowie die indirekten Steuern müssen sinken.
Die LINKE-NRW ist die Partei der Umverteilung auch bei der Arbeit. Es ist eine skandalöse Ungerechtigkeit, dass Hunderttausende keine Arbeit haben oder in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, während die anderen Unmengen an Überstunden leisten und auch die reguläre Arbeitszeit stetig verlängert wird. Die LINKE-NRW kämpft für die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich – eine dringend erforderliche und schnell durchzuführende Maßnahme.
Die LINKE-NRW ist für eine andere Richtung im Wohnungsbau. Niedrige Miete – statt hoher Rendite ist die Leitlinie. Wir fordern 100.000 neue günstige Wohnungen im Jahr und dafür muss die Privatisierung von Boden gestoppt und zurückgedrängt werden.
Auch diese Umverteilungen in die andere Richtung gelingen nur durch konfliktbereite gewerkschaftliche und betriebliche Interessenskämpfe mit parlamentarischer Unterstützung aus dem Landtag und den kommunalen Vertretungen.
Diese Umverteilung in die andere Richtung ist zu einem großen Teil Bundes- und sogar Europapolitik. Aber eine andere Regierung und eine andere Politik auf Landes- und sogar Kommunalebene können viel erreichen. Sie können entsprechende Initiativen auf Bundesebene ergreifen, sie können sich in den Auseinandersetzungen auf die Seite der Beschäftigten und Erwerbslosen stellen; sie können in den landeseigenen und kommunalen Betrieben mit Beispielen und Leuchtturminitiativen vorangehen. Unser Programm ist voll an Vorschlägen für eine solche andere Politik der sozialen Gerechtigkeit.
Die „großen Themen“ der Weltpolitik machen nicht Halt vor Nordrhein-Westfalen.
Die seit 1989 vermehrt auf der Welt stattfindenden Kriege um die Neuaufteilung der Welt in Märkte und Einflusszonen; zwischen neuen nationalistischen Kräften und kriminellen Banden in den zerstörten Regionen haben Elend, Armut und Flucht erzeugt. Gleichzeitig zerstören die angeblich freundlich geordneten internationalen Freihandelsbeziehungen im großen Stil die Lebensgrundlagen von Millionen. Letztlich führen auch die in erster Linie durch die großen Industriemächte verursachten Klimazerstörungen zu Flucht und Vertreibung. 65 Millionen Menschen sind auf dem Erdball auf der Flucht als Folge von Krieg, Freihandel und Umweltzerstörung. Nur ein kleiner Teil erreicht davon das reiche Europa und Deutschland und bittet um Aufnahme.
Die LINKE-NRW ist bedingungslos auch auf der Seite dieser Opfer der Weltpolitik. Die Parteimitglieder beteiligen sich an der Willkommens- und Solidaritätsbewegung. Es ist die große Lüge der letzten beiden Jahre, dass es angeblich kein Geld für eine humane und nachhaltige Aufnahme dieser Menschen gäbe. Wer im Handstreich hunderte Milliarden zur Bankenrettung oder fünf Milliarden Euro Abwrackprämie als Hilfe für die Autokonzerne auftreibt, der könnte auch sofort die Milliarden für eine andere Politik gegenüber den Flüchtenden zur Verfügung stellen.
Die LINKE-NRW ist für eine andere Handels- und für eine friedliche Außenpolitik, sie ist für die Bekämpfung der Fluchtursachen dort, wo sie entstehen. Aber es gibt für die Flüchtenden nach Deutschland keine Obergrenze. Das Asylrecht muss ausgebaut und nicht weiter eingeschränkt werden. Wir fordern eine deutliche Erhöhung der Gelder für die Kommunen und eine große Anstrengung von Stadtverwaltungen, Städteplanern, Hilfsorganisationen und Selbsthilfegruppen der Flüchtenden, um allen Wohnungen, Bildung und soziale Integration zu geben.

Aber die LINKE-NRW fordert auch politische Rechte für die Flüchtenden. Sie sind hier, weil die reichen Staaten in ihren Heimaten Zerstörung und Ausplünderung hinterlassen haben. Wir wollen eine politische Bewegung der Flüchtenden, um die Verhältnisse weltweit zu ändern.
Der Krieg wird auch in Nordrhein-Westfalen gemacht. Hier sind wichtige Thinktanks und Verwaltungsstrukturen der Nato und große deutsche Rüstungsbetriebe ansässig. Die LINKE-NRW will die Auflösung dieser Strukturen und die Umstellung der Rüstungsproduktion – und zwar so schnell wie möglich. Kein*e Beschäftigte*r dieser Einrichtungen und Betriebe braucht Verluste bei Einkommen und Lebensstandard befürchten. Wir sind für eine staatliche Garantie der Einkommen der Beschäftigten, bis die Umstellung und Umrüstung abgeschlossen ist.
Die LINKE-NRW ist für eine Friedenspolitik und Beendigung aller Kriegsforschung und Kriegswerbung an Schulen, Universitäten, Jobcentern und öffentlichen Einrichtungen.
Bei keinem der „großen Themen der Weltpolitik" ist ein so umfangreicher und schneller Handlungsbedarf, aber auch ein so großer direkter und sichtbarer Interessensgegensatz vorhanden, wie beim Thema Klima- und Umweltschutz. Um die Erderwärmung zu drosseln, ist eine Umkehr der Politik in die komplett andere Richtung erforderlich. Nicht mehr Stromverbrauch, sondern weniger; nicht mehr Verkehr und Transporte, sondern weniger; nicht mehr Produktion überflüssiger Güter, die nur aus Profitgründen auf den Markt geworfen werden, sondern weniger. Die Fachleute aller Umweltverbände sprechen zu recht von der Notwendigkeit einer Revolution in unseren Konsum- und Produktionsverhältnissen, um auch nur die minimalen und bei Weitem nicht ausreichenden Ziele des aktuellen Pariser Klimaabkommens zu erreichen. NRW muss nicht nur aus der Atomtechnologie, sondern auch aus der Braun- und Steinkohleproduktion aussteigen. Wichtige Sektoren der Chemie-, der Stahl- und Aluminiumproduktion müssen auf den Prüfstand. Die seit Anfang der Bundesrepublik im großen Stil betriebene Förderung des Automobilverkehrs und des dafür erforderlichen Straßenbaus müssen eingestellt werden. Auch hier gilt: Eine große Investitionsoffensive und staatliche Bürgschaften werden nicht alle der alten Arbeitsplätze der Beschäftigten erhalten, aber sie werden Bestandsschutz bei den Einkommen geben.
Keine der bisherigen Regierungen und der sie stellenden Parteien waren bisher bereit, sich im Sinne einer solchen Revolution mit den großen Energie- und Industriekonzernen anzulegen. Es wird aber nicht ohne diese Auseinandersetzung gehen.
Wir verraten jetzt noch ein Geheimnis: Wer diese Ziele einer politischen Umkehr in allen großen Themenbereichen erreichen will, der oder die wird das nicht mit den jahrelang gepredigten Glaubensbekenntnissen von CDU, SPD, Grünen und FDP bewerkstelligen. „Privat vor Staat", „Wirtschaftspolitik wird in der Wirtschaft gemacht", „Die Gewinne von Heute, sind die Arbeitsplätze von Morgen", „Wachstum, Wachstum, Wachstum" – und wie die Sprüche alle heißen, müssen endgültig der Vergangenheit angehören. Diese zu recht als „Altparteien" bezeichneten Vollstrecker der Interessen der Banken und Konzerne müssen für eine solche andere Politik erst einmal regierungsfähig werden. Sie könnten dies sofort und jeden Tag beweisen, indem sie die Forderungen der entsprechenden Initiativen und –Bewegungen aufgreifen und sich an den Aktionen beteiligen, aber sie tun es bekanntlich nicht.
Die LINKE-NRW hat seit ihrer Gründung bewiesen, auf welcher *S*eite sie in diesen politischen und Interessensauseinandersetzungen steht. Daran wird sich nichts ändern, egal, ob die LINKE in der Opposition ist oder in Zukunft Regierungsverantwortung übernimmt.
Viele unserer Forderungen, die in diesem Programm aufgelistet werden, können und werden auch durch eine starke gesellschaftliche und parlamentarische Opposition erreicht. Wir wollen die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse ändern, weil nur dadurch die Politik wirklich verändert wird. Und wenn die anderen Parteien uns Regierungsgespräche anbieten, dann wird das und nichts anderes unserer Maßstab sein. SPD und Grüne verwalten in Nordrhein-Westfalen mehr schlecht als recht die bestehenden Verhältnisse. Wir wollen diese Verhältnisse ändern.
Wir hören es jetzt schon: Die Altparteien werden uns vorwerfen, wir wären Dinosaurier der Planwirtschaft und altbackene Sozialst*innen. Es soll uns ein Ehrentitel sein. Wir wissen besser als alle anderen, was am Sozialismus der Vergangenheit schief gelaufen ist und wie es zu ändern ist. Unser Ziel heißt soziale Gerechtigkeit, umfassende Demokratie, Schutz des Klimas und der Umwelt für unsere Kinder und Enkel und friedliche Politik auf dem gesamten Erdball. Um dorthin zu gelangen, dürfen die bestehenden Wirtschafts- und Besitzverhältnisse nicht so bleiben wie sie sind. Deshalb tritt DIE LINKE.NRW
für einen Aufbruch zu einem Sozialismus des 21. Jahrhunderts ein.

I	57-161	Landesvorstand	Ersetzungsantrag Vorwort		

Antrag auf Ersetzung der Zeilen 57 – 161 durch folgenden Text:

Liebe Leserin, lieber Leser,
wir legen hier unser Wahlprogramm zur Landtagswahl 2017 vor. Es ist in Zusammenarbeit mit Hunderten von Aktiven aus der Gewerkschaftsbewegung, Erwerbslosengruppen, Umwelt- , Frieden- und Fraueninitiativen, aus der Bewegung zur Verteidigung und zum Ausbau der demokratischen Grundrechte und nicht zuletzt der Solidaritätsbewegung mit den Flüchtenden, die in NRW eine neue Heimat suchen, entstanden.
Das ist Markenzeichen der LINKEN-NRW, so ist sie als Partei entstanden und so wird sie auch nach den Landtagswahlen 2017 weiter Politik machen: Kompromisslos und konsequent für die Interessen derjenigen, die seit Jahrzehnten zu kurz kommen und sich zurecht als Opfer der Politik aller neoliberalen Parteien fühlen. Alle anderen Parteien wollen Interessen ausgleichen, wo es nichts auszugleichen gibt. Wir dagegen wollen Interessen und Forderungen formulieren, die bei anderen unter den Tisch fallen und angeblichen „Sachzwängen“ geopfert werden. Wir wollen Hoffnung machen für eine andere Gesellschaftsordnung, in der die Politik nicht mehr von den Interessen weniger Superreicher, Banken und Konzerne bestimmt wird, sondern von den Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung.
In allen auf den folgenden Seiten behandelten Einzelthemen wird eines deutlich: Die grundsätzliche Richtung der Politik muss sich ändern. Richtschnur politischen Handelns darf nicht mehr das wirtschaftliche Privatinteresse einer ökonomisch mächtigen Minderheit sein. Nirgends ist das so offenkundig wie beim Thema Armut und Reichtum. In Nordrhein-Westfalen leiden viele Menschen unter Armut, vor allem Kinder. In keinem anderen Bundesland ist die Armut in den letzten Jahren derart angestiegen wie in NRW. 20% der Beschäftigten arbeiten inzwischen im Niedriglohnbereich. Gerade das Ruhrgebiet droht armutspolitisch völlig abzurutschen. Gleichzeitig ist NRW Heimat größten Reichtums. Diese schreiende Ungerechtigkeit bei der Verteilung von Einkommen, Vermögen und der daraus ermöglichten Lebenschancen ist keine Naturkatastrophe. Sie ist Ergebnis einer seit Jahrzehnten verfolgten Wirtschafts- und Sozialpolitik, eines Systems, dass heute wieder Kapitalismus genannt werden darf. Alle anderen Parteien haben sich dieser sozial ungerechten Politik verschrieben.
Das Programm dieser Parteien ist ganz einfach: Die Politik muss für eine Umverteilung von Unten nach Oben sorgen, die Reichen müssen noch ein bisschen reicher und die Armen leider noch ärmer werden. Die Gewinne müssen sprudeln und die Löhne müssen sinken. Das große Lügenmärchen, das mit dieser Politik seit Jahren verbreitet wird, lautet: Wenn wir diese neue Umverteilung nach Oben gemacht haben, dann entsteht daraus eine Win-Win-Geschichte, denn es wird wieder Wirtschaftswachstum und neuen und mehr Wohlstand für alle geben.
Die Umverteilung von unten nach oben ist erfolgreich: In Form von Hartz-IV-Gesetzen, der Schaffung eines Niedriglohnsektors, der Senkung der Renten und aller anderen Sozialleistungen, der Senkung der Steuern für die Reichen und der Erhöhung der indirekten und Verbrauchssteuern für Alle, der Verlängerung der Arbeitszeiten ohne Lohnerhöhungen und der Kürzung bei allen sozialen Ausgaben für Infrastruktur und Kultur. Dabei gab es eine festverwurzelte Arbeitsteilung zwischen den Bundes- und Landesregierungen auf der einen und den privaten Unternehmern auf der anderen Seite. Was Hartz-IV nicht allein schaffte, wurde durch betriebliche und tarifvertragliche Verschlechterungen ergänzt.
Nicht eingetreten ist allerdings der Wohlstand für Alle. Die Versprechen von CDU, SPD, Grünen und FDP haben sich als das große Märchen des 21. Jahrhunderts herausgestellt. Wenn die Menschen für Niedriglöhne arbeiten müssen, bleiben sie arm, obwohl die Unternehmen Gewinne machen. Nicht einmal für eine Vermögenssteuer hat sich die SPD-Grüne-Koalition eingesetzt. Kein Kind sollte zurückgelassen werden, das war in der Folge der große Schwindel in NRW. Denn wenn Millionär*innen und Milliardär*innen kaum noch Steuern zahlen, ist für gute Bildung, sozialen Wohnungsbau oder eine sozialere Politik zu wenig Geld vorhanden.
Armut ist keine Naturkatastrophe. Sie ist Ausdruck einer falschen Wirtschaftsordnung. Armut und Reichtum hängen direkt miteinander zusammen. Von den 500 reichsten Deutschen lebt jeder vierte in Nordrhein-Westfalen, ihr Vermögen wird seit Jahren immer größer. CDU, SPD, Grüne und FDP klagen im Wahlkampf über Armut. Sie haben aber oft selber eine Politik für die Superreichen gemacht und damit die wachsende Armut vorangetrieben.
Für uns ist das wichtigste Ziel guter Sozialpolitik, dass die Existenz aller Menschen gesichert ist und sie gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Niemand soll Angst haben, wie er über den Monat kommt. Niemand soll mehr im Winter frieren, weil er die Heizkosten nicht bezahlen kann. Keine Familie soll künftig ohne Strom sein, weil der vom Energieversorger abgestellt wurde. Und wenn es nach uns geht, wird auch keine Rentnerin mehr aus ihrer Wohnung geworfen, weil ihre Armutsrente nicht mehr für die gestiegene Miete reicht.

Wir treten ohne Wenn und Aber für der Umverteilung von oben nach unten ein. Dabei geht es auch um soziale Sicherheit für alle Menschen. Wenn die Unternehmen die Menschen für Niedriglöhne arbeiten lassen können, bleiben die Menschen arm, obwohl die Unternehmen Profite machen. Wenn Millionäre und Milliardäre kaum noch Steuern zahlen, ist für die Reparatur der Schule oder sozialen Wohnungsbau immer weniger Geld vorhanden. Wir wollen eine gerechtere Steuerpolitik durchsetzen. Auf große Vermögen und sehr hohe Einkommen sollen mehr Steuern bezahlt werden, unter anderem durch eine Millionärssteuer. Normal- und Geringverdienende wollen wir dagegen entlasten. Immer mehr Organisationen und Verbände setzen sich heute für ein gerechtes Umsteuern ein. Gemeinsam wollen wir aus NRW den Druck auf die Bundespolitik 2017 noch verstärken, damit die Kampagne „UmFAIRteilen“ für die Menschen erfolgreich ist. Die Verteilung von Vermögen und Einkommen muss gerechter werden. Deshalb streiten wir für eine Erhöhung der Renten, der Löhne und aller davon abgeleiteten Sozialleistungen. Das menschenfeindliche Hartz-IV-Regiment in den Job-Centern muss sofort beendet werden. Die Steuern für die Reichen – Einkommens- Erbschafts- und Vermögenssteuer – müssen steigen, die Steuern für die niedrigen und mittleren Einkommen sowie die indirekten Steuern müssen sinken.

Wir streiten auch für die Umverteilung von Arbeit. Während die einen durch Erwerbslosigkeit, Niedriglöhne und Minijobs nicht genug Geld zum Leben haben, fehlt den anderen die Zeit für die Familie, Freunde und ein gutes Leben. Jedes Jahr müssen Beschäftigte Millionen Überstunden leisten, weil nicht ausreichend Personal eingestellt wird. Das erhöht den Profit. Wir wollen uns nicht der Logik der Gewinnmaximierung unterordnen. Wir wollen eine Wirtschaftsordnung, die dem Wohle des Menschen dient. Deshalb setzen wir uns nicht nur für mehr Arbeitsplätze ein, sondern wollen die Arbeit auch gerecht und sinnvoll umverteilen. Das Ziel ist eine 30-Stunden-Woche als Normalarbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Im ersten Schritt sollen die Arbeitszeitverlängerungen der Landesbeschäftigten zurückgenommen werden. Das schafft mehr Arbeitsplätze und gibt den Menschen mehr Lebenszeit zurück. Ein Anfang wäre schon gemacht, wenn der riesige Personalmangel in den Kitas, Schulen, Pflegeheimen und Krankenhäusern behoben würde. Soziale und Erziehungsberufe sind unverzichtbar. Es muss Schluss damit sein, dass diese Berufe als traditionelle Frauenberufe schlechter bezahlt werden. In Nacht- und Nebelaktionen wurden Milliardenbeträge für Banken zur Verfügung gestellt. Doch wenn es um soziale Belange der Menschen geht, dann heißt es immer, es sei kein Geld da.

Wir wollen mit einer groß angelegten Offensive für Investitionen und öffentliche Beschäftigung die kaputte und fehlende Infrastruktur in den Städten sanieren und für die Bevölkerung ausbauen. Alleine die dringend nötige Verkehrswende bietet große Chancen für neue und umweltfreundliche Arbeitsplätze. Immer mehr Menschen wollen mit dem Rad oder mit Bus und Bahn fahren. Dafür brauchen wir einen erheblichen Ausbau des öffentlichen und fahrscheinlosen Nahverkehrs. Denn auch Mobilität ist für uns ein Menschenrecht!

Gemeinsam mit Schüler*innen, Auszubildenden, Studierenden und Beschäftigten im Bildungswesen setzen wir uns entschieden für Chancengleichheit in Bildung und Beruf ein. Wir streiten für ein Bildungssystem, das alle mit nimmt, gut finanziert ist und eine individuelle Förderung ohne Zeit- und Leistungsdruck gewährleistet. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen und muss gebührenfrei sein.

Ein großes Thema für immer mehr Menschen sind bezahlbare Wohnungen. Privatisierungen öffentlicher Wohnungsbestände und Kürzungen im Wohnungsbau haben vor allem in den Städten für einen dramatischen Wohnungsmangel und abenteuerliche Mietpreise gesorgt. Oft wird ein Großteil des Einkommens für die Miete ausgegeben. Unter dem Schlagwort der Stadtteilerneuerung werden immer mehr Menschen aus ihren Wohnvierteln verdrängt, investiert wird vorrangig in Luxusbauten. Damit muss Schluss sein. Wir und viele Menschen, die sich für „ein Recht auf Stadt“ einsetzen, nennen das „Gentrifizierung“. Wir wollen uns mit diesen Menschen gemeinsam für bezahlbaren Wohnraum für alle einsetzen. Wir sagen „Keine Profite mit der Miete“ und fordern, dass Spekulationen und Preistreiberei beendet werden. Wohnen ist für uns ein Grundrecht und keine Ware!

„Wem gehört eigentlich die Stadt?“ Unsere Antwort lautet: „uns allen gemeinsam“. Die Privatisierung von Grund und Boden muss ein Ende haben. Statt immer weiter die Profitgier der privaten Großinvestoren zu bedienen wollen wir den öffentlichen Raum zurückerobern. Zu einem guten Leben für alle gehören mehr und gute Spielplätze, Parks und Freizeitgestaltungsmöglichkeiten ohne Eintritt und Gebühren. Wir brauchen Investitionen in bezahlbaren Wohnraum für alle. Wir setzen uns ein für den Bau von 100.000 günstigen Wohnungen jährlich durch das Land und die Kommunen.

Die regierende Politik darf nicht länger tatenlos zusehen, wie unsere Städte immer mehr verfallen. Schließungen von Schwimmbädern, Bibliotheken und Jugendzentren gehören ebenso zur alltäglichen Realität in unseren Städten wie höhere Eintrittsgelder oder Gebühren für Kultureinrichtungen, die Müllabfuhr oder Wasserwerke. Wir sagen: Nur Reiche können sich arme Städte leisten!

Die Umverteilungen von oben nach unten kann nur gelingen durch gewerkschaftliche und betriebliche Interessenskämpfe, die mit einer mit parlamentarischen Stimme unterstützt wird.
Diese Umverteilung in die andere Richtung muss auf Landesebene beginnen. Teils ist sie aber auch Bundes- und sogar Europapolitik. Eine andere Regierung und eine andere Politik auf Landes- und sogar Kommunalebene können dafür viel erreichen. Sie können entsprechende Initiativen auf Bundesebene ergreifen, sie können sich in den Auseinandersetzungen auf die Seite der Beschäftigten und Erwerbslosen stellen; sie können in den landeseigenen und kommunalen Betrieben mit Beispielen und Initiativen vorangehen. Unser Programm ist voll an konkreten Vorschlägen für eine solche andere Politik der sozialen Gerechtigkeit.
Zu den großen Aufgaben gehört auch ein sozialer und menschlicher Umgang mit eingewanderten und geflüchteten Menschen. In NRW gibt es eine lange Tradition der Einwanderung aus unterschiedlichen Nationen. Das Miteinander funktionierte immer dort gut, wo die Menschen ihre Gemeinsamkeiten in den Vordergrund gestellt und sich gemeinsam für die Verbesserung ihrer Arbeits-und Lebenssituation eingesetzt haben. Ob in der Zeche oder in der Stahlhütte, ob am Fließband oder im Einzelhandel wurde in NRW immer gemeinsam für soziale Gleichheit, berufliche Perspektiven und gleiche Rechte für alle Menschen gestritten. Das ist auch weiter unser Ziel. Eine solidarische und soziale Politik ist unsere Alternative zu Rassismus und Ausgrenzung.
Doch Rassismus und Ressentiments sind keine Antwort auf die schon lange bestehenden Missstände. Nazis und Rechtspopulist*innen wie die AfD profitieren von der Enttäuschung, die mit der unsozialen Politik der letzten Jahrzehnte gewachsen ist. Doch nicht nur der rechte Rand schürt Ängste und sät Gewalt gegen Geflüchtete, gegen Schwule und Lesben und gegen emanzipierte Frauen. Die Regierungsparteien gießen die Parolen der extremen Rechten regelmäßig in diskriminierende Gesetze oder brüsten sich damit, wer hilfesuchende Menschen am schnellsten abschiebt.
Wir sind davon überzeugt, dass Integration schwieriger wird, wenn es den Menschen schlecht geht, wenn Arbeitsplätze und Wohnungen fehlen. Integration ist auch eine soziale Frage. Wir wollen eine soziale Offensive für alle, auch um Integration wirklich voranzubringen. Wir nehmen die sozialen Sorgen der Menschen sehr ernst. Es die Aufgabe der Politik, die Integration zu organisieren und die Kreise, Städte und Gemeinden hierfür finanziell gut auszustatten. Damit Integration gelingt, fordern wir gleiche politische und soziale Rechte für alle. Dies gilt auch für politische Rechte von Geflüchteten. Sie sind hier, weil die reichen Staaten in ihren Heimaten Zerstörung und Ausplünderung hinterlassen haben. Wir wollen eine politische Bewegung der Flüchtenden, damit sie für sich selbst sprechen – über Integration und Wohnsituation, aber auch ihre Sicht auf Kriege und ungerechte Handelsverträge.
Wir stehen für eine andere Handels- und für eine friedliche Außenpolitik. Soziale Gerechtigkeit, Antirassismus, Frieden, Demokratie und Menschenrechte sind für uns unverrückbare Grundpfeiler unserer Politik. Wir setzen uns ein, wir argumentieren und wir streiten auch entschieden für eine Gesellschaft, in der die Menschen über ihre Belange gemeinschaftlich und selbstbestimmt entscheiden und in der nicht Profitstreben und Ausbeutung herrschen. Die brutalste Ausbeutung von Mensch und Natur ist Krieg. Deshalb stellen wir uns konsequent gegen Kriege Auslandseinsätze und Waffenexporte. Sie zählen zu den größten Fluchtursachen.
Wir wollen Fluchtursachen bekämpfen. Auch in NRW sind wichtige Thinktanks, Kriegs- und Verwaltungsstrukturen der Nato sowie große deutsche Rüstungsbetriebe ansässig. DIE LINKE NRW will die Auflösung dieser Strukturen und die Umstellung der Rüstungsproduktion – und zwar so schnell wie möglich. Kein*e Beschäftigte*r dieser Einrichtungen und Betriebe braucht Verluste bei Einkommen und Lebensstandard befürchten. Wir sind für eine staatliche Garantie der Einkommen der Beschäftigten, bis die Umstellung und Umrüstung abgeschlossen ist.
DIE LINKE NRW ist für eine entschiedene Friedenspolitik, die Rüstungsexporte verbietet und Auslandseinsätze der Bundeswehr, wie auch Kriegsforschung und Kriegswerbung an Schulen, Universitäten, Jobcentern und öffentlichen Einrichtungen, beendet
Für DIE LINKE NRW ist besonders entscheidend, dass die Menschen im Mittelpunkt der Politik stehen. Für uns gilt: Menschen statt Profite! Deshalb unterstützen wir die Menschen dabei, selbst für ihre Belange aktiv zu werden und sich gegen jede Form von Ungerechtigkeit und Ausbeutung zur Wehr zu setzen. Deshalb machen wir uns für eine direkte Demokratie stark, in der die Menschen nicht nur alle fünf Jahre zur Wahlurne gehen dürfen, sondern über ihre täglichen Belange selbst entscheiden können. Deshalb unterstützen wir betriebliche und gewerkschaftliche Kämpfe und stehen an der Seite von Erwerbslosen- und Flüchtlingsinitiativen oder Umweltverbänden. Wie bei den Protesten gegen TTIP und CETA oder gegen den Braunkohleabbau im Hambacher Forst. Deshalb ist für DIE LINKE NRW der außerparlamentarische Widerstand entscheidend, um die gesellschaftlichen Verhältnisse in Richtung einer alternativen Politik zu verändern.

Da die Landtagswahl aber auch mit der Frage verbunden ist, welche Parteien die zukünftige Landesregierung stellen werden, sagen wir unmissverständlich, dass DIE LINKE NRW sich nur dann an einer Regierungskoalition beteiligen wird, wenn damit ein deutlicher Politikwechsel verbunden ist. DIE LINKE NRW wird sich dagegen an keiner Regierung beteiligen oder diese tolerieren, die Privatisierungen, Personal- und Sozialabbau oder eine repressive Integrations- und Flüchtlingspolitik vornimmt und die nicht die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen verbessert. Eine unsoziale Politik, die auf die Schuldenbremse setzt und immer mehr Menschen in Unsicherheiten treibt ist mit der LINKEN nicht zu machen.
Wir wollen eine der wichtigsten gesellschaftlichen Fragen auf die politische Tagesordnung setzen: Wem gehören die großen Unternehmen? Wo nur für den Profit von einigen wenigen gearbeitet wird, bleiben die Interessen der Beschäftigten und der Umwelt auf der Strecke. Daher tritt DIE LINKE perspektivisch für eine sozialistische Gesellschaftsordnung ein, in der ein jeder nach seinen Fähigkeiten und Bedürfnissen leben kann, statt einer, die bestimmt ist von Profitinteressen einiger weniger.
Für ein besseres Leben für alle wollen wir streiten. Wir wollen den Protest gegen die tatsächlichen Bedrohungen aufbauen, gegen soziale Ungleichheit und Krieg. Dort wo es ihn bereits gibt, verstetigen und ausbauen und vor allem wollen wir erfolgreich sein. Dies kann nicht mit Tritten nach unten, sondern mit einem gemeinsamen Kampf gegen die wirklich Mächtigen erreicht werden. Für diese Ziele wollen wir stark in den Landtag einziehen.

I	82-83	LAK Kinder/Jugend	Einfügung Textpassage		

Vor Zeile 82 einfügen:
- Der Politik für Kinder und Jugendliche muss ein größerer Stellenwert eingeräumt werden. Die Kitas sollten quantitativ ausgebaut und qualitativ verbessert werden, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erhöhen. Die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen müssen durch Investitionen in die Infrastruktur gestärkt werden.

In Zeile 83 ergänzen:
..... für Chancengleichheit in Bildung, Ausbildung und Beruf

I	142	E. Jansen	Sprachlich		

Eine der brutalsten Zerstörungen

Es gibt keine Zerstörung erster oder zweiter Klasse.Jede Zerstörung der Umwelt und jedes Ereignis, welches Leben kostet ist gleichermaßen schrecklich und brutal.

I	146-161	AKL	Ersetzung Textpassage		

Ersetzen der Zeilen 146 – 161:
NRW braucht dringend einen sozialpolitischen Kurswechsel
Für DIE LINKE.NRW ist besonders entscheidend, dass die Menschen im Mittelpunkt der Politik stehen. Für uns gilt: Menschen vor Profite! Deshalb unterstützen wir die Menschen dabei, selbst für ihre Belange aktiv zu werden und sich gegen jede Form von Ungerechtigkeit und Ausbeutung zur Wehr zu setzen. Deshalb machen wir uns für eine direkte Demokratie stark, in der die Menschen nicht nur alle vier Jahre zur Wahlurne gehen dürfen, sondern über ihre täglichen Belange selbst entscheiden können. Deshalb unterstützen wir betriebliche und gewerkschaftliche Kämpfe und stehen an der Seite von Erwerbslosen- und Flüchtlingsinitiativen oder Umweltverbänden. Wie bei den Protesten gegen TTIP und Ceta oder gegen den Braunkohlekahlschlag im Hambacher Forst. Deshalb ist für DIE LINKE.NRW der außerparlamentarische Widerstand entscheidend, um die gesellschaftlichen Verhältnisse in Richtung einer alternativen Politik zu verändern.
Da die Landtagswahl aber auch mit der Frage verbunden ist, welche Parteien die zukünftige Landesregierung stellen werden, sagen wir unmissverständlich, dass die LINKE.NRW sich nur dann an einer Regierungskoalition beteiligen wird, wenn damit ein deutlicher Politikwechsel verbunden ist. Sozialabbau, Stellenstreichungen, Privatisierungen oder eine repressive Flüchtlingspolitik sind mit der LINKEN auf keinen Fall zu machen. Deshalb werden wir uns z.B. an einer Politik, die weiter auf die sog. Schuldenbremse setzt oder Flüchtlinge abschiebt,

keinesfalls beteiligen. DIE LINKE tritt perspektivisch für eine sozialistische Gesellschaftsordnung ein, in der die wesentlichen Produktionsmittel nicht mehr in den Händen weniger Konzerne liegen, sondern allen gehören und die gesellschaftliche Produktion von den Bürfnissen der Menschen statt vom Profitinteresse bestimmt wird.

II.1	152, 156	E. Jansen	Einfügung		

Wir stehen für eine **anti-kapitalistische** und emanzipatorische […]

Unser Ziel als LINKE. ist der demokratische Sozialismus, daher sollten wir unsere Stellung zum Kapitalismus nicht relativieren sondern unsere Ablehnung zu diesem klar formulieren.

Wir wollen **[]** Regierungs-verantwortung übernehmen, **uns dabei aber für** die Ziele […].

„Natürlich" klingt vorab wie eine Entschuldigung, eine Regierungs-verantwortung nicht übernehmen zu wollen. Doch genau diese streben wir mit unseren guten Inhalten, bei einer sozialverträglichen, umweltfreundlichen und anti-neoliberalistischen Politik zumindest im Rahmen einer Regierungs-beteiligung, an

II.1	159 f	Jelpke/Dagdelen	Ergänzung		

In Zeile 159f. wird die Formulierung wie folgt ergänzt (Ergänzung kursiv): „Ein ‚Weiter so' mit Sozialabbau, Stellenkürzungen, Niedriglöhnen *und Abschiebungen* ist mit uns nicht zu machen."
Es soll unmissverständlich klargestellt werden, dass DIE LINKE sich gegen jegliche Abschiebungen wendet. Während im früheren Entwurf als rote Haltelinie einer Regierungsbeteiligung noch ein „Abschiebestopp" enthalten war, fehlt dies im aktuellen Entwurf. Damit wird praktisch geäußert, DIE LINKE werde sich auch dann an einer Regierung beteiligen, wenn sie dadurch politische Verantwortung für Abschiebungen übernimmt. Dem gilt es klar entgegenzutreten.

II.1	171,191	E. Jansen	Einfügung, Ergänzung		

[…] immer mehr Menschen unter der Armutsgrenze leben **müssen**
Niemand entscheidet sich bewusst freiwillig unter der Armutsgrenze zu leben

Menschen wollen selbstbestimmt, **egal ob mit oder ohne gesundheitlichen Einschränkungen bzw. Behinderungen**, in Würde

Wir erleben trotz verschiedenen gesetzlichen Bestimmung, um Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt zu integrieren, dass dieser Anspruch an der Realität zum Großteil scheitert. Firmenneubauten sind meistens nur bedingt barrierefrei, Arbeitgeber versuchen weiterhin Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen aus dem Unternehmen raus zu halten.Diesen Menschen verleihen wir eine Stimme und sollten dies auch klar formulieren

II.1	192	KV Duisburg	Ergänzung		

Zeile 192: Ergänzung nach ermöglichen: Dazu gehört die Vereinbarkeit von Beruf und anderen Lebensbereichen wie das Leben mit Kindern, Teilhabe an politischen Entscheidungen, etc.

II.1	196-200	KV Duisburg	Streichung		

Zeile 196 – 200: streichen

II.1	208	E. Jansen	Einfügung		

Unbefristete armutsfeste Arbeitsplätze mit planbaren Arbeitszeiten **für alle** schaffen

Konsequente Fortführung der Änderung in Zeile 191

II.1	225 u.a.	HP Fischer	Formulierungsänderung		

Zeile	**Alt**	**Neu**
225	Wer Hartz IV bezieht,	Wer ALG II bezieht,
412	Im Hartz-Bezug	Im ALG II-Bezug
434-435	Die Verschuldung von zigtausenden Hartz IV Bezieher*innen könnte so verhindert werden.	Die Verschuldung von zigtausenden ALG II Bezieher*innen könnte so verhindert werden.
447	Die Sanktionen gegen Hartz IV-Bezieher*innen	Die Sanktionen gegen ALG II-Bezieher*innen
656	• Kindergeld auf 300 € erhöhen, keine Anrechnung auf Hartz IV	• Kindergeld auf 300 € erhöhen, keine Anrechnung auf das ALG II
657	• Keine Sanktionen für unter 25-Jährige im Hartz-IV-Bezug	• Keine Sanktionen für unter 25-Jährige im ALG II-Bezug
2189	90 % der Alleinerziehenden in NRW sind Frauen und 50 % dieser Frauen leben von Hartz IV,	90 % der Alleinerziehenden in NRW sind Frauen und 50 % dieser Frauen leben von ALG II,
2362	Deutschland müssen in Armut leben, sind auf Hartz IV angewiesen,	Deutschland müssen in Armut leben, sind auf ALG II angewiesen,
2830	im Dunkeln sitzen, brauchen wir Sozialtarife für Hartz-IV-Beziehende und	im Dunkeln sitzen, brauchen wir Sozialtarife für ALG II-Beziehende und

Begründung

Hartz IV ist zwar die inoffizielle Kurzbezeichnung für ein Gesetz aber keine Leistung, die man beziehen oder empfangen kann. Der Begriff des Hartz-IV-Empfängers wurde als Synonym für **Sozialschmarotzer**, **Asozialer** oder **Arbeitsscheuer** und ähnliche insbesondere von der Boulevardpresse eingeführt und verwendet. Mittlerweile ist dieser (meines Erachtens immer noch abwertende) Begriff in den allgemeinen Sprachgebrauch der nicht direkt Betroffenen (bzw. jener, die sich als Nichtbetroffene fühlen) so eingegangen, dass **ALG II-Bezieher*innen** sich bereits selbst als „*Hartz-IV-Empfänger*“ diffamieren. Aber auch das hat Methode, wie uns diverse Beispiele aus der Geschichte zeigen. Wer also als Hartz-IV-Kritiker den Begriff „*Hartz-IV-Empfänger*“ verwendet, ist dieser Methode nicht nur ohne nachzudenken auf den Leim gegangen, sondern stützt sie auch noch.

II.1	255	E. Jansen	Ergänzung		

Bildung von Initiativen auf Landesebene, um Leiharbeit auf Bundesebene per Gesetz zu Gunsten regulärer Beschäftigung verbieten

Eine Einflussnahme auf die Leiharbeit erfolgt auf Bundesebene. Wir wollen uns als Landes-LINKE aber nicht nur eine Änderung wünschen, sondern aktiv für dieses Ziel Druck ausüben

II.1	252	KV Warendorf	Änderung		

Verleihdauer auf höchstens 3 Monate begrenzen
wie folgt ändern:
• Ausleihdauer auf höchstens 3 Monate begrenzen
(Alternativ Aus- und Verleihdauer auf höchstens 3 Monate begrenzen)

Begründung zu der beantragten Änderung:

Verleihdauer bezieht sich auf den Personaldienstleister. Der ausleihende Betrieb wird nach 3 Monaten die Stelle mit einer anderen LeiharbeitnehmerIn besetzen. Ausleihdauer bezieht sich auf das ausleihende Unternehmen. Dieser Betrieb darf nur 3 Monate eine Stelle mit einer LeiharbeitnehmerIn besetzen und muß dann fest einstellen. Leiharbeit sollte der kurzfristigen Überbrückung von Personalengpässen dienen und nicht für Dauerleiharbeitsplätze dasein.

II.1	279	KV Herford	Streichung		

10.000 €
Begründung: Wir möchten alle öffentlichen Aufträge an Tariftreue gebunden wissen.

II.1	288	KV Herford	Überschrift ändern		

Mehr Respekt und mehr Gehalt: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit

Begründung: Gleichwertige Arbeit – egal ob in technischen oder sozialen Berufen muss gut und gleich bezahlt werden.

II.1	288	KV Duisburg	Textänderung		

Zeile 288 ändern: Mehr Respekt und mehr Gehalt: Frauen**erwerb**sarbeit aufwerten

II.1	289	KV Duisburg	Streichung		

Zeile 289: 1. Satz ersatzlos streiche

II.1	290	KV Duisburg	Ergänzung / Änderung		

Zeile 290: ändern und ergänzen: Arbeitsmarkt sind **Frauen** noch immer vielfach benachteiligt. Sie verdienen im Durchschnitt 21 % weniger als Männer.

II.1	299	KV Duisburg	Ergänzung		

Zeile 299: Forderungen ergänzen: Entgelttransparenzgesetz für alle

II.1	316/319	KV Bielefeld	Streichung „30-Stunden-Woche“		

Streichung "Offensive zur 30 Stunden Woche"
Streichung Zeile 316: ~~mit Perspektive auf 30-Stunden-Woche~~
Streichung Zeile 319: ~~Offensive für Umverteilung der Arbeit hin zur 30-Stunden-Woche starten~~
Dafür unter was tun? Ab Zeile 316 einfügen:
DIE LINKE fordert, die zulässige wöchentliche Höchstarbeitszeit im Arbeitszeitgesetz von 48 auf 40 Stunden pro Woche zu senken. Weitere tarifliche Arbeitszeitverkürzungen wollen wir gemeinsam mit den Gewerkschaften durchsetzen. Perspektivisch wäre eine 30-Stunden-Woche notwendig.
Begründung:
Eine Offensive zur 30 Stundenwoche ist derzeitig völlig illusorisch, da es weder in noch außerhalb der Gewerkschaften eine relevante Bewegung zu einer so drastischen Arbeitszeitverkürzung gibt. Im Augenblick befinden sich die Arbeitnehmer*innen in einem Abwehrkampf gegen die Entgrenzung der Arbeitszeit. Diesen Kampf sollten wir unterstützen und dabei die Diskussion über Arbeitszeitverkürzungen auch im Hinblick auf die Digitalisierung der Arbeit einbringen.
Eine überzogene Forderung wirkt hier unglaubwürdig, außerdem sollte derjenige der eine Offensive verspricht, dafür wenigstens ansatzweis mobilisierungsfähig sein.
Das ist aber nicht der Fall.
Auch eine mittelfristige drastische Reduzierung der Arbeitszeit von Beamtinnen/Landesangestellten bei gleichzeitiger Schaffung zusätzlicher Stellen für die Übernahme von weiteren Aufgaben in Schule, Kita, Polizei oder Verwaltung ist mittelfristig nicht finanzierbar.

II.2	343	E. Jansen	Streichung		

Streichen:
Vorhandene Gerichtsurteile zur Sonntagsöffnung berücksichtigen

Gesetzliche Bestimmungen sind zu folgen – es besteht keine freie Wahl Urteile nicht zu berücksichtigen

II.2	366	KV Herford	Änderung		

Keine Spaltung in Beamt*innen und andere Beschäftigte zulassen

Begründung: Als LINKE müssen wir auf die Sprache achten und sollten auf keinen Fall Begriffe wie „Arbeitnehmer“ und „Arbeitgeber“ aus der Sprache des Kapitalismus übernehmen. Wer gibt im Kapitalismus Arbeit und wer eignet sich die Ergebnisse der Arbeit an? Das sind einfache Fragen für linke Sozialist*innen, finden wir.
Wir beantragen gleichzeitig, das gesamte Programm noch mal daraufhin zu überarbeiten und entsprechende Begriffe zu ändern.

II.2	395	Remmers/Sander	Einfügung		

Nach Zeile 395 (Vorschlag) soll folgender Abschnitt eingefügt werden:

Langzeiterwerbslose dürfen nicht länger dauerhaft von der Gesellschaft abgehängt und mit dem Hartz IV-System ausgegrenzt werden. Doch in NRW sind nach aktuellen Zahlen des Institut für Arbeit und Beschäftigung IAB 324.000 Menschen davon betroffen, und der Anteil der vom Arbeitsmarkt völlig Ausgeschlossenen stieg in NRW allein in den Jahren von 2012 bis 2014 um 25 %.

Doch die Landesregierung schaut dieser Entwicklung hilflos zu, und die Bundesregierung kürzt sogar noch die Mittel für die Arbeitsmarktförderung. Sanktionsbewehrte Ein-Euro-Jobs haben nur zur weiteren Verdrängung regulärer Beschäftigung geführt, schlecht bezahlte Kurzzeitjobs bei Leiharbeitsfirmen wirken als Drehtüren zurück in das Hartz IV- System.

Junge Erwachsene ohne abgeschlossene Berufsausbildung ebenso wie ältere Erwerbslose besonders in den von Strukturwandel und Deindustrialisierung betroffenen Regionen in NRW dürfen nicht länger mit der Aussicht eines Lebens fern vom Arbeitsmarkt konfrontiert werden. Ihre Perspektiven auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und der Erwerbsarbeit dürfen nicht länger der Schwarzen Null geopfert werden.

DIE LINKE fordert deshalb, auch in NRW mit dem Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors zu beginnen.

Dieser öffentlich geförderte Beschäftigungssektor führt Transferleistungen und weitere Leistungen der Arbeitsförderung zusammen, so dass mit ergänzenden Mitteln des Landes und der Kommunen dauerhafte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung finanziert werden kann.

Der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor steht allen offen, die länger als ein Jahr erwerbslos sind. Diskriminierende Auswahlverfahren über weitere Voraussetzungen wie sogenannte Vermittlungshemmnisse finden nicht statt.

Für DIE LINKE sind eine dauerhafte sozialversicherte Beschäftigung, tarifliche und existenzsichernde Bezahlung ohne Ausnahme vom gesetzlichen Mindestlohn, der Aufbau eigener Ansprüche auf Arbeitslosengeld I, die freiwillige Teilnahme (offene Bewerbung) und ein Vorrang für berufliche Qualifizierung und reguläre Ausbildungsabschlüsse Mindestbedingungen für einen guten öffentlich geförderten Beschäftigungssektor.

Der DGB hat für NRW einen sozialen Arbeitsmarkt mit tariflicher Entlohnung gefordert. Die Landesregierung hat dazu in einigen Modellprojekten erste Erfahrungen gesammelt. Diese müssen endlich ausreichend finanziert und landesweit in die Praxis umgesetzt werden.

Um festzulegen, welche öffentlich geförderte Beschäftigung vor Ort sinnvoll ist, ohne bisher von der öffentlichen Hand erbrachte Aufgaben zu ersetzen und zu verdrängen, fordert DIE LINKE Runde Tische unter Beteiligung der Betroffenen und der kommunalen Akteure, die den Aufbau von Brücken in die Beschäftigung koordinieren und öffentliche Bedarfe feststellen.

In Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, sind sie bei gleicher Eignung bevorzugt zu berücksichtigen.

II.2	396	KV Herford	Streichung		

Wirtschaftspolitisch braucht das Land eine Politik, die industrielle Arbeitsplätze im Strukturwandel sichert und neue Potentiale erschließt.“
DIE LINKE darf keine kapitalistische Wirtschaftspolitik machen und sollte einfach auf die dringenden Bedürfnisse der Menschen an Ausbau der Daseinsvorsorge usw. hinweisen, wodurch Arbeitsplätze geschaffen werden können.

II.2	412-413	KV Bielefeld	Änderung Wohnkosten		

In Zeile 412/413 den Satz „Die von den Kommunen festgesetzten Wohnkosten reichen oft nur für eine Schlichtwohnung im billigsten Stadtviertel. Der viel zu geringe...“ ersetzen durch:
Die von den Kommunen festgesetzten Wohnkosten reichen oft nicht einmal für eine Schlichtwohnung im

billigsten Stadtviertel. Betroffene müssen den fehlenden Mietbetrag aus dem Regelsatz bezahlen. Auch der viel zu geringe...

Begründung:

Die Formulierung „Die von den Kommunen festgesetzten Wohnkosten reichen oft nur für eine Schlichtwohnung im billigsten Stadtviertel." sagt aus, dass man für die festgesetzten Wohnkosten zumindest eine Schlichtwohnung bezahlen kann. Dass trifft aber leider nicht überall zu. Viele Kommunen haben die festgesetzten Wohnkosten seit Hartz IV-Einführung (1.1.2005) nicht erhöht, trotz gestiegener Mieten und teils dramatischen Wohnungsmangel.

So musste schon vor zwei Jahren in Bielefeld knapp ein Viertel der Hartz IV – Bedarfsgemeinschaften im Durchschnitt 63 Euro monatlich zur Miete zu zahlen. Das stellt faktisch eine drastische Kürzung des schon zu niedrigen Regelsatzes durch die Kommune dar.

II.2	415	KV Steinfurt	Änderung		

Ändern: **Schlimmstenfalls** steht man im Winter ohne Strom und Heizung da. (Pech streichen.)
Begründung: Dahinter steckt kein Pech sondern falsche Politik. Ggfls. weitere mündliche Begründung.

II.2	426	KV Herford	Änderung		

Erhöhung der Regelsätze auf 560 € sofort

Begründung: der Betrag muss einfach der Inflation angepasst werden. Die Bundestagsfraktion hat sich für 560 - € entschieden.

II.2	430	E. Jansen	Änderung		

Kosten der Unterkunft sind den tatsächlichen Bedingungen vor Ort anzupassen

Die Forderung nach reiner Anpassung an ortsüblichen Mieten reicht nicht aus, da dann eine unangemessene Preisspirale seitens der Mietkapitalisten ausgelöst werden kann.

II.2	457	KV Düsseldorf	Änderung Schuldnerberatung		

Zeile 457 vorher: "Schuldner- und Insolvenzberatung"
neu: "Offener Zugang zur Schuldner- und Insolvenzberatung"
Unter „Was tun" **ergänzen: Private Schuldnerberatungen verbieten**

II.2	478	KV Herford	Ersetzung		

statt „Ganztagsschule" sind wir für „eine Schule für alle"

Mehr Bildung: Jedem Kind persönliche Förderung in einer Schule für alle!

II.2	479	RVR	Ergänzung		

nach Zeile 479 „Mehr Hilfe vor Ort: Investitionsprogramm für Jugendhilfe und Sozialarbeit"
wird die Forderung ergänzt:

„Mehr Arbeit: Sofortprogramm für einen sozialen öffentlich getragenen Arbeitsmarkt mit tariflich bezahlten Arbeitsplätzen und Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose“

II.2	495	KV Düsseldorf	Streichung Sozialpass		

Zeile 495 "Landesweiter Sozialpass mit einem Sozialticket für Bus und Bahn für 15€" muss **gestrichen** werden.

II	496	AKL	Unterkapitel Geflüchtete	Übernahme	

Einfügen eines neuen Abschnittes in Zeile 496:
3. Gemeinsam für ein gutes Leben – Solidarität mit den Geflüchteten
„Wir schaffen das“, dieser Satz von Angela Merkel hat die Debatte um die Flüchtlingsfrage polarisiert. Die LINKE ist der Meinung, dass es tatsächlich machbar wäre, eine Million Geflüchtete oder noch mehr Menschen zu versorgen und ihnen eine Perspektive zu bieten – ohne dass sich die sozialen Verhältnisse für die arbeitende und erwerbslose Bevölkerung verschlechtern würden.
Die Bundesregierung hat ihrem „Wir schaffen das“ allerdings keine entsprechenden Taten folgen lassen. Angesichts der Zuwanderung hätten die öffentliche Investitionen ausgeweitet werden müssen. Es hätten Programme zum Bau von Wohnungen, Schulen und Kitas, zur Ausbildung von Lehrer*innen und Erzieher*innen in Gang gesetzt werden müssen.
Die öffentliche Infrastruktur ist seit Jahrzehnten unterfinanziert, die Kommunen gerade in NRW sind in die Pleite gespart worden. In vielen Städten fehlten schon Tausende Wohnungen, bevor die Zahl der Geflüchteten anstieg.
Statt über „Obergrenzen“ für Flüchtlinge zu diskutieren, muss über Obergrenzen für den Reichtum geredet werden. Eine Umverteilung von den Besitzenden und Konzernen zu den Kommunen wäre nötig, um das Leben für alle Menschen zu verbessern.
Stattdessen setzt die Bundesregierung ihre Politik der knappen Kassen fort. In der Folge wohnen Zehntausende Geflüchtete unter unwürdigen Bedingungen in Turnhallen und anderen Provisorien. Schulen und Vereine können die Hallen nicht nutzen. Es wurden nur wenige neue Arbeitsplätze geschaffen. Um Härte gegenüber Flüchtlingen zu demonstrieren, wurde auch anerkannten Flüchtlingen das Recht auf freie Wahl des Wohnortes aberkannt – mit der Folge, dass diese in Regionen geschickt werden, in denen es sehr wenige Arbeitsplätze gibt.
Diese Politik der CDU-CSU-SPD-Regierung auf Bundesebene und der Regierung Kraft in NRW hat Ängste geschürt. Wer die Lebensbedingungen für die Geflüchteten verschlechtert und öffentliche Investitionen einfriert, der rollt für die Rechtspopulisten den Teppich aus.
Noch immer ist die Hilfsbereitschaft und Solidarität mit den Geflüchteten groß. Ohne die ehrenamtliche Arbeit der Willkommens-Initiativen und privaten Helfer*innen wäre die Lage weit problematischer. Sie haben teilweise Arbeiten geleistet, die eigentlich von Bund, Ländern und Kommunen hätten übernommen werden müssen.
Die LINKE bedankt sich bei diesen Helfer*innen und beteiligt sich an ihren Aktivitäten. Die LINKE setzt sich für eine Kurswende ein: Wir lehnen die schon beschlossenen und alle weiteren Einschränkungen des Asylrechts und die Beschneidung der Rechte von Flüchtlingen ab.
Wir wenden uns gegen die leere Rhetorik der etablierten Parteien, die behaupten „Wir schaffen das“, aber sich weigern, die notwendigen öffentlichen Investitionen bereitzustellen, um die soziale Infrastruktur fit zu machen. Die Zuwanderung von einer Million Menschen oder mehr würde keine Probleme verursachen, wenn endlich umfassend öffentliche Investitionen in Wohnungsbau, Bildung, Infrastruktur und die Schaffung von Arbeitsplätzen fließen würden. Wir setzen uns für ein dementsprechendes Investitionsprogramm des Landes NRW ein.
Die LINKE will das „Lager der Solidarität“ stärken. Kleine Kurskorrekturen innerhalb des neoliberalen Kapitalismus reichen nicht. Wir brauchen einen grundlegenden Wandel. Nur eine „Revolution der Gerechtigkeit“ kann verhindern, dass Millionen Menschen im Alter in Armut leben und Millionen Kinder in Armut aufwachsen. In den nächsten Jahren wird sich entscheiden, in welche Richtung sich diese Gesellschaft bewegt. Sie steht an einem Scheideweg: Zwischen rechter Hetze und neoliberaler Konkurrenz auf der einen Seite, Demokratie, Solidarität und sozialer Gerechtigkeit auf der anderen Seite.

Was tun?

- Klare „Willkommens“-Position gegenüber den Zufluchtsuchenden – gegen „Obergrenzen“ und Asylrechts-Verschärfungen.
- Stopp sämtlicher Abschiebungen, Bleiberecht für alle Menschen, die es in die Bundesrepublik geschafft haben.
- Das Asylrecht muss vollständig wieder hergestellt werden
- Keine schmutzigen Deals wie mit dem Erdoğan-Regime zur Abschottung Europas.
- Keine Kürzungen zu Lasten der Masse der Bevölkerung, weg mit der „Schwarzen Null“, der Schuldenbremse und dem als „Stärkungspakt“ schön geredeten Kürzungs-Diktat.
- Eine vollständige Übernahme der Kosten für Unterkunft und Integration der Zufluchtsuchenden durch den Bund finanziert durch höhere Steuern auf Reichtum und Gewinne der Banken und Konzerne.
- Keine Unterbringung von Geflüchteten in Turnhallen, Zeltdörfern, Leichtbauhallen und anderen Notunterkünften, gutes Wohnen auch für Flüchtlinge.
- Erhalt bzw. Wiederherstellung des Rechts auf freie Wahl des Wohnortes

Eine konsequente Friedenspolitik, den Stopp sämtlicher Waffenexporte und einer gerechtere Weltwirtschaftsordnung als Grundlage für eine Bekämpfung der Ursachen der Flucht.

II.3	496	KV Düsseldorf	Überschrift ändern		

Zeile 496 vorher: "Gesundheit: Gute Versorgung im ganzen Land sichern"
neu "Gesundheit darf kein Luxusgut sein"

II	496	LAG GESO	Überschrift		

Gesundheit ist keine Ware sondern ein Menschenrecht!

II.3	509	KV Duisburg	Ergänzung		

Zeile 509: ergänzen nach ohne Krankenversicherung. Hinzukommen all diejenigen, die sich ohne Papiere hier aufhalten.

II.3	510	LAG GESO	Einfügung		

510 nach „..Krankheit mach arm“ einfügen:

Alle Gesundheitsreformen der letzten Jahre sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene haben zu einer Verlagerung der Kosten auf Versicherte und Kranke geführt, haben Markt und Wettbewerb im Gesundheitswesen durchgesetzt mit der Folge von Über-, Unter- und Fehlversorgung und Vernichtung der im Konkurrenzkampf unterlegenen Einrichtungen.
Begründung: „Zwei- oder Dreiklassenmedizin“ ***sind der Nebenschauplatz.*** *Markt und Wettbewerb bedeuten Abbau des* ***Gesundheitswesens als staatliche Daseinsvorsorge.*** *Über-, Unter- oder Fehlversorgung als Folge betrifft alle Einwohner*innen. Profitorientierung im Gesundheitswesen macht auch die im Gesundheitssystem Arbeitenden krank.*

II.3	512	KV Duisburg	Ergänzung Spiegelstrich		

Zeile 512: Forderungen ergänzen;
– die defizitäre finanzielle sowie personelle Ausstattung der Gesundheitsämter beenden und kommunale Angebote erweitern.

II.3	513	LAG GESO	Umformulierung		

Was tun?

- **Eine solidarische gesetzliche Krankenversicherung für alle Einwohnerinnen und Einwohner, die alle Gesundheitsleistungen finanziert!**
- **Beamtinnen und Beamte, Selbständige und Abgeordnete zahlen in diese Krankenversicherung entsprechend ihrem Einkommen Beiträge!**
- **Alle Zuzahlungen wie z.B. für Brillen, Medikamente, Zahngesundheit, Krankenhaus- und Reha-Aufenthalte wieder abschaffen!**

II.3	513/514 ff	Liam Collinson	Ersetzung		

Zeile 513: "Eine gemeinsame Krankenversicherung schaffen, die alle Menschen gut versorgt"
wird zu "Eine gemeinsame **gesetzliche** Krankenversicherung schaffen, die alle Menschen gut versorgt"
Begründung: es ist sicherzustellen, dass die Versicherung gesetzlich geregelt ist. Private Versicherungen werden immer Tendenzen haben, Besserverdiener*Innen/-Zähler*Innen zu bevorzugen.

Zeile 514 ff: "Beamte, Selbständige und Abgeordnete müssen in die gesetzliche Krankenversicherung aufgenommen werden"
wird zu "**Besserverdiener im Allgemeinen, sowie** Beamte, Selbständige und Abgeordnete müssen in die gesetzliche Krankenversicherung aufgenommen werden"
Begründung: Auch besserbezahlte Angestellte können sich derzeit privat stat gesetzlich versichern lassen. Dem ist ein Ende zu setzen.

II.3	516	B./C. Tenbensel	Änderung Zuzahlungen		

Änderung Zeile 516: Zuzahlungen bei Brille, Medikamenten und Zahngesundheit abschaffen
Neu: Zuzahlungen bei Medikamenten und Zahngesundheit abschaffen und medizinisch erforderlichen sachlichen Hilfsbedarfe finanzieren (Sehhilfen u.a.).
Begründung: Es gibt schon seit mehreren Jahren für Brillen keine finanziellen Leistungen der Krankenkassen mehr und damit auch keine Zuzahlung. Eine Brille zu finanzieren ist reines Privatvergnügen.

II.3	516	KV Düsseldorf	Textänderung 1		

Änderung Zeile 516: Zuzahlungen bei Brille, Medikamenten und Zahngesundheit abschaffen
Neu: Zuzahlungen bei Medikamenten und Zahngesundheit abschaffen und medizinisch erforderlichen sachlichen Hilfsbedarfe finanzieren (Sehhilfen u.a.).

II.3	516	Liam Collinson	Ersetzung		

Zeile 516: "Zuzahlungen bei Brillen, Medikamenten und Zahngesundheit abschaffen"
Wird zu "**Zuzahlungen bei gesundheitlichen Hilfsmitteln (z.B. Rollstühle, Rollatoren, Hörgeräte**, Zahnersatz, **behindertengerechter Hauseinrichtung, ...**) und Medikamenten abschaffen **sowie medizinisch wichtige, aus dem Leistungsprogramm der Krankenkassen entfallene Leistungen (z.B.** Brillen**) wieder einführen. Zudem soll die Krankenversicherung um weitere Bereiche (z.B. Hausnotrufdienste) erweitert werden."**
Begründung: Die bisherige Formulierung ist unzureichend und teilweise falsch. So leistet der Versicherte bei einer Brille keine Zuzahlung, sondern übernimmt derzeit die vollen Kosten. Ebenfalls fehlen mehrere essentielle Bereiche sowie sollte formuliert werden, dass dies keine abschließende Liste ist.

Ergänzungen nach Zeile 516:

- **Alle Menschen zahlen prozentual gestaffelt von ihren Einkünften ein, wobei Einkünfte unter 12000 Euro p.a. nicht berechnet werden. Unter Einkünften werden sowohl Gehälter und Ausbildungsvergütungen, als auch Miet-, Aktien- und Investitionseinnahmen verstanden**.

Begründung: Es ist klarzustellen, dass wir entgegen Kopfpauschalen Konzepte stellen, die Geringverdiener weniger belastet als Besserverdiener. Derzeit werden Sozialabgaben rein prozentual berechnet, unabhängig von der Höhe des Einkommens.

- **Die gesetzliche Krankenversicherung ist so zu gestalten, dass sämtliche Zusatzversicherungen (z.B. Zähne) überflüssig werden: Jeder Mensch muss bestmöglich behandelt werden, unabhängig von Zahlungsfähigkeit**

Begründung: Wir sollten klarstellen, dass neben dem gesetzlichen Gesundheitssystem keine Notwendigkeit für Zusatzleistungen bestehen soll.

- **Der Privatisierung im Gesundheitssektor entgegenwirken: Private Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen staatlich übernehmen, zusätzlich staatlich Leistungserbringer für alle Gesundheitsbereiche stellen (z.B. Rettungsdienste, Augenoptik, Medizintechnik, Hörakustik).**

Begründung: Neben der zunehmenden Privatisierung im Krankenhaussektor sind einige Bereiche der Medizin in fester Hand von Kapitalist*Innen. Derzeit leisten Krankenversicherungen Leistungen für private Unternehmer*Innen und Aktieunternehmen, so gehören zB die Augenoptik-Kette Apollo Optik und die Hörakustik-Kette Geers Hörakustik dem Investoren HAL, Spitzeunternehmen der Optik ist Fielmann - eine Aktiengesellschaft. Die Gelder gehören in die Leistungen und in de gute Bezahlung der Mitarbeiter*Innen, nicht in die Taschen einzelner Kapitalist*Innen!

- "**Ausbildung medizinischen Fachpersonals staatlich organisieren, statt profitorientierten Unternehmen und Organisationen zu überlassen"**

Begründung: Die Ausbildung von medizinischem Fachpersonal erfolgt in (nahezu) allen Fällen bei Kapitalist*Innen. Dies sorgt dafür, dass profitorientierte Methoden gelernt werden statt nach Patienteninteressen zu gehen. Gleichzeitig sind von HWK, IHK berufene Prüfer häufig ebenso Kapitalist*Innen und bewerten nach selbigen Schemata. In einigen Bereichen (z.B. Rettungsdienst) werden die Lehrer*Innen vorhersehbar ebenfalls als Prüfer*Innen berufen, sowie schreiben bzw bestimmen zum Teil die Prüfungen. Dies lädt zu Ausbildungslücken ein, die Menschen gesundheitlich schaden können.

Zeile 529: "Prävention und Rehabilitation ausbauen"
Wird zu: "**Für den Versicherten kostenfreie** Präventions- und Rehabilitationsangebote ausbauen"
Begründung: auch hier ist klarzustellen, dass dies unabhängig vom Geldbeutel geschehen muss.

II.3	516	KV Düsseldorf	Textänderung 2		

Zeile 516 vorher: "Zuzahlungen bei Brillen, Medikamenten und Zahngesundhet abschaffen"
neu:"Zuzahlungen der Patient*innen bei Gesundheitsleistungen ,worunter auch die Gesundheitsvorsorge gehört, sind abzuschaffen"

II.3	517	LAG GESO	Zwischenüberschrift	

Gesundheitswesen ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge

Begründung: Es geht hier um öffentliche Gesundheitsplanung als Teil der staatlichen Daseinsvorsorge als hoheitliche Aufgabe

II.3	518	LAG GESO	Einfügung zu Beginn		

Gesundheit ist keine Ware. Sie ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Privatisierungen, Marktdruck und Konkurrenz gefährden die Gesundheit und verschlechtern die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Auch die Landesregierung NRW hat das Gesundheitssystem immer mehr zu einem Markt verkommen lassen, in dem schärfster Wettbewerb systematisch die Unterlegenen ins Abseits stürzt.

Begründung: Auch hier müssen die Ursachen für die schlechte Gesundheitsversorgung benannt werden. Daraus leitet sich unsere Forderung: Gesundheit als Teil der Daseinsvorsorge mit Landesgesundheitsplan ab.

II.3	531	KV Düsseldorf	Textänderung		

Zeile 531 vorher: "Gesunde Krankenhausplanung und -finanzierung"
neu: "Krankenhäuser dürfen kein Geschäftsmodell bleiben"

II.3	539	KV Düsseldorf	Ergänzung Pflegekräfte		

Vor Zeile 539 soll **folgendes eingefügt** werden: "DIE LINKE. fordert ein gesetzliches Personalbemessungsgesetz, um den Personalnotstand zu bekämpfen und die notwendigen mehr als 40.000 fehlenden Pflegekräfte in NRW einzustellen. Wir brauchen verbindliche Vorgaben, wie viele Pflegekräfte für die vielen Patientinnen und Patienten benötigt werden. In deutschen Krankenhäusern herrscht Pflegenotstand - es fehlen mehr als 150.000 Pflegekräfte. Immer weniger Beschäftigte müssen immer mehr Patientinnen und Patienten in kürzerer Zeit versorgen. Die Folgen: fehlende Zuwendung, mangelnde Hygiene bis hin zu mehr Unfällen."

II.3	545	KV Düsseldorf	Ergänzung Infektionssschutz		

Hinter Zeile 545 sollte **eingefügt** werden: "Schärfere Auflagen beim Infektionsschutz und Krankenhaushygiene durch das Gesundheitsamt"

II.3	546	LAG GESO	Forderung einfügen		

Einheitliche Standards wie Zweibettzimmer mit Nasszelle für alle Krankenhäuser

Begründung :Durch die Einführung von Markt werden in Krankenhäusern zum einem mehr Privatzimmer mit Hotelstandard „angeboten". Auf der anderen Seite geht es wieder zu Drei- und Vierbettzimmern. Das trägt zudem nachweislich zu dem Problem Multiresistenter Keime in NRW-Krankenhäusern bei.

II.3	550	KV Steinfurt	Ersetzung	

ersetzen durch: Unterstützung von betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfen für bessere Arbeitsbedingungen, Tarifverträge und Mitbestimmung.
Begründung: Die Anwendung von Tarifverträgen kann nicht politisch verordnet werden, sie ist und bleibt Sache gewerkschaftlicher und betrieblicher Klassenkämpfe. Auch gibt es nicht "den" Tarifvertrag, sondern eine ganze Reihe davon in den Krankenhäusern verschiedener Träger.

II.3	562-563	KV Steinfurt	Ersetzung	

"Apothekenterminals ermöglichen Kommunikation mit
Apotheker*innen per Monitor." Ersetzen durch: "Apotheker*innen können niedrigschwellige Angebote der Gesundheitsberatung und Prävention übernehmen."

Begründung: Es wird nicht klar, wer diese "Terminals" betreiben sollte und wie der Datenschutz dabei gesichert ist. Im Forderungsteil wird es auch nicht aufgegriffen. Es ist zu befürchten, dass solche Modelle gerade nicht den Erhalt der Apotheken im ländlichen Raum fördern, sondern ein Einfallstor für Doc Morris und andere kapitalgetriebene Gesundheitskonzerne wären.

II.3	580	LAG GESO	neu		

Ein Netz unabhängige Beratungsstellen aufbauen
*Begründung: hier Frauen neben Migrant*innen als besondere Gruppen mit Beratungsbedarf zu benennen ist diskriminierend. Und wer kennt das Kürzel LCBTTI?*

II.3	580	KV Herford	Änderung		

Unabhängige Beratungsstellen
Begründung: Frauen sollten von den LINKEN nicht mit Migrant*innen und sonstigen Problemgruppen zusammen genannt werden. Deshalb einfach weglassen. Alle Menschen mit Beratungsbedarf brauchen Beratung

II.3	583	KV Steinfurt	Streichung	

Aufbau und gute Ausstattung einer unabhängigen Patient*innenberatung in NRW
Begründung: Die Förderung der Unabhängigen Patientenberatung (UPD) ist eine Bundesaufgabe. Die Krankenkassen geben dafür bis zu 9 Milliarden Euro jährlich aus Beitragsmitteln aus. Die skandalöse Vergabe der UPD an den Callcenter-Betreiber Sanvartis durch den Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenkassen mit Unterstützung des Patientenbeauftragten der Bundesregierung, Karl-Josef Laumann (CDU) wollen wir bundespolitisch durch eine entsprechende Änderung im SGB V rückgängig machen. Der Aufbau von Parallelstrukturen in den Bundesländern könnte den Druck von den Krankenkassen und von der Bundesregierung nehmen und ist daher kontraproduktiv.

II.3	588	B./C. Tenbensel	Änderung Fallpauschalen		

Änderung: Zeile 588:
Die Einführung von Fallpauschalen geht in eine völlig falsche Richtung. Sie würde die Psychiatrien und damit einen wichtigen Teil des therapeutischen Angebots drastisch schlechter machen.
Neu: Die Einführung von Fallpauschalen in *psychiatrischen Kliniken und psychiatrischen Abteilungen von Krankenhäusern* geht in eine völlig falsche Richtung. Sie würden die Psychiatrische Versorgung und damit einen wichtigen Teil des therapeutischen Angebots drastisch verschlechtern.
Begründung: Fallpauschalen werden nur in der stationären Psychiatrie eingeführt, also nicht generell.

II.3	595	KV Ennepe-Ruhr	Ergänzung Psychiatrie		

Zeile 595 „Psychische Erkrankungen besser behandeln“ – **Einfügung** darunter:
„Ein gutes ambulantes Angebot von gemeindepsychiatrischen Einrichtungen wie z. B. Tagesstätten und Kontaktstellen, möglichst in öffentlicher Trägerschaft, hilft Rückfälle und Krankenhausaufenthalte zu vermeiden und stabilisiert die Erkrankten.“

II.3	600	KV Ennepe-Ruhr	Ergänzung Spiegelstrich		

Zeile 600 „Was tun“ - **Einfügung** neuer Unterpunkt darunter:
- Erhalt und Ausbau ambulanter Einrichtungen der Gemeindepsychiatrie für alle Lebensalter, möglichst in öffentlicher Trägerschaft

II.3	606	KV Steinfurt	Einfügung	

Zeile 606: "zu sichern und herzustellen" ersetzen durch "zu fördern".
Begründung: Gesundheit kann nicht wie eine Ware hergestellt werden.

II.3	606	KV Steinfurt	Einfügung	Oder Z. 1762

a) Zeile 606 nach dem Punkt (oder im Bildungskapitel ab Zeile 1762) einfügen:
Kinder mit chronischen Erkrankungen wie Diabetes, Asthma oder Krebs benötigen besondere Unterstützung, um ihr Recht auf Bildung, Freizeit und Kultur wahrzunehmen. Wir wollen ihre Familien mit Schul- und Kita-Gesundheitsdiensten ("Schulkrankenschwestern") besser entlasten.
b) nach Zeile 612 (abhängig vom Ort des anderen Textes) einfügen neu als Spiegelstrich:
Aufbau eines Schul- und Kita-Gesundheitsdiensts, in dem Fachkräfte chronisch kranke Kita- und Schulkinder unterstützen und Präventionsangebote machen.
Begründung:
LehrerInnen und ErzieherInnen sind nicht dazu ausgebildet und rechtlich nicht abgesichert, wenn sie z.B. Medikamente verabreichen oder Blutzuckermessungen durchführen. Für viele Eltern chronisch kranker Kinder führt dies dazu, dass sie permanent in Rufbereitschaft stehen müssen, auch wenn die Kinder in der Schule oder Kita sind. Einen Pflegedienst dafür zu engagieren ist nicht immer möglich und schafft auch Probleme, weil die Kinder das ständig wechselnde Personal nicht akzeptieren. Das belastet die Familien stark. In anderen Ländern gibt es Schulkrankenschwestern/pfleger, die diese Aufgabe übernehmen und zusätzlich Gesundheitsförderung für Kinder und Eltern anbieten. Ein solches Programm für NRW wäre eine große Erleichterung.

II.3	609	KV Gütersloh	Einfügung	

1. „In Kitas und Schulen werden Lebensmittel aus ökologischem und vorrangig regionalem und saisonalen Anbau angeboten. Dies gilt auch für andere öffentlichen Einrichtungen, die Verpflegung anbieten (Unis, Krankenhäuser, Altenheime, Reha-Kliniken, JVA's)."

2. „In allen öffentlichen Einrichtungen soll täglich mindestens ein Menü für Vegetarier und Veganer angeboten werden."

Begründung:
Diese Forderungen ergeben sich aus unseren Positionen in Sachen Gesundheit, Ernährung und Landwirtschaft.

II.3	621	KV Minden – L.	Ergänzung	

- Keine Unterstützung für die Einführung einer Pflegekammer mit Zwangsmitgliedschaft für Pflegekräfte

Begründung:

Die zentralen Probleme der Pflege sind von politischen und betrieblichen Rahmenbedingungen verursacht und sind in vielfältigen Publikationen und Veranstaltungen der Berufsverbände , Gewerkschaften und des Pflegerats benannt worden.

Die gesetzlich geregelten Aufgaben einer Pflegekammer (Berufsförderung, Berufsausübung und –überwachung) sind nicht geeignet, die Probleme der Pflege zu lösen. Schon gar nicht mit der Schaffung einer neuen Institution, die von den Pflegenden durch Pflichtmitgliedschaft und Pflichtbeiträge geschaffen werden soll. Eine Garantie für gute Pflege zu übernehmen, ist eine staatliche Aufgabe und darf nicht von Pflichtbeiträgen von Pflegenden in einer Kammer abhängen.

Wenn Politik den Pflegenden mehr Einfluss geben möchte und sie an allen relevanten Entscheidungen beteiligen möchte, ist es Aufgabe der Politik, hier Abhilfe zu schaffen. Die Pflegenden dürfen für die notwendige Politikberatung nicht zur Kasse gebeten werden.

II.3	621	KV Minden – L.	Ergänzung	

Ergänzung Zeile: 622 f.

- Steigerung der Attraktivität der Pflegeberufe durch bessere Bezahlung sowie gesetzlich geregelte, ausreichende Personalbemessung
- Verbesserung der Ausbildungsbedingungen: Auszubildende in Pflegeberufen müssen freigestellt und dürfen nicht auf Stellenpläne angerechnet werden
- Höherer Anteil des Landes bei der Finanzierung der Pflegeausbildung

Begründung:

Mit dem neuen Pflegeberufegesetz werden zukünftig drei Pflegeberufe zu einem zusammengefasst. Man erhofft dadurch eine höhere Attraktivität für den Pflegeberuf und will damit dem Fachkräftemangel begegnen.

Der Gesetzgeber behält nach wie vor den Pflegeberuf als nicht-selbstständigen Heilberuf bei. Um mehr Menschen für die Pflege zu begeistern braucht es aber bessere Ausbildungsbedingungen (z.B. Auszubildende nicht auf Stellenplänen anrechnen, freigestellte Ausbilder_innen).

Bessere Bezahlung, eine gesetzliche Personalbemessung und mehr Eigenständigkeit erhöhen die Attraktivität für die Berufswahl Pflege.

Das Land muss außerdem einen höheren Anteil bei der Finanzierung der Pflegeausbildung tragen, weil die Finanzierung nicht überwiegend zu Lasten der Beitragszahler_innen gehen darf.

II.3	627	Cemal Agir	neue Spiegelstriche	Keine Übernahme	

Ergänzen:
- weniger Dokumentation – mehr Zeit für Bewohnerinnen und Bewohner
- keine unnötigen Medikamente für Bewohnerinnen und Bewohner

II.4	639	LAK Kinder/Jugend	Änderung Überschrift	Keine Übernahme	

Überschrift ändern in:
4. Lebenswerte Lebenswelten für Kinder und Jugendliche, statt Armut und soziale Spaltung

II.4	651-654	LAK Kinder/Jugend	Umformulierung Absatz	Keine Übernahme	

Zeilen (Forderungen) ersetzen durch:
- Erhöhung des Kindergeldes und keine Anrechnung auf HartzIV
- Auf Bundesebene die Hartz-IV-Regelsätze auch für Kinder auf ein bedarfsgerechtes Niveau anheben, um das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) überflüssig zu machen.
- Perspektivisch wollen wir eine eigene Grundsicherung für Kinder und Jugendliche einführen.
- Der Druck für diese Maßnahmen im Bund kann und muss vor allem aus NRW kommen.

II.4	657	LAK Kinder/Jugend	Verschiebung Spiegelstrich	Keine Übernahme	

Zeile 657 gehört auf Seite 12, nach Z. 430 einfügen

II.4	657	E. Jansen	Änderung		

Keine Sanktionen **für Menschen im Leistungsbezug** – schon gar nicht für Kinder und Jugendliche unter 25 Jahren.

Wir stehen für eine generelle Abschaffung von Sanktionen im Leistungsbezügen – egal ob ALG I, ALG II (Hartz IV) oder Grundsicherung im Alter gemäß SGB XII. Dies müssen wir immer und an jeder Stelle klar formulieren.

II.4	662/663	LAK Kinder/Jugend	Ergänzung	Übernahme	

Ergänzung Zeile 662/663:
...bessere Bildungs-, Betreuungs- und Freizeitangebote in...

II.4	671	LAK Kinder/Jugend	Ergänzung	Übernahme	

Ergänzung Zeile 671:
- Dauerhaftes Wiedereinstiegsprogramm in den Beruf für Mütter, Väter und vor allem Alleinerziehende

II.4	673	LAK Kinder/Jugend	Umformulierung	Teilübernahme "angebote"	

Ergänzung Zeile 673:
- Ausreichende kostenfreie Ganztagsangebote für Kinder in Kitas und Schulen

II.4	nach 674	LAK Kinder/Jugend	neue Absatz	Übernahme	

Neuen Absatz einfügen nach Z. 674:
Ein Skandal ist die regional hohe Konzentration von (Kinder-)Armut, die sich v.a. in (Groß-)Städten im Ruhrgebiet und im Rheinland zeigt. Aber auch die Großstädte selbst spalten sich immer stärker in wohlhabende und abgehängte Stadtteile auf, in denen die Risiken des Aufwachsens für Kinder hoch sind. Die Armut und Benachteiligung vieler Kinder, Jugendlichen und Familien dort wirksam zu bekämpfen, ist für uns eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Und: Armut bekämpft man tatsächlich am besten mit Geld. In der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik des Landes liegen aber Welten zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Die Landesregierung propagiert zwar prestigeträchtig „Kein Kind zurücklassen", richtet dafür aber nur in wenigen Kommunen eine Koordinationsstelle für Prävention ein. Kinderarmut wie Rot-Grün nur mit Prävention, aber ohne Intervention zu bekämpfen, ist unwirksam.

II.4	683	LAK Kinder/Jugend	Umformulierung	Teilübernahme "und..."	

Ergänzung in Z. 683:
neuer, *insbesondere selbst verwalteter* Jugendzentren

II.4	686	LAK Kinder/Jugend	Ergänzung	-	

Ergänzung Zeile 686:
- Freiflächen zur Verfügung stellen, z.B. durch Förderung von öffentlichen Bolzplätzen, Graffitiflächen sowie Skater- und Streetballanlagen und

II.4	687	LAK Kinder/Jugend	Ergänzung	Übernahme	

Ergänzung Zeile 687:
- Beratungsstellen für Familien, Kinder und Jugendliche vor allem in benachteiligten Wohnvierteln

II.4	688	KV Düsseldorf	Textänderung		

Zeile 688 vorher: "Kinder und Jugendhilfe schneller und besser machen"
neu: "Stärkung der kommunalen Kinder- und Jugendhilfe"

II.4	697	LAK Kinder/Jugend	Ergänzung Partizipation	Übernahme	

Nach Zeile 697 ergänzen:
Die Partizipation als Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf Augenhöhe wollen wir stärken. Betroffene müssen an allen sie betreffenden Entscheidungen vor Ort und auf Landesebene gehört und beteiligt werden. Dazu sollen auch Schülerräte in Schulen gestärkt, kommunale Kinder- und Jugendräte gefördert und insbesondere niedrigschwellige Projekte wie das "Projekt Mitwirkung" unterstützt werden.

II.4	700	LAK Kinder/Jugend	Streichung	Übernahme	

Zeile 700 kann entfallen

II.4	701	LAK Kinder/Jugend	Ergänzung	Übernahme	

Ergänzung Zeile 701:
- Kommunen zur Erfüllung ihrer sozialen Aufgaben besser finanzieren

II.4	704	LAK Kinder/Jugend	Umformulierung	nicht übernommen	

Ergänzung Zeile 704:
- Ausbau der offenen Kinder-und Jugendarbeit stärken, befristete Projekte nur für den Anschub neuer Themen nutzen

II.4	705	KV Herford	Streichung		

Begründung: DIE LINKE setzt sich für öffentliche Jugendhilfe ein. Was sollen da die gemeinnützigen Träger?

II.4	706	LAK Kinder/Jugend	Ergänzung	Übernahme	

Ergänzung nach Zeile 706:
- Ausbau und Förderung unabhängiger ombudschaftlicher Beratungs- und Beschwerdestellen in der Kinder- und Jugendhilfe

II.4	721-724	KV Herford	Streichung		

Begründung: Hier wird ein eigenartiges Bild von alten Menschen gezeigt. Im derzeitigen Kapitalismus sind immer mehr Menschen schon vor Erreichen des Rentenalters krank, während andere länger gesund sind. Diese Gegensätze müssen wir als LINKE aufzeigen, oder wir lassen es einfach weg.

II.4	759	KV Herford	Änderung		

Die Rente muss zum Leben reichen

Begründung: Wir wollen nicht nur in NRW eine Rente zum Leben

II.5	770	E. Jansen	Einfügung		

Die AFD würde den neoliberalen Kurs, welcher diese Probleme geschaffen hat weiter verfolgen und sogar verschärfen

Die AFD wird eine ernsthafte Konkurrenz im Wahlkampf werden und ist eine Gefahr für Demokratie, Weltoffenheit und den sozialen Frieden. Daher sollten wir den unsolidarischen und unsozialen Kurs dieser Partei deutlich aufzeigen und zum Ausdruck bringen, warum nur eine starke LINKE. gut für das Land ist.

II.5	775-795	M. W. Birkwald / W. Lindweiler	Änderungsanträge Rente	komplett übernommen	

Rein Redaktionelle Änderung: Auf Seite 20 möge in Zeile 788 nach den Worten „Riester-Rente“ **das Wort** „muss“ **eingefügt werden.**
Auf Seite 20 mögen in Zeile 775 nach den Worten „Rente ab 60“ die Wörter „nach 40 Beitragsjahren“ **eingefügt werden‘.**
Auf Seite 20 möge nach Zeile 781 folgender Text eingefügt werden:
- Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten abschaffen und die Zurechnungszeit auf 65 Jahre verlängern
Auf Seite 20, möge die Zeile 782 gestrichen und durch folgenden Text ersetzt werden:
- Als Ziel die abschlagsfreie Rente ab 60 Jahren nach 40 Beitragsjahren ansteuern
Auf Seite 20 möge die Zeile 784 wie folgt gefasst werden:
„Einkommens- und vermögensgeprüfte Solidarische Mindestrente in Höhe von 1050 € netto als Zuschlag aus Steuermitteln einführen“
Auf Seite 20 möge in Zeile 787 nach den Worten „die Hälfte der Beiträge“ **die Wörter** „zur Alterssicherung“ **eingefügt werden.**
Auf Seite 20 möge in den Zeilen 789 und 790 der nach dem Satz „Die Fachleute sind sich mit uns einig.“ folgende Satz wie folgt gefasst werden:
„Eine solide Rentenversicherung benötigt keine Riester-Rente, dafür aber Beiträge auf alle Erwerbseinkommen.“
Auf Seite 20 möge die Zeile 792 wie folgt gefasst werden:
„Alle Erwerbstätigen, auch Abgeordnete, Regierungsmitglieder, Beamt*innen, Selbständige und Freiberufler*innen müssen einzahlen“
Auf Seite 20 möge in Zeile 793 vor den Worten „Keine Obergrenze“ das Wort „Perspektivisch“ **eingefügt und das dann folgende Wort klein geschrieben werden.**
Auf Seite 20 mögen in Zeile 794 das Wort „Arbeitgeber“ durch das Wort „Arbeitgeber*innen“ **ersetzt und nach den Worten „Hälfte der Beiträge“ die Wörter** „der Alterssicherung“ **angefügt werden.**
Auf Seite 21 möge in Zeile 799 die Zahl „35“ durch die Zahl „33“ **ersetzt werden.**
Auf Seite 21 wird nach Zeile 801 und nach den Worten „Bruttoeinkommen entsprechen.“ folgender Text angefügt:
„Durchschnittlich verdienende Beschäftigte hätten also durch die Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung derzeit 75 Euro netto mehr in der Tasche. Die Rente einer heutigen Standardrentner*in würde sich um knapp 130 Euro netto erhöhen! Das heißt: Beschäftigte und Rentner*innen würden gewinnen, die Arbeitgeber*innen würden wieder die Hälfte der Kosten der Alterssicherung tragen und die Versicherungen müssten auf die Gewinne aus den Riesterverträgen verzichten. Umverteilung zu Gunsten von Jungen, Mittelalten und Alten – das ist stark!“
Begründung:
Zu 1: Warum soll eine Krankenschwester oder ein Dachdecker mit dreijähriger Berufsausbildung in dem körperlich anstrengenderen Beruf länger arbeiten müssen als akademisch qualifizierte Beschäftigte mit wesentlich längerer Ausbildungszeit? Ohne die ergänzende Festlegung einer Mindestbeitragszeit resultierte aus einer Regelaltersgrenze ab 60 Jahren genau diese relative Privilegierung akademisch qualifizierter Beschäftigter gegenüber körperlich Arbeitenden mit kürzerer oder ganz ohne berufliche Ausbildung, da sie bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze deutlich mehr Lebensjahre arbeiten müssten. Diese Ungerechtigkeit gilt es zu vermeiden. Außerdem geht es auch darum, die LINKEN bundespolitischen Forderungen in der Rentenpolitik zu unterstützen. Die Forderung einer abschlagsfreien (!) Rente ab 60 nach 40 Beitragsjahren wird von keiner anderen Bundestags- oder Landtagspartei (NRW) vertreten, aber von der IG Metall. Siehe unbedingt jetzt auch die Begründung **zu 3.**!

Neben dem oben genannten strukturellen Gerechtigkeitsproblem einer Benachteiligung der Hand- gegenüber der Kopfarbeit, von weniger gut qualifizierten Beschäftigten gegenüber akademisch qualifizierten Beschäftigten, sprechen auch LINKE und feministische Forderungen nach einer gerechteren Verteilung der Familien- und Reproduktionsarbeit zwischen den Geschlechtern - so z.B. die 4- in-1 Perspektive - dafür, bei der durch die Verminderung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit in Folge von Produktivitätsfortschritten ermöglichten Verkürzung der Arbeitszeit den politischen Schwerpunkt auf eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit zu legen.
Weiterhin wirken die Solidarische Mindestrente ebenso wie die Forderung nach deutlichen Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente und die Forderung nach Absenkung der Regelaltersgrenze auf 65 Jahre im Rentenkonzept der LINKEN der bislang durch Abschläge bei vorzeitigem Renteneintritt armutsfördernden Wirkung einer höheren Regelaltersgrenze sehr deutlich entgegen.
Zu 2: Wer sich kaputt gearbeitet hat oder aus gesundheitlichen Gründen keine Erwerbsarbeit mehr ausüben kann, darf nicht zu lebenslanger Armut verurteilt werden. Niemand wird absichtlich krank, um früher in Rente gehen zu können. Deshalb müssen die Abschläge (bis zu 10,8 %) auf Erwerbsminderungsrenten abgeschafft und die Rentenansprüche von Erwerbsminderungsrentner*innen durch eine deutliche Verlängerung der Anrechnungzseit um drei Jahre gestärkt werden.
Zu 3.: Siehe Begründung zu 1. und darüber hinaus: Eine Standardrente ist als Rente bei einem Rentenniveau von 53 Prozent nach 45 Beitragsjahren definiert. Das ist für viele körperlich Arbeitende zu viel. Außerdem gibt es immer weniger Menschen, die im Alter von 15 Jahren begonnen haben, zu arbeiten. Heute sind die Menschen im Durchschnitt fast 20 Jahre alt, wenn sie eine Ausbildung beginnen. Darum ist es wichtig, deutlich zu machen, dass für die Rente ab 60 nach unseren LINKEN Vorstellungen nicht mehr 45, sondern 40 Beitragsjahre reichen sollten. Lebensstandardsichernd wäre eine solche Rente automatisch, da sie bei Vorliegen der Voraussetzung abschlagsfrei gezahlt werden soll und wir das Rentenniveau wieder auf lebensstandardsichernde 53 Prozent anheben wollen. Die bisherige Formulierung an dieser Stelle ist irritierend und nicht notwendig, da die Lebensstandardsicherung schon im ersten Spiegelstrich genannt wird.
Zu 4.: Die Ergänzung ist notwendig, um die LINKE Forderung nach einer Solidarischen Mindestrente, welche geringe Ansprüche aus der gesetzlichen Rente und allen anderen Einkommensquellen im Alter aus Steuermitteln auf 1050 € zuzüglich der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung anheben soll, eindeutig vom Modell einer steuerfinanzierten Grund- oder Sockelrente abzusetzen, welche in marktradikalen Politikmodellen als Ersatz für die paritätisch finanzierte gesetzliche Rente gefordert wird und die viele Nachteile für Versicherte und Rentner*innen in sich birgt.
Information: Die LINKE einkommens- und vermögensgeprüfte Solidarische Mindestrente beträgt brutto 1189 Euro. Nach dem derzeit entstehenden Steuerkonzept der LINKEN wird künftig wahrscheinlich ein steuerfreies Existenzminimum von 12600 Euro gefordert werden, so dass die Solidarische Mindestrente nicht versteuert werden muss. Mündlich gerne mehr dazu.
Zu 5: Die Arbeitgeber*innen dürfen nicht aus der Pflicht zu hälftigen Finanzierung der gesamten Kosten der Alterssicherung entlassen werden. Im Gegenteil: Die Arbeitgeber*innen sollen künftig wieder mehr und nicht weniger für die Renten ihrer Beschäftigten einzahlen, sowohl in die gesetzliche Rentenversicherung als auch in eventuelle betriebliche Altersversorgungen. Unter einem Anteil einer hälftigen Finanzierung der baV droht aus der betrieblichen Alters***versorgung*** eine betriebliche Alters***vorsorge*** zu werden. Das will DIE LINKE verhindern!
Zu 6.: Die Hauptalternative zur Riesterrente sollte genannt werden.
Zu 7.: Redaktionelle Änderung und Freiberufler*innen müssen unbedingt genannt werden, ebenso wie Regierungsmitglieder.
Zu 8.: Politik muss glaubwürdig sein. Die Beitragsbemessungsgrenze wird zunächst nur drastisch angehoben und erst dann komplett gestrichen werden können. Darum ist es redlich, das Wort „perspektivisch“ einzufügen.
Zu 9.: Weibliche Arbeitgeber sollen genauso zahlen wie männliche und siehe Begründung zu 5.
Zu 10.: Neuberechnung nach den aktuelleren Zahlen der Deutschen Rentenversicherung. Ein lebensstandardsicherndes `Sicherungsniveau vor Steuern´ (Fachbegriff für das aktuelle Rentenniveau) von 53 Prozent zu finanzieren ist seit dem 01. Juli für durchschnittlich Verdienende zwei Euro günstiger geworden.
Zu 11: Auf der Seite 21 stehen bis dato nur sechs Zeilen. Platz genug, die materiellen Vorteile für durchschnittlich verdienende Beschäftigte und die sogenannten Eckrentner*innen in Euro und Cent zu nennen und die win-win-Situation kurz konkret zu beschreiben.

II.5	795-796	KV Essen	Änderung Rente		

Spiegelstrich zur Riester-Rente ändern

Zeile 795 und 796 werden zu einem Spiegelstrich zusammengefasst und lauten:
„Abschaffung von Riester- und Rürup-Renten, Überleitung ihrer Guthaben in die gesetzliche Rentenversicherung."

Begründung:
Die privaten Rentensysteme müssen durch ein Bundesgesetz in die gesetzliche Rentenversicherung übergeleitet werden, wenn die Zielsetzung einer gerechten Rente für alle verwirklicht werden soll. Ansonsten bekämen wir eine Übergangszeit mit einem Nebenher verschiedener Systeme, die mehr als eine Generation lang dauern kann, bis nämlich alle Menschen verstorben sind, die derzeit Riester- oder Rürup-Verträge haben. Dies hielten wir für falsch.

II.5	797	KV Essen	Streichung Spiegelstrich Rente		

Spiegelstrich zum Rentenbeitrag streichen:
Zeile 797 wird gestrichen.

Begründung:
Wenn alle Erwerbstätigen in die Rentenversicherung einbezogen werden und keine Obergrenze bei der Heranziehung von Einkommen mehr besteht, zusätzlich die gleichzeitige Mindestrente aus Steuermitteln und nicht aus Beiträgen finanziert werden soll (so steht es im Absatz vorher), wunden wir uns darüber, dass dann trotzdem der Rentenbeitrag noch steigen soll. Das Gegenteil würden wir erwarten, daher halten wir es für eine falsche Forderung, von uns aus eine Anhebung vorzusehen. Die einfache Streichung erlaubt es uns, dass diese Frage noch einmal sorgfältig geprüft wird.

II.5	799	KV Herford	Änderung		

das Wort „Arbeitgeber*innen" ändern in:

Unternehmen

Begründung: DIE LINKE muss auf die Sprache achten und darf sich nicht der kapitalistisch geprägten Begriffe „Arbeitnehmer" und „Arbeitgeber" bedienen. Dies sollte im gesamten Programm geändert werden

III	802	Aust, Gleiss u.a.	Überschrift ändern		

802 streichen ~~Die Wirtschaft ist für die Menschen da~~ **und ersetzen durch:**
Menschen vor Profite - demokratische Kontrolle in den Betrieben

III	807	KV Steinfurt	Einfügung		

ersetze das Wort "Unternehmen" durch "Eigentümer*innen"
Warum? Einerseits sprachlich besser, weil Wiederholung vermieden wird. Andererseits auch inhaltlich besser, denn den Profit, den das Unternehmen erwirtschaftet, steckt sich ja die Eigentümerin allein in die Tasche. Zum Unternehmen gehören nämlich auch die Mitarbeitenden, es gehört ihnen halt nur nicht.

III	808	KV Steinfurt	Einfügung		

einfügen nach dem Punkt:
Vor allem Frauen arbeiten noch immer für deutlich weniger Gehalt als ihre männlichen Kollegen.
Begründung wohl überflüssig - in unserem Kreis ein noch massiveres Problem als anderswo.

III	811-812	Aust, Gleiss u.a.	Änderung Einleitungstext		

811-812 ersatzlos streichen: ~~Die heftige soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit werden damit längst auch zum Problem für die Wirtschaftsentwicklung.~~

III	814, 1024, 1096, 1104, 1212	Kathrin Vogler	Korrekturen / sprachliche Verbesserungen		

Zeile 814 ersetzen "hinarbeiten" durch "hinzuarbeiten". (sprachlich)
Zeile 1024 ersetze sanktionsbewehrte durch sanktionsbewehrten (sprachlich)
Zeile 1096 ersetze gehen durch geht (sprachlich)
Zeile 1104 ersetze "zurückführen" durch "erhöhen". (sprachlich)
Zeile 1212: ersetze "Milliardäre" durch "Milliardären" (Korr.)

III	821	KV Gütersloh	Einfügung	

Nach Zeile 821 wird eingefügt:
„Dies setzt voraus, dass der neoliberale Einfluss auf die Politik gebrochen wird.
Was tun?

- Stiftungen und andere Organisationen und deren Mitarbeiter*innen, die für eine neoliberale Politik stehen, dürfen weder in Ministerien arbeiten noch von diesen mit Berater- oder anderen Aufgaben beauftragt werden.
- Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht missbrauchen, sind zu verbieten. Großkonzerne sind zu entflechten und in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft zu überführen.

Begründung:
Landesverfassung NRW Artikel 27, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Artikel 15.

III..	821	Klein-Ridder	Einfügung		

Die Bertelsmannstiftung in Gütersloh verbindet die große Marktmacht und Medienmacht des Bertelsmannkonzerns, eines der weltweit größten Medienunternehmen, mit einer politischen Beratungsmacht, die gesellschaftspolitisch eine weitreichende Wirkung entfaltet. Hier wird der gemeinwirtschaftliche Bereich, der dem Gemeinwohl dienen soll, profitwirtschaftlichen Interessen untergeordnet. Orientierung bieten neoliberale Heilslehren. Sachzwänge werden erklärt, Alternativen sind dann überflüssig und erscheinen nur noch als Querulantentum.

Unter Anderem förderte die Bertelsmannstiftung wichtige Vorarbeiten für die „Agenda 2010“ und die sogenannten Hartz-Gesetze der rot-grünen Bundesregierung ebenso wie auch Hochschulreformen. Weitere Projekte in verschiedenen Feldern wie im Gesundheitswesen und der Bildung bieten Chancen für die Kapitalverwertung. Viele Menschen bleiben dann allerdings draußen vor der Tür. Immer mehr Güter und Dienstleistungen in bisher gemeinwirtschaftlichen Bereichen sollen privatisiert werden. Für Vorhaben der Bertelsmannstiftung bietet dann der Bertelmannkonzern die Lösung an.

Für die Bertelsmannstiftung wird Gemeinnützigkeit in Anspruch genommen mit dem damit verbundenen Steuervorteil. Der steuerzahlende Bürger bezahlt die Konzepte, die ihm seine Mitwirkungsrechte in den gemeinwirtschaftlichen Bereichen wegnehmen. Das Kriterium dafür, dass einer Stiftung also auch der Bertelsmannstiftung Gemeinnützigkeit verliehen wird, ist Selbstlosigkeit. Dieses Kriterium dürfte kaum erfüllt sein. Bisher wird nach den üblichen Kriterien die Gemeinnützigkeit der Bertelsmannstiftung von der Finanzverwaltung anerkannt. Das Steuerrecht und das Stiftungsrecht ist blind für die Machtverflechtungen

großer Wirtschaftsunternehmen. Die „Bertelsmannrepublik Deutschland“ (so ein Buchtitel) braucht nicht auch noch ein Bertelsmann Bundesland NRW

Was tun?

Der Bertelsmannstiftung muss die Gemeinnützigkeit aberkannt werden, da das Kriterium der Selbstlosigkeit nicht erfüllt ist.

Eine Reform des Steuerrechts und des Stiftungsrechts ist überfällig. Hierzu ist eine öffentliche Debatte zu führen.

Lobbyismus muss transparent gemacht werden.

Einer Privatisierung der Politik ist Einhalt zu gebieten.

III	830	Aust, Gleiss u.a.	Änderung Exportorientierung		

830 ersatzlos streichen: ~~Abkehr von der unsolidarischen und unsicheren Exportorientierung~~

III	832	Aust, Gleiss u.a.	Demokratische Kontrolle		

832 streichen: ~~Mehr Demokratie und Mitbestimmung in Wirtschaft und Gesellschaft~~ **und ersetzen durch:** Demokratische Kontrolle auch in der Wirtschaft

III.1	833	KV Düsseldorf	Überschrift verlängern		

Zeile 833 vorher: " Investieren: Mit der Millionärssteuer wieder handlungsfähig werden"
neu: "Investieren und wieder handlungsfähig werden - keine Steuergeschenke mehr an Millionär*innen, Konzerne und Banken"

III.1	846	E. Jansen	Einfügung		

Wir werden **sowohl** im Landtag noch als auch in den außerparlamentarischen Bewegungen vor […]

Einbeziehung der außer-parlamentarischen Bewegungen und Bündnisse

III.1.	863	KV Steinfurt	Ersetzung		

Spiegelstrich ersetzen
- Investieren! In Arbeitsplätze und moderne Infrastruktur.
Begründung: "in marode Infrastruktur investieren" kann richtig doll falsch verstanden werden.

III.1.	871	KV Steinfurt	Ersetzung		

ersetzen "Freizeitbäder" durch "Schwimmbäder".
Begründung: Schwimmbäder sind nicht primär Freizeiteinrichtungen, sondern Sportstätten, die von Schulen und Vereinen, aber auch therapeutisch genutzt werden

III.1.	887	KV Steinfurt	Ersetzung		

ersetze "Branchen" durch "Betrieben".
Begründung: Wir siedeln keine ganzen Branchen an, sondern einzelne Betriebe

III.1.	887	RVR	Ergänzung		

„Investitionsfonds zur Beseitigung von Flächenrestriktionen mit dem Ziel des verstärkten Flächenrecycling“

III.1.	890	KV Steinfurt	Ersetzung		

Zeile 890ff ersetzen: In einer Wirtschaftsordnung die dem Allgemeinwohl dient, muss die Produktivitätssteigerung den Beschäftigten zugutekommen. Entweder die Löhne steigen, und damit die Nachfrage. Oder die Beschäftigten können kürzer arbeiten und bekommen mehr Zeit für sich, ihre Nächsten, Kultur oder Politik. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung orientiert sich aber nicht am Allgemeinwohl. Die Steigerung der Produktivität wurde nur zur Profitmaximierung der Kapitaleigner genutzt und führte deshalb zur Massenarbeitslosigkeit und sinkenden Realeinkommen. Während Millionen von Menschen (...)

III.1	893	Cemal Agir	Ergänzung		

Zeile 893 (einsetzen):
Die kapitalistische Wirtschaft orientiert sich nicht am Allgemeinwohl

III.2.	921	KV Steinfurt	Einfügung		

Einfügen in Zeile 921:
Die RAG Stiftung muss an den ehemaligen Steinkohleförderstandorten zur Bewältigung des Strukturwandels selbst investieren. Strukturwandel und die Kohlekonversion dürfen nicht allein der öffentlichen Hand aufgelastet werden. DIE LINKE. NRW setzt sich ein, für die Schaffung neuer Arbeitsplätze an den ehemaligen Zechenstandorten durch deutlich mehr Investitionen von Unternehmen der RAG Stiftung. Die RAG Stiftung mit ihren verbundenen Unternehmen z. B. Evonik AG ist durchaus in der Lage aus eigener Kraft mehr in erneuerbare Energien und nachhaltige Technologien zu investieren. Handwerk und Kleinbetriebe bekommen so neue Geschäftsfelder. Es entstehen zusätzlich neue Arbeitsplätze.

Begründung:
Derzeit wird in NRW noch an den Standorten Zeche Prosper-Haniel in Bottrop und Zeche RAG Anthrazit Ibbenbüren GmbH Steinkohle gefördert. Ende 2018 wird auch das letzte Bergwerk seine Produktion einstellen. Damit geht in NRW ein Epoche zu Ende. Kohle und Stahl haben die Menschen und die Regionen geprägt. Diese Prägungen finden sich im z. B. kulturellen Leben wieder. Die Beschäftigten der Kohle- und Stahlindustrie waren das Rückgrat der Arbeiterbewegung. Das Montanmitbestimmungsgesetz von 1951 regelte die paritätische Mitbestimmung zwischen ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen. Die Montanunion, auch Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), wird heute als früher Vorläufer eines vereinten Europa gesehen. Die AntragstellerInnen begrüßen ausdrücklich den Ausstieg aus der deutschen Steinkohleförderung und Kohleverstromung.
Allerdings wird in Deutschland noch weit über die letzte Zechenschließung hinaus Kohle verbrannt - nun eben Importkohle, die unter sehr viel schlechteren Arbeits- und Umweltbedingungen gefördert wird. Auch ökologische Schäden und und menschliches Leiden durch den Kohleabbau etwa in der Türkei, in China, Kolumbien oder Südafrika sind aber "Subventionen" für die Energiewirtschaft in dem Sinne, dass die Allgemeinheit für die Kosten aufkommen muss, während die Profite privatisiert werden.
Die EU hat für die Steinkohle in Deutschland die Lichter ausgeknipst. Aber die Zukunft der Menschen in den ehemaligen Kohleregionen kann uns nicht unberührt lassen.
Für die direkt bei den Bergwerken Beschäftigten wurden sozial gut flankierte Maßnahmen ausgehandelt. Die ehemaligen Kohleregionen allerdings leiden bis heute unter fehlender industrieller Infrastruktur. Ehemalige Zechenstandorte liegen brach. Allenfalls entstand großflächiger Einzelhandel mit Einkommen, die nicht annähernd an die Löhne der Bergbauzeit heranreichen. Neue Industrien konnten nicht ansatzweise die Verluste an Einkommen und Arbeitsplätzen ausgleichen.
Für den Strukturwandel, auch Kohlekonversion genannt, werden derzeit erhebliche

öffentliche Mittel aufgewandt um Projekte zu entwickeln und Flächen neu zu nutzen. Neue gut bezahlte und mitbestimmungspflichtige Industriearbeitsplätze gibt es trotzdem kaum. . Statt dessen sind die ehemaligen Zechenstandorte heute Standorte prekärer Arbeit und hoher Arbeitslosigkeit, die Menschen sind häufig arm trotz Arbeit.
Die RAG als ehemaliger Bergbaubetreiber ist gefordert Beschäftigung aufzubauen. Die nötige Infrastruktur wie Gebäude, Fläche und Verkehrsanbindung sowie gut ausgebildete junge Menschen stehen zur Verfügung. Was fehlt ist die Investitionsentscheidung des Konzerns, in dessen Aufsichtsrat etwa der Finanzminister von NRW und der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion auf der Arbeitgeberseite sitzen.
Das Land NRW ist stellt die Hälfte der Mitglieder im Kuratorium der RAG-Stiftung, darunter ist auch die Ministerpräsidentin/der Ministerpräsident. Die Landespolitik hat also erheblichen Einfluss auf die Geschäftspolitik der Stiftung. Deswegen ist das Landtagswahlprogramm der richtige Ort für diese Forderung.

III.2	Vor 928	Michael Bruns	Ergänzung Vergesellschaftung		

Vor Zeile 928 als neues Kapitel einfügen:

Arbeitsplätze erhalten durch Vergesellschaftung
In NRW werden qualifizierte Industriearbeitsplätze vernichtet und Betriebe geschlossen, weil Konzerne die Produktion an Standorte mit geringeren Kosten verlagern, weil Private Equity Fonds und Schattenbanken überhöhte Renditen verlangen.

Wo nur für den Profit von einigen wenigen gearbeitet wird, bleiben die Interessen der Beschäftigten und der Gesellschaft auf der Strecke. Der Abbau industrieller Arbeitsplätze hat ganze Regionen und Kommunen und damit viele Menschen in die Armut gedrückt.

Wir wollen die verbliebenen industriellen Kerne erhalten und ausbauen. Dies wird zu einer öffentlichen Aufgabe, wenn die privaten Besitzer nicht willens oder nicht in der Lage, die Produktion fortzuführen. Wir setzen uns ein für die Vergesellschaftung dieser Betriebe, unter der demokratischen Kontrolle der Beschäftigten, ihrer Gewerkschaften und der betroffenen Kommunen und des Landes.

Die Landesverfassung fasst den Begriff der Vergesellschaftung weiter und sieht das öffentliche Eigentum nicht nur als Notmaßnahme gegen Betriebsschließungen, sondern als Instrument der Wirtschaftspolitik. Daran will die LINKE NRW anknüpfen. Wir wollen eine öffentliche und demokratisch organisierte Industrieproduktion, die den Beschäftigten, Verbraucher*innen und der Umwelt verpflichtet ist anstatt den Aktionären und ihren kurzfristigen Profitinteressen.

Wenn Produkte nicht mehr benötigt werden, nicht verkäuflich oder gar schädlich sind, ermöglicht das öffentliche Eigentum eine Umstellung der Produktion bei Sicherung der Arbeitsplätze und tariflicher Arbeitsbedingungen.

Was tun?

- Schutzschirm für Arbeitsplätze: Vergesellschaftung von industriellen Betrieben, die von Schließung bedroht sind
- Demokratische Kontrolle der vergesellschafteten Betriebe durch die Belegschaft, Gewerkschaften und die Landes- bzw. kommunale Politik
- Wenn nötig Umstellung der Produktion bei Erhalt der tariflichen Arbeitsbedingungen
- Artikel 27 der Landesverfassung umsetzen: „Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden.“
- Bildung einer Industriestiftung für NRW

Begründung:
Ich finde den Änderungsantrag von Claus Ludwig u. a. teilweise sehr gut. Ich finde, wir können für Vergesellschaftung und für die Bildung einer Industriestiftung sein. Letzteres ist ein konkreter Vorschlag für Vergesellschaftung. Wir nehmen uns dabei die Montan-Stiftung-Saar als Inspiration und zeigen, dass Vergesellschaftung machbar ist. Vergesellschaftung und Industriestiftung muss man nicht gegeneinander diskutieren. Deshalb sollte man ein Kapitel Vergesellschaftung dem Kapitel Industriestiftung voranstellen.

III.2	928-972	Aust, Gleiss u.a.	Ersetzung Unterkapitel		

928-972 streichen und ersetzen durch (Formulierungen des ursprünglichen Textes mit Änderungen und Ergänzungen):
Arbeitsplätze erhalten durch Vergesellschaftung
In NRW werden qualifizierte Industriearbeitsplätze vernichtet und Betriebe geschlossen, weil Konzerne die Produktion an Standorte mit geringeren Kosten verlagern, weil Unternehmen fusionieren und die Produktion „verschlanken“ oder weil Betriebe einfach nicht gewinnbringend genug sind. Wo nur für den Profit von einigen wenigen gearbeitet wird, bleiben die Interessen der Beschäftigten und der Gesellschaft auf der Strecke.
Der Abbau industrieller Arbeitsplätze hat viele Menschen und ganze Kommunen vor allem im Ruhrgebiet in die Armut gedrückt. Neu geschaffene Jobs im Dienstleistungssektor sind oftmals prekär und weit schlechter bezahlt.
Wir wollen die verbliebenen industriellen Kerne erhalten und ausbauen. Dies wird zu einer öffentlichen Aufgabe, wenn die privaten Besitzer nicht willens oder nicht in der Lage, die Produktion fortzuführen. Der Einsatz öffentlicher Gelder für den Erhalt von Industriearbeitsplätzen ist sinnvoll, wenn dieser nicht zur Absicherung privater Profite sondern dem Erhalt von Produktionsbetrieben, dem Erhalt der Anlagen sowie der Kenntnisse und Fertigkeiten der Beschäftigten dient.
Wo Industrieproduktion in NRW bedroht ist, wollen wir die Weiterführung der industriellen Produktion mit Landes- und Bundesmitteln. Wir setzen uns ein für die Vergesellschaftung dieser Betriebe, unter der demokratischen Kontrolle der Beschäftigten, ihrer Gewerkschaften und der kommunalen bzw. der Landespolitik.
Die Landesverfassung fasst den Begriff der Vergesellschaftung weiter und sieht das öffentliche Eigentum nicht nur als Notmaßnahme gegen Betriebsschließungen, sondern als Instrument der Wirtschaftspolitik. In Artikel 27 heißt es: „Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden.“
Daran will die LINKE NRW anknüpfen. Wir wollen eine öffentliche und demokratisch organisierte Industrieproduktion, die den Beschäftigten und der Umwelt verpflichtet ist anstatt den Aktionären und ihren kurzfristigen Profitinteressen.
Wenn Produkte nicht mehr benötigt werden, nicht verkäuflich oder gar schädlich sind, ermöglicht das öffentliche Eigentum eine Umstellung der Produktion bei Erhalt von Einkommen und Arbeitsbedingungen.
Was tun?
- Schutzschirm für Arbeitsplätze: Vergesellschaftung von industriellen Betrieben, die von Schließung bedroht sind
- Demokratische Kontrolle der vergesellschafteten Betriebe durch die Belegschaft, Gewerkschaften und die Landes- bzw. kommunale Politik
- Wenn nötig Umstellung der Produktion bei Erhalt der tariflichen Arbeitsbedingungen
- Artikel 27 der Landesverfassung umsetzen: „Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden.“

Zum Schutz von Arbeitsplätzen setzen wir uns weiterhin für ein Verbot von Massenentlassungen bei Unternehmen ein, die nicht insolvenzgefährdet sind.

III.2	974-975	Aust, Gleiss u.a.	Streichung Satz		

974-975 ersatzlos streichen: ~~Die Industrie-Stiftung NRW soll über den Schutz von Industriearbeitsplätzen hinaus Innovationen und Investitionen ankurbeln.~~

III.2	977-978	Aust, Gleiss u.a.	Streichung Satz		

977-978 ersatzlos streichen: ~~... als Teil der Industriestiftung NRW.~~

III	984, 997, 1031	Michael Bruns	3 mal Änderung "kollektives"	Übernahme	

Zeile 1059: "Unterstützung nur bei Unternehmen mit öffentlicher oder **kollektiver** Belegschaftsbeteiligung"
Zeile 1072: "Durch öffentliche Förderung erworbene Forschungsergebnisse NRW-Unternehmen zugänglich machen, wenn diese dafür die öffentlichen und **kollektive** Belegschaftsbeteiligungen erhöhen."
Zeile 1108: "Dazu gehört auch ein Programm, das **kollektive** Belegschaftsübernahmen fördert und unterstützt."
Begründung:
Ich spreche mich - wie schon in der Parteiprogrammdebatte - dafür aus, immer von kollektivem Belegschaftseigentum zu sprechen. Durch gemeinsames Eigentum kann eine demokratische Kontrolle der Belegschaft sichergestellt werden. Das heißt, es gibt Belegschaftsabstimmungen bzw. gewählte VertreterInnen. Beschäftigte sollen nicht zu individuellen, machtlosen Kleinaktionären werden, wo dann doch nur wieder Profitinteressen dominieren. Belegschaftsbeteiligungen sollen auch nicht durch Lohnverzicht entstehen. Erfurter Parteiprogramm:
"**DIE LINKE setzt sich dafür ein, geeignete Rechtsformen zu schaffen, welche die gemeinschaftliche Übernahme von Betrieben durch die Beschäftigten erleichtern und fördern.** Allumfassendes Staatseigentum ist aufgrund bitterer historischer Erfahrungen nicht unser Ziel. Die Beschäftigten müssen realen Einfluss auf die betrieblichen Entscheidungen bekommen. Wir setzen uns dafür ein, dass Belegschaften ohne Lohnverzicht an dem von ihnen erarbeiteten Betriebsvermögen kollektiv beteiligt werden. In wichtigen Fragen, etwa wenn Massenentlassungen oder Betriebsschließungen geplant sind, muss es Belegschaftsabstimmungen geben. Eigentumsverhältnisse sind mehr als nur Besitzverhältnisse. Allein die Änderung der Eigentumstitel ist unzureichend. Letztlich kommt es auf die Verfügung und die Zugänge zum gesellschaftlichen Reichtum an."

III.3	999	KV Düsseldorf	Verbot Rüstungsforschung		

Hinter Zeile 999 soll folgendes **eingefügt** werden: "Rüstungsforschung an Hochschulen verbieten"

III.4	1025	Aust, Gleiss u.a.	Keine Arbeiter*innenkammer		

1025 ersatzlos streichen: ~~Einrichtung einer Arbeiter*innen-Kammer NRW.~~

III.4	1029-1034	Aust, Gleiss u.a.	Keine Arbeiter*innenkammer		

1029-1034 ersatzlos streichen: ~~Die Arbeiter*innenkammer NRW ... Gremien zu werden.~~

III.5	1038/1039	KV Düsseldorf	Textänderung		

Zeilen 1038/1039 vorher: "Die Erfahrungen haben in vielen Bereichen aber schmerzlich gezeigt[...]"
neu: "Die Erfahrungen haben aber schmerzlich gezeigt..."

III.5	1039,1062 1063	LAG Kommunal	An- Einfügung		

Ans Ende der Zeile 1039 ist anzufügen:
...: Privatisierungen führen zu Personalabbau, Ausdünnung des Angebots und meist auch zu höheren Preisen.

Ans Ende der Zeile 1062 ist anzufügen:
...: vor allem auch bei der Wohnungs-, Energie-, Wasser- und Abfallwirtschaft

Nach der Zeile 1063 ist einzufügen:
Die Linke steht für den Erhalt der öffentlich-rechtlichen Sparkassen, ihrer kommunalen Einbindung und der Stärkung ihrer Gemeinwohlorientierung.

III.5	1043	KV Düsseldorf	Textänderung		

Zeile 1043 vorher "die Steuerzahler*innen"
neu: "uns"

III.5.	1044	KV Steinfurt	Ergänzung		

Die LINKE. NRW lehnt die weitere Privatisierung öffentlicher Infrastruktur strikt ab. Bei der Übertragung der unter der Verwaltung des Landes NRW stehenden Fernstraßen in eine bundeseigene Infrastrukturgesellschaft muss sichergestellt werden, dass bei Bau und Unterhalt der entsprechenden Straßen private Investoren ausgeschlossen werden. Projekte sog. öffentlich-privater Partnerschaften (ÖPP) erweisen sich als grundsätzlich teurer als öffentlich finanzierte. Der Bundesrechnungshof weist immer wieder auf diesen Sachverhalt hin.

Begründung:
Der Länderfinanzausgleich wurde neu geregelt. Bestandteil der Vereinbarungen ist eine Übertragung der Verwaltung von Fernstraßen in eine bundeseigene Infrastrukturgesellschaft. In den Vereinbarungen zwischen dem Bund und den Ländern wurde zwar festgelegt, dass „Autobahnen und Straßen“ unveräußerliches Eigentum des Bundes ist, das schließt allerdings PPÖ Projekte nicht aus. Der Artikel 90 GG spricht in seiner aktuellen Fassung davon, dass Reichsautobahnen und Reichsstraßen, also BAB und Bundesstraßen Eigentum des Bundes sind, dass verhindert aber nicht, dass der Bau von BAB mittels PPÖ privatisiert wird. Der sechsspurige Ausbau der A8 zwischen Ulm und München, Eröffnung Herbst 2015, ist ein Beispiel für vollzogene Privatisierung.
Zusätzlich noch folgendes Statement:
Georg Hermes, Professor für öffentliches Recht an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, hat einer Aussage von SPD-Chef Sigmar Gabriel widersprochen, wonach man die Privatisierung von Autobahnen im Rahmen der Neuregelung des Finanzausgleichs "ausgeschlossen" habe: "Die Klausel ermöglicht eine echte Privatisierung. Wenn Gabriel etwas anderes behauptet, täuscht er die Wähler", sagte Hermes der "Zeit".
Gabriel hatte in einer E-Mail an die SPD-Mitglieder geschrieben: "Wir konnten durchsetzen, dass die Privatisierung von Bundesstraßen und Autobahnen ausgeschlossen wird." Er bezieht sich dabei auf einen Passus im Beschluss zur Neuregelung des Finanzausgleichs. Dort heißt es: "Es soll eine unter staatlicher Regelung stehende privatrechtlich organisierte Infrastrukturgesellschaft eingesetzt und das unveräußerlichte Eigentum des Bundes an Autobahnen und Straßen im Grundgesetz festgeschrieben werden." Das, so Hermes, bedeute aber nicht, dass eine Privatisierung der Infrastrukturgesellschaft ausgeschlossen sei.
"So wie die Einigung formuliert ist, könnte der Staat 100 Prozent der Anteile verkaufen." Dass das Eigentum des Bundes an Autobahnen und Straßen festgeschrieben werde, hieße nur, "dass der Bund formal noch als Eigentümer im Grundbuch stünde." Planung, Bau, Finanzierung und Erhalt könnten aber an Private übertragen werden. "Auch die Erhebung von Mautgebühren durch Private wäre kein Problem."
Anzumerken wäre noch: NRW Ministerpräsidentin Hannelore Kraft sagte am Freitag den 14.10.2016 Nachmittags im Radio Sender WDR 5, dass Privatisierungen verfassungsrechtlich unmöglich seinen. Offensichtlich irrt auch die MP.

III.5	1065	KV Düsseldorf	Textänderung		

Zeile 1065 vorher: "Herausforderungen, die landespolitisch abgesichert werden müssen"
neu: "Herausforderungen, gegen deren Risiken landespolitisch abgesichert werden muss "

III.5	1070	KV Düsseldorf	Textänderung		

Zeile 1070 vorher: "Staffelung der Gebühren zur Entlastung von Menschen mit geringem Einkommen"
neu: "Gebührenfreie Kontoführung zur Entlastung von Menschen mit geringem Einkommen"

III.5	1073	Francesco Müller	Ergänzung "Geldautomaten"	Übernahme	

Antrag: (Abschnitt „Sparkassen sollen für alle da sein“)
Zeile 1073* *„Erhalt der Filialen in der Fläche“ erweitern in „Erhalt der Filialen und Geldautomaten in der Fläche“*

Begründung: Immer mehr kommunale Sparkassen in NRW fusionieren zu großen Landkreis-Sparkassen, in Verbindung mit gleichzeitig immer mehr Filialschließungen. Auch auf Geldautomaten wird nicht immer Rücksicht genommen. Bargeldversorgung muss aber grundsätzlich gewährleistet bleiben.

III.6	1084	KV Düsseldorf	Textänderung		

Zeile 1084 vorher: " Auch die Sozialpolitik folgt der Kassenlage"
neu: "Auch die Sozialpolitik folgt, unter den gegenwärtigen Herrschaftsverhältnissen, der Kassenlage".

III.6	1087	LAK Kinder/Jugend	Ergänzung	Übernahme	

1087/88 Einfügung/Ergänzung: „Kitagebühren“

III.6	1096,1100, 1105,1115	LAG Kommunal	An- Einfügung		

In Zeile 1096 ist einzufügen:
… im Land zurück. Dabei haben die Kommunen bei der Gesetzgebung des Bundes keinerlei Beratungs- oder Einspruchsrechte. Die Kommunen erhalten …

Ans Ende der Zeile 1100 ist anzufügen:
… Das bedeutet für die Kommunen allein im Jahr 2017 einen Verlust in Höhe von ca. 2,5 Milliarden Euro.

In Zeile 1105 ist einzufügen:
Einsatz für Mitwirkungsrechte der Kommunen bei sie betreffenden Entscheidungen des Bundes

Zwischen Zeile 1106 und 1107 ist einzufügen:

- *Einhaltung des Konnexitätsprinzips (d.h. Bund und Land sollen für zusätzliche Aufgaben entsprechend zahlen)*

Ans Ende der Zeile 1115 ist anzufügen:
… Dazu gehört auch eine Bundesratsinitiative zur Weiterentwicklung der Gewerbesteuer in eine Gemeindewirtschaftssteuer, in der wirklich alle unternehmerisch Tätigen – Kapitalgesellschaften, Selbstständige wie Ärzte und Anwälte aber auch freie Berufe bei hinreichenden Freibeträgen für prekär Selbstständige – einzahlen.

III.6	1102	KV Duisburg	Ergänzung		

Zeile 1102 ergänzen. Nach „… Gemeinden für ihre Aufgaben genügend Mittel.“ Satz einfügen: „Hierzu ist eine deutliche Neuordnung der kommunalen Finanzierung dringend erforderlich, z.B. durch eine deutliche Umverteilung von Steuermitteln zwischen dem Bund, den Ländern und den Kommunen.

III.6	1102	KV Düsseldorf	Kostenausgleich Soziales Bund		

Ergänzung des Landtagswahlprogramms nach Zeile 1102:
Ein zentraler Punkt der Unterfinanzierung der Städte und Gemeinden ist, dass diese für Leistungen wie ALG II, besser bekannt als Hartz IV, Grundsicherung (besonders auch Grundsicherung aufgrund von Altersarmut), Sozialhilfe und die sogenannten Aufstocker-Leistungen für gering Verdienende aufkommen müssen. Darunter leiden alle Kommunen, jedoch besonders diejenigen mit einem hohen Armutsanteil unter den Bewohnerinnen und Bewohnern, die hierdurch auch in besonderem Maße benachteiligt werden.
Grundsätzlich kämpft DIE LINKE für eine Abschaffung von Hartz IV und Co. zugunsten menschenwürdiger Sozialleistungen. DIE LINKE will bis dahin, dass die Kosten für diese Leistungen nicht mehr von jeder Kommune einzeln aufgebracht werden müssen. Das Land und der Bund sollen innerhalb der nächsten Legislaturperiode diese Kosten zur Entlastung der Städte und Gemeinden übernehmen, kurzfristig ist für einen finanziellen und Interessenausgleich zwischen Städten und Gemeinden mit hohen, mittleren und niedrigen Kosten in diesem Bereich zu sorgen.

III.6	1106	KV Düsseldorf	Kostenausgleich Soziales Bund		

Ergänzung des Landtagswahlprogramms nach Zeile 1106:
- Mittelfristige Übernahme der Kosten für Sozialleistungen durch das Land und den Bund
Begründung:
Dadurch, dass derzeit die Städte und Gemeinden jede für sich die Soziallast, also die Kosten für Transferleistungen und damit verbundene Verwaltung, tragen müssen, werden Kommunen mit hohem Anteil an Hartz-IV-Beziehenden, Langzeitarbeitslosen, Armutsrentner/innen und weiteren sozial benachteiligten Menschen, die auf Transferleistungen durch die öffentliche Hand angewiesen sind, nicht nur personell sondern auch finanziell extrem benachteiligt und belastet.
Es entsteht so zudem ein zusätzlicher Anreiz für die Städte und Gemeinden, nur Einwohnerinnen und Einwohner mit guten bis hohen Einkommen anzusiedeln, sich derer, die auf Transferleistungen angewiesen sind, aber zu Lasten der Nachbargemeinden zu entledigen, etwa auch Beziehenden von Aufstocker-Leistungen. Dies schafft beispielsweise auch einen Negativanreiz, keinen Bau von Sozialwohnungen zu fördern, da hiermit sozial schwächeren Menschen innerhalb der jeweils eigenen Kommune zusätzlicher Lebensraum geboten würde, was nach dem derzeitigen System der jeweiligen Kommune obendrein aufbürden würde, für die Transferleistungen an diese Menschen aufzukommen.
Zur Schaffung und Erhaltung gleicher Lebensverhältnisse müssen auch an dieser Stelle besonders belastete Kommunen mindestens mit den finanziell besser da stehenden gleichgestellt, wenn nicht bevorzugt werden. Soziallasten, die durch Landes- und vor allem Bundesgesetzgebung und -politik entstehen, müssen auch auf dieser Ebene finanziert werden.

III.6	1119,1126	LAG Kommunal	Ersetzung		

In Zeile 1119 ist *Bundesinitiative* zu ersetzen durch *Bundesratsinitiative* zu ersetzen.

In Zeile 1126 ist *unterschiedliche* durch *angepasste* zu ersetzen.

Ans Ende der Zeile 1131 ist anzufügen:
… Im ländlichen Raum dagegen – oft nur wenige Kilometer außerhalb der Großstädte – gibt es fast überhaupt keine öffentlichen Verkehrsangebote mehr.

III.6	1122	RVR	Ergänzung		

Die Zeile 1122 wird wie folgt ergänzt:
„Während die meisten Städte des Ruhrgebietes **in der Vergangenheit** über viele Jahre hinweg Einwohner*innen-Verluste zu verzeichnen hatten, wächst die Bevölkerung in anderen Städten, beispielsweise im südlichen Rheinland

III.6	1125	RVR	Ergänzung		

„…einheitlichen Entwicklungsstrategien für alle nordrhein-westfälischen Städte, Gemeinden, **Kreise und Regionen** geben."

III.6	1129	RVR	Ergänzung		

„…Stadt oder eines Kreises, **Regionalrates oder Landschaftsverbandes** bewältigen. **Strukturen von Politik und Verwaltung gilt es entsprechend anzupassen."**

III.6	1131,1147	LAG Kommunal	Ergänzung		

Zwischen Zeile 1145 und 1146 ist einzufügen:
Zugleich fallen in den ohnehin schon benachteiligten Stadtteilen immer mehr öffentliche Angebote – wie Jugendzentren, Stadtteilbibliotheken und Schwimmbäder – dem Rotstift zum Opfer.

In Zeile 1147 ist zu ergänzen:
… Stadtplanung und sozialer Wohnungsbau zur ausgewogeneren …

III.6	1135-1138	RVR	Ergänzung/Neufassung		

1135 • Bessere Bedingungen für **die** Zusammenarbeit zwischen Stadt ~~**und**~~ Umland **und Regionen**
1136 • Stärkung von Landschafts- und Regionalverbänden **und Direktwahl der Mitglieder der Verbandsversammlung, wie im Regionalverband Ruhr (RVR) ab 2020 vorgesehen**
1137 • ~~Demokratisierung der Landschaftsverbände und Direktwahl der Abgeordneten~~
dafür neu
• **Überprüfung der Strukturen und Demokratisierung der mittleren Verwaltungsebene (Bezirksregierungen)**
1138 • Starke sozial vernünftige Landesplanung statt kommunaler Konkurrenz
• **Strukturschwache Regionen werden besonders gefördert**
• **Beteiligung der Regionalverbände an der Gemeindefinanzierung**

III.6.	1147	KV Steinfurt	Ergänzung		

Zeile 1147 "zur sozialen Durchmischung" ersetzen durch "für sozial vielfältige Stadtteile"
Begründung: Wir reden über Menschen und ihr Lebensumfeld. Das wollen sie nicht "durchmischt" haben, wie ein Müsli.

III.6	1148,1149	LAG Kommunal	Ersetzung		

Die Zeilen 1148 und 1149 sind zu ersetzen durch:

- *Langfristige und nachhaltige Förderung benachteiligter Stadtteile durch Land, Bund und EU*
- *Damit sich auch ärmere Städte Stadtentwicklung und sozial ausgerichtete Projekte leisten können, dürfen die kommunalen Eigenanteile zu EU- und anderen Fördermitteln nicht auf Vorgaben zur Haushaltskonsolidierung angerechnet werden.*

III.6	1161	KV Düsseldorf	Textänderung		

Zeile 1161 vorher: "Reform der Bodenbesteuerung: Spekulationen erschweren"

neu: "Reform der Bodenbesteuerung: Spekulationen bekämpfen"

III.6	1163,1164	LAG Kommunal	Einfügung		

Zwischen Zeile 1163 und 1164 ist einzufügen:

- *Die Handlungsspielräume der Kommunen gegenüber Vermieter*innen sogenannter „Schrottimmobilien" deutlich ausbauen: bis hin zur erleichterten Enteignung*

III.6	1165,1181	LAG Kommunal	Änderung		

Die Zeilen 1165 bis 1181 sind zu ändern in:

Die ~~hohe und weiterhin~~ zunehmende Zahl an Sozial- und Ordnungsamtsbestattungen ist alarmierend. ~~Hier~~ Es muss sichergestellt werden, dass jeder Mensch einen würdigen Abschied erhält. ~~Wir wollen, dass jeder beim Abschied und Gedenken seine persönlichen Wünsche umsetzen kann.~~

Friedhöfe sind ~~zudem mehr als Bestattungsplätze. Es sind~~ auch Orte des Andenkens und der Ruhe. Um sie dementsprechend zu gestalten, brauchen wir eine gute Friedhofspflege. Der Naturraum Friedhof besitzt zudem gerade in Großstädten oft einen unverzichtbaren Wert für die klimatischen Verhältnisse. Dies muss nachhaltig sicher gestellt werden.

*~~Kommunen berücksichtigen den Nutzen der Friedhöfe als Erholungs- und Naturraum grundsätzlich und bezuschussen den Friedhofshaushalt über den sogenannten grünpolitischen Wert. Dieser ist allerdings häufig umstritten und wird zugunsten des kommunalen Haushalts und zu Lasten des Friedhofs möglichst klein gehalten. Deswegen müssen im Friedhofs- und Bestattungsgesetz auf Landesebene Vorgaben zur Festlegung des grünpolitischen Wertes gemacht werden. Dies ist mit entsprechenden Zuschüssen zu verbinden. Das kommt sowohl den Bürger*innen, als auch den Kommunen zugute.~~*

Was tun?

- *Jedem Menschen eine persönliche Grabstätte ermöglichen*
- *Flächendeckend alternative Bestattungsformen wie Friedwälder möglich machen und den Friedhofszwang bei Urnen abschaffen*
- *~~Abschaffung des Friedhofszwangs bei der Ascheverstreuung und bei Urnen~~*
- *~~Landesregelungen und Zuschüsse für den grünpolitischen Wert von Friedhöfen~~*

III.6	1150-1163	KV Düsseldorf	Textänderung		

Im Text der Zeilen 1150 bis 1163

Soziale und nachhaltige Politik braucht öffentlichen Grund und Boden

Was tun?

- Reform der Bodenbesteuerung: Spekulationen verhindern
- Preisbegrenztes Vorkaufsrecht der Kommunen bei Neuerschließungen
- Stärkere Bau- und Nutzungsgebote auch aus sozialen Gründen

III.6	Nach 1163	KV Düsseldorf	Ergämzung		

nach Zeile 1163 ergänzen:

- Wohnungsbaugeeignete Grundstücke in öffentlichem Eigentum dürfen nicht veräußert werden, sondern sind für kommunalen Wohnungsbau zu nutzen

III.6	1181	KV Bonn	Einfügung		

Bundesstadt Bonn

Mit der Verlegung des Regierungssitzes von Bonn nach Berlin sind tausende von qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen, aus der Region Bonn nach Berlin, verlagert worden. Die dafür erfolgten Ausgleichsleistungen waren gut angelegt, sie trugen dazu bei, einen Abstieg der Region zu verhindern. Nun ist seit Jahren zu beobachten, dass auch die verbliebenen 50% der Arbeitsplätze Stück für Stück nach Berlin abwandern. Das Land NRW muss daher an der Seite der Betroffenen stehen und Garant dafür sein, dass der im Gang befindliche Umzug sozialverträglich, sowohl für die direkt Betroffenen, als auch für die Region erfolgt. Dafür sind weitere Ausgleichszahlungen erforderlich.

III.7	1182-1313	KV Düsseldorf	Textänderung		

Im Text der Zeilen 1182 bis 1313

Was tun?

- Keine Fördermittel für Luxusquartiere in schrumpfenden Städten
- Bessere Gesetze gegen ausbeuterische Vermietung von „Schrottimmobilien“
- Verbot der Vermietung von „Schrottimmobilien“
- Förderung von partizipativen und integrierten Stadtumbaukonzepten

III.7	1183-1200	A. Rabieh	Ersezung		

Einleitung Z.1183-1200 streichen und ersetzen durch:

Während einige Groß- und Mittelstädte wachsen, gilt für viele Regionen: Wir werden weniger, älter und ethnisch bunter. Der Nordrhein-Westfälische Wohnungsmarkt ist sehr divers, wir brauchen für alle lokalen Märkte eine entschlossene solidarische Wohnungspolitik.

Nicht nur in den Wachstumsmärkten brauchen Mieter*innen bezahlbare Wohnungen als Korrektiv zu aktuellen Mietsteigerungen. Mieter*innen müssen vor Luxusmodernisierungen und unverhältnismäßig teuren energetischen Modernisierungen geschützt werden. Hier setzen wir uns für Neubau, Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit und das konsequente Nutzen von Verordnungsmöglichkeiten ein.

Gleichzeitig muss Vermietern ein Riegel vorgeschoben werden, die ihre Häuser völlig herunterkommen lassen und u. A. EU-Zuwanderer*innen ausnutzen. Die Wohnungsaufsicht muss weiter ausgebaut und Pflichtaufgabe für Kommunen werden.

In beiden Fällen gilt, dass die Mieterbeteiligung ausgebaut werden muss; Mieter müssen kollektive Mieterschutzrechte erhalten. Bewohner*innen müssen in Planungs- und Modernisierungsmaßnahmen, die ihr Quartier/Siedlung betreffen, beteiligt werden.

Was tun?

- Bezahlbaren Wohnraum schaffen -> Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit
- Stärkung der kommun alen Wohnungsaufsicht
- Förderung von partizipativen und integrierten Stadtumbaukonzepten und Mietermitbestimmung
-

Begründung: Sprachlich und inhaltliche genauere Forderungen. Konkretere Formulierung.

III.7	1187-1190	Gerigk, Eggert u.a.	Ersetzung		

~~Die größte Gefahr für die Bewohne*rinnen, für Mieter*innen in benachteiligen Lagen, ebenso wie für kleine Hauseigentümer*innen, ist ein "Stadtumbau Wild-West", der zu einer planlosen Entleerung bestimmter Stadtgebiete und zu Abrissen von Gebäudesubstanz führt, die für ihre Bewohnerinnen und Bewohner und das städtische Gefüge wichtig sind.~~

streichen und ersetzen durch:

Die größte Gefahr für Bewohner*innen, für Mieter*innen in benachteiligen Lagen ebenso wie für kleine Hauseigentümer*innen ist ein "Stadtumbau Wild-West", der aufgrund mangelhafter Wohnungspolitik hier zu Wohnungsknappheit und steigenden Mieten, dort zu einer planlosen Entleerung bestimmter Stadtgebiete und überall zu Abrissen erhaltenswerter Gebäudesubstanz führt, die für ihre Bewohner*innen und das städtische Gefüge wichtig ist.

III.7.	1200	KV Steinfurt	Ergänzung		

Zeile 1200 ersetze "Förderung von partizipativen und integrierten Stadtumbaukonzepten" durch "Stadtumbaukonzepte fördern, die die Menschen beteiligen und die Gesamtentwicklung berücksichtigen"
Begründung: Bei diesem Kapitel waren Fachleute am Werk. Es werden aber (hoffentlich) nicht nur Fachleute dieses Programm lesen. Auch die anderen sollten verstehen, was gemeint ist.

III.7	Nach 1200	KV Düsseldorf	Ergänzung		

nach Zeile 1200 ergänzen:
- Gemeinnützigkeit für Wohnungsgesellschaften und –genossenschaften wiedereinführen

III.7	1201-1213	KV Düsseldorf	Textänderung		

Die Zeilen 1201 - 1213 wie folgt umstellen/ändern/ergänzen:
Wohnen ist Menschenrecht, für Mieter*innen eine Notwendigkeit, für die Eigentümer und Banken eine Ware. Der Commerzbank-Tochter Private Banking zufolge haben neun von zehn Milliardären ihr Vermögen mit Immobilien gebildet.
Mit der Privatisierung von tausenden Wohnungen der Landesentwicklungsgesellschaft LEG bis 2010 hat die Landesregierung einen grundlegenden Lebensbereich zum Spekulationsobjekt gemacht.
Viele Mieter*innen müssen immer mehr für ihre Wohnung zahlen. In Städten wie Köln, Düsseldorf, Bonn oder Münster sind die Mieten in wenigen Jahren um satte 30% gestiegen. Die angebliche „Mietpreisbremse" hat hieran nichts geändert. Die Mietpreisexplosion hat mehrere Ursachen:Die Bestandsmieten steigen, vor allem durch „Aufwertung" mittels Sanierung. Große Bestände von Wohnungen im Besitz der öffentlichen Hand wurden privatisiert und an Finanzinvestoren verkauft. Es werden zu wenige öffentlich geförderte Wohnungen gebaut, die Zahl der Wohnungen mit Sozialbindung sinkt.

III.7	1191	KV Essen	Verwahrloste Immobilien		

Kampfbegriff „Schrottimmobilien" ersetzen
In Zeile 1191 wird der Begriff „sogenannter ‚Schrottimmobilien'" durch die Worte *„verwahrloster Immobilien"* ersetzt.

Begründung:
Das Wort „Schrottimmobilien" ist ein Kampfbegriff anderer.

III.7	1202	A. Rabieh	Einfügung		

Vor Zeile 1202 Einfügen:

„Es mangelt mittlerweile an Wohnungsunternehmen, die nicht vorwiegend der Rendite, sondern sozialen Wohnungsversorgung verpflichtet sind. Durch die Abschaffung und dem Ausverkauf der ehemaligen gemeinnützigen Wohnungswirtschaft sind wichtige Akteure vom Markt verschwunden, die der Politik als verlässliche Partner nicht mehr zur Verfügung stehen."

Begründung:

Genauere Erläuterung der geschichtlichen Einordnung und Problematik.

III.7	1202/03	A. Rabieh	Änderung		

Zeile 1202 und 1203 ändern in

„Gerade durch die Privatisierung der Landesentwicklungsgesellschaft LEG hat die Landesregierung 2008 zu diesem Prozess beigetragen. Parallel werden viele kommunale Wohnungsunternehmen den Sparzielen ihrer Gesellschafter untergeordnet und müssen Gewinne abführen."

III.7	1205-1206	Gerigk,Eggert u.a.	Ersetzung		

~~Die angebliche „Mietpreisbremse" hat hieran nichts geändert.~~

streichen und ersetzen durch:

Die „Mietpreisbremse" allein wird hieran nichts ändern – erst recht nicht in ihrer bisherigen unzureichenden Form. Eine echte Mietpreisbremse bei Neuvermietungen müsste bundesweit und flächendeckend eingeführt werden und die Vermieter verpflichten, beim Abschluss des Mietvertrags nachprüfbar die Miete des Vormieters zu nennen, mögliche Modernisierungskosten detailliert anzugeben und zu viel verlangte Miete zurückzuzahlen. Überdies müssten Mieten, die mehr als 20 Prozent über der Vergleichsmiete liegen, grundsätzlich als Ordnungswidrigkeit geahndet und mit einem Bußgeld belegt werden. Schließlich sind die Ausnahmetatbestände der Mietpreisbremse bei Neubauten und Erstvermietung nach umfassender Modernisierung kritisch zu hinterfragen.

III.7	1205	A. Rabieh	Einfügung		

nach dem Punkt folgenden Satz einfügen:

„Aber auch in ehemals entspannten Wohnungsmärkten wie dem Ruhrgebiet steigen die Mieten in den letzten Jahren wieder an."

III.7	1207	A. Rabieh	Ersetzung		

Sanierung durch Modernisierung ersetzen.

Begründung: Sanierung/Instandsetzung führt zu keiner Mieterhöhung; Umgangssprachlich mag Sanierung=Modernisierung gelten. Mietrechtlich führt aber nur eine Modernisierung zu höheren Mieten.

III.7	1211S.2-1213	A. Rabieh	Streichung		

Begründung

Hier eher unpassend. Bzw. der Verweis auf die Commerzbank ist eher irrelevant.

III.7	1216	A. Rabieh	Ersetzung		

„vorhanden“ durch „sozial gebunden“ ersetzen

III.7	1217-1220	A. Rabieh	Ersetzung		

1217 (nach versagt) -1220 ersetzen:

„Unter den bestehenden Bedingungen auf den Kapital- und Wohnungsmärkten ist es für renditeorientierte Investoren unattraktiv, Fördermittel in Anspruch zu nehmen, die mit sozialen Bindungen und Verwertungsbeschränkungen verbunden sind. In diese Bresche könnten öffentliche oder sozial orientierte Wohnungsanbieter springen, die nicht von Renditezielen, sondern von dem politischen Interesse an der Versorgung der Menschen mit bezahlbarem und gutem Wohnraum getrieben sind. Wir fordern daher die Neugründung eines neuen landeseigenen Wohnungsunternehmens.“

III.7	1217-1225	Gerigk,Eggert u.a.	Ersetzung		

~~Als Steuerungsinstrument hat die öffentliche Wohnraumförderung versagt. „Der Markt“ ist nicht in der Lage, ausreichend bezahlbare Wohnungen zur Verfügung zu stellen, auch nicht, wenn von politischer Seite aus versucht wird, die Investoren mit Zuckerbrot und Peitsche zum Bau von mehr Sozialwohnungen zu drängen. Die Anhebung der Mietobergrenzen im sozialen Wohnungsbau auf 6,25 € bzw. 7,15 € pro Quadratmeter Nettokaltmiete hat außer höheren Mieten nichts bewirkt. Die Investoren können mit hochpreisigen Wohnungen oder Büros weit höhere Profite erzielen.~~

~~Die Landesregierung hat beim Bau von Sozialwohnungen völlig versagt. Bereitgestellte Fördermittel wurden nicht einmal vollständig abgerufen. Eine Übertragung in das neue Haushaltsjahr ist nicht möglich.~~

streichen und ersetzen durch:

Weder freifinanzierter Wohnungsbau noch das Angebot einer öffentlichen Förderung privater Bauträger im Gegenzug für Mietpreis- und Belegungsbindung ist allein in der Lage, ausreichend bezahlbare Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Denn private finanzstarke Investoren können vor allem in Niedrigzinsphasen mit hochpreisigen Wohnungen oder Büros höhere Profite als mit sozialem Wohnungsbau erzielen.

Öffentliche Förderung ist jedoch sinnvoll, wenn sie von kommunalen oder landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften und kleinen privaten Bauherrn mit sozialer Orientierung in Anspruch genommen wird. Denn selbst in Niedrigzinsphasen wirken Teildarlehen zu Nullzinsen, Tilgungsnachlässe sowie Mietbindungen mietpreisdämpfend bei sozial orientierten Unternehmen. Überdies verhilft die Belegungsbindung bedürftigeren Wohnungssuchenden zu einem privilegierten Zugang zu günstigem Wohnraum.

Mit ihrer Vernachlässigung der Förderung von kommunalen oder landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften und kleinen privaten Bauherrn mit sozialer Orientierung ist die Landesregierung beim Bau

von Sozialwohnungen deutlich unter den Möglichkeiten geblieben. Bereitgestellte Fördermittel wurden nicht einmal vollständig abgerufen. Eine Übertragung in das neue Haushaltsjahr ist nicht möglich.

III.7	1224/25	RVR	Änderung		

Die Zeilen 1224 – 1225 werden wie folgt geändert:
„Die Landesregierung hat beim Bau von Sozialwohnungen völlig versagt. Bereitgestellte Fördermittel **in Höhe von 1,1 Milliarde Euro reichen gemessen an dem Bedarf nicht aus**. Eine Übertragung in das neue Haushaltsjahr ist nicht möglich."

III.7	1224/25	A. Rabieh	Änderung		

Zeile 1224 und 1225 ändern:

„Die Landesregierung hat beim Bau von Sozialwohnungen völlig versagt. Bereitgestellte Fördermittel wurden bis 2015 nicht einmal vollständig abgerufen. Da die Fördergelder nicht als Haushaltsposten geführt werden, sondern als revolvierender Fonds, in den die zurückgezahlten Darlehen zurückfließen, können die nicht abgerufenen Mittel aus der Vergangenheit heute nicht mehr eingesetzt werden. Es ist daher wichtig, die zur Verfügung stehenden Mittel konstant einzusetzen. „

Begründung:

Die jetzige Formulierung ist klarer Verständlicher und in der Sache präziser.

III.7	1228-29	A. Rabieh	Ergänzung		

"die Pflicht des Landes und der Kommunen, menschenwürdige und bezahlbare Wohnungen sicherzustellen. Wir setzen uns daher für eine Wohnungsoffensive ein, die sowohl den Neubau als auch den Bestand im Auge hat."

III.7	1230	A. Rabieh	Einfügung		

„wenn möglich" einfügen vor „wieder in öffentliches Eigentum überführt werden"

Begründung: Eine Rückführung ist leider eher unrealistisch und nur in Einzelfällen möglich.

III.7	1232-33	A. Rabieh	Änderung		

1232-1233 Satz ändern in:

„Kommunen müssen befähigt werden, leerstehende Wohnungen, Büros oder Gewerbeimmobilien in günstigen Wohnraum umzuwandeln."

Begründung:

Von Beschlagnahme zu sprechen ist hier in der Sache nicht richtig.

III.7	1233	LAG Kommunal	Einfügung		

Nach Zeile 1233 ist einzufügen:
Die schwarz-gelbe Landesregierung hat 2007 das nordrhein-westfälische Wohnungsbauvermögen in Höhe von 18,7 Mrd. Euro in die NRW-Bank verschoben. Dieses Vermögen muss komplett für die Förderung von bezahlbarem Wohnraum in NRW aktiviert werden.

Begründung zu den beantragten Änderungen im Kapitel III.7:

Es kann nicht darum gehen, dass das Land anfängt, selbständig in den Kommunen Wohnungen zu bauen. Vielmehr muss es Ziel sein, die Kommunen, die die Bedarfe kennen und den Wohnungsbau steuern können, finanziell in die Lage zu versetzen, zu bauen.
Die ehemaligen Wohnungsbestände des Landes in der LEG waren ja auch nicht Ergebnis eigener Baupolitik des Landes, sondern wurden von anderen (z.B. Neue Heimat) übernommen.

III.7	1234	LAG Kommunal	Änderung		

Zu Beginn der Zeile 1234 ist zu ändern in:
~~*Land und*~~ *Die Kommunen müssen …*

III.7	1234-36	A. Rabieh	Präzisierung		

„Kommunen und Land sollten jährlich 100.000 eigene Wohnungen mit unbefristeter Sozialbindung bauen. Diese Wohnungen müssen barrierefrei und altersgerecht sein. Um diese Wohnungsoffensive zu stemmen, brauchen wir eine neue landeseigene Wohnungsgesellschaft, die einem sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau verpflichtet ist. Die Kommunen brauchen eine ausreichende finanzielle Ausstattung, um vor Ort ein Angebot an eigenem bezahlbarem Wohnraum ausbauen zu können. Genossenschaften und ähnliche Initiativen, die sich günstigem Wohnen statt Profiten verschrieben haben, müssen vom Land stärker gefördert werden. Wir setzen uns auch für eine Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit ein. „

III.7	1241-1244	Gerigk,Eggert u.a.	Ersetzung		

~~Das Prinzip der Kostenmiete muss für alle Wohnungen gelten. Das bedeutet, die Miete deckt die tatsächlichen Kosten und die Instandhaltung. Das Land NRW könnte gute Wohnungen für 6 € Nettokaltmiete zur Verfügung stellen. Dafür müsste es zu Beginn umfassende Investitionen vornehmen, aber langfristig würde sich der öffentliche Wohnungsbau selbst tragen.~~

streichen und ersetzen durch:

Die im öffentlich geförderten Wohnungsbau vereinbarte höchstzulässige Miete (Bewilligungsmiete) und die Mieten im kommunalen und Landeswohnungsbau müssen sich wieder stärker an der Kostenmiete orientieren. Das bedeutet, die Miete deckt zum einen Kosten für Fremdkapitalzinsen, Instandhaltung, Verwaltung und Mietausfallwagnis. Zum anderen deckt sie Eigenkapitalkosten in beschränkter Höhe zur Bildung von Rücklagen für günstige Neubauten sowie die Tilgungsbelastung durch die Kalkulation von Abschreibungsteilen. Das Land NRW könnte gute neue Wohnungen zu mieterfreundlichen, bezahlbaren und günstigen Nettokaltmieten errichten. Dafür müsste es zu Beginn umfassende Investitionen vornehmen, aber langfristig würde sich der öffentliche Wohnungsbau selbst tragen. Zudem muss die Dauer von Miet- und Belegungsbindung verlängert werden.

DIE LINKE NRW wird sich darüber hinaus im Einklang mit den Aktivitäten der LINKSFRAKTION im Bundestag für die Einführung einer fortschrittlichen neuen Gemeinnützigkeit zur Gemeinwohlorientierung in der Wohnungsversorgung engagieren.

III.7	1241-44	A. Rabieh	Präzisierung		

Unabhängig von den möglichen Mieten im sozialen Wohnungsbau sollte sich ein landeseigenes Wohnungsunternehmen an der tatsächlichen Kostenmiete orientieren. Ein Gewinn für das Land soll hier ausgeschlossen sein. Das Land NRW könnte so gute Wohnungen für 6 € Nettokaltmiete zur Verfügung stellen.

Dafür müsste es zu Beginn umfassende Investitionen vornehmen, aber langfristig würde sich der öffentliche Wohnungsbau selbst tragen.

Begründung: Präziser in der Forderung.

III.7	1245-1246	LAG Kommunal	Streichung		

In Zeile 1245 – 1246 ist zu streichen:
~~*Um diese Wohnungsoffensive zu stemmen, brauchen wir eine neue landeseigene Wohnungsgesellschaft, die einem sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau verpflichtet ist.*~~

III.7	1251	LAG Kommunal	Änderung		

- *Bau von 100.000 günstigen Wohnungen jährlich durch ~~Land und~~ die Kommunen*

III.7	1251	LAG Kommunal	Ersetzung		

- ~~*Aufbau einer neuen Landeswohnungsgesellschaft*~~

ist zu ersetzen durch:

- *Aktivierung des nordrhein-westfälischen Wohnungsbauvermögens für den kommunalen Sozialwohnungsbau*

III.6	1251/52	RVR	Ergänzung/Neufassung		

Neufassung/Ergänzung der folgenden Aussagen „Was tun?“

1251 • **Förderung des** Baus von 100.000 Wohnungen jährlich durch **das** Land, **wie von der IG BAU gefordert**

1252 • ~~Aufbau einer neuen Landeswohnungsgesellschaft~~

dafür neu

• **Förderung des Erhalts und des Ausbaus der kommunalen Wohnungsbestände durch das Land**

und hinter Zeile 1255 wird neu eingefügt

• **Unterstützung der Initiative der Bundestagsfraktion für eine neue Wohngemeinnützigkeit**

III.7	1255	OV Köln-Kalk	Einfügung		

Kein Ausverkauf des öffentlichen Grund und Bodens

In wachsenden Städten wie Köln, Düsseldorf oder Münster fehlen Flächen zum Wohnungsbau. Allerdings wären genug Flächen vorhanden, wenn es nicht einen übermächtigen Konkurrenten des Baus günstiger Wohnungen gäbe. Dabei handelt es sich weder um die Industrie noch um den Umweltschutz. Der größte Konkurrent der günstigen Wohnung ist der frei finanzierte Bau teurer Wohnungen.

Die gesamte Debatte der etablierten Akteure läuft darauf hinaus, mehr Flächen für Investoren bereit zu stellen. Das Problem fehlenden Wohnungen wird argumentativ verdreht, um den verstärkten Zugriff von Investoren auf Grundstücke zu legitimieren. Mit dem Ruf „Wir brauchen mehr Wohnungen“ wurden die Städte „entwickelt“, freie Flächen an private Immobilien-Investoren verkauft und zubetoniert. Private Immobilienbesitzer eignen sich ein Sahnestück nach dem nächsten an. Neue „Quartiere“ und Luxusprojekte wirken als Preistreiber in ganzen Städten. Die fetten Mieten breiten sich aus wie ein Schnupfen in der Kindertagesstätte.

Wer bezahlbaren Wohnraum für die Menschen mit unteren und mittleren Einkommen schaffen möchte, darf keine weiteren Landnahme-Projekte zur „Attraktivierung“ zulassen. In Städten, in denen Grundstücke Mangelware sind, ist es zentral, dass die Stadt sämtliche Flächen, derer sie habhaft werden kann, behält bzw. erwirbt.

Was tun?

- **Die für den Wohnungsbau brauchbaren Grundstücke des Landes oder der Kommunen dürfen grundsätzlich nicht an private Investoren verkauft werden.**
- **Das gesellschaftliche Eigentum an Grund und Boden erhalten und ausweiten.**

III.7	1255	A. Rabieh	Ergänzung		

„Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit“ ersetzen

III.7	Hint. 1255	Nina Eumann	Einfügung		

Einsatz für die Forderung nach einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit
Begründung:

Es braucht eine neue, demokratisch verfasste Gemeinnützigkeit. Dies wäre eine echte Systemveränderung in der Wohnungswirtschaft. Ein neuer gemeinnütziger Wohnungssektor könnte breite Schichten der Bevölkerung mit bezahlbarem, klima- und generationengerechten Wohnraum versorgen und so einen spürbaren Beitrag zur sozial und kulturell gemischten Stadtentwicklung leisten.

III.7	1257-61	A. Rabieh	Ersetzung		

„Das Mietrecht setzt der normalen Mieterhöhung im laufenden Mietverhältnis enge Grenzen. So darf die Miete nur auf die ortsübliche Vergleichsmiete erhöht werden. Altmieter mit niedrigen Mieten sind daher für Vermieter*innen ein Hindernis, den Profit zu steigern. Gerade in Quartieren mit steigenden Neuvermietungsmieten besteht daher bei vielen Vermietern ein Interesse an einer Erhöhung der Miete bzw. dem Austausch der Altmieter durch zahlungskräftigere neue Mieter.

Eine Möglichkeit sind Modernisierungsmaßnahmen, die zu drastischen Mieterhöhungen führen können. Auch hier bietet das Mietrecht Restriktionen, es sind jedoch größere Mieterhöhungen möglich. „

Begründung:

Klarer Formuliert. Instandhaltung führt zu keiner Mieterhöhung, sind sondern Modernisierung.

III.7	1276	Carsten Tölzer	Einfügen_Clima-Life-Dachziegel	Keine Übernahme	

Einfügen:
Jeder Altbau oder Neubau in einem Ballungsraum (Köln, Düsseldorf, Essen, etc.) muss bis zum Jahre 2021 mit umweltfreundlichem Clima - Life Dachziegeln zur Vermeidung oder Verringerung der Luftverschmutzung gedeckt werden, die Landesregierung hat dies Hausdaten zu erfassen und monatlich zu veröffentlichen.

III.7.	1279	KV Steinfurt	Streichung		

Zeile 1279: streichen (Verbot der Zwangsräumung)
Begründung: Nicht nur Milliardäre und Investmentgesellschaften sind Vermieter. Gerade im ländlichen Raum verfügen viele Menschen, auch ArbeiterInnen, neben dem selbst genutzten Wohneigentum über eine oder

zwei Wohnungen, die vermietet werden. Oft ist dies ein Teil der Alterssicherung. Wenn diese Menschen Mieter*innen nicht mehr räumen lassen können, auch wenn diese die Miete schuldig bleiben, die Wohnung verwüsten und die Nachbarn terrorisieren, dann ist das für sie nicht nur eine wirtschaftliche Katastrophe, es leidet auch das Vertrauen in den Rechtsstaat und die Menschen werden zur Selbstjustiz gedrängt. Zudem wäre es ein starker Anreiz für die Umwandlung von privaten Miet- in Eigentumswohnungen und damit insgesamt nicht gut für die Mieter*innen.

III.7	1280	KV Düsseldorf	Textänderung		

In den Zeilen 1280 ff.
Privatisierung stoppen – Wohnungen in öffentliches Eigentum
Was tun?
- Keine Privatisierung von Wohnungen
- Rücküberführung von bereits privatisierten Beständen in öffentliches Eigentum
- Wohnungsunternehmen demokratisieren, Mieter*innen mehr beteiligen
- In Zeile 1290 ergänzen: Landesprogramm zur Unterstützung gemeinnütziger Wohnungsgenossenschaften

III.7	1287	A. Rabieh	Ersetzung		

1287ersetzung durch : „Keine <u>weitere</u> Privatisierung von Wohnungen

III.7	1291	KV Düsseldorf	Textänderung		

In den Zeilen 1291 ff.
Leerstand beenden – Spekulation verhindern
Ergänzen: In vielen Städten in NRW stehen Bürogebäude und Wohnungen leer. Selbst in den wachsenden Städten wie Köln, Bonn, Düsseldorf, Münster und Aachen gibt es Leerstand, in ganz Deutschland werden aktuell zwei Millionen Wohnungen nicht genutzt.
Es könnte in allen Städten und Gemeinden unmittelbar der Bestand an leerstehenden Wohnungen, Hotels, Bürogebäuden, Fabriken und anderen Gewerberäumen festgestellt werden. Wohnungen, die wegen Spekulation, einem geplanten Abrisses und ähnlichen Gründen leer stehen, müssen Wohnungssuchenden zur Verfügung gestellt werden.
Was tun?

III.7	Hinter1297	A. Rabieh	Ergänzung		

„Das Land sollte die Zweckentfremdungssatzung nicht den Kommunen überlassen. In gefährdeten Wohnungsmärkten müssen Zweckentfremdungen verboten werden und Leerstand meldepflichtig werden. „

III.7	1299/30	A. Rabieh	Ersetzung		

- Erweiterung der Zweckentfremdungssatzung
- Kommunen müssen Leerstand aktivieren und belegen dürfen

Begründung: Leerstand aktivieren meint das Gleiche, ist aber sprachlich nicht negativ besetzt.

III.7	1299	KV Düsseldorf	Textänderung		

In Zeile 1299 Landesweite Erfassung sämtlicher Leerstände streichen und ersetzen durch:

Erlass eines Zweckentfremdungsgesetzes des Landes NRW
- Beschlagnahmung von Leerstand, um daraus günstige Wohnungen zu machen
- Legalisierung der Besetzung von Gebäuden, die zur Spekulation leerstehen
- Nach Zeile 1301 ergänzen: Bereitstellen von Landesmitteln, um auf kommunaler Ebene Beamt*innen zur Durchsetzung des Zweckentfremdungsverbotes einzustellen

III.7	1309	Gerigk,Eggert u.a.	Einfügung		

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Kündigungssperrfrist bei Wohnungsumwandlung in Eigentumswohnungen flächendeckend in ganz NRW auf 10 Jahre angehoben wird, und drängt darauf, dass die Landesregierung ihre im BGB benannte Ermächtigung zu einer solchen Bestimmung durch Rechtsverordnung nutzt.

III.7	1313	KV Düsseldorf	Textänderung		

In Zeile 1313 streichen: ~~Rücknahme der Verschlechterungen im Mietrecht der letzten Jahre~~ **und ersetzen durch**: Stärkung der Mieterrechte über Bundesratsinitiative

III.7	1313	Gerigk,Eggert u.a.	Einfügung		

- Flächendeckende Verlängerung der Kündigungssperrfrist auf 10 Jahre

III.8.	1314	RVR	Überschrift ändern		

Mobilität für Alle

III.8.	1332	RVR	Ergänzung		

„…Fuß, per Rad, mit Carsharing, Bus und Bahn. **Dafür bedarf es Mobilitätsstationen in allen Städten und Stadtteilzentren als zentrale Verknüpfungspunkte der verschiedenen Verkehrsträger.** Wir setzen uns für…“

III.8.	1343/45	RVR	Ergänzung/Änderung		

Die Zeile 1343 wird wie folgt ergänzt:
„…zu Verkehrssicherheit und weniger Lärm bei. Wir setzen uns für ein generelles Tempolimit auf Autobahnen **und für Tempo 30 in geschlossenen Ortschaften** ein.“

Die Zeile 1345 wird wie folgt geändert:
„Die Natur gilt es auch bei **der Umsetzung von Infrastrukturprojekten** zu berücksichtige. Eingriffe, die mit dem…“

III.8.	1372	RVR	Ergänzung/Änderung		

Ergänzung der Aussagen „Was tun?“
- **Verringerung des LKW-Verkehrs in Ortschaften durch Verkehrsverlagerung und Vermeidung von Leerfahrten**

III.8	1399	KV Düsseldorf	fahrscheinfrei -> fahrscheinlos		

Zeile 1399 vorher: "fahrscheinfreie"
neu: "fahrscheinlose"

III.8	1405	KV Düsseldorf	ticketfrei -> fahrscheinlos		

Zeile 1405 vorher: "ticketfreien"
neu: "fahrscheinlosen"

III.8	1405	KV Düsseldorf	Ergänzung Sozialticket		

Hinter Zeile 1405 soll **"Als Übergangslösung sollte ein Sozialticket für Bus und Bahn für 15€" eingefügt** werden.

III.8.	1407	KV Steinfurt	Ersetzung		

"Mehr Linien und kürzere Taktzeiten für Bus und Bahn in den Flächenkreisen" Begründung: Die bisherige Formulierung ist von den Zentren aus gedacht. Der ländliche Raum will nicht nur an die Zentren "angebunden" werden, gerade bei der Mobilität in der Fläche gibt es große Lücken. So muss z.B. Emsdetten nicht besser an Münster angebunden werden, aber in die Kreisstadt Steinfurt oder zum nächst gelegenen Krankenhaus kommt man nur schwer.

III.8	1422	Carsten Tölzer	Schieneninfrastruktur	Keine Übernahme	

Vor Zeile 1422 einfügen:
Wo die Schieneninfrastruktur es zulässt, das mit geringer Geschwindigkeit Zugverkehr aufgenommen wird sollt das sofort geschehen. Diese Strecken sind dementsprechend von der Bahn (Streckeninfrastrukturbetreiber) in der nächsten Fahrplanperiode auf den neuesten Stand zu bringen. Eine Stilllegung von Schieneninfrastruktur und eine Beseitigung derselben schadet der Allgemeinheit. Wo Gleisanschlüsse zu Firmen bestehen, sind diese zu nutzen und / oder wiederinstandzusetzen. Für jede Ware die per Zug den Anschlussnutzer erreicht zahlt die Landesregierung NRW einen Zuschuss, für Waren die mit dem LKW an oder abgeliefert werden, zahlt der Besitzer eines Gleisanschlusses eine Strafgebühr.

III.8.	1428	RVR	Ergänzung		

- **Die Haltepunkte** Köln-Mühlheim, **Mülheim an der Ruhr und Wattenscheid** zum ständigen Systemhalt für den Rhein-Ruhr-Express (RRX) machen

III.8	nach 1429	KV Krefeld	Ergänzung RRX-Halt Krefeld	Keine Übernahme	

Hinter Zeile 1508 "Den Rhein-Ruhr-Express von Dortmund nach Köln viergleisig auszubauen" oder spätestens hinter Zeile 1512 **folgenden Text einzufügen :**
"Den linken Niederrhein mit den Städten Mönchengladbach und Krefeld in das RRX-Netz einbinden"
Begründung: Der Schienenverkehr am linken Niederrhein insbesondere mit den Städten Mönchengladbach und Krefeld befindet sich seit Jahren im Niedergang und es ist in absehbarer Zukunft keine Besserung in Sicht. Nun droht auch der RRX am linken Niederrhein vorbei zu fahren. Der Niedergang begann damit, dass seit der weitgehenden Einstellung des Interregioverkehrs 2001 kein Fernzug mehr von Aachen über Mönchengladbach und Krefeld nach Osten fährt und Krefeld dadurch völlig vom Fernverkehr abgeschnitten wurde. (Es gibt zwar seit kurzem wieder morgens eine singuläre IC-Fahrt von Aachen über Mönchengladbach und Krefeld nach Berlin mit Rückkehr am Nachmittag, aber das ist nur eine vernachlässigbare Veränderung der Situation.)
Im Fernverkehr soll Krefeld laut dem Zielnetz 2030 (http://www.deutschebahn.com/.../praesentation-neues_fernverkehrskonzept.pdf) durch eine IC-Linie im Zweistundentakt angebunden werden, die nach telefonischer Auskunft, (eine schriftliche wurde abgelehnt !) der Bundesbahn von Aachen über Mönchengladbach, Krefeld, Duisburg und Kassel voraussichtlich nach Chemnitz geführt aber erst außerhalb des vorgegebenen Zeithorizontes im Jahre 2032 (!) verwirklicht werden soll.
Im Nahverkehr warten Mönchengladbach und Krefeld noch immer auf die S-Bahnlinie S 21, die vom VRR 1999

in seinem Zielnetz 2015 projektiert wurde.
(Argumente für den ÖPNV Band 9 Zielnetz 2015 2. Auflage 1999 (beim VRR erhältlich))
Der Chef des VRR gesteht in seinem Interview mit der RP vom 17.10.16 unumwunden ein, *"dass das Streckennetz rund um Geldern, Krefeld und Kevelaer in einem beklagenswerten Zustand ist."*
Die wichtigste Regionalbahnverbindung für Krefeld ist die Linie RE 11, die von Mönchengladbach über Krefeld nach Duisburg führt und von dort auf dem RRX-Weg über Essen, Bochum und Dortmund nach Hamm verläuft. In den bisher bekannt gewordenen Plänen zum RRX-Netz ist nirgends vorgesehen, diese Linie in das RRX-Netz einzubinden.
Über die Zukunft der Linie RE 11 wird noch spekuliert, aber es ist zu befürchten, dass durchgehende Regionalzüge von Mönchengladbach über Krefeld nach Osten in Duisburg enden oder auf Nebenstrecken z. B. Richtung Oberhausen und Gelsenkirchen abgedrängt werden.
Diesen Zustand hält der KV Krefeld für unvertretbar und fordert deshalb die Ablösung der bisherigen Linie RE 11 durch eine RRX-Linie.
Der KV Krefeld möchte hierzu einen Vorschlag unterbreiten :
(Die Ausgestaltung des RRX-Netzes ist offensichtlich noch nicht eindeutig. Die RP z.B. gibt in ihrer Serie *Der RRX kommt* in den Beiträgen ((1) 22.9.16) und ((4) 14.10.16) kommentarlos zwei deutlich verschiedene Diagramme zum RRX-Netz an. Der KV Krefeld bezieht sich mit seinem Vorschlag auf das Diagramm vom 14.10. , das auf der folgenden Seite abgebildet ist.)
Vorschlag zur Einbindung von Mönchengladbach und Krefeld in das RRX-Netz
Der Abschnitt Duisburg - Köln des RRX 2 wird durch den RRX 5 übernommen, der dazu von Düsseldorf aus nach Köln Hbf verlängert wird.
Ab Duisburg führt der RRX2 neu nach Krefeld und Mönchengladbach.
Nach Osten wird der RRX2 von Dortmund bis Hamm verlängert und ersetzt in diesem Abschnitt den RRX 4, der in Dortmund endet.

III.8.	1431	KV Steinfurt	Einfügung		

- Zweispuriger Ausbau der Strecken Münster-Lünen und Münster-Rheda-Wiedenbrück, Elektrifizierung der Strecke Münster-Rheda-Wiedenbrück
Begründung: Diese beiden Strecken sind echte Pendler-Abschreck-Strecken. Wer schnell von Münster nach Bielefeld oder Dortmund möchte, muss die längere und teurere Verbindung über Hamm nehmen und dabei einmal umsteigen. Deswegen fahren viele Pendler zwischen Münster und Bielefeld oder Dortmund mit dem Auto.

III.8.	1448	KV Steinfurt	Streichung		

Zeile 1448 streichen (Doppelung zum ersten, konkreteren Spiegelstrich)

III.8	1448	KV Gütersloh	Einfügung	

„Linien- und Charterflüge über eine Distanz von weniger als 300 km werden nicht mehr genehmigt."
Begründung:
Siehe Zeile 1437 und 1438 Landtagswahlprogramm

III.8	1450-1451	KV Düsseldorf	Änderung Radverkehr		

Die Zeilen 1450 und 1451 sind wie folgt zu ändern:
Das Fahrrad ist ein Teil der Lösung für die Verkehrsprobleme in den Innenstädten. Die Stickoxid-Werte und die Lärmbelästigung überschreiten seit langem alle Grenzwerte. Über 90 Prozent der Wege sind unter 10 Kilometer. Fahrräder sind preiswert, ökologisch und benötigen weniger Geld und Raum für die Infrastruktur. Nur mit einem größeren Anteil an Fahrrädern können wir die notwendige Verkehrswende schaffen. Paris, London, Barcelona und New York setzen auf die Erfolge von Amsterdam und Kopenhagen. Wir wollen, dass der prozentuale Anteil von Fahrrädern am gesamten Verkehrsaufkommen deutlich erhöht wird. Dazu soll das

Radverkehrsnetz und die Infrastruktur zur Erledigung von Fahrten mit dem Fahrrad einladen. Das Radfahren muss sicherer werden.
Die Zeilen 1452 bis 1455 sind wie folgt zu ändern:
Was **tun?**
- Aufstellung eines Investitionsprogramms für die flächendeckende Erstellung von Radschnellwegen. Schaffung eines gut beschilderten Velo-Routen-Netzes möglichst abseits stark befahrender Hauptstraßen
- Ausbau und Sanierung des vorhandenen Radverkehrsnetzes.
- Ausbau von Radstationen an Bahnhöfen.
- Ausbau von Fahrradabstellanlagen (Bike&Ride) an allen wichtigen Haltestellen des ÖPNV sowie die regelmäßige Entfernung der Schrotträder.
- Einführung einer Stellplatzsatzung für Fahrräder bei Neubauten. Diese müssen leicht zugänglich sein.
- Finanzielle Unterstützung der Kommunen bei Investitionen für den Radverkehr auf Hauptstraßen.
- Förderung von Cargo Bikes und Pedelecs mittels einer Prämie ähnlich wie bei Elektroautos.
- Aufbau eines landesweit einheitlichen Fahrradverleihsystems.
- Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit innerhalb geschlossener Ortschaften.

III.8	1453	Carsten Tölzer	Einfügung_Solar-Wegematerial	Keine Übernahme	

Nach dem Wort Sanierung in Klammern gefasst folgendes einfügen:
(Bei einer Erneuerung der Fahrbahn ist nach Moglichkeit Solar gebundenes Wegematerial , wie in den Niederlanden zu verwenden und durch ein Schild darauf hinzuweisen.)

III.8.	1454	RVR	Einfügung/Ergänzung		

- **Ausbau eines Radschnellwegenetzes in den Ballungsräumen NRWs**
- **Alltagstauglichkeit des Radwegnetzes des Landes erhöhen, bessere Verknüpfung mit den regionalen und kommunalen Radwegenetzen**
- Ausbau von Fahrradständern, **Ladestationen für E-Bikes** und bewachten Radstationen an Bahnhöfen

III.8.	1455	KV Steinfurt	Einfügung		

- Pilotprojekt mit kostenlosen Leihfahrrädern in einer Großstadt
Begründung: In Kleinstädten gibt es schon gute Erfahrungen mit solchen Projekten. Es wäre schön auszuprobieren, ob das auch in Großstädten funktionieren kann.

III.8.	1458	E. Jansen	Ergänzung		

[...] außer Acht gelassen werden. **Daher wollen wir ein Verbot von Gefahrengut-transporten auf den Wasserwegen**

Konkrete Forderung nach Umwelt- und Naturschutz-aspekten

III.8.	1472	RVR	Ergänzung		

- **Auflegung eines Forschungs- und Förderprogramms zur umweltfreundlichen Umrüstung von Schiffsmotoren**

IV.1	1546-1549	LAK Kinder/Jugend	Neuformulierung	Übernahme	

Z. 1546-1459 streichen und ersetzen durch:
„Kinder brauchen für ihre Entwicklung vielfältige Anregungen, Spielmöglichkeiten und andere Kinder. Wichtige Ziele sind die freie Entfaltung der kindlichen Persönlichkeit, das soziale Lernen und das spielerische Erlernen

demokratischer Werte. Dies beinhaltet die Gleichberechtigung der Menschen unabhängig von Geschlecht, sozialem Status oder Religion."

IV.1	1571	LAK Kinder/Jugend	Umformulierung	Teilübernahme (2. Satz)	

Ergänzung in Z. 1571:
Wir wollen alle Kitagebühren so schnell wie möglich abschaffen. Was in Rheinland-Pfalz und Berlin geht, darf den Familien in Nordrhein-Westfalen nicht vorenthalten werden. Das Land muss…

IV.1	1589	LAK Kinder/Jugend	Umformulierung	Teilübernahme (1. Spiegelstrich)	

Ergänzung Zeile 1589:
- Rechtsanspruch auf ein en Kita-Platz für jedes Kind in jeder Altersgruppe
- Kita-Ausbau forcieren

IV.1	1592	LAK Kinder/Jugend	Umformulierung	Keine Übernahme	

Ergänzung Zeile 1592:
- Flächendeckend ausreichende kommunale Kita-Plätze anbieten

IV.1	1600-1601	KV Essen	24-Stunden-Kitas nötig		

24-Stunden-Kita
In den Zeilen 1600/1601 wird der Satz *„Das Ziel kann nicht in der 24-Stunden-Kita bestehen, sondern in der Verkürzung der Arbeitszeit der Eltern."* gestrichen.

Begründung:
Die Verkürzung der Arbeitszeit von Eltern ist zwar ein schöner Vorschlag, bringt aber nichts für in Schichten oder nachts Arbeitende. Hier bleiben auch 24-Stunden-Kitas nötig, zumindest in Ballungsgebieten.

IV.1	1600-1601	LAK Kinder/Jugend	Umformulierung	Keine Übernahme	

Ersetzen von Z. 1600/01:
„Das Ziel kann nicht in der 24-Stunden-Kita bestehen, sondern in der familienfreundlichen Flexibilisierung und generellen Verkürzung der Arbeitszeiten"

IV.1	1607	LAK Kinder/Jugend	Änderung Uhrzeit	Keine Übernahme	

Ergänzung Zeile 1607:
- ..... Öffnungszeiten ab 7 und bis 18 Uhr

IV.1	1611	LAG SB	Einfügung		

nach dem Satz, der mit …der Beschäftigten und der Eltern. endet, einfügen:
*Im KIBIZ ist vorgeschrieben, daß die Eltern jährlich neu die Betreuungszeiten für ihre Kinder festlegen. Dies führt dazu, daß Kolleg*innen oft nur einen befristeten Arbeitsvertrag bekommen.*

IV.1	161618/19	LA SB	Einfügung		

- *Feste Arbeitsverträge ohne Abhängigkeit von den gebuchten Betreuungszeiten*

IV.2	1642	Ruhardt/Böth u.a.	Hinzufügung		

: „wie es die Bildungskonferenz 2011 bereits vereinbart hat."

IV.2	1665	KV Mülheim/R.	Einfügung		

nach Kunstprojekte
„sowie über den Unterricht hinausgehende Angebote, wie Wissenschaftsprojekte, Arbeitsgruppen und Debattierklubs

IV.2	1695	KV Bielefeld	Streichung Parität Schulkonferenz		

Streichung der Forderung, dass 50% der Stimmen in der Schulkonferenz für Schüler zu reservieren seien.
Begründung:
a) Die bestehende Drittel-Parität (Schüler*innen, Eltern, Lehrpersonal) entspricht der gewerkschaftlichen Forderung, auch die Beschäftigten angemessen zu beteiligen. Diese Beteiligung darf nicht verschlechtert werden. Andernfalls würde das dem Dienstleistungs-Denken der neoliberalen Verwaltungsreformer Vorschub leisten.
b) Zudem sind die jugendlichen Nutzer der Bildungseinrichtungen zu Recht auch von ihren Eltern vertreten, da diese die längerfristigen Interessen ihrer jüngeren Kinder besonders im Blick haben.

IV.2	1710	Ruhardt/Böth u.a.	Hinzufügung		

„(Bildungskonferenz 2011)"

IV.2	1711	Ruhardt/Böth u.a.	ersetzen		

Zeile 1711 ersetzen: *„statt „Abschulung" eine „Kultur des Behaltens" entwickeln (gemäß Bildungskonferenz 2011)"*
Begründung für ÄA 1-3:
Wir sollten uns ausdrücklich auf die Bildungskonferenz beziehen, weil sie mit ALLEN Verbänden der Schulszene besetzt war – und einheitliche (!) Übereinkommen getroffen hat. (Minderheitenvoten gibt es einige wenige; sind jeweils ausgewiesen.)
Dieser Bezug versetzt uns in die Situation, nicht ganz allein für z.B. „Schule ohne Hausaufgaben" verantwortlich gemacht zu werden und als Spinner abgetan zu werden. Wir fordern jetzt ein, was Löhrmann 2011 alles versprochen hat. Und da viele Dinge dort sehr sinnvoll versammelt sind und der pädagogischen und schulpolitischen Stand der einvernehmlichen Debatte entspricht, sollten wir uns dieses taktische Moment nicht entgehen lassen.

IV.2	1713	OV Dorsten	Ergänzung Fehlzeiten	Übernahme	

Neuer **Spiegelstrich:**
- Entschuldigte Fehlzeiten sollen auf den Zeugnissen nicht mehr erfasst werden

Begründung: Fehlzeiten auf dem Zeugnis setzen die Schüler unter Druck, auch bei Krankheit zur Schule zu kommen, um keine oder wenige Fehlzeiten auf dem Zeugnis stehen zu haben. Des Weiteren werden Schüler auf diese Weise dazu gedrängt, wichtige Termine, zum Beispiel notwendige Arztbesuche in die Freizeit zu legen, was bei einer Unterrichtszeit von 36 Schulstunden die Schüler unnötig stresst. Das beibehalten der unentschuldigten Fehlzeiten animiert Schüler somit nicht zum schwänzen, sondern erleichtert es ihnen, bei Krankheit zu Hause zu bleiben und bei Bedarf wichtige Termine auch in die Schulzeit zu legen.
Die Fehlzeiten auf dem Zeugnis erfüllen keinen nennenswerten Zweck. Solange die Leistung der Schüler auf einem angemessen Stand ist, sind die Fehlzeiten für zukünftige Arbeitgeber nicht interessant, zumal es sich bei diesen Fehlzeiten um entschuldigte, also durch ärztliche Atteste, behördliche Bescheinigungen oder

Entschuldigungen der Eltern bestätigte notwendige Fehlzeiten handelt.

IV.2	1727	KV Bielefeld	Ergänzung Inklusion		

Ergänzung Spiegelstrich zur Inklusion:
- Um Integration von Menschen mit Behinderungen möglich zu machen, müssen die Klassen verkleinert werden und von zwei Fachkräften unterrichtet werden.
Begründung: In ein LTW-Programm gehören nicht utopische Fernziele, sondern mittelfristig erreichbare Schritte in die richtige Richtung. Die Forderung nach 2 Lehrern kann in der dort formulierten Allgemeinheit derzeit nicht ernsthaft vertreten werden; andere Ziele der Verbesserung haben Vorrang, da diese Forderung unverhältnismäßig große Finanzmittel verschlingen würde. Für die Inklusion ist die Doppelbesetzung dagegen nötig. Hier kann man die Forderung fachlich begründen, sodass sie in diesen Zusammenhang gestellt werden sollte.

IV.2	1781/82	LAG SB	Einfügung		

Zwischen Zeile 1781 und 1782
weitere Unterpunkte einfügen

- *Ausweitung und bessere Ausstattung des Schulversuches PRIMUS*
- *Öffnung der Förderschulen für Regelschüler*innen (umgekehrte Inklusion) bei Beibehaltung der Standards*

Begründung:

Der Schulversuch PRIMUS zeigt, daß Inklusion funktionieren kann. Um praktische Schritte in ein inklusives Schulsystem zu gehen, müssen funktionierende Beispiele für Inklusion ausgeweitet werden. Die Förderschulen müssen bei Beibehaltung ihrer guten Standards für alle Schüler*innen geöffnet werden. So kann eine schrittweise „Konversion" unseres Schulsystems von beiden Schulsystemen ausgehend in eine inklusive Schule für Alle gelingen

IV.2	1811	S. Michaelis	Streichung		

*„Auch eine Integration in Regelklassen gemäß dem erreichten Wissensstand ist oft hinderlich, da die 1812 geflüchteten Kinder dann viel älter als ihre Mitschüler*innen sind. Für diese Gruppen müssen andere, 1813 altersadäquate Lernangebote gefunden werden, die ihrem Lernstand, aber vor allem ihrem Reifeprozess 1814 und ihren Fähigkeiten und beruflichen Interessen entsprechend gestaltet werden."*

Begründung:
Durch die Flucht sind viele Geflüchtete traumatisiert und mit ihren Erfahrungen „älter" als ihre Mitschüler*innen. Trotzdem haben sie das jeweils selbe Lebensalter wie ihre Mitschüler*innen ohne Fluchthintergrund. Inklusion ganz oder gar nicht!? Neoliberale Parteien wie z.B. die FDP beklagen, dass in NRW Förderklassen gebildet werden, die nicht deutschsprachige Kinder in Regelklassen einschult, wo sie dem Unterricht angeblich nicht folgen könnten und den Lernfortschritt behindern würden.
DIE LINKE. NRW verfolgt ein gänzlich anderes Konzept und fordert die Inklusion ohne wenn und aber!

IV.2	1833-1834	LAG Laizismus	Streichung Satz	Übernahme	

In den Zeilen 1833 und 1834 steht jetzt:
„Wir fordern LER (Lebenskunde, Ethik, Religionen) als gemeinsames Schulfach. Bis zu dessen Einführung unterstützen wir die von religiösen Minderheiten geforderte Einführung weiteren Religionsunterrichts."
Antrag: Der zweite Satz ist zu streichen.
Begründung: Der Satz steht im Widerspruch zu unseren Aussagen an mehreren Stellen dieses Wahlprogramms. Es kann nicht Ziel der LINKEN sein, dass Schüler möglicherweise in „katholisch, evangelisch, schiitisch, sunnitisch, alevitisch, jüdisch und atheistisch" unterteilt werden.

Nicht die Trennung der Schüler (weil Eltern das wollen) muss im Fokus unserer Forderungen stehen, sondern das Gemeinsame.

IV.2	1836	LAG Laizismus	Einfügung neuer Spiegelstrich	Übernahme	

Einfügung: „Schule muss Eltern und Schüler darüber informieren, dass die Abmeldung vom konfessionellen Religionsunterricht jederzeit möglich ist“
Erläuterung: Das Recht auf Religionsfreiheit ist ein Grundrecht, welches Eltern für Ihre Kinder bis zu deren Religionsmündigkeit mit Vollendung des 14. Lebensjahres wahrnehmen. Erziehungsberechtigte nehmen auch für ihre nicht-religionsmündigen Kinder in den Schulen diese Grundrechte wahr. Hierbei sind sie vielfach auf die Unterstützung des Staates angewiesen, der ihnen die Informationen zukommen lässt, wie die Rechte der Kinder zu wahren sind - sogar, wie weit diese überhaupt reichen.
Im schulischen Bereich ist diese Aufgabe des Staates nicht ausreichend ausgebaut, gerade und insbesondere was das Grundrecht der Religionsfreiheit aus Art 4 GG angeht. So, wie es ein Recht auf ungestörte Religionsausübung gibt, so existiert das Recht auf Freiheit von Religion.
Dieses wird nicht gewahrt, da Schulleitungen und Lehrer in der staatlichen Schule Eltern und Schülerinnen wie Schüler nicht offensiv auf die grundsätzliche Freiheit der Teilnahme am konfessionellen Religionsunterricht hinweisen. Gerade hinsichtlich der sukzessiven Einführung eines islamischen Religionsunterrichtes hat eine solche Information auch ein staatlich-integratives Potenzial für die Angehörigen anderer als der christlichen Glaubensgemeinschaften.

IV.2	1836	Ruhardt/Böth u.a.	Hinzufügung		

„in der Primar- und Sekundarstufe I“

Begründung: In der Gymnasialen Oberstufe sollte Religion (solange es besteht) wieder als ein Fach des gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfelds von uns betrachtet werden. Wer es nicht wählt (wegen des Zwangs zum RU), wird dann eben ein anderes Fach aus dem gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld wählen (die ehemalige Regelung), aber nicht zwingend Philosophie. Der Philosophieunterricht leidet nämlich darunter, dass dort Schüler*innen ihren „Religionsersatz“ absitzen und diejenigen, die tatsächlich philosophieren wollen, behindern.

IV.2	1861	Ruhardt/Böth u.a.	Einfügung		

: „Erhöhung der Sätze für Lehr- und Lernmittel im Rahmen des Inflationsausgleichs der letzten 14 Jahre“
Begründung: Seit 13 Jahren sind die Sätze, die die Schulträger zahlen müssen, nicht mehr erhöht worden. Es gibt eine Antwort auf eine neue LT-Anfrage, die bestätigt, dass die Landesregierung keinerlei Erhöhung plant.

IV.2..	1863	KV Steinfurt	Ergänzung		

ergänzen: und Taschenrechner, Schluss mit "Kopiergeld"
Begründung: Die Anschaffung eines für Klausuren zugelassenen und verbindlich erwarteten Taschenrechners in der Oberstufe kann 80 Euro kosten.

IV.2	1865	KV Ennepe-Ruhr/OV Hattingen	Ergänzung Spiegelstrich 1		

Zeile 1865 „Was tun?“ -- **Einfügung** darunter mit neuem Unterpunkt:
- Nutzung von Open Source

Begründung: Open Source-Anwendungen sind heute in der Regel qualitativ gleichwertig und wesentlich preiswerter als kommerzielle Software z.B. von Windows.

IV.2	1865	KV Ennepe-Ruhr/OV Hattingen	Ergänzung Spiegelstrich 2		

Zeile 1865 „Was tun?“ -- **weitere Einfügung** darunter mit neuem Unterpunkt:
- Verbot von Herstellerpräferenzen und Kaufzwang; Erstellung von Anforderungsprofilen für Lernmittel ausschließlich anhand technischer Daten.
Begründung: siehe oben

IV.3..	1906	KV Steinfurt	Ergänzung		

- Ausbildung von pharmazeutischen und medizinischen Assistenzberufen sowie Gesundheitsfachberufen ohne Schulgeld und mit Ausbildungsvergütung
Begründung: Während ÄrztInnen und ApothekerInnen ihr Studium ohne Studiengebühr machen können (was wir ja gut finden), müssen PTAs, LogopädInnen usw. häufig noch Schulgeld zahlen und erhalten keine Ausbildungsvergütung. Das ist ungerecht!

IV.4	2000	KV Warendorf	Ergänzung		

• Bezahlbaren Wohnraum für Studierende und Auszubildende schaffen

IV.5..	2037	KV Steinfurt	Ergänzung		

- interdisziplinäre Studienangebote fördern
Begründung: Im Zuge der Bologna-Reform wurden die Studiengänge immer mehr verschult, die Studierenden können kaum noch über den Tellerrand ihres Fachs gucken. Aber auch NaturwissenschaftlerInnen sollten sich mit Ethik und Politik befassen, SoziologInnen mit Technik usw.

IV.5	2067	KV Ennepe-Ruhr	Ergänzung Weiterbildung		

Zeile 2067 - **Einfügung eines neuen Abschnitts zu Weiterbildung**
„Der Landesparteitag möge beschließen, den Punkt 5. Weiterbildung: Angebote ausbauen mit folgenden Unterpunkten und Forderungen zu ergänzen:
Weiterbildungskollegs als zweite Chance im Leben stärken, um einen Sozialklassenaufstieg durch zu ermöglichen.
Die Weiterbildungskollegs (WbK) sind ein Grundbaustein als Einrichtungen des zweiten Bildungswegs in Nordrhein-Westfalen. An ihnen ist es jungen Erwachsenen möglich jeden Schulabschluss und Bildungsgang nachzuholen. Einschließlich des landesweiten zentral Abiturs, das zum Hochschulstudium berechtigt. Dadurch soll auch im „Alter“ eine Qualifizierungsmöglichkeit sichergestellt werden. Nach aktueller Gesetzeslage sollte der Unterrichtsbesuch in den Weiterbildungskollegs kostenlos sein. Außerdem durch das Bundes-Ausbildungs-Förderungsgesetz (BAföG) gefördert werden.
Somit stellen die Weiterbildungskollegs eigentlich eine echte Chance für junge Erwachsene dar, einen neuen Lebensweg zu beginnen. Sowie Nachteilen durch sozialer Ungleichheiten im ersten Bildungsweg zu überwinden. Durch diese Nachteile im ersten Bildungsweg, stecken junge Erwachsene oftmals in Berufen in denen sie sehr unglücklich sind. Das Weiterbildungskolleg bietet diesen jungen Erwachsenen als Vollzeit-Schule die Möglichkeit eine Hochschulberechtigung zu erlangen. Somit kann es zu einem sozialen Aufstieg, auch ehemalig sozial Benachteiligten verhelfen. Die rot – grüne Landesregierung möchte diese Chancen offensichtlich nicht weiterhin ermöglichen, sondern einschränken. Getreu den Tönen aus der Wirtschaft „Wer braucht schon 30-jährige Abiturienten oder 40-jährige Hochschulabsolventen.“
Denn die Landesregierung hat in 2016 auf der Konferenz der Bildungsminister aller Länder, einer Verschärfung der Kriterien unter denen der Bildungsgang Abendrealschule BAföG gefördert wird zugestimmt. Wodurch die

Anmeldungen/Schülerzahlen für diesen Bildungsgang massiv zurückgehen.
Im gleichen Atemzug drohte die Landesregierung vor den Sommerferien 2016 mit einem Erlass das Unterrichten und einrichten von Flüchtlingsklassen an den Weiterbildungskollegs zu verbieten, da diese dafür nicht geeignet seien, sondern die Berufskollegs. Hier kommt man offensichtlich ebenfalls einem Ruf aus der Wirtschaft „Flüchtlinge sollen schnellst möglich Produktionskräfte werden" nach, statt diesen eine faire Chance auf Qualifizierung zu gewähren.
Dieses Vorgehen vollzog die Landesregierung natürlich gegen den Protest der Landesringe, sowie Angestellten Lehrer*innen und Schüler*innen. Letztere drohten an in Düsseldorf zu Streiken. Woraufhin die Landesregierung ihrerseits mit Disziplinarmaßnahmen drohte.
Somit soll offensichtlich der Anfang vom Ende der Weiterbildungskollegs als Einrichtungen des zweiten Bildungswegs eingeläutet werden.
All diese Vorgänge führen dazu die Chancen des zweiten Bildungswegs massiv zu verknappen. Zudem den Missständen im ersten Bildungsweg, hervorgerufen durch soziale Ungleichheiten, auch im erwachsenen Alter nicht mehr entkommen zu können. Dies führt natürlich auch in Folge zu Stellenabbau, vor allem von Lehrer*innen die Angestellte im öffentlichen Dienst sind. Aber auch Beamte Lehrer*innen können somit an Schulen des ersten Bildungsweges versetzet werden. Eine kleine Maßnahme um fehlende Lehrkräfte an Schulen des ersten Bildungsweges zu besetzen. Dies ist ganz klar abzulehnen, hier darf erster und zweiter Bildungsweg nicht gegeneinander ausgespielt werden.
All diese Maßnahmen der rot – grünen Landesregierung, beschlossen unter der Grünen Bildungsministerin sind mit sofortiger Wirkung einzustellen und auf die alten Bedingungen umzukehren.
Außerdem fordern wir ein klares Bekenntnis zu den Weiterbildungskollegs als Einrichtung des zweiten Bildungswegs auch in der langfristigen Zukunft.
Außerdem den Ausbau und die Förderung dieser Einrichtung als Oberstufenzentren für junge Erwachsene.

Was tun?

- Das Land muss gegenüber dem Bund wieder die alte BAföG Regelung für den Abendrealschul Bereich durchsetzen, in der Übergangszeit die Finanzierung unter den alten Kriterien selbst übernehmen.
- Lehrer*innen des zweiten Bildungsweges dürfen nicht „Zwangsversetzt" werden in den ersten Bildungsweg.
- Die Aufnahmebedingungen für junge Erwachsene an Weiterbildungskollegs müssen erleichtert werden.
- Das Land möge eine gesetzliche Garantie des Fortbestands aller Weiterbildungskollegs in NRW bis 2022 aussprechen.
- Das Land möge gegenüber dem Bund auf eine Erhöhung des BAföG – Regelsatzes bestehen, um einen Vollzeit-Schulbesuch auch wirklich durchgängig sicher zu stellen.

Begründung und Anmerkungen:

Bemerkung: Schüler*innen heißen an den Weiterbildungskollegs eigentlich alle „Studierende" dies ist in meinem Antrag bewusst falsch formuliert, da oftmals diese Bezeichnung zur Verwirrung führt und wohl nur einen rein rechtlichen Hintergrund für die BAföG Förderung spielt. Außerdem weil man von jungen Erwachsenen und keinen Kindern bei dieser Schulform spricht.
Von den im Antrag benannten Punkten sind in Nordrhein-Westfalen ca. 30.000 junge Erwachsene betroffen, meist mit einem Durchschnittsalter von 25 Jahren. Unter ihnen viele Menschen mit Migrations- Hintergrund oder aus sozial schwachen Verhältnissen. All diese Menschen versuchen über eine zweite Chance im Leben an den Weiterbildungskollegs dieses Landes neue Perspektiven für ihre Zukunft zu erreichen. Die rot-grüne Landesregierung schränkt diese Chancen mit ihrer Politik jedoch immer mehr ein und es bleibt zu befürchten, dass sie die Einrichtung Weiterbildungskollegs im zweiten Bildungsweg komplett abbauen will. Dieser Politik soll mit diesem Antrag entgegen gewirkt werden.
In den Weiterbildungskollegs liegen wirkliche Chancen für junge Menschen. Die Weichen die ihnen der erste Bildungsweg vorbestimmt hat zu verändern. Es geht dabei um mehr als eine Korrektur der rot-grünen Politik für den zweiten Bildungsweg. Es geht dabei darum eine echte soziale Chance, eine Chance für das Leben vieler junger Menschen aufrecht zu erhalten. Es ist eine Herzensangelegenheit das diese Einrichtungen durch die

Politik der Linke in diesem Bereich unterstützt werden und erhalten bleiben.
Zudem steckt im Weiterbildungskolleg großes Potenzial für die Zukunft, nicht nur im zweiten Bildungsweg. Wie im Antrag angeführt kann so auch junge geflüchtete Erwachsene einen idealen Übergang in unser Schulsystem gelangen. Indem sie in einem Haus, in einer Einrichtung, gleitend in Regelschulklassen integriert werden. Für alle scheinbar sozial abgehangenen ist diese Schulform zudem eine Hoffnung. Selbst noch das Abitur zu erreichen und so einen evtl. Akademischen Hochschulabschluss angehen zu können. Was ihnen über den ersten regulären Lebensweg, aufgrund eines undurchlässigen und sozial benachteiligendem Schulsystem niemals möglich wäre.
Aus diesen sozialen Gründen, aber auch Gründen der Integration, muss das Weiterbildungskolleg als extra Punkt im Bereich Weiterbildung in das Landtagswahlprogramm der Linke aufgenommen werden.
Im Übrigen bin ich selbst Betroffener da ich Schüler und lange Zeit auch Asta- Sprecher an einem der größten Weiterbildungskollegs in NRW, in Bochum, bin.
Wo ich nun mein Abitur erfolgreich absolvieren werde und vor den Abschlussprüfungen zu diesem stehe. Daher sind mir viele Hintergründe und Einschränkungen aber auch Möglichkeiten und positive Beispiele zu diesem Antrag bekannt.
Weitere Quellen:
https://www.schulministerium.nrw.de/docs/bp/Ministerium/Service/Schulstatistik/Amtliche-Schuldaten/StatTelegramm2015.pdf
https://www.schulministerium.nrw.de/docs/Schulsystem/Schulformen/WBK/

IV.5..	2094	KV Steinfurt	Streichung		

Zeile 2094 streichen " subjektorientierte, gender- und kultursensible"
Begründung: Doppelung. Derselbe Inhalt ist im nächsten Satz allgemeinverständlich ausgedrückt.

V.1	2137-2160	LISA Sprecherinnen	Ersetzung Unterkapitel		

Die Zeilen 2137 – 2160 werden durch folgenden Text ersetzt:
Als LINKE wollen wir keine „Gleichstellungspolitik“, wie sie von anderen Parteien vermeintlich zugunsten der Frauen vorangetrieben wird. Hier werden Frauen an einem Männerbild gemessen – das zum Menschenbild wird. Wir lehnen dieses Bild ab. Wir wollen nicht, dass Menschen sich immer weiter selbstoptimieren, um in immer weniger Zeit immer mehr Profit für andere zu schaffen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen – ganz gleich, welches Geschlecht sie haben – durch die Garantien des sozialen Lebens so abgesichert sind, dass sie sich für sich und in Solidarität zu anderen jeden Tag weiter entwickeln können – nach ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen.
So ist unser Ziel nicht weniger, als eine andere Aufteilung der vorhandenen (Lebens-)Zeit. Eine Verteilung, die es allen möglich macht, Lohnarbeit zu leisten, sich selber weiterzuentwickeln, mit Freundinnen, Familie oder den Nachbarn Zeit zu verbringen und sich dann noch in die Politik einzumischen. Die ungenutzten Stärken von Frauen als Krisenexpertinnen könnten so ganz anders zum Tragen kommen und glänzen, wie beispielsweise in Bereichen der Städteplanung oder der Finanzwirtschaft. Ebenso ließe sich der Wunsch vieler insbesondere junger Männer, mehr Zeit für ihre Familien sowie gesellschaftliche und soziale Beziehungen zu haben, erfüllen.
Die meisten Menschen empfinden die Zeit mit ihren Familien und ihren Freund*innen oder die Zeit für sich allein als die schönste und wertvollste Zeit im Leben. Viele von uns wünschen sich „mehr“ davon und freuen sich auf diese Momente – oder bereuen rückblickend, nicht mehr davon gehabt zu haben.
Doch immer häufiger dominiert die Erwerbsarbeitszeit das Leben, sei es in Form längerer Wochen- oder Lebensarbeitszeiten oder der Ungleichheit der Arbeitszeitverteilung in den Partnerschaften und Familien durch immer mehr Schicht- und Wochenendarbeit oder durch keine Erwerbsarbeit mit endlosen Schikanen durch Zwangsmaßnahmen der Argen und einer ständigen Verunsicherung. Immer mehr Frauen – und auch immer mehr Menschen sagen klar: Die Zeit soll denen gehören, die sie leben. Doch im Sinne von Wirtschaftsinteressen und Profitorientierung wird „Lebenszeit“ immer weiter abgebaut.
Warum nehmen wir hin, dass die Politik auch in NRW bei zahlreichen Entscheidungen genau diesem Trend nachgibt? Warum ist es normal, dass Menschlichkeit nur dann gewährt wird, wenn die ökonomischen

Bedingungen es hergeben?
In unserer profitorientierten Gesellschaft tritt dieser Fall immer häufiger ein: Gesundheit, Kinder, Senior*innen, soziale Berufe, Mutterschaft – das sind die Bereiche, die dem Rotstift als erstes zum Opfer fallen. Ein Blick in Kitas, Schulen, Stadtparks, Altenheime, Wohnviertel oder Sportplätze reicht als Beleg. Überall dort, wo es in erster Linie darum geht, dass Menschen gut und in Sicherheit leben, wird deutlich, dass heute Angebote meist nur nutzen kann, wer es sich auch leisten kann.
Die Arbeit in diesen Bereichen, egal ob sie entlohnt wird oder nicht, ist im Kapitalismus weniger wert, sie wird gerne ins „Private" geschoben, kann ohne Ausbildung erledigt werden oder wird schlicht mies bezahlt. Erledigt wird sie zum größten Teil von Frauen – unbezahlt, im Schatten und nicht selten mit Armut einhergehend. Eine Politik, die vom Leben aus handelt, ist eine Politik für alle Menschen. Nicht weniger fordert DIE LINKE.

Begründung:
Frauenrechtlerinnen wie Alice Schwarzer haben häufig richtige Dinge für Frauen gefordert, ohne einen Blick auf die Veränderung der Verhältnisse als ganzes zu werfen. Nicht selten, weil es als Vertreter*innen ihrer Klasse gar nicht in ihrem Interesse ist, für eine Gesellschaft ohne Klassen und Geschlechtergegensätze zu kämpfen. Nicht ohne Grund sind Frauen wie von der Leyen, Schwarzer und Co für eine Quote in Aufsichtsräten und mehr Soldatinnen in der Bundeswehr und in der CDU. DIE LINKE ist eine explizit feministische Partei. Es geht ihr also um mehr, als um ein bisschen mehr Schutz, ein bisschen mehr Geld, ein bisschen mehr Anerkennung. Wir wollen nicht die Hälfte vom verschimmelten Kuchen, sondern die ganze Bäckerei, um darin zu backen, was für das Leben aller ist.

V.1	2161	KV Düsseldorf	Textänderung		

Zeile 2161 vorher: "Politik für Frauen ist Politik für Menschen"
neu: " Politik für Frauen geht jede*n an"

V.1	2163	KV Düsseldorf	Textänderung		

Zeile 2163 vorher: "Frauenarbeit"
neu: "Arbeit von Frauen"

V.1	2170	KV Düsseldorf	Textänderung		

Zeile 2170 vorher: "Auf dem Weg für ein gutes Leben für Alle"
neu: "Armutsrisiko von Frauen senken" geändert werden

V.1	2174/2175	KV Düsseldorf	Textverschiebung		

Zeilen 2174/2175 : "Frauen werden sehr viel häufiger Opfer von Sexismus und Gewalt" soll hinter Zeile 2209 verschoben werden.

V.1	2220	KV Essen	Frauenkapitel gendern 1		

In Zeile 2200 wird der Spiegelstrich wie folgt geändert (Änderung unterstrichen):
„Verlässliche Finanzierung von Elternzentren sicherstellen"
Begründung:
Es soll auch alleinerziehende Väter geben, wenn auch nicht so viele. Daher braucht es nicht nur „Mütterzentren", sondern Zentren, in denen alle Alleinerziehenden Unterstützung finden.

V.1	2225-2226	KV Essen	Frauenkapitel gendern 2		

In Zeilen 2225/2226 wird der Satz wie folgt geändert (Änderung unterstrichen):
„Die Sicherung des Berufs der Hebammen und die dauerhafte Gewährleistung dieser für alle werdenden Eltern unverzichtbaren Unterstützung sind hierbei zwingend erforderlich.“
Begründung:
Auch das ist kein „Frauenthema“, sondern Thema aller werdenden Eltern, gleich welchen Geschlechts sie sind.

V.1	2225	LISA Sprecherinnen	„Eltern“ statt „Frauen“		

„Frauen“ **durch** „Eltern“ **ersetzen**
Begründung: Hebammen sind auch für Väter wichtig.

V.1...	2234	KV Steinfurt	Einfügung		

"weltanschaulich neutrale" Schwangerschaftskonfliktberatung.
Begründung: Fragt mal die Paderborner! Bei Bedarf mehr mündlich

V.1	2247	LISA Sprecherinnen	Ergänzung „Wahlfreiheit Hausgeburten“		

Nach 2247 einfügen:
- Wahlfreiheit des Geburtsortes sicherstellen. Hausgeburten dürfen Klinikgeburten nicht nachgestellt werden.

V.2	2248	S. Dagedelen	Ersetzung/Ergänzung	

2. Integration braucht eine soziale Offensive für alle

Seit über 100 Jahren beherbergen das Rheinland und Westfalen Europas größte Industrieregion. Ein Einwanderungsland ist das Gebiet noch länger. An Rhein und Ruhr standen die Waffenschmieden für zwei Weltkriege mit Millionen Opfern und weitreichender Zerstörung in Europa. Auch heute werden von den Rüstungskonzernen in NRW die Waffen produziert, vor denen Menschen etwa aus Syrien zu uns flüchten.

Sowohl nach dem zweiten Weltkrieg ab 1945 als auch nach der Wiedervereinigung seit 1990 sind **H**~~h~~underttausende **Menschen** ~~Geflüchtete aus Osteuropa~~ zu uns gekommen. In den 1960er Jahren schloss die BRD im Namen der Industrie Anwerbeabkommen mit Ländern Südeuropas. Allein aus der Türkei kamen mehrere hunderttausend Arbeitsmigrant*innen, die mit ihren Familien hier heimisch wurden. Anfang der 1990 Jahre erreichten uns viele Menschen, die vor den Kriegen in Jugoslawien geflohen sind.

Die Politik der vergangenen Jahre hat bei der Beseitigung des Investitionsstaus in den Kommunen ebenso versagt wie bei der Bekämpfung der zunehmenden Ungleichheit bei Einkommen, Vermögen und Bildungschancen. Überproportional betroffen sind dabei Migrant*innen. Die jahrzehntelange Verweigerung einer Einwanderungs- und Integrationspolitik gegenüber der sogenannten ersten und zweiten Generation der Einwander*innen hat zu fortdauernden und kumulierenden Benachteiligungen auch von jungen Menschen mit Migrationshintergrund geführt, die überproportional häufig aus Haushalten mit geringem oder keinem Erwerbseinkommen kommen. Diese Fehler dürfen nicht wiederholt werden.
~~Ob Einwanderung gelingt oder zu Konflikten führt, hängt wesentlich davon ab, ob alle Beteiligten gleichberechtigt in sozialer Sicherheit leben können. Integrationspolitik bedeutet daher für uns vor allem: Gleiche soziale und politische Rechte für alle.~~

DIE LINKE NRW sieht in der vollständigen ~~Inklusion~~ **gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe** von Migrant*innen die Voraussetzung für eine gut funktionierende Einwanderungsgesellschaft. ~~Inklusion findet überall dort statt, wo Menschen gleichberechtigt an allen gesellschaftlichen Prozessen teilhaben. Sie ist nur dann verwirklicht, wenn alle Menschen praktisch über gleiche soziale und politische Rechte verfügen.~~

Soziale Gleichheit ist mehr als die rechtliche Gleichstellung. Denn die soziale Diskriminierung besteht für Migrant*innen auch bei Rechtsgleichheit fort. Das gilt unter anderem im Bildungs- und Ausbildungssystem sowie auf dem Arbeitsmarkt. NRW braucht endlich eine soziale Offensive für alle hier lebenden Menschen, damit insbesondere durch eine Verbesserung des Bildungssystems und ein nachhaltig stabiles Wirtschaftswachstum gute Arbeitsplätze auch für Migrant*innen entstehen können.

~~Für Menschen mit Migrationshintergrund gelten im Rahmen der Ausländergesetze eine Reihe von Sonderregeln, die sie insbesondere in der Arbeitswelt benachteiligen. Menschen ohne anerkannten Aufenthaltstitel dürfen gar nicht arbeiten. Auch deshalb ist die Erwerbslosigkeit bei Migrant*innen in NRW höher als bei der Gesamtbevölkerung. Das Teilhabe- und Integrationsgesetz der SPD-Grünen-Landesregierung wird dieser Diskriminierung kein Ende setzen.~~

~~Für ein Einwanderungsland müsste es selbstverständlich sein, dass Menschen, die über Jahre ihren Lebensmittelpunkt hier haben, auch gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Doch die Realität sieht anders aus: Für Menschen mit Migrationshintergrund ist der Zugang zu guter Bildung schwer. Sie sind stärker von Armut und prekärer Beschäftigung betroffen.~~

Gleiche soziale und politische Rechte für Alle

Über zwei Millionen Menschen in NRW sind nicht eingebürgert. ~~Zunehmend wird es ihnen erschwert, die deutsche Staatsbürgerschaft und damit formal gleiche Rechte zu erlangen.~~ **Um langjährig hier lebenden Migrant*innen gleiche Rechte und Aufenthaltssicherheit zu verschaffen, bedarf es deshalb deutlicher Einbürgerungserleichterungen.** ~~Die Kosten für die Einbürgerung sind extrem hoch.~~ ~~E~~**Denn e**s ist undemokratisch, eine große Zahl von Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in NRW haben, rechtlich zu Menschen zweiter Klasse zu machen. Statt Sonderregelungen und Erlasse gegen Migrant*innen fordern wir die volle rechtliche Gleichstellung durch erleichterte Einbürgerung und das kommunale Wahlrecht auch für Menschen, die keine EU-Bürger*innen sind.

Ergänzt werden muss eine solche Politik durch einen konsequenten Ausbau des Diskriminierungsschutzes auf allen Ebenen. Das Land NRW muss **auf Landesebene alle** ~~sich dafür einsetzen,~~ diskriminierende**n** und ausgrenzende**n** Gesetze und Vorschriften **abschaffen und sich auf** ~~Landes- und~~ Bundesebene **für die Beseitigung solcher einzusetzen**~~, zu beseitigen~~. Das ist auch ein zentraler Baustein im Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung.

Was tun?

- *Verfahren der Einbürgerung vereinfachen und Gebühren abschaffen*
- *Zulassung von Doppel- und Mehrfachstaatsangehörigkeiten erleichtern*
- *Kommunales Wahlrecht für alle dauerhaft hier lebende*
- *Bleiberechtsregelung für geduldete und illegalisierte Menschen*
- *Antidiskriminierungsgesetz für NRW einführen*
- ***Förderung der Selbstorganisationen von Migrant*innen***

Integration durch Bildung

Die Unterfinanzierung des Bildungssystems ist eine der Ursachen für die in Deutschland immer wieder nachgewiesene Abhängigkeit des Bildungserfolgs von Kindern vom sozialen Status, Bildungsniveau und Einkommen ihres Elternhauses. Dies betrifft sowohl Kinder ohne Migrationshintergrund, aber besonders auch Kinder mit Migrationshintergrund. Gleicher Zugang zu Bildung ist eine grundlegende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, individuelles Wohlergehen und soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft.

Das Erlernen der deutschen Sprache ist eine wichtige, aber nicht hinreichende Voraussetzung für eine gleichberechtigte Teilhabe am Berufsleben, an Bildung und Kultur sowie an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen. Kinder mit Migrationshintergrund müssen – wie alle Kinder – höchstmöglich qualifiziert werden. Insbesondere Sprachförderangebote müssen für alle Kinder mit entsprechendem Bedarf stattfinden.

Die Mehrsprachigkeit von Kindern mit Migrationshintergrund soll als Chance verstanden und gefördert werden. Kinder mit einer natürlichen Mehrsprachigkeit haben einen Anspruch auf eine Förderung, die ihrer persönlichen Situation gerecht wird. Wir wollen an den Schulen ausreichende personelle und sachliche Ressourcen schaffen, um dies flächendeckend sicherzustellen.
Das bestehende Integrationskurssystem ist in vielerlei Hinsicht verbesserungsbedürftig. Es müssen mehr finanzielle Mittel bereitgestellt werden, um eine faire Bezahlung der Lehrkräfte und eine hohe Qualität der Kurse zu ermöglichen. Zudem müssen Flüchtlinge mit Duldung, Asylsuchende und Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus einbezogen werden.

Neu hier ankommende Menschen haben vielfach Qualifikationen und Schul- und Berufsabschlüsse verschiedenster Art. Diese anzuerkennen ist ein wichtiger erster Schritt, um den Betreffenden einen guten Start und eine erfolgreiche Inklusion zu ermöglichen.

Was tun?

- ***NRW muss sich für die Aufhebung des grundgesetzlichen Verbot der Bildungszusammenarbeit zwischen Bund und Ländern (Kooperationsverbot) einsetzen***
- ***Es muss ein Sofortprogramm aufgelegt werden zur Aus- und Weiterbildung von zusätzlichen Lehrkräften, die Deutsch als Zweitsprache unterrichten, um dem gestiegenen aktuellen Bedarf gerecht werden zu können; in allen Lehramtsstudiengängen mit dem Unterrichtsfach Deutsch und allen Germanistikstudiengängen soll Deutsch als Zweitsprache als verpflichtendes Modul aufgenommen werden, Module der interkulturellen Pädagogik soll es in allen Lehramtsstudiengängen geben***
- ***Eine bedarfsgerechte Erstausstattung an Schulbedarf muss es für alle Kinder geben; Willkommens- bzw. Intensivklassen sind in allen Schularten auszubauen; dies muss mit der Einstellung zusätzlicher Lehrkräfte, die Deutsch als Zweit- oder Fremdsprache unterrichten, und von Schulsozialarbeiter/innen und psychologischen Beratungskräften einhergehen; geflüchtete Schülerinnen und Schüler sollen schnellst möglich in das Regelschulsystem integriert werden***
- ***Die Schulpflicht muss für alle Kinder und Jugendliche frühzeitig und unabhängig vom Aufenthaltsstatus in allen Bundesländern gelten, gleiches gilt für den Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung, die bestehenden Kapazitäten sind entsprechend noch stärker auszubauen, damit die Versorgung quantitativ wie qualitativ für alle Kinder verbessert werden;***
- ***Es muss vermehrte Angebote zum Nachholen eines Schulabschlusses an einer berufsbildenden Schule auch für Geflüchtete geben, die nicht mehr der allgemeinen Schulpflicht unterliegen; Quereinstiege in die Schul- und Bildungslaufbahn müssen generell erleichtert werden***
- *Allen eingewanderten und geflüchteten Menschen unmittelbar kostenlose Sprachkurse zur Verfügung stellen*
- *Feste Stellen und angemessene Bezahlung für Integrationslehrer*innen finanzieren*
- *Integrationskurse für Geflüchtete unabhängig vom Aufenthaltsstatus anbieten*
- *Schulen zur Förderung von Mehrsprachigkeit angemessen ausstatten*
- *Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen erleichtern*

Integration durch Arbeit

Für viel zu viele Menschen bleibt der Arbeitsmarkt verschlossen, obwohl es in den vergangenen Jahren eine Beschäftigungszunahme gegeben hat. Besonders Ältere, Menschen mit Behinderungen, Alleinerziehende sowie Migrantinnen und Migranten werden dabei ausgegrenzt. Viele Arbeitgeber geben ihnen keine Chance, gleichzeitig wird ein vermeintlicher Fachkräftemangel beklagt. Die Langzeiterwerbslosigkeit hat sich bei über einer Million verfestigt

Der Arbeitsmarkt ist zunehmend fragmentiert. Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse, Niedriglohn, Werkverträge und Minijobs prägen zunehmend die Arbeitslandschaft.

Die schnelle Eingliederung in Arbeit ist ein zentraler Faktor der gesellschaftlichen Integration. Dies gilt für alle Menschen. Geflüchtete haben durch Arbeitsverbote, Beschränkungen und Nachrangigkeitsregelungen mit besonderen Restriktionen beim Zugang zum Arbeitsmarkt zu kämpfen. Diese sind abzubauen. Erkämpfte Mindeststandards wie der Mindestlohn dürfen nicht infrage gestellt werden. Gute Arbeit ist Voraussetzung für eine gelingende Integration. Prekäre Arbeit dagegen führt strukturell zu Diskriminierung und Ausgrenzung.

Was tun?

- ***NRW setzt sich dafür ein, dass Asylsuchenden sofort nach ihrer Ankunft ermöglicht wird, Deutsch zu lernen und an einem Integrationskurs teilzunehmen. Diesen Teilnahmeanspruch sollen auch Geduldete unabhängig vom Duldungsgrund erhalten***
- ***NRW setzt sich dafür ein, dass das Arbeitsverbot für Asylbewerber*innen in den ersten drei Monaten entfällt. Die Vorrangprüfung bei der Beschäftigung von Asylsucheden und Geduldeten soll abgeschafft werden***
- ***NRW setzt ich dafür ein, dass Asylsuchende und Geduldete in Ausbildung eine Aufenthaltserlaubnis für die gesamte Dauer der Berufsausbildung erhalten.***
- ***NRW setzt sich dafür ein, dass die Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse vereinfacht und beschleunigt wird***
- ***Über eine ausreichende Finanzierung der öffentlichen Hand ist der Personalbestand im öffentlichen Dienst deutlich und auf ein ausreichendes Maß anzuheben. Darüber hinaus sind inklusiv ausgestaltete Arbeitsplätze im Bereich längerfristiger öffentlich geförderter Beschäftigung auch für Geflüchtete bereit zu stellen***
- ***Interkulturell kompetente Fachkräfte in Bildung, Gesundheitswesen und Behörden***

~~**Interkulturelle Kompetenz ausbauen - Selbstorganisationen stärken**~~

~~Damit das Zusammenleben gelingt, müssen nicht nur sprachliche, sondern auch kulturelle Barrieren abgebaut werden. Das bedeutet zunächst einmal, die eigene Kompetenz im Umgang mit verschiedenen Kulturen zu stärken.~~

~~Sich für die eigenen Interessen zusammenzuschließen ist ein Grundrecht, dessen Ausübung für das Ankommen und selbstbewusste Auftreten in einer neuen Umgebung von besonderer Bedeutung ist.~~

~~Selbstorganisationen von Migrant*innen sollten daher vom Land NRW gefördert werden.~~

~~*Was tun?*~~

- ~~*Interkulturell kompetente Fachkräfte in Bildung, Gesundheitswesen und Behörden*~~
- ~~*Öffentlicher Dienst als Vorreiter für die Integration in Ausbildung und Berufsleben*~~
- ~~*Für Integrationsprojekte bereitgestellte Gelder aus öffentlichen Landesmitteln sollen zunehmend den Selbstorganisationen der Migrant*innen zur Verfügung gestellt werden*~~

~~**Für ein uneingeschränktes Recht auf Asyl -**~~ **Für einen radikalen Wechsel in der Flüchtlingspolitik**

~~Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sichert allen politisch Verfolgten ein Asylrecht zu.~~

In den 1980er- und 1990er-Jahren wurde eine Reihe von Maßnahmen zur Abschreckung von schutzsuchenden Menschen geschaffen: Die Zwangsunterbringung in entpersönlichenden Lagern, massive Einschränkungen der Bewegungsfreiheit (Residenzpflicht, Wohnsitzauflagen) und sozialrechtliche Diskriminierungen (Arbeitsverbote, Versorgung unterhalb des menschenwürdigen Existenzminimums, eingeschränkte Gesundheitsversorgung, die diskriminierende und zudem kostenintensivere Praxis, Sachleistungen statt Bargeld u. v. m.).

Eine Politik der Ausgrenzung und Entrechtung ganzer Flüchtlingsgruppen verstärkt bestehende Vorurteile, indem suggeriert wird, dass gegen einen angeblich verbreiteten Asylmissbrauch harte Maßnahmen erforderlich seien. Das ist nicht zuletzt angesichts der dramatisch gestiegenen, rassistisch motivierten Angriffe auf Flüchtlinge und Flüchtlingsheime unverantwortlich.

NRW soll ein Land sein, das Geflüchteten offen gegenübertritt. Die Integration von Geflüchteten muss am ersten Tag ihrer Ankunft beginnen.

Wir stellen die Rechte von Geflüchteten nicht gegen die anderer Menschen. Viele Menschen in Deutschland müssen in Armut leben, sind auf Hartz IV angewiesen, arbeiten in schlecht bezahlten Jobs, müssen Aufstockerleistungen beantragen, weil es zum Leben nicht reicht. Sie hätten nicht einen Euro mehr in der Tasche, wenn niemand mehr flüchten würde. Die Ursache für Sozialkürzungen, Unsicherheit und prekäre Beschäftigung ist eine verfehlte Politik, die nur den Reichen nützt. Statt uns gegeneinander ausspielen zu lassen müssen wir gemeinsam dafür streiten, dass es allen besser geht.

~~Seit 1993 gilt dieses Menschenrecht nicht mehr für Menschen, die aus einem so genannten „sicheren Drittland" nach Deutschland einreisen. Seit 1997 gilt das Abkommen von Dublin, nach dem allen das Asylrecht genommen werden sollte, die durch Nachbarland nach Deutschland gekommen sind. Seit März 2016 dürfen politisch Verfolgte wieder ausgewiesen werden, wenn sie wegen Eigentumsdelikten zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr verurteilt wurden.~~

~~Das Asylpaket II vom März 2016 setzt die Familienzusammenführung für Flüchtlinge mit subsidiärem Schutzstatus aus und setzt die Hürden, eine Niederlassungserlaubnis in Deutschland zu erhalten, noch deutlich höher.~~

~~Seit Jahren betreiben Deutschland und die EU eine Politik der Abschottung, die es Geflüchteten unmöglich machen soll, das Gebiet der EU zu betreten.~~

~~Begleitet werden diese Einschränkungen des Asylrechts durch eine Verschlechterung der Lebensbedingungen der Asylbewerber, zuletzt wieder durch eine Kürzung der Leistungen mit dem Integrationsgesetz.~~

~~Trotz der kurzfristigen Öffnung der Grenzen im Spätsommer und Herbst 2015 sehen wir, dass das Menschenrecht auf Asyl für die meisten Geflüchteten bereits abgeschafft wurde.~~

Was tun?

- *Bundesinitiative: Wiederherstellung des grundgesetzlichen Rechts auf Asyl*
- *Eine dauerhafte Aufenthaltsperspektive für alle hier lebenden Ausländer schaffen*
- *Die menschenunwürdige Abschiebepraxis beenden*
- *Auflösung der Abschiebehaftanstalten*

~~**Für einen radikalen Wechsel in der Flüchtlingspolitik**~~

~~Die halbherzige, mangelhafte und oft diskriminierende Behandlung hier eintreffender Geflüchteter produziert Probleme und behindert die Inklusion. Die Grundlage für das künftige Zusammenleben wird vom ersten Tag an gelegt. Wir wollen unverzüglich anfangen, die bestmöglichen Voraussetzungen für gelungene Inklusion zu schaffen. NRW soll ein Land sein, das Geflüchteten offen gegenübertritt. Die Integration von Geflüchteten muss am ersten Tag ihrer Ankunft beginnen.~~

~~Die Diskriminierung von Geflüchteten im Sozialrecht muss beendet werden. Dazu gehören die vollständige Abschaffung von Residenzpflicht und Arbeitsverboten, die Auszahlung von Sozialleistungen analog zum ALG II vom ersten Tag an und das Ende der diskriminierenden und zudem kostenintensiveren Praxis, Sachleistungen statt Bargeld zu gewähren.~~

~~Wir stellen die Rechte von Geflüchteten nicht gegen die anderer Menschen. Viele Menschen in Deutschland müssen in Armut leben, sind auf Hartz IV angewiesen, arbeiten in schlecht bezahlten Jobs, müssen Aufstockerleistungen beantragen, weil es zum Leben nicht reicht. Sie hätten nicht einen Euro mehr in der Tasche, wenn niemand mehr flüchten würde. Die Ursache für Sozialkürzungen, Unsicherheit und prekäre Beschäftigung ist eine verfehlte Politik, die nur den Reichen nützt. Statt uns gegeneinander ausspielen zu lassen müssen wir gemeinsam dafür streiten, dass es allen besser geht.~~

~~*Was tun?*~~

- *Entscheidungen der Härtefallkommission und des Petitionsausschusses müssen für die Ausländerbehörden verbindlich sein*
- *Die Strukturen der Geflüchtetenarbeit ausbauen und verstetigen Dafür mehr Personal sowohl in der Verwaltung als auch im Care-Bereich einstellen.*
- *Eine*n vom Landtag bestellte*n Flüchtlingsbeauftragte*n ernennen1*
- *Den Zugang zu Sozialberatung und weitere Beratungseinrichtungen gesetzlich verankern*
- *Pauschalbetrag für die kommunale Betreuung und Beratung von Asylbewerbern*
- *Vollen Zugang zur Gesundheitsversorgung für Geflüchtete ermöglichen*
- *Unterbringung in Wohnungen, statt in Massenunterkünften*
- *Verbindliche und **einklagbare** gute Standards für die Unterbringung und Versorgung schutzsuchender Menschen in den Kommunen*
- ***Keine Einschränkung der Freizügigkeit von Geflüchteten innerhalb von Nordrhein-Westfalen – Verordnung zur Wohnsitzauflage zurücknehmen***
- ***Gewährung kostenloser Rechtsberatung für Asylsuchende***

V.2..	2248	LAG MIA	Einfügung		

nach Zeile 2248

Weltweit sind derzeit 65 Millionen Menschen auf der Flucht. Der Zugriff multinationaler Unternehmen auf Rohstoffe, Grundnahrungsmittel, Wasser und Saatgut, daraus resultierende Umweltzerstörungen, treiben Millionen Menschen in Hunger und Armut. Die auf Krieg und Unterdrückung aufgebaute Weltordnung von IWF, Weltbank, NATO und EU führt in vielen Ländern zu Vertreibung, Flucht, Hass und Gewalt. Obwohl für die Fluchtbewegungen oftmals (mit)verantwortlich, versucht die EU ihre Außengrenzen gegen die „Flüchtlingsströme“ zu sichern. Die Grenzschutzorganisation FRONTEX ist ein Standbein in dieser Strategie, „Auffanglager“ an den EU Grenzen oder in EU Nachbarländern sind weitere politische Optionen wie von Vertretern der Bundesregierung zu hören war. Afrikanische Staaten, die nicht mit der EU in der Flüchtlingsfrage kooperieren wird mit dem Entzug der Entwicklungshilfe und schlechteren Handelsbeziehungen gedroht. Gleichzeitig will die EU Sicherheitskräfte dieser Staaten aufrüsten. Genannt wurden Äthiopien und der Niger, Staaten die von korrupten Eliten beherrscht werden, in denen weder Grund- noch Menschenrechte herrschen. Die EU schafft so weitere Fluchtgründe.

Begründung:

In einem politischen LTWP sind die Ursachen (in diesem Fall) der Flucht zu nennen. Weitere Begründungen falls erwünscht mündlich.

V.2..	2261-2264	LAG MIA	Streichung		

Begründung:

Ist inhaltlich bereits in den Zeilen 2258 – 2260 erklärt

V.2	2278-2288	KV Essen	Wahlrecht Migrant*innen		

Die Zeilen 2278 bis 2280 und Zeile 2288 werden wir folgt geändert (Änderung unterstrichen):

a) Zeilen 2278 bis 2280: *„Statt Sonderregelungen und Erlasse gegen Migrant*innen fordern wir die volle Gleichstellung durch erleichterte Einbürgerung und das Wahlrecht für alle, die hier dauerhaft leben.“*
b) Zeile 2288: *„Wahlrecht für alle, die hier dauerhaft leben“*

Begründung:
Was die Wahlrechte für alle angeht, waren wir programmatisch schon mal weiter als dieser Entwurf. Wir fordern nicht bloß das kommunale Wahlrecht, sonst befänden wir im Widerspruch zum Kapitel VII. Dazu folgt noch ein Änderungsantrag zum Wahlrecht im Abschnitt Grundrechte.

V.2	2309	Amid Rabieh	Ersetzung		

- : „erfolgreiche Inklusion“ durch „gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe“ ersetzen
  Begründung: Ist konkreter, und betont das individuelle Recht auf Teilhabe stärker als der abstrakte Inklusions-Begriff, der an anderen Stellen ja noch häufig genug auftaucht.

V.2	2316	M. Yüksel	Ergänzung		

Abbau von Integrationshemmnissen der Eltern, in dem ihnen eine Kinderbetreuung zur Verfügung gestellt wird.

V.2	2335	Amid Rabieh	Ergänzung		

„Flucht und Verfolgung sind immer auch individuell. Deshalb wehren wir uns gegen das politische Kalkül, Geflüchtete pauschal und abhängig vom Herkunftsland in jene mit einer angeblich ‚guten Bleibeperspektive’ und solche mit einer angeblich ‚schlechten Bleibeperspektive’ einzuteilen. Seitdem der Begriff der „Bleibeperspektive“ mit dem Asylpaket I im Oktober 2015 eingeführt wurde, dient er als praktisches Instrument, um Menschen aus bestimmten Ländern Leistungen, Angebote und Teilhabemöglichkeiten zu verwehren. Mit der Begründung der ‚schlechten Bleibeperspektive’ wird vielen Geflüchteten zum Beispiel der Zugang zu Sprach- und Integrationskursen verweigert, und ihnen wird nicht erlaubt, sich selbst eine Wohnung zu suchen.“

V.2	2340	Amid Rabieh	Ergänzung		

„Die Menschenrechtssituation zum Beispiel in den nordafrikanischen Ländern Marokko, Algerien und Tunesien hat sich nicht maßgeblich geändert. Der politische Vorstoß, sie dennoch zu angeblichen ‚sicheren Herkunftsstaaten’ zu machen, ist daher lediglich ein weiterer Baustein der unmenschlichen Flüchtlingsabwehr. Wir lehnen das Konstrukt der angeblich ‚sicheren Herkunftsstaaten’ ab. Es widerspricht grundsätzlich dem als Individualrecht konzipierten Grundrecht auf Asyl. Es dient dazu, die Rechte und Widerspruchsfristen von Geflüchteten zu beschneiden, eine fundierte Einzelfallprüfung zu vermeiden und Asylanträge schneller abzulehnen, um Menschen schneller abschieben zu können.“

V.2	2342	Amid Rabieh	Ersetzung		

- „Asylsuchende“ statt „Asylbewerber“.
  Begründung: Es gibt ein Grundrecht auf Asyl, und auf Grundrechte muss sich niemand „bewerben“.

V.2	2345	Amid Rabieh	Ergänzung		

„Fluchtgründe von Menschen, die in ihren Herkunftsländern als vermeintliche oder tatsächliche Roma diskriminiert und verfolgt worden sind, werden strukturell nicht anerkannt. Menschen, die aus den Balkan-Ländern geflohen sind, sammelt die NRW-Landesregierung immer in speziellen ‚Ausreisezentren' genannten Sonderlagern, anstatt sie auf die Kommunen zu verteilen. Ihre Asyl-Anhörungen dauern häufig nur wenige Minuten, Flüchtlingsräte und Initiativen der Flüchtlingsarbeit zweifeln an der Rechtsstaatlichkeit dieser Verfahren

V.2	2346	Amid Rabieh	Ergänzung		

„Keine Zustimmung Nordrhein-Westfalens im Bundesrat für die Deklarierung weiterer Länder zu angeblich ‚sicheren Herkunftsstaaten'

V.2	2348	Cemal Agir	"Menschen" statt "Ausländer"	-	

Das Wort Ausländer **durch das Wort** Menschen **austauschen.**

V.2..	2349	Jelpke/Dagdelen	Änderung		

In Zeile 2349 wird die Formulierung wie folgt geändert: „Jegliche Abschiebepraxis beenden."

Dementsprechend gilt es auch die anderen Passagen anzupassen, etwa wenn im aktuellen Programmentwurf gefordert wird, die „menschenunwürdige" Abschiebepraxis zu beenden. Zwar ist tatsächlich jegliche Abschiebung menschenunwürdig, aber wir wollen ausschließen, dass die Aussage dahingehend gedeutet wird, DIE LINKE könne sich „menschenwürdige" Abschiebungen vorstellen und diese dann auch befürworten.

V.2	2349	Amid Rabieh	Streichung		

Begründung:
Jede einzelne Abschiebung ist ein Angriff auf die Menschenwürde. Es gibt folglich keine menschenwürdige Form der Abschiebung.

V.2	n. 2349	Amid Rabieh	Ergänzung		

„Sonderlager für Balkan-Flüchtlinge auflösen"

V.2	2354/55	Amid Rabieh	Ersetzung		

„gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe" statt „gelungene Inklusion" Begründung: Inklusion wäre eine Dopplung mit dem Satz davor, statt der Wiederholung des abstrakten Begriffs wird so konkreter und anschaulicher ausformuliert, was gemeint ist.

V.2	2358	Amid Rabieh	Ergänzung		

- „Abschaffung von Residenzpflicht, **Wohnsitzauflagen** und Arbeitsverboten"

Begründung: „Wohnsitzauflagen“ sollte ergänzt werden, denn Residenzpflicht gilt für Asylsuchende, die Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge, und auch die muss weg.

V.2	2367	Amid Rabieh	Ergänzung		

„Keine Einschränkung der Freizügigkeit von Geflüchteten innerhalb von Nordrhein-Westfalen – Verordnung zur Wohnsitzauflage zurücknehmen“

V.2	2373	Amid Rabieh	Ergänzung		

„Gewährung kostenloser Rechtsberatung und anwaltliche Vertretung für Asylsuchende.“

Begründung: Aktuell liegen 19 500 Klagen gegen das Bamf vor. 1900 Fälle haben die Verwaltungsgerichte bisher enschieden.120-mal für das Bamf. 1400-mal zugunsten der Schutzsuchenden. Die Übrigen Verfahren haben sich erledigt. Diese Zahlen sind bezeichnend dafür, was bei dieser Behörde alles falsch läuft. Für die bei uns Schutzsuchenden bedeutet das Monate, manchmal sogar Jahre des Wartens in oftmals materieller Not. Die Dunkelziffer der Fehlentscheidungen des Bamf dürfte weitaus höher liegen. Die meisten Schutzsuchenden schaffen nicht den Weg zu einem Rechtsanwalt. Sie sind aufgrund ihrer Lage aber besonders schutzbedürftig. Behördliche Fehlentscheidungen haben für die Schutzsuchenden oft unumkehrbare Folgen.

V.2	2374	Amid Rabieh	Ersetzung		

- Asylsuchenden“ statt „Asylbewerbern“.
  Begründung: Es gibt ein Grundrecht auf Asyl, und auf Grundrechte muss sich niemand „bewerben“.

V.2..	2375	KV Steinfurt	Einfügung		

- qualifizierte Dolmetscherdienste für das Gesundheitswesen
Begründung ggf. mündlich

V.2	2377/78	Amid Rabieh	Einfügung		

- „Verbindliche **und einklagbare** gute Standards für die Unterbringung und Versorgung schutzsuchender Menschen in den **Landesunterkünften und** Kommunen“
  Begründung: Es ist wichtig, dass die Betroffenen eine menschenwürdige Unterbringung auch individuell einklagen können. Es geht nicht nur um die kommunalen Unterkünfte, sondern ebenso um die des Landes.

V.2.	2378	S. Michaelis	Einfügung		

Wohnsitzauflage für Geflüchtete nicht umsetzen

Begründung:

§12a des AufenthG regelt den Wohnsitz für anerkannte Geflüchtete, subsidiär Schutzberechtigte usw. Hierbei handelt es sich in der Praxis, um eine Residenzpflicht. §12a AufenthG gibt den Bundesländern „Spielraum“ bei der Ausgestaltung vor Ort. So hat z.B. Rheinland – Pfalz keine Rechtsverordnung zur Wohnsitzauflage erlassen. Die Landesregierung NRW hingegen wird eine Wohnsitzauflage in 2016 Inkrafttreten lassen.

Vorrangigkeitsprüfung im ganzen Land NRW aussetzen

Begründung:

Die Forderung behandelt einen weiteren Aspekt des InteG bzw. „Desintegrationsgesetz“. „In der Regel“ ist das Kriterium zur Vergabe von Arbeitsplätzen, bei denen „heimischen Arbeitssuchenden“ gegenüber Geflüchteten Vorrang gewährt wurde in vielen Kommunen und Kreisen des Landes NRW ausgesetzt worden. Allerdings lässt die Anwendung des Gesetzes Ausnahmen zu: In Gelsenkirchen etwa hat die Vorrangprüfung weiter Bestand. So auch in weiteren Städten des Ruhrgebiets. Als fadenscheinige Begründung der Verantwortlichen vor Ort wird eine im Vergleich erhöhte Arbeitslosenquote angeführt. Geflüchtete die sich um eine Erwerbstätigkeit bemüht haben, werden hier Steine in den Weg gelegt. Integration durch Erwerbstätigkeit und die Vorrangprüfung können nicht nebeneinander existieren! DIE LINKE. NRW setzt sich für die vollständige Abschaffung der Vorrangprüfung in NRW ein.

Dumpinglöhne für Geflüchtete verbieten

Begründung:
Mit dem InteG sollen 100.000 „gemeinnützige Arbeitsgelegenheiten“ in der BRD geschaffen werden. Die sog. „Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen“ kurz: „FIM“. „FIM“ sind auf längstens sechs Monate und 30 Wochenstunden begrenzt. Die Geflüchteten erhalten 0,80,- EUR pro Stunde. Sog. Maßnahmeträger wie z.B. Caritas & Diakonie erhalten von der BA pauschalisierte Handgelder (250,- EUR) pro „Handlanger“. Dieser „Lohn“ darf als sog. „Mehraufwandsentschädigung“ behalten werden und wird nicht auf die Sozialleistungen angerechnet (z.B. bei Asylbewerberleistungsbezug). Wer der Verpflichtung zur FIM nicht nachkommt wird mit Sanktionen bestraft. Als Begründung der Verantwortlichen für diese Form des Arbeitsdienstes wird z.B. die Überbrückung der Wartezeit im Asylverfahren oder die Leistung von notwendigen Arbeiten vor Ort angeführt. DIE LINKE. NRW lehnt Dumpinglöhne und menschenunwürdige Arbeitsbedingungen ab.

Versorgung der Betreuungsarbeit für Geflüchtete aus öffentlicher Hand betreiben und finanzieren

Begründung:
Heuschrecken wie European Homecare betreiben Flüchtlingsheime auch weiterhin als „Kapitalanlage“. Im Pool mit Anbietern wie z.B das DRK, Diakonie, Malteser etc. leisten sich die privaten Betreiber bei öffentlichen Ausschreibungen regelmäßig Unterbietungswettbewerbe. Den Zuschlag erhält dann der billigste Anbieter. Kommunen mit wenig Geld vergeben gerne kostengünstige Aufträge mit denen sie selber wenig zu schaffen haben müssen. Das Vergabeverfahren, welches von Rot-Grün in NRW angeblich „weiterentwickelt“ worden sei, ist in der Praxis eine Schimäre. Betreuung und Versorgung für Geflüchtete gehört aus öffentlicher Hand finanziert und darf nicht auf dem Altar der öffentlich – privaten Partnerschaft geopfert werden!

VI.2.	2378	LAG MIA	Einfügung		

nach Zeile 2378

Flüchtlinge schützen - Faschismus bekämpfen

Nicht nur gewalttätige Neonazis hetzen mit rassistischen Parolen und gewalttätigen Aktionen gegen Flüchtlinge und ihre Unterstützer*innen. Rechtspopulistisches, rassistisches Gedankengut ist in der Mitte der bürgerlichen Gesellschaft angekommen. Die Wahlerfolge der AfD, Aufmärsche der PEGIDA, Aktionen, Kundgebungen, Demonstrationen anderer faschistischer Organisationen belegen dies. In 2016 wurden bis Mitte Oktober 797 Straftaten gegen Flüchtlingsheime, davon 740 mit rechtspopulistischen/faschistischen

Hintergrund begangen (‚BKA Bericht) In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Angriffe massiv gestiegen, von 69 Angriffen in 2013 auf 199 in 2014.

Das NRW Innenministerium gab bekannt dass bis zum 05.10. 2016 185 „rechtsextremistische Straftaten“ gegen Flüchtlingsunterkünfte in NRW begangen wurden. Ferner gab es 13 Körperverletzungen, 20 Branddelikte und 75 Sachbeschädigungen.

Was tun:

- Öffentlichkeit für Flüchtlinge weiter sensibilisieren
- Rassistische/faschistische Strukturen vor Ort erkennen und bekämpfen
- Selbstorganisation der Flüchtlinge stärken
- Zusammenarbeit der Flüchtlings- mit antifaschistischen Initiativen ausbauen

V.3	2410	LAG queer	Umformulierung	Übernahme	

Ergänzung in Zeile 2410:
Aufbau **und** **Förderung** handlungsfähiger Selbstorganisationen „Trans- und Intersexualität"

V.3	Nach 2416	Jasper Prigge	Spiegelstrich Selbstorganisation Sexarbeiter*innen		

Nach Zeile 2416 als neuen Spiegelstrich einfügen:
- Handlungsfähige Selbstorganisationen von Sexarbeiter*innen aufbauen und fördern.

V.3	2417	Frank Laubenburg	Streichung		

Die Worte *„für Szenekneipen und –saunen“ werden ersatzlos gestrichen.*

Begründung:

Durch die Änderung wird ein generelles Verbot kommunaler Sexsteuern gefordert. Dies ist sinnvoll, weil der Begriff „Szenekneipen- und saunen“ einerseits nicht klar definiert werden kann und weil es andererseits vollkommen abstrus ist, „die gezielte Einräumung der Gelegenheit zu sexuellen Vergnügungen“ (Zitat aus der Vergnügungssteuersatzung der Stadt Dortmund) zu besteuern.

Die Ausformungen der kommunalen Vergnügungssteuersatzungen ist in den derzeit 43 betroffenen Städten Nordrhein-Westfalens in diesem Bereich recht unterschiedlich, in den meisten Fälle handelt es sich jedoch um Pauschalsteuern, die mal durch Sexarbeiter*innen pro Arbeitstag, oder auch von Kneipenbetreibern pauschal nach Quadratmetern und/oder Öffnungszeiten ihrer Betriebe erhoben werden. Bei letzterem ist es zudem häufig unerheblich, ob dort kommerzielle sexuelle Dienstleistungen angeboten werden oder ob eben den Gästen lediglich die Gelegenheit zu sexuellen Handlungen gegeben wird. Diese Sonderbesteuerung ist grundsätzlich abzulehnen.

Nicht verwechselt werden dürfen die Sexsteuern, die über die Vergnügungssteuersatzungen kommunal geregelt werden, mit dem „Düsseldorfer Verfahren“ zur Erhebung pauschaler Vorauszahlungen auf die Umsatz- und Einkommensteuer von Sexarbeiter*innen. Dieses Verfahren ist nicht Gegenstand des Antrags. Das “Düsseldorfer Verfahren“ sorgt allerdings häufig schon zu überhöhten Steuervorauszahlungen; in Kombination mit kommunalen Sexsteuern hat dies eine drangsalierende Wirkung.

Der Antrag ist im Rahmen der Debatte des Programms durch die LAG queer der LINKEN NRW entstanden. Der Veränderungsvorschlag war dort zwar Konsens, ist aber in den Gremien der LAG nicht formal beschlossen worden.

V.3	2418	LAG queer	Ergänzung	Übernahme	

Ergänzung in Zeile 2418:
„Eine umfassende Aufarbeitung der Verfolgungsgeschichte von Schwulen, Lesben, **Sexarbeiter*innen,** inter- und transsexuellen Menschen in NRW“

VI.3.	22518	KV Mülheim/R.	Streichung		

nach *Werkstattbeschäftigte* den Satz “ *zunächst auf Außenarbeitsplätzen*“ komplett streichen.

V.4.	2429	LAG SB	Überschrift ersetzen		

Zeile 2429, Überschrift ersetzen durch:
Menschen mit Behinderung: Selbstbestimmt leben in einem inklusiven NRW
Begründung:

Nach intensiver Diskussion sind wir zu der Auffassung gekommen, daß die Überschrift zum Kapitel dem Gedanken von Inklusion nicht erfasst, einschränkt: Es geht um die Umgestaltung der Gesellschaft in eine inklusive Gesellschaft für alle Menschen. Die Gesellschaft muß sich dem (behinderten) Menschen anpassen. Dazu gehört u.a. die Barrierefreiheit. Es geht auch nicht darum, etwas zu ermöglichen, sondern zu garantieren. Ein Schlüsselwort für Menschen mit Behinderung ist dabei die Selbstbestimmung.

VI.3.	2630/32	Melanie Becker	Ersetzung		

(Zeile2630) ist der Begriff ‚kennzeichnen‘ durch ‚verbieten‘ zu ersetzen,
in Zeile 2632 ist der Teilsatz ‚auf maximal vier Stunden begrenzen‘ durch ‚abschaffen‘ zu ersetzen

Begründung:

In Zeile 2628 wird gefordert, Massentierhaltung in NRW zu beenden, dann zwei Zeilen später wird gefordert, Produkte aus Massentierhaltung zu kennzeichnen (Zeile 2630); dies wiederspricht sich.

Lebendtransporte gehören generell abgeschafft (Zeile 2632) sowie sämtliche Tiere im Zirkus, beides ist Barbarei und längst nicht mehr zeitgemäß (war es nie) und gehört nun auch so klar in unserem Programm formuliert.

VI.3.	2635	KV Steinfurt	Streichung		

Zeile 2635 streichen
Begründung:
1. Treib- und Drückjagd sind auch für JägerInnen mit kleinem Budget und ohne eigenes Jagdrevier zugänglich. Wenn wir Jagd nur noch für Reiche erlauben wollen, ist das nicht links. Mit dieser Position begeben wir uns eher in eine noch radikalere Jagdgegnerschaft als sogar die Grünen und eher auf die Ebene von ÖDP, den Violetten oder der Tierschutzpartei. Das ist irrational, sektiererisch und hat mit Tierschutz nicht viel zu tun.
2. Wir begeben uns hier in Widerspruch zu unserer Bundespartei. Hier ein paar Auszüge aus Wahlprüfsteinen, die unsere höchst kompetente Tierärztin Dr. Kirsten Tackmann beantwortet hat:
"DIE LINKE spricht sich für eine **mittelfristige** Umstellung auf bleifreie Bejagung aus. Es gibt bereits unzählige Positiv-Beispiele aus Deutschland und den USA, welche eine problemlose Bejagung mit bleifreier Munition belegen. Allerdings müssen die teilweise noch unbeantworteten Fragen in Bezug auf Ballistikprobleme durch Landes- und Bundesforschungsvorhaben untersucht werden. Der Verzehr von mit Blei belastetem Wildbret ist nicht der alleinige Grund, warum die Debatte über die bleifreie Jagd in den letzten Jahren wieder in Gang gekommen ist. Vor allem die toxischen Wirkungen auf Beutegreifer und Raubtiere trugen dazu bei."

"DIE LINKE spricht sich aus ökologischen und jagdeffektiven Gründen **für Treib- und Drückjagden** aus. Sie sind im Verhältnis zu Ansitzjagd meist zielführender. Aus Tierschutzgründen müssen sie selbstverständlich von erfahrenen Jägerinnen und Jägern mit hoher Trefferquote durchgeführt werden." (Hervorhebungen vom Antragsteller)

VI.3.	2636	KV Steinfurt	Streichung		

Zeile 2636 Den ersten Satz streichen.
Begründung:
Es gibt tatsächlich medizinische und biologische Forschung, die nicht ohne Tierversuche auskommt. Wer diese komplett verbieten will, wird damit ungewollt auch die Entwicklung neuer Therapien für schwere Krankheiten behindern. Der Ansatz, Alternativen zu fördern, ist immer besser als Verbote.

VI.3.	2637	KV Steinfurt	Streichung		

Zeile 2637 streichen
Begründung: "Dressuren an Jungtieren" - was ist damit gemeint? Welpenschule? Oder wenn man einem Fohlen beibringt, an der Longe zu gehen? Die Ausbildung von Therapie- und Blindenhunden? Wir verstehen nicht, was das mit Tierschutz zu tun hat und unsere WählerInnen sicher auch nicht.

VI.3.	2638	Melanie Becker	Streichung		

Zeile 2638: Den Beruf Tierheimtierpflegerin/Tierheimtierpfleger gibt es bereits seit langen Jahren. Da sollte der letzte Teil des Satzes einfach herausgestrichen werden und lediglich der Satz ‚Tierheime besser unterstützen' übrig bleiben

VI.3.	2641	Melanie Becker	Ersetzung		

2641 ist der Teilsatz ‚…auf Wildtiere zu verzichten.' durch ‚…auf Tiere zu verzichten.' zu ersetzen.

VI.3.	2645	Melanie Becker	Streichung		

Zeile 2645: Es gibt bereits ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzvereine (seit 2014), auch das muss herausgestrichen werden

VI.3.	2644	KV Steinfurt	Streichung		

Zeile 2644 streichen.
Begründung: Die Verweigerung der Jagd auf dem eigenen "befriedeten" Grundstück ist nach EGMR-Urteil und Bundesjagdgesetz aus Gewissensgründen möglich. Eine juristische Person kann aber qua Definition kein Gewissen haben:
"Gewissensentscheidung ist jede ernstliche, an den Kategorien von "Gut" und "Böse" orientierte Entscheidung, die **der einzelne** in einer bestimmten Lage als für sich bindend und unbedingt verpflichtend innerlich erfährt, so dass er nicht ohne ernste Gewissensnot gegen sie handeln könnte." (*vgl. BVerfGE 12, 45 (55); Schmidt/Bleibtreu/Klein, GG, Art. 4 Rn. 7)*
Eine weitere Ausweitung befriedeter Reviere führt zu einer unsinnigen Beschränkung und Zersplitterung der Jagd und bringt NULL für den Tierschutz. Und - auch hier würden wir uns unnötig in einen deutlichen Widerspruch zur Bundestagsfraktion begeben:
*"Die Linksfraktion ist nach den Worten ihrer agrarpolitischen Sprecherin Dr. Kirsten Tackmann **für eine enge Auslegung des EGMR-Urteils**. In einer Agrar- und Kulturlandschaft ohne große Beutegreifer braucht es die Jagd, so Tackmann, deren Fraktion dem Gesetz zustimmte. Um naturverträgliche Wildbestandshöhen zu sichern, sollten nur wenige Flächen von der Jagd ausgenommen werden. Die individuell verständliche ethische Ablehnung der Jagd müsse mit gesellschaftlichen Interessen wie dem Waldumbau, Arten- oder Tierseuchenschutz abgewogen werden." agrar heute, 5.3.2013*

VI	2565-2855	KV Duisburg	Kapitel umstellen		

Antrag auf Änderung der Reihung des Kapitels VI. Die Zerstörung unsrer Umwelt beenden

1. Energiepolitik
2. Für eine lebenswerte Umwelt
3. Entgiftungskur für saubere Luft Lebensgrundlage
4. Wasser besser schützen
5. Böden schützen
6. Abfallvermeidung
7. Fracking verbieten
8. Tierschutz
9. Landwirtschaft
10. Wald
11. Tourismus

VI.	2565-2860	Utz Kowalewski	komplette Neuformulierung		

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich stelle die nachfolgende Überarbeitung des Kapitels VI. „Die Zerstörung unserer Umwelt beenden“ Teile 1-7 als Änderungsantrag zum Entwurf des Landeswahlprogramms. Die neuen Kapitel 1+2 sollen die bisherigen Kapitel 1+4 ersetzen. Das Kapitel zum Tourismus geht in den Kapiteln 1 +2 ohne inhaltliche Weglassungen auf und ist als separates Kapitel entbehrlich, zumal nur mit Phantasie die meisten Forderungen wirklich unter diesem Schlagwort zu fassen sind. Kapitel 3 zur Landwirtschaft bleibt unverändert. Die neuen Kapitel 4, 5 + 6 wurden ergänzt und korrigiert. Die Komplettüberarbeitung war leider nötig, weil der rote Faden fehlte und doch zahlreiche sachliche Korrekturen notwendig waren.

Die wichtigsten Veränderungen im Überblick:

- Im neuen Einleitungsabsatz zum ersten Teil wird linke Umweltpolitik in den Gesamtzusammenhang der von uns gewollten gesellschaftlichen Veränderungen gestellt. Dieser Ansatz unterscheidet uns im Grundsatz von der Umweltpolitik der Grünen und ist ein umweltpolitisches Alleinstellungsmerkmal der Linken.
- Das Thema Senne wurde aus dem Umweltteil in den Naturschutzteil verlegt. Im Gegensatz zum ersten Entwurf wird nun kein Naturschutzgebiet gefordert, sondern im Einklang mit den Forderungen des BUND ein Nationalpark.
- Das Verbot Grüner Gentechnik ist neu aufgenommen worden
- Das ursprüngliche Waldkapitel ist zu einem Naturschutzkapitel erweitert wurden. Der Schutz und die Ausweitung von Wäldern reicht für einen guten Artenschutz nicht aus. Insofern war der erste Entwurf zu kurz gesprungen und wurde durch das Thema Biotopschutz erweitert. Die natürliche Waldentwicklung wurde als Forderung neu aufgenommen.
- Die Forderung im Ursprungsentwurf nach einem Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände wurde dahingehend korrigiert, dass dies eine Forderung an den Bund ist. NRW hat das Verbandsklagerecht bereits 2013 eingeführt. Diese Forderung auf Landesebene wäre daher sachlich unkorrekt.
- Die Forderung Tierversuche zu verbieten wurde präzisiert. Damit bleibt die medizinische Forschung weiterhin möglich, aber es werden überflüssige Tierversuche aus Patentgründen z.B. für Kosmetika untersagt.
- Es wurden mehrere Punkte zum Thema Jagd aufgenommen, die sich mit den Forderungen des NABU zur Novellierung des Jagdrechtes decken.
- Die Forderung des Ursprungsentwurfes einen neuen Ausbildungsberuf „Tierheimpfleger“ zu schaffen wurde durch die Forderung ersetzt, professionelle Tierpfleger mit dem Ausbildungsschwerpunkt Tierheimpflege verstärkt auch wirklich einzusetzen und damit bezahlte Jobs zu schaffen, anstatt weiterhin überwiegend auf Ehrenamtler zu setzen. Der bereits bestehende dreijährige

Ausbildungsberuf Tierpfleger hat verschiedene Spezialisierungsmöglichkeiten – eine davon ist die Tierheimpflege.

- Im Abschnitt Wasser wurden die im ersten Entwurf enthaltenen Anliegen die geprägt waren von Problemstellungen des Rheinlandes ergänzt durch Problemstellungen aus dem Bereich Sauerland/Ruhrgebiet. Darunter die Giftproblematik des Grubenwassers und die immer noch bestehende PFT-Problematik. Aber auch allgemeine Probleme wie Medikamentenrückstände werden neu aufgenommen.
- Das Thema Luft wird nun auf die derzeitige Hauptproblematik der NOx zugeschnitten und damit auch die Frage nach den Dieselfahrzeugen angesprochen. Die bisher genannten steinbruchartig nebeneinander gestellten Themen bleiben erhalten, aber nicht mehr ganz so prominent.

Sozialistische Grüße
Utz Kowalewski

VI. Die Zerstörung unserer Umwelt beenden

1. Umweltschutz: Für ein lebenswertes NRW

Der Erhalt einer gesunden lebenswerten Umwelt und ein ungezügelter Kapitalismus sind miteinander auf Dauer unvereinbar. Es gibt keinen ökologischen Kapitalismus, denn die kapitalistische Wirtschaftsweise verläuft ethisch, sozial und ökologisch ungesteuert nach dem Gesetz der Profitmaximierung. Erst nach einer sozialistischen Transformation der wirtschaftlichen Verhältnisse wird es wirklich möglich sein, die Umwelt nachhaltig zu schützen und für unsere Nachkommen zu erhalten. Wir müssen daher den gegenwärtigen politischen Kurs grundlegend verändern. Wir haben die Erde nicht von unseren Eltern geerbt, sondern von unseren Kindern geliehen. Die Auswirkungen des Klimawandels zwingen zum Handeln.

Umweltschutz ist für uns nicht nur eine Frage des Lifestyles für Leute, die sich etwas teurere Bioprodukte leisten können. Es geht um Arbeitsbedingungen in Landwirtschaft und Wirtschaft, bei denen die Menschen sich nicht ihre Gesundheit ruinieren – hier bei uns und im Rest der Welt. Es geht um gute Lebensbedingungen für alle Menschen, unabhängig von ihrem sozialem Status – in der Stadt, wie auf dem Land. Moderner Tourismus sollte sozial gerecht, barrierefrei, ökologisch sanft und ressourcenschonend sein. Wo wir Urlaub machen, sollen sich später auch andere noch erholen können.

Ökologische Politik müssen wir in NRW vor allem gegen Lobbyinteressen durchsetzen. Die Umwelt darf nicht den Gewinninteressen von Konzernen und Finanzinvestoren ausgeliefert sein. Wir wollen vorwärts gewandte Arbeitsplätze und Produktionsweisen voranbringen, die Zukunft haben, statt unsere Zukunft zu bedrohen.

Was tun ?

- Umweltinitiativen und engagierte Menschen in den Mittelpunkt der Umweltpolitik stellen
- Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik an strengen Umwelt- und Klimaschutzzielen ausrichten
- Flächenverbrauch und -versiegelung wirksam reduzieren, Bäume besser schützen, Grünstreifen naturnäher bepflanzen, Fassaden- und Dachbegrünungen, sowie die Regenwassernutzung besser fördern
- Nationalparks, Natur- und Landschaftsschutzgebiete ausweiten
- Braunkohletagebau beenden, den Hambacher Forst und die übrigen tagebaugefährdeten Landschaften erhalten
- Kommunen zu Baumschutzsatzungen verpflichten
- Projekte der ökologischen Selbstorganisation wie Urban Gardening fördern
- Lärm- und Lichtverschmutzung ernsthaft reduzieren
- Die Gefährdung durch Atomanlagen und Fracking bekämpfen
- Die Landesentwicklungsplanung für Flughäfen zugunsten der berechtigten Interessen von lärmgeplagten Anwohnern verändern
- Ökologischer Landwirtschaft den Vorrang geben, „Grüne Gentechnik“ in NRW verbieten
- Ausbau der Naherholung, Urlaubs- und Erholungsgebiete sollen möglichst durch den öffentlichen Nah- und Fernverkehr erreichbar sein. Auch Menschen mit niedrigen Einkommen müssen Reise- und Erholungsangebote nutzen und erreichen können

- Naturfreundehäuser und vergleichbare Einrichtungen erhalten, um den sanften Tourismus in der Natur zu fördern
- NRW-Pass für günstigen Eintritt in Schwimmbäder, Theater und Museen
- Die Mitnahme von Fahrrädern in Bus und Bahn erleichtern
- Zugang zu öffentlichen Plätzen, Wäldern und Seen für alle erhalten, Rad- und Wanderrouten ausbauen
- Stadtranderholung insbesondere für Kinder gewährleisten

2. Naturschutz: Artenvielfalt durch den Schutz der Lebensräume

Jede Landschaft hat ihre Reize und ist geprägt durch ihre speziellen Tier- und Pflanzengemeinschaften. Wälder, Flüsse, Sümpfe, Teiche, Moore und Auenlandschaften, Heiden, Mager- und Trockenrasen, Brachflächen und landwirtschaftliche Flächen – sie alle tragen ihren Teil zur Artenvielfalt bei. Diese Artenvielfalt ist in vielfältiger Weise bedroht. Die Liste der aussterbenden und bedrohten Tier- und Pflanzenarten wird auch für NRW stetig länger.

Wälder und Forste dienen dementsprechend nicht nur der Holzproduktion, sondern auch dem Schutz der Artenvielfalt, als Wasserspeicher, der Aufnahme von CO_2 aus der Atmosphäre, der Luftreinhaltung und als Erholungsgebiet. Dafür brauchen wir eine ökologische Stadt- und Landschaftsplanung. Ein flächendeckendes System von Landschaftserhaltungsverbänden soll eine am Naturschutz orientierte Regionalplanung fördern und die Umsetzung der Natura-2000-Gebiete organisieren.

Was tun ?

- Innerhalb der kommenden Legislaturperiode soll im Bereich Senne/Eggegebirge/Teutoburger Wald der zweite Nationalpark Nordrhein-Westfalens ausgewiesen werden. Die militärische Nutzung ist einzustellen. Die Nationalparkverwaltung des neuen NP als auch jene des Nationalpark Eifel wird als Sonderbehörde in das Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Verbraucherschutz integriert.
- Artenschutzprojekte für Leittierarten fördern, den Biotopschutz ausweiten – z.B. Laubfroschprojekt im Münsterland, Gelbbauchunkenprojekte im Rheinland oder Kreuzkrötenprojekte im Ruhrgebiet
- Naturlehrpfade ausbauen und wiederherstellen, um die Bedeutung von Naturschutz zu verdeutlichen
- Mehr Personal in den Forstbehörden einstellen
- Bodenschonende Abbaumethoden vorziehen, zum Beispiel mit Rückepferden
- Naturnahe Mischwälder fördern statt anfälliger Monokulturen
- Großzügig Waldgebiete für die natürliche Waldentwicklung zur Verfügung stellen
- Verbindliche Standards für natur-, umwelt- und klimaverträgliche und nachhaltige Forstwirtschaft im Landeswaldgesetz verankern
- Privatisierung von Waldflächen verhindern, der Wald gehört allen, Privatwald nach Möglichkeit zurückkaufen
- Landeseigene Waldflächen FSC-zertifizieren

3. Landwirtschaft: Nachhaltig produzieren ohne Gifte und Antibiotika

keine Veränderungen

4. Tierschutz: Mit Respekt behandeln und artgerecht halten

Zu einer besseren Zukunft für NRW gehört auch, dass wir unser Verhältnis zu den Tieren verändern. Wir wollen natürliche Lebensgrundlagen erhalten und Landschaften renaturieren. Wir wollen Schinderei und quälerische Haltungsweisen beenden und wissen doch, dass keine Gefangenhaltung jemals 100% artgerecht sein wird. Wir wollen, dass das respektvoller Umgang mit Tieren erlernt und praktiziert wird. Für Landwirtschaft und Jagd müssen sich die Regeln ändern.

Jagd ist eine legitime Form der Landnutzung, wenn sie den Kriterien der Nachhaltigkeit entspricht und ethischen Prinzipien nicht widerspricht. So muss das erlegte Tier sinnvoll genutzt werden, die bejagte Art darf in ihrem Bestand nicht gefährdet sein und zum Zweck der Jagd nicht aktiv gefördert werden, Störungen in der Brut- und Aufzuchtzeit von Wildtieren sind zu reduzieren und natur- und artenschutzrechtliche Regelungen zu beachten. Damit ergibt sich eine Reduzierung der jagdbaren Arten auf weniger als 10 Tierarten.

Was tun?

- Massentierhaltung beenden
- Kennzeichnungspflicht für Produkte, die Bestandteile aus Massentierhaltung enthalten – auch in der Gastronomie
- Tier- und Umweltverbände dabei unterstützen ein Verbandsklagerecht auf der Bundesebene zu erreichen, analog des seit 2013 gültigen TierschutzVMG in NRW
- Kükenschreddern und schmerzhafte körperliche Eingriffe an Tieren ohne Betäubung verbieten
- Lebendtransporte auf maximal 4 Stunden begrenzen
- Pelztierhaltung ausschließen und den Handel mit falsch deklarierten Pelzen empfindlich bestrafen
- Mehr Amtsveterinäre zur Durchsetzung des Tierschutzes einstellen
- Unnötige Tierversuche verbieten – insbesondere für Kosmetika -, Forschungsmethoden fördern, die ohne Tierversuche auskommen
- Tierheime besser unterstützen und personell mit professionellen Tierpflegern (Schwerpunkt Tierheimpflege) ausstatten
- Den tiergerechten Umbau von Zoogehegen unterstützen und die Zoohaltung von Tieren, die nicht annähernd artgerecht gehalten werden können, verbieten
- Zirkusse und Jahrmärkte veranlassen, auf Wildtiere zu verzichten
- Wir fordern eine grundsätzliche Novellierung des Jagdrechtes
- Bleischrotmunition gehört verboten, um die Umwelt nicht weiter mit Schwermetallen zu belasten.
- Treib- und Drückjagden, sowie Fallen- und Baujagden sollten abgeschafft werden
- Neozoen gehören nicht grundsätzlich zu den jagdbaren Arten. Für Marderhund, Mink und Waschbär gibt es keine sinnvolle Verwertung. Es kann aber erforderlich sein ein Wildtiermanagement zum Schutz einheimischer Arten durchzuführen.

5. Wasser: Unsere Lebensgrundlage besser schützen

Wasser ist lebenswichtig für jeden von uns. Sauberes für jeden verfügbares Trinkwasser ohne Rückstände aus Pharmazie oder Chemieindustrie ist ein Menschenrecht. Die Qualität des Wassers wollen wir sichern und Privatisierungen verhindern. Den Zustand der Oberflächengewässer wollen wir, insbesondere durch weniger Nährstoffeinträge, in einen besseren Zustand bringen. Die Regenwassernutzung soll gefördert werden.

Was tun?

- Keine Privatisierung des Trinkwassers, bereits erfolgte Privatisierungen zurücknehmen
- Die Wasseraufbereitung an Rhein und Ruhr auf den jeweils neusten technischen Standard modernisieren
- Auflagen und Kontrollen bei Mülldeponien und Halden verschärfen
- Gefahren durch austretendes verseuchtes Grubenwasser im Ruhrgebiet abwehren, Wasserhaltung unter Tage aufrecht erhalten um Kontakt zu eingelagerten oder nach Ende des Bergbaus liegengelassenen Abfällen zu vermeiden, Sondermüll dort wo es möglich ist, bergen lassen und in dafür geeignete Sondermülldeponien überführen
- Unbehandelte Einleitung von Grubenwasser in Fließgewässer wie Ruhr, Lippe oder Emscher verhindern
- Medikamentenrückstände im Wasser bekämpfen
- PFT-Belastung in allen Wasserwerken unterhalb des gesundheitlichen Zielwertes von max. 0,1 µg/l reduzieren
- Der Trinkwassergewinnung den Vorrang geben vor dem Rohstoffabbau
- Bewässerung von Parks auf die Bewässerung mit Regenwasser umstellen
- Regenwasseranlagen für neu gebaute öffentliche Gebäude vorschreiben

Die Gefahr von Überschwemmungen wird, auch wegen der globalen Erwärmung, zunehmen.Wenn die Schäden gering gehalten und die Menschen geschützt werden sollen, müssen wir vorbeugen. Die immer noch zunehmende Bodenversiegelung muss zum Schutz der Bodenfunktionen auf das Notwendigste minimiert werden.

Was tun?

- Auen und Überschwemmungsgebiete bewirtschaften, um ein System von Rückhalteflächen zu schaffen
- Überschwemmungsgebiete und Auenflächen von jeder Bebauung und Versiegelung freihalten
- Naturnahe Fließgewässerstrecken erhalten, die übrigen so weit wie möglich renaturieren
- Flächenversiegelungsabgabe für Neubauten einführen
- Böden mit befestigten Flächen entsiegeln
- Hochwasserschutzmaßnahmen und -pläne mit Blick auf die Klimaveränderung überprüfen
- Deiche verstärkt zurückverlegen und Schwachstellen beseitigen
- Zivilen Katastrophenschutz stärken

6. Luft: Atmen soll gesund sein
Luftverschmutzung ist nach wie vor ein großes Problem in NRW. Regelmäßig werden in Städten die Grenzwerte für Schadstoffe überschritten. Besonders die Werte für Stickoxide können nicht eingehalten werden. Der Verkehr ist daher ins Zentrum der kommunalen Luftreinhaltepläne zu stellen, deren Erstellung und Umsetzung landesseitig nachgehalten werden sollte. Doch auch die Energieerzeugung durch das Verbrennen fossiler Energieträger wie Braunkohle, Steinkohle und Erdgas, sowie durch Müllverbrennungsanlagen belastet die Umwelt.

Was tun?
- Kraftwerksbetreiber zum sofortigen Einbau von Filteranlagen zur Reduzierung des Quecksilberausstoßes verpflichten
- Schärfere Auflagen für Verdunstungskühlanlagen machen, um die Bildung von Legionellen zu verhindern
- Niedrigere Grenzwerte für Emissionen der Müllverbrennungsanlagen und höhere Auflagen für die Ausbringung der Reststoffe wie Schlacken erlassen
- strengere Abgasfilterung bei Lkw, Bussen, Baumaschinen, Lokomotiven und im Schiffsverkehr nicht nur bei neuen Motoren vorschreiben
- Keine Neuzulassungen mehr für Dieselfahrzeuge im motorisierten Individualverkehr

VI.1	2572	KV Duisburg	Ergänzung		

nach Zeile 2572 einfügen : Dabei bleibt uns bewusst, dass im Rahmen kapitalistischer Produktionsverhältnisse mit dem durch den Konkurrenzdruck erzeugten Zwang zur fortwährenden Steigerung der materiellen Produktion eine nachhaltige ökologische Politik, ausreichende Maßnahmen zur Begrenzung des Klimawandels kaum möglich sein werden.

VI.1	2585	KV GT	Streichung und Ersetzung ab Z. 2598		

Zeile 2585 entfällt
Ab Zeile 2598 heißt es:
„Die konventionelle Landwirtschaft zerstört die Grundlagen der Erzeugung unserer Nahrungsmittel und vergiftet unser Wasser. Sie muss vollständig durch die ökologische Landwirtschaft ersetzt werden. Unser Ziel ist der Zugang zu gesunden, umweltverträglich und fair produzierten Nahrungsmitteln für alle.“
Zeile 2612 entfällt
Nach Zeile 2607 folgt:
„Umstellung aller landwirtschaftlichen Betriebe auf ökologische Landwirtschaft.“

Begründung:
Die lokalen und globalen Folgen der konventionellen Landwirtschaft sind hinreichend bekannt. Erst vor kurzem hat das Landesamt für Umwelt NRW gemeldet, dass der Bestand an Insekten seit 1989 um 75 Prozent zurückgegangen ist. Radikale Maßnahmen sind unvermeidlich.

VI.1	2586	KV Duisburg	Ergänzung		

Zeile 2586 ergänzen:…wirksam reduzieren, zur Erreichung des 0- Hektar Ziels, Bäume besser …

VI	2590	KV Bielefeld	Nationalpark Senne		

Ergänzung:
DIE LINKE NRW unterstützt die Einrichtung eines Nationalparkes Senne - Eggegebirge . Teutoburger Wald
Begründung:
Der Nationalpark schützt eine einmalige naturnahe Landschaft, bietet die Chance eines nachhaltigen Tourismus und schließt die militärische Nutzung des Truppenübungsplatzes aus.

VI.2	2597-2620	Besser u.a., Köln	Ersetzung Landwirtschaft		

Ersetzung des Unterkapitels VI.2 durch folgenden Text:

Landwirtschaft: Nachhaltig produzieren ohne Gifte und Antibiotika
Wir wollen die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten und Landschaften renaturieren. Deshalb müssen wir die Landwirtschaft nachhaltiger organisieren. Hierfür wollen wir die ökologischen und sozialen Standards verbessern. Unser Ziel ist der Zugang zu gesunden, umweltverträglich und fair produzierten Nahrungsmitteln für alle. Dafür muss der Einsatz von Pestiziden, Düngemitteln und Medikamenten weiter gesenkt werden.
Die Landwirtschaft entwickelt sich infolge falscher politischer Rahmenbedingungen weiter Richtung Massentierhaltung und Monokulturen. Noch immer werden die großen Betriebe der industriellen Landwirtschaft stärker gefördert als Kleinbetriebe, z. B. durch Mindestgrößen bei Agrarsubventionen. Dies wollen wir ändern. Auch geben viele Höfe auf, weil es in der Familie keine*n Nachfolger*in gibt, obwohl andere Menschen gerne Betriebe übernehmen würden.
Der Preisdruck der Handelsketten und der Lebensmittelindustrie führt vielfach zu schlechten und unsicheren Arbeitsbedingungen, sowie zu Umwelt- und Tierschutzproblemen in der Landwirtschaft. Insbesondere Saisonarbeiter*innen im Obst- und Gemüseanbau sind oft prekären Arbeits- und Unterbringungsbedingungen ausgesetzt.
Um einen nachhaltigen Wandel der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft zu erreichen, sind insbesondere die progressiven Akteur*innen als Träger*innen dieses Wandels zu unterstützen.
Was tun?
• Nutztiere sollten artgerecht gehalten werden, mit genügend Auslauf und Bewegungsmöglichkeiten
• Den tiergerechten Umbau von landwirtschaftlichen Ställen, Ausläufen und Weiden fördern
• Tierhaltung an Fläche koppeln, um Gülletourismus und Überdüngung zu vermeiden
• Einsatz von Medikamenten, insbesondere Antibiotika, in der Tierhaltung strenger regulieren und kontrollieren
• Ökologisch und tiergerecht produzierende Betriebe fördern
• Regionale Vermarktung und regionale Wirtschaftskreisläufe stärker fördern
• Unterstützen selbstorganisierter regionaler Produktionsstrukturen wie die Initiativen der Solidarischen Landwirtschaft (SoLaWi)
• Benachteiligung von kleineren Betrieben bei den Beiträgen für die Sozialversicherung und Berufsgenossenschaft beenden
• Außerfamiliäre Betriebsübergaben durch Auflage eines Existenzgründer*innenfonds unterstützen
• Verkauf und Verpachtung landeseigener Landwirtschaftsflächen soll nur nach ökologischen und sozialen Vergabekriterien erfolgen
• Saisonarbeiter*innen besser vor Ausbeutung schützen
• Für einen Mindestlohn ohne Wenn und Aber und ohne Ausnahmen
• Förderprogramm „Vielfältige Kulturen“ im Ackerbau ausbauen
• Mehr heimische Eiweißpflanzen! Klee, Erbsen und Co. fördern die Bodenfruchtbarkeit und ersetzen den Import von auf gerodeten Regenwaldflächen angebautem Gensoja
• Streuobstwiesen gesetzlich schützen

• Heimische Insektenvielfalt, insbesondere die Bienen, besser schützen
• Randstreifen von Herbiziden und Pestiziden freihalten
• Auf Gentechnik verzichten - auch beim Tierfutter
• Einsatz von Totalherbiziden wie Glyphosat gesetzlich verbieten

Begründung:
Nordrhein-Westfalen bedarf eines sozial-ökologischer Umbaus der Landwirtschaft. Die im einleitenden Textteil des Entwurfs genannten Feststellungen sind allesamt richtig:

- umweltverträglich und fair produzierten Nahrungsmitteln für alle
- falscher politischer Rahmenbedingungen
- große Betriebe der industriellen Landwirtschaft werden stärker gefördert
- Preisdruck der Handelsketten
- schlechte und unsichere Arbeitsbedingungen, sowie zu Umwelt- und Tierschutzproblemen in der Landwirtschaft

Die daraus abgeleiteten Forderungen bleiben bisweilen jedoch zu unspezifisch und nehmen die Akteur*innen, mit denen wir einen nachhaltigen sozial-ökologischer Umbau der Landwirtschaft voranbringen wollen, gar nicht in den Blick. Der soziale Aspekt kommt überhaupt nicht vor!
Dabei sind es gerade auch schlechte Arbeitsbedingungen, die Umwelt- und Tierschutzprobleme zur Folge haben. Der Preisdruck der Handelsketten aber auch steigende Bodenpreise und Pachten u.a. aufgrund von Flächenbedarfen für den Anbau von Mais für Biogasanlagen führen automatisch zu weiteren Konzentrationsprozessen in der Landwirtschaft. Dies hat wiederum eine weitere Industrialisierung der Produktionsprozesse zur Folge.
Wenn wir als LINKE dies nicht wollen, müssen wir die (noch) bestehenden bäuerlichen Strukturen unterstützen, um sie als Akteur*innen für einen nachhaltigen sozial-ökologischer Umbau der Landwirtschaft zu gewinnen. Wir müssen die bäuerlichen Betriebe unterstützen und fördern, wenn wir den agro-industriellen Komplex zerschlagen wollen. Dafür müssen wir die Selbstorganisation der Landwirt*innen unterstützen, Umstellungen auf umweltverträgliche und tiergerechte Produktion fördern, die Benachteiligung von kleineren Betrieben beenden und eine progressive Bodenpolitik einfordern.
Nicht zuletzt müssen wir auch die Saisonarbeiter*innen in den Blick nehmen. Sie werden häufig ausgebeutet, sind vielfach unzureichend untergebracht und für sie gelten immer noch Ausnahmen zum Mindestlohn. Dies gilt es zu ändern!
Auch aus globaler Perspektive ließe sich einiges erreichen. Der Ausbau bestehender Förderprogramme wie „Vielfältige Kulturen“ kann dazu beitragen Monokulturen – besser: einseitige Fruchtfolgen – zu beenden. Durch die Förderung heimischer Eiweißpflanzen ließe sich zudem ein globaler Beitrag leisten, indem die Rodung von Regenwald und die Vertreibung von Kleinbäuer*innen für Gensoja-Pflanzungen eingedämmt werden könnte.
Nur wenn wir die Bäuer*innen und Landwirt*innen als partnerschaftliche Akteur*innen für den Wandel anerkennen und gewinnen, können wir einen beschleunigten, nachhaltigen sozial-ökologischen Umbau der Landwirtschaft erreichen.

VI.2	2609	KV Duisburg	Textänderung		

Zeile 2609: ändern in: Die Ausbringung von Gülle auf Feldern limitieren, Verwendung von Gülle in Biogasanlagen fördern.

VI.2	2617	KV Duisburg	Ergänzung		

Zeile 2617: Ergänzung: Förderung der Forschung an Fruchtfolgen und Mischkulturen

VI.2	2618	KV Duisburg	Ergänzung		

Zeile 2618: Ergänzung: Förderung und Schutz der Einhegung von Feldern mit Hecken

VI.2	2621-2645	KV D, ÖPF	Ergänzung		

Die folgenden Absätze sollen in das Landtagswahlprogramm übernommen werden und die Zeilen 2621 bis 2645 wie folgt ändern:

„~~Tiere:~~ *Tierrechte:* Mit Respekt behandeln und artgerechter halten:

~~Zu einer besseren Zukunft für NRW gehört auch, dass wir unser Verhältnis zu den Tieren verändern. Wir wollen natürliche Lebensgrundlagen erhalten und Landschaften renaturieren. Wir wollen Schinderei und quälerische Haltungsweisen beenden und wissen doch, dass keine Gefangenhaltung jemals 100% artgerecht sein wird. Wir wollen, dass respektvoller Umgang mit Tieren erlernt und praktiziert wird. Für Landwirtschaft und Jagd müssen sich einige Regeln ändern~~

Die Linke plädiert dafür, das Verhältnis von Mensch und Tier neu zu bestimmen. Die Menschen haben die Verantwortung für die gesamte Natur. Der Schutzauftrag des Staates endet nicht beim Menschen. Wir sehen die Tiere als Mitlebewesen mit Rechten an und wollen sie in ihren Lebensräumen schützen. Wir sprechen Tieren das Recht auf eine natürliche, artgerechte Existenz zu, unabhängig von ihrem Nutzwert. Wir fordern den Ausstieg aus der Intensivtierhaltung und stattdessen eine artgerechte Tierhaltung und ein Ende jeglicher Qualzucht. Statt weiter zunehmender Konzentration von Nahrungsmittelproduktion müssen regionale Kreisläufe für agrarwirtschaftliche Güter wie insbesondere Futtermittel, Düngemittel, Energie und Schlachttiere gefördert werden. Tiertransporte sind zu vermeiden, Schlachttiere müssen grundsätzlich am nächstgelegenen Schlachthof geschlachtet werden. Die Linke wird sich für eine medizinische, kosmetische und wissenschaftliche Forschung ohne Tierversuche einsetzen, für die eine wesentlich stärkere Förderung zwingend notwendig ist. Eine jährliche Statistik über die Entwicklung tierversuchsfreier Methoden als Pendant zur Tierversuchsstatistik sollte endlich eingeführt werden.

Was tun?

- *Im Grundgesetz steht dass die Jugendlichen „im Geist der Menschlichkeit, der Demokratie und der Freiheit, zur Duldung und zur Achtung vor der Überzeugung des anderen, zur Verantwortung für Tiere und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen“ erzogen werden sollen. Diese Einstellung muss durch einen geeigneten Lehrplan angestrebt werden*
- ~~Zirkusse und Jahrmärkte veranlassen, auf Wildtiere zu verzichten~~
- *Ein landesweites Verbot von Vermietung von öffentlichen Flächen an Zirkusse mit Wildtieren*
- ~~Den tiergerechteren Umbau von Zoogehegen unterstützen und die Zoohaltung von Tieren, die nicht annähernd artgerecht gehalten werden können, verbieten~~
- *Zoos müssen verpflichtet werden zur Arterhaltung beizutragen indem sie sich an Auswilderungsprogrammen beteiligen*
- *Bisherige Zoos sollen in Spezialzoos umgewandelt werden*
- *Ein schnellstmögliches Auslaufen der Zoohaltung für all jene Tiere, die in NRW schon entweder aufgrund der Klimabedingungen oder der arttypischen Ansprüche nicht artgerecht gehalten werden können.*
- Den Besitz gefährlicher invasiver Arten ~~außerhalb wissenschaftlicher Zoos verbieten~~*, außer für wissenschaftlich notwendige Zwecke, verbieten*
- *Reptilien-Börsen verbieten*
- Auch juristischen Personen ermöglichen, Jagd in ihren Wäldern zu verweigern
- Treib- und Drückjagden ~~sowie die Jagd mit Bleischrotmunition~~ verbieten *und alle, bereits verbotenen, Schliefenanlagen schließen*
- *Jagdgesellschaften abbauen und anfallende Aufgaben an staatliche Wildschützer*innen übergeben, die im Sinne der Lebewesen und der Umwelt handeln*
- ~~Dressuren an Jungtieren nicht mehr zulassen~~
- *Die Altersgrenzen von Pferden, die am Spring- und Rennsport teilnehmen, müssen neu überdacht werden. Eine Teilnahme an Rennen sollte erst ab 3 Jahren erfolgen.*
- *Die Ausbildungsmethoden und die artgerechte Haltung von Pferden sind durch das Veterinäramt regelmäßig zu prüfen*
- *Das kommerzielle Angebot von Pferdekutschfahrten in städtischen Gebieten, also Gebieten wo der Lärm, die Bodenbeschaffenheit und die Luftqualität für die Tiere zur Belastung werden, sind einzustellen*
- Tierversuche verbieten, Forschungsmethoden fördern, die ohne Tierversuche auskommen

- Mehr Amtsveterinäre zur Durchsetzung des Tierschutzes einstellen
- Tierheime besser unterstützen und das Berufsbild Tierheimpfleger*in einführen
- ~~Tier- und Umweltschutzverbänden Verbandsklagerecht einräumen~~
- *Eine Kastrations- und Registrierpflicht für alle Freigängerkatzen einführen*
- *Verkauf von sog. Haustieren, außer von Fachhandlungen oder anerkannten gewerblichen Privatzüchter*innen, wie z.B. in Baumärkten, verbieten*
- Pelztierhaltung ausschließen und den Handel mit falsch deklarierten Pelzen empfindlich bestrafen
- ~~Massentierhaltung in NRW beenden~~
- *Qualzüchtungen und Massentierhaltung müssen beendet werden und einer artgerechten Haltung weichen*
- Produkte die Bestandteile aus Massentierhaltung enthalten, sind - auch in der Gastronomie- zu kennzeichnen
- Kükenschreddern verbieten
- Alle Ausnahmen im Tierschutzgesetz, für die schmerzhaften körperlichen Eingriffe an Tieren ohne Betäubung, streichen, bis auf die, bei denen der mit dem Eingriff verbundene Schmerz geringfügiger ist als die mit einer Betäubung verbundene Beeinträchtigung des Befinden des Tieres
- Lebendtransporte auf maximal vier Stunden begrenzen
- *Landwirte durch Strafen dazu bringen sich an die Gesetze zum Treffen von Vorsichtsmaßnahmen gegen den qualvollen Tod von Tieren beim Mähen zu halten.*
- *Schutz, Ausweitung und Vernetzung von Naturschutzgebieten fördern*
- *Privatisierung von Naturschutzgebieten stoppen*
- *Keine Steuer auf Lebewesen, wie z.B. Hundesteuer. Tiere sind keine Gegenstände, die besteuert werden müssen*

"**Begründung:**

Rein paradigmatisch müsste das Thema Tierrechte von der LINKEN besetzt sein, denn das Anliegen der Tierrechtsbewegung ist, eine bislang unterdrückte Gruppe zur Gleichberechtigung zu verhelfen sollte für die LINKE ebenfalls ein Anliegen sein. Tiere gelten gesellschaftlich, vor allem bei jungen Leuten, schon lange nicht mehr nur als Objekte, sondern als Subjekte mit potenziellen Rechten. Abgesehen von der Tierethik sind jedoch auch ökologische Probleme eng mit der praktizierten Tierhaltung und Fleischproduktion verbunden. Den Kämpfer*innen für Tierrechte und Umweltschutz wird keine politische Heimat geboten. Wir haben die Chance und die Verantwortung daran etwas zu ändern.

Anhang zum nachlesen der einzelnen Forderungen mit Begründungen: Tierschutz im Lehrplan

Deutschland hat 2002 als erstes EU-Land den Tierschutz ins Grundgesetz aufgenommen und damit zum Staatsziel erhoben, doch diese wesentliche Verfassungsergänzung findet sich trotz Verankerung im Schulgesetzen kaum wieder. Im Schulgesetz von Nordrhein-Westfalen heißt es, dass die Jugendlichen „im Geist der Menschlichkeit, der Demokratie und der Freiheit, zur Duldung und zur Achtung vor der Überzeugung des anderen, zur Verantwortung für Tiere und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen" erzogen werden sollen. Diese Einstellung muss über einen geeigneten Lehrplan angestrebt werden.

Zirkusse Tiere im Zirkus müssen die meiste Zeit ihres Lebens auf dunklen LKWs, an Ketten fixiert oder in engen Käfigen und Gehegen verbringen, die sie nur zum Zweck ihrer Darbietung verlassen. Elefanten werden z.B. Tag und Nacht an zwei Beinen angekettet, anstatt wie ihre Artgenossen in der Natur kilometerlange Wanderungen im Kreise ihrer Herde zu unternehmen. Die Dressur ist stets von Gewalt und/oder Zwang geprägt. Körperliche Bestrafung und psychischer Druck sind nach wie vor die gängigen „Trainingsmethoden" für Tiere im Zirkus. Peitschen, Stöcke, Elefantenhaken, engen Halsbänder, Maulkörbe oder sogar Elektroschocker sind dabei die Werkzeuge. Die lebenslangen Misshandlungen und Entbehrungen führen häufig zu Verhaltensstörungen, Krankheiten und einem frühen Tod. Elefanten beispielsweise erreichen im Zirkus durchschnittlich nur etwa die Hälfte ihrer natürlichen Lebensdauer. Bei den Überlebenden sind schwere Verhaltensstörungen, wie das symptomatische „Weben" mit dem Kopf und dem Rüssel, weit verbreitet. Viele Tiere bekommen zudem regelmäßig Medikamente

verabreicht, damit sie überhaupt zu handhaben sind. Raubkatzen und anderen Tierarten werden häufig sogar die spitzen Eckzähne entfernt. Die Darbietungen, die die Tiere zwangsweise erbringen müssen – z.B. Bären, die auf Bällen balancieren, Affen, die Motorräder fahren, Elefanten, die auf nur zwei Beinen stehen müssen – sind für die Tiere völlig unnatürlich. Angeborene Verhaltensweisen wie graben, klettern, schwimmen und sprinten werden permanent unterbunden. Dies ist weit entfernt von einem annähernd artgerechten Leben. Während des Winters, also außerhalb der Saison, verbringen Tiere im Zirkus die meiste Zeit in Transportverschlägen oder in Scheunen; manche Tiere leben dann sogar in LKWs. Die oberflächlichen „Darbietungen" entwürdigen die Tiere zudem und vermitteln den ZuschauerInnen nichts über das natürliche Verhalten von Tieren oder deren Bedürfnisse. Erfahrene Kinderpsychologen sagen, dass Zirkusse Kindern gefährliche Werte vermitteln. Wenn Kinder sehen, wie fühlende Lebewesen mit der Peitsche durch die Manege getrieben, gestoßen oder erniedrigt werden, kann ihre junge und beeinflussbare Psyche leicht abnormale soziale Werte entwickeln. Kinder lernen bei einem Besuch im Zirkus fälschlicherweise, dass es richtig sei, die Gefühle, Bedürfnisse und Rechte anderer Lebewesen zu ignorieren. Daher ist es wichtig, andere mit Respekt zu behandeln – dazu gehören selbstverständlich auch Tiere. Selbst wenn eine Beschlagnahmung von Tieren aus dem Zirkus wegen schlechter Haltung notwendig ist, scheuen viele Veterinärämter meist den Kosten- und Arbeitsaufwand, der mit einer Beschlagnahmung verbunden ist. Das Problem „erledigt" sich für die Behörde nach einigen Tagen von selbst, wenn der Zirkus aus ihrem Zuständigkeitsbereich weiterzieht. Andere, engagierte Amtsveterinäre, können oft nicht handeln, weil sie nicht wissen, wo sie die beschlagnahmten Tiere unterbringen sollen. Denn nur wenige Zoos sind bereit, beschlagnahmte Tiere aus dem Zirkus aufzunehmen. Zudem gibt es kaum Auffangstationen für Wildtiere. An alten, kranken und oftmals zuchtunfähigen Tieren aus dem Zirkus haben die Zoos ebenso wenig Interesse wie an Raubkatzen, bei denen es sich im Zirkus oft um Inzuchten oder nicht „reinrassige" Tiere handelt. Es muss ein landesweites Verbot von Vermietung von öffentlichen Flächen an Zirkusse oder anderen Institutionen mit Wildtieren geben.

Tierhaltung in Zoos Zoos sind nicht nur Ausflugsziele für Menschen, sondern sollten der Nachzucht bedrohter Tierarten dienen. Es muss eine Pflicht für Zoos eingeführt werden, dass diese zur Arterhaltung beizutragen haben indem sie sich an Auswilderungsprogrammen beteiligen. Des weiteren sollten die bisherigen Zoos in Spezialzoos umgewandelt werden. In Spezialzoo konzentriert man sich auf die Zucht von wenigen, bestimmten und ausgewählten Arten, dessen Bedürfnisse somit besser beachtet werden können. In gewöhnlichen Zoos können arttypische Verhaltensweisen nicht ausgelebt werden verkümmern von Generation zu Generation. Vom Schwimm-, Flug-, Jagd- oder Wanderverhalten berichten wie eh und je nur die Informationsschilder an den Tiergehegen und das obwohl §2 des Tierschutzgesetzes vorschreibt, dass in Gefangenschaft gehaltene Tiere verhaltensgerecht und ihren Bedürfnissen entsprechend artgemäß untergebracht werden müssen. Obwohl viele Tiere sichtbar leiden und viele wissenschaftlich erforschte Verhaltensstörungen zeigen wird nichts dagegen getan. Ein Verbot von Tierhaltung in Zoos, die nicht art- und verhaltensgerecht ist und ein schnellstmögliches Auslaufen der Zoohaltung für all jene Tiere, die in Deutschland schon entweder aufgrund der Klimabedingungen oder der arttypischen Ansprüche nicht artgerecht gehalten werden können, wie z.B. Eisbären, Elefanten, Primaten, Großkatzen, Delfinen oder Walarten muss gefordert werden. Jagd

Das aktuelle Jagdgesetz widerspricht in seiner derzeitigen Form im Grundkern den aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen sowie dem heutigen gesellschaftlichen Verständnis im Umgang mit anderen Lebewesen. Weder ist die Jagd zur Dezimierung bestimmter Wildtiere notwendig, noch zur Kontrolle von Krankheiten. Im Gegenteil: Die Jagd zerstört Familienverbände und Sozialstrukturen und führt dazu, dass sich die Tiere unkontrolliert und losgelöst von ihrem natürlichen Fortpflanzungsrhythmus vermehren. Durch die intensive Bejagung sinkt die Lebenserwartung der Wildtiere drastisch. Dies hat eine frühzeitige Geschlechtsreife zur Folge, was die Geburtenrate ansteigen lässt. Weitere Untersuchungen belegen, dass Wildpopulationen nicht durch Beutegreifer, sondern durch Umwelteinflüsse wie Witterung, Nahrungsverfügbarkeit oder Krankheiten automatisch reguliert werden. Auch in Sachen Krankheiten sorgt die Jagd vielmehr für eine beschleunigte Ausbreitung dieser. Die

Zerstörung stabiler Familienverbände führt nicht nur zu einem Anstieg der Geburtenrate, sondern auch zu vermehrten Wanderungen einzelner Tiere. Durch die Jagd haben sich Tollwut und andere Krankheiten ausgebreitet und konnten erst durch den Einsatz von Impfködern erfolgreich ausgemerzt werden. Um den regelrechten Vernichtungsfeldzug gegen Füchse zu rechtfertigen, haben Jäger dieser Tierart kurzerhand das Image eines Krankheitsüberträgers verpasst. Dies entbehrt jedoch jeder Grundlage, denn Deutschland gilt seit 2008 offiziell als tollwutfrei und auch der Fuchsbandwurm zählt zu den seltensten Parasiten Europas. Die Jagdopfer werden bei Treib- und Drückjagden in Todesangst versetzt und vor die Flinte der Schützen getrieben oder heimtückisch aus dem Hinterhalt attackiert. Bei der grausamen Fallenjagd sterben viele Tiere durch schwere Quetschungen und Brüche einen qualvollen Tod. Bei der Baujagd spielen sich erbitterte Todeskämpfe zwischen Hund und Wildtier ab. Jagdhunde werden an lebenden, verstümmelten Enten oder in sogenannten Schliefenanlagen an eingesperrten Füchsen scharf gemacht. Einmal im Visier der Jäger gibt es für die Waldtiere kein Entkommen vor dem oftmals qualvollen Tod. Im Wald herrscht weitgehend Rechtsfreiheit, denn die „Waidgerechtigkeit“ ist ein undefinierter Begriff. Zum gänzlichen Verbot der Jagd ist das Verbot von Treib- und Drückjagden ein erster Schritt. Die bereits verbotenen Schiefenanlagen müssen zudem endlich geschlossen werden.

Pferdesport

Es ist traurig, aber wahr: Für sogenannte Rennpferde liegen Verletzungen und Tod immer nur einen Hufschlag entfernt, denn den Tieren werden Höchstleistungen abverlangt, die sie sehr oft überfordern. Die Folge sind Verletzungen oder Stürze die für das Pferd häufig den frühzeitigen Tod bedeuten. Noch häufiger kommt es vor, dass die Tiere während eines Rennens Knochenbrüche erleiden und sofort eingeschläfert werden. Pferde werden im Galopp- oder Trabrennsport viel zu früh antrainiert. Sie sind teilweise erst zwei oder drei Jahre alt, also noch nicht ausgewachsen, wenn sie zu tierwidrigen und unnatürlichen Leistungen gezwungen werden. Die Folge sind Sehnenschäden und Knochenbrüche, da das Skelett und die Sehnen noch nicht richtig ausgebildet sind. Außerdem ist immer wieder zu sehen, dass Jockeys permanent mit der Peitsche auf die Pferde einschlagen und sie mit Zungenbändern, Ohrenstöpseln oder Scheuklappen gefügig machen. Damit Pferde überhaupt so schnell rennen und den physischen und seelischen Stress aushalten, werden sie oftmals mit Medikamenten vollgepumpt. Doping steht sozusagen an der Tagesordnung. Auch der Springsport ist da nicht besser. Pferde zu zwingen, über derart hohe Hindernisse zu springen, entspricht in keiner Weise den natürlichen Bewegungsabläufen dieser Tiere. Denn in der Natur springen Pferde als Fluchttiere nur in absolut ausweglosen Situationen über Hürden. Im Spring- Rennsport mit Pferden muss in einem ersten Schritt eine erhöhte Altersgrenze von mind. 3 Jahren eingeführt werden. Zudem sollten die Haltungs- und Trainingsmethoden vom Veterinäramt geprüft werden.

Pferdekutschen

Pferde zu zwingen, mit Menschen besetzte Kutschen zu ziehen ist einfach nur grausam. Die Pferde müssen bei Wind und Sturm, Hitze und Frost und bei dichtem Verkehr ein hohes Gewicht ziehen, sie werden auf der Straße angehupt und erbarmungslos angetrieben. Die sensiblen Tiere leiden an Atemproblemen, da sie den ganzen Tag lang Abgase einatmen und entwickeln behindernde Beinprobleme vom Laufen auf den harten Oberflächen. In einigen Fällen sind die Pferde einfach tot umgefallen nach einem Herzschlag, weil sie in brütender Sommerhitze und großer Feuchtigkeit arbeiten mussten. Ein Verbot von Pferdekutschen in städtischen Gebieten, also in solchen mit Asphalt als Untergrund und Straßenlärm, ist notwendig.

Forschung

Vielfach wird behauptet, man könne nicht auf Tierversuche verzichten, weil man einen »kompletten Organismus« für die Entwicklung von Medikamenten brauche. Bei Tieren handelt es zwar um einen ganzen Organismus, aber um den falschen. Tiere und Menschen unterscheiden sich hinsichtlich Anatomie, Physiologie und Stoffwechsel wesentlich voneinander. Selbst Tiere verschiedener Arten können auf

Chemikalien und Medikamente ganz unterschiedlich reagieren. Nach der Durchführung eines Tierversuchs kann nicht vorausgesagt werden, ob Menschen genauso oder anders reagieren werden. Die vielen aufgrund von Tierexperimenten für sicher gehaltenen Medikamente, die beim Menschen schwerwiegende oder gar tödliche Nebenwirkungen hervorriefen, sind ein Beweis dafür, dass sich die Ergebnisse von Tierversuchen nicht mit der nötigen Zuverlässigkeit auf den Menschen übertragen lassen. Umgekehrt weiß niemand, wie viele sinnvolle Medikamente nie auf den Markt gelangen, weil sie aufgrund von irreführenden Tierversuchen vorzeitig aussortiert werden. Viele heute segensreiche Arzneien wie Aspirin, Ibuprofen, Insulin, Penicillin oder Phenobarbital wären uns vorenthalten geblieben, hätte man sich schon in früheren Zeiten auf den Tierversuch verlassen. Diese Stoffe rufen nämlich bei bestimmten Tierarten zum Teil aufgrund unterschiedlicher Stoffwechselvorgänge gravierende Schädigungen hervor. Sie wären bei der heutigen Vorgehensweise der Wirkstofffindung durchgefallen. Tierversuche tragen nichts zur Entwicklung neuer Behandlungsmethoden bei. Die Pharmaindustrie führt sie durch, um sich abzusichern, falls etwas mit einem Produkt etwas schief geht. Das Ende der Tierversuche bedeutet nicht das Ende der medizinischen Forschung. Im Gegenteil: Eine Verlagerung auf Studien am Menschen zum Beispiel im Bereich der Epidemiologie, klinischen Forschung, Arbeits- und Sozialmedizin würden in der Medizin zu wirklichen Fortschritten führen. Tierversuchsfreie Testmethoden mit menschlichen Zellen und Geweben kombiniert mit speziellen Computerprogrammen liefern im Gegensatz zum Tierversuch genaue und aussagekräftige Ergebnisse. Der Tierversuch stellt nicht nur eine grausame und deshalb unethische, sondern auch eine unwissenschaftliche Methode dar, die in einer modernen Medizin und Wissenschaft des 21. Jahrhunderts keinen Platz mehr haben darf und somit verboten werden muss.

Haustiere In Anbetracht der überfüllten Tierheime ist eine Neuzüchtung von Haustieren absolut verantwortungslos und muss gestoppt werden. Lieber sollten Tierheime mehr unterstützt werden. Um Haustiere zu schützen muss ein Heimtierschutzgesetz eingeführt werden. Auch die Kastrations- und Registrierpflicht für alle Freigängerkatzen würde einen großen Teil zum Schutz dieser Tiere beitragen. So gut wie alle deutschen Tierheime sind überfüllt. Viele müssen Aufnahmestopps verhängen, weil sie keine weiteren Tiere mehr aufnehmen können. Zudem wächst die Population heimatloser Tiere täglich weiter an: Schätzungsweise 2 Millionen Kater und Katzen streifen durch Deutschlands Parks, Parkhäuser, Hinterhöfe und Gartenanlagen – doch die domestizierten Tiere sind für ein Leben in der Natur nicht gerüstet. Ohne menschliche Fürsorge sterben sie frühzeitig und oft qualvoll. Ein unkastrierte Katze und ihre Nachkommen können rein rechnerisch in nur 7 Jahren bis zu 370.000 Nachkommen zeugen. Auf all diese Katzenkinder wartet ein entbehrungsreiches und leidvolles Leben. Unkastrierte Freigänger-Katzen verschärfen die Problematik ständig weiter. Aus diesem Grund ist die Kastrations- und Registrierpflicht für alle Freigänger-Katzen zwingend erforderlich. Vor dem Hintergrund, dass jedes Jahr 300.000 Tiere in deutschen Tierheimen landen, wird deutlich, dass die Katzen weiteren Schutz brauchen. Halter müssen in die Verantwortung genommen werden. Im Übrigen bietet die Kastrations- und Registrierpflicht einen weiteren Vorteil, denn sie erleichtert die Rückführung vermisster Tiere zu ihren Haltern. Sowohl das Tierheim als auch das Veterinäramt muss besonders unterstützt werden. Dazu müssen Fördermittel und Stellen bereit gestellt werden.

Pelztierhaltung Die Qualen von gefangenen Tieren auf Pelzfarmen werden leider oft nicht wahrgenommen. Die Tiere leiden unter der unhygienischen Haltung in den Betrieben und ihren Verletzungen, die von Misshandlung, Selbstverstümmelung und der Enge in Kleinstkäfigen herrühren. Grausam und primitiv beenden die Betreiber der Farmen schließlich das Leben der Füchse und Nerze, um an ihre lukrative Haut zu kommen. Hier muss ein sofortiges Verbot der Pelztierhaltung und der Import von Pelztierhaltungserzeugnissen gefordert werden.

Landwirtschaft

Jedes Jahr werden in Deutschland knapp 800 Millionen Lebewesen für die Ernährungsindustrie getötet. Ein großer Anteil des produzierten Fleisches wandern dabei früher oder später in die Mülltonne, denn

durch die Massentierhaltung ist es im Laden günstig zu haben und nicht so wertvoll, dass man damit verantwortungsvoll und sparsam umgehen müsste.Mit der Intensivtierhaltung strebt die moderne Landwirtschaft danach, eine maximale Menge an Fleisch, Milch und Eiern so schnell und preisgünstig wie möglich zu produzieren – und das bei minimaler Platzanforderung. Kühe, Kälber, Schweine, Hühner, Truthähne, Enten, Gänse, Kaninchen und andere Tiere werden in kleinen Käfigen oder Ställen gehalten – oft so beengt, dass sie sich nicht einmal umdrehen können. Man beraubt sie bewusst jeglicher Bewegungsmöglichkeit, damit ihre ganze Körperenergie in das Fleisch geht, das der Mensch später verzehren soll. Die Massentierhaltung ist eine extrem grausame Art der Tieraufzucht und muss verboten werden.

Hinzu kommt, dass die meisten modernen Zuchtformen von Hühnern, Puten, Schweinen und Kühen, die zur Milchproduktion eingesetzt werden, in der sogenannten Qualzucht genetisch auf eine maximale Produktion abgestimmt. Das führt zu vielen gesundheitlichen Problemen, die durch das schnelle Wachstum und die abnormale Körpergröße entstehen, z.B. Herzkrankheiten, Infektionen und Knochenbrüchen. Diese Tiere müssen schon im jungen Alter getötet werden oder werden mit steigendem Wachstum unter schweren Verkrüppelungen leiden. Qualzüchtungen müssen einer artgerechten Haltung weichen. Qualzüchtungen müssen verboten werden. Enthornungen, Kastrationen usw. werden ohne Betäubung, also bei vollem Bewusstsein und Schmerzempfinden der Tiere durchgeführt. Das kann nicht geduldet werden. Ein Einschränkung der Ausnahmen von schmerzhaften Eingriffen in den Tierkörper ohne schmerzbetäubende Medikamente ist gefragt.

Mähen:

Mehrere hunderttausend Wildtiere, darunter Rehkitze, junge Feldhasen, Kleinsäuger, Vögel und deren Gelege sowie Reptilien und Insekten, fallen jedes Jahr den Mähmaschinen der Landwirte zum Opfer. Wer nicht schnell genug vor den scharfen Messern flieht, wird aufgeschlitzt, verstümmelt oder regelrecht zerhackt. Ein grausamer Tod, der oftmals Stunden dauert, wenn die schwer verletzten Tiere qualvoll sterben. Landwirte sind jedoch dazu verpflichtet, den zuständigen Jagdausübungsberechtigten über den Zeitpunkt der Mahd zu informieren und Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, um den Tod der Tiere zu verhindern. Laut Bundesjagdgesetz und Strafgesetzbuch stellen Unterlassungshandlungen eine Straftat dar. Das Töten von Wildtieren infolgedessen verstößt gegen das Tierschutzgesetz. Durch Schutzmaßnahmen beim Mähen, wie die Vergrämungsmethode, Schutzblenden, Hunde und Wildretter, eine bestimmte Mähtechnik von außen nach innen oder dem Stehen lassen von Randstreifen ist dies leicht möglich.

Naturschutzgebiete

Die biologische Vielfalt muss bewahrt werden, um ihrer selbst willen und

als Grundlage unseres Lebens. Dazu gehören Bewahrung und Schutz der verbliebenen großen Naturräume der Erde ebenso wie die Vernetzung von Schutzgebieten. Wälder, Meere und Landschaften sollen in öffentlicher Verantwortung so genutzt und geschützt werden, dass ihre natürliche Regenerationsfähigkeit erhalten bleibt. Eine Übertragung von Schutzgebieten an Privatpersonen ist diesem Ziel nicht förderlich. Auch müssen neue Naturschutzgebiete erstellt und vorhandene miteinander verbunden werden. Auch der besondere Schutz dieser Gebiete , z.B. vor Großveranstaltungen und Feuerwerk muss gewährleistet werden.

Hundesteuer:

Die Hundesteuer muss abgeschafft werden! Wieso? 1. Desto größer die finanziellen Hürden für die Haltung eines Tieres sind, desto seltener entscheidet man sich dafür, was in Anbetracht der restlos überfüllten Tierheime ein sehr negativer Effekt ist. 2. Das Geld wird nicht mehr dafür genutzt die

Umgebung sauber zu halten, da die Hundehalter*innen verpflichtet sind das "Geschäft" ihrer Vierbeiner selbst zu entsorgen. Zudem kann die Stadt selbst entscheiden was sie mit dem Geld finanziert. Am wichtigsten jedoch ist 3. Steuer auf Lebewesen sind unethisch.

VI.3	2622-2623	Besser u.a., Köln	Streichung Satz		

Zeile 2622/2623: Streichen des Satzes „Wir wollen natürliche Lebensgrundlagen erhalten und Landschaften renaturieren."

Begründung:
Dieser Satz ist unsere Grundsatzposition. Inhaltlich bezieht sich der Satz eher auf die Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft und die Boden- bzw. Landnutzung. Deshalb sollte er auch als erster Satz im Unterkapital VI.2 eingebaut werden.

VI.3	2625-2626	Besser u.a., Köln	Einfügung Wort		

Zeile 2625/2626: Einfügen des Wortes „Insbesondere" **vor „Für Landwirtschaft und Jagd müssen sich einige Regeln ändern."**

Begründung:
Im Unterkapitel geht es zwar zuvorderst um die Haltungsbedingungen von Tieren in der Landwirtschaft. Darüber hinaus müssen sich aber auch für Zirkusse, Zoos und Privatpersonen einige Regeln ändern.

VI.3	2629-2630	Besser u.a., Köln	Änderung Spiegelstrich		

Zeile 2629/2630: Streichen und Ersetzen durch:

- Die Art der Tierhaltung ist auf allen tierischen Produkten verbindlich zu kennzeichnen – auch in der Gastronomie (Beispiel Eierkennzeichnung)

Begründung:
Im Zusammenhang mit den verschiedenen Haltungsformen in der Geflügelwirtschaft werden die Eier entsprechend verbindlich gekennzeichnet. Hier lässt sich anhand der Ziffern ablesen, ob die Eier von Hühnern aus Bio-, Freiland-, Boden- oder Käfig- bzw. Volierenhaltung stammen. Die Kennzeichnung gibt also eher an, wie artgerecht die Haltungsform ist und nicht, ob es sich um Massentierhaltung handelt. Dies könnte eine Richtung sein, wie auch alle weiteren tierischen Produkte gekennzeichnet werden könnten.
Der Begriff Massentierhaltung ist nicht eindeutig definiert und deshalb für eine verbindliche Kennzeichnung wenig geeignet. Das Hauptaugenmerk sollte eher auf die Art der Haltung gelegt werden, schließlich können auch Kleinbetriebe schlechtere Haltungsbedingungen aufweisen als Großbetriebe. Nach gegenwärtiger Lesart erklärt der Begriff Massentierhaltung nicht, ob es sich um artgerechte Tierhaltung handelt oder nicht. Aber darauf sollte es schließlich zuvorderst ankommen.

VI.3	2636	KV Duisburg	Ergänzung		

Zeile 2636: Ergänzung: vermeidbare Tierversuche verbieten….

VI.3	2645	KV Duisburg	Ergänzung		

Zeile 2645: Ergänzung Aufklärung über und Erleichterung der Wiederansiedlung von ausgerotteten heimischen Arten, wie etwa dem Wolf.

VI.6	2701	H. Akbayir u.a.	Gegen Funktionsprüfung		

Nach Zeile 2701 bitte einfügen:

Funktionsprüfung nach §61a NRW-Landeswassergesetz (LWG) ist verfassungswidrig!

Die flächendeckende Funktionsprüfung (ehemals Dichtheitsprüfung) und Zwangssanierung in Wasserschutzgebieten ist immer noch für viele Betroffene eine existenzielle Bedrohung ohne jeden belegbaren ökologischen Nutzen.
Wir setzen uns ein für Umweltschutz, der die Verhältnismäßigkeit zwischen der Belastung gerade einkommensschwacher Bürgerinnen und Bürger und ihrer Wirkung auf die Umwelt nicht grob missachtet. Jede Belastung der Bürgerinnen und Bürger aus rein ideologischen Gründen lehnen wir ab.
Laut Stellungnahme des Parlamentarischen Gutachterdienstes des Landes von NRW im Auftrag der Fraktion DIE LINKE stellt §61a des LWG in mehrfacher Hinsicht stellt eine Rechtswidrigkeit dar.
Deshalb favorisieren wir als LINKE den Vollzug des §61a des LWG auszusetzen, bis es eine bundeseinheitliche, sozialverträgliche und ökologisch-sinnvolle Gesetzesnovellierung gefunden wird.

VI	2706	KV Duisburg	Neues Kapitel		

Zeile 2706 Einfügung eines neuen Kapitels:
Bodenschutz:
Das Land NRW ist durch seine lange industrielle Geschichte geprägt. Die zum Teil jahrhundertelangen Immissionen, haben mancherorts einen stark belasteten Boden zurück gelassen. Die Giftstoffe finden verschiedene Wege vom Boden in den Menschen.
Auch die industrialisierte Landwirtschaft hat aus dem Habitat an vielen Stellen kaum mehr bepflanzbare Steppen hinterlassen.
Was tun?
- Ermittlung von gefährdeten Gebieten mit einer langfristigen flächendeckenden Untersuchung
- finanzielle Unterstützung bei der Bodensanierung
- on-site und off-site Sanierung statt Deponierung von belasteten Böden
- Erforschung von Verfahren zur Verursacherermittlung bei Immissionen
- Wenn möglich, Durchsetzung des Verursacherprinzips
- Verringerung der Ausbringung von Düngern, Herbiziden, Pestiziden und Fungiziden

VI.8	2717-2769	Decruppe/Singer	Ersetzung		

8. Energie: Wir brauchen einen sozial-ökologischen Umbau

NRW ist Energieland Nummer 1 in Deutschland: Mit EON und RWE sind hier zwei der größten Energiekonzerne ansässig. Im rheinischen Braunkohlerevier stehen drei der fünf Kraftwerke mit dem größten CO_2-Ausstoß in Europa. Der durch diese Emissionen verursachte globale Klimawandel bedroht die Lebensgrundlagen vieler Menschen und ganzer Völker durch den Anstieg des Meeresspiegels und Wetterextreme wie Dürren und Überschwemmungen. Das Pariser Klimaschutzabkommens vom Dezember 2015, das eine Begrenzung der globalen Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad, möglichst bei 1,5 °C im Vergleich zum vorindustriellen Temperaturniveau vorsieht, muss deshalb konsequent umgesetzt werden.

Wir fordern für NRW ein umfassendes Klimaschutzprogramm zur Energieeinsparung und zur Förderung erneuerbarer Energien

Den Kohleausstieg einleiten

Ein solches Klimaschutzprogramm erfordert einen verbindlichen Fahrplan für den Kohleausstieg. Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag hat hierzu mit der Drucksache 18/8131 ein entsprechendes Konzept vorgelegt, das einen Beginn des Ausstiegs aus der Kohleverstromung spätestens im zweiten Halbjahr 2017 fordert. Der letzte Kohlekraftwerksblock soll in Deutschland spätestens im Jahr 2035 stillgelegt werden. Das Konzept sieht ein bundesweites

Kohleausstiegsrahmengesetz vor, das die immissionsschutzrechtliche Privilegierung der Verstromung von Kohle aufhebt und CO_2 als Umweltschadstoff definiert. Der Ausstiegskorridor für Kohlekraft soll mit dem Ausbaukorridor für Ökostrom korrespondieren. Der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch soll angehoben werden auf 43% bis 2020, 55 % bis 2025, 70% bis 2030, 85% bis 2035 und 100% bis 2040.

Dieser Rahmen muss für NRW durch ein landesspezifisches Kohleausstiegsgesetz konkret ergänzt werden mit den Kernpunkten:

- Planmäßige Stilllegung von Kraftwerksblöcken auf der Basis von blockscharfen Restlaufzeiten bzw. Reststrommengen.
- Untersagung des Neubaus von Kohlekraftwerken und des Neuaufschlusses von Tagebauen.

Den Strukturwandel sozial absichern

Der hierdurch bedingte Strukturwandel ist in den betroffenen Regionen arbeitsmarkt-, wirtschafts- und sozialpolitisch abzusichern. Bereits in den vergangenen Jahren hat sich die Zahl der im Rheinischen Revier in der Braunkohleindustrie beschäftigten Arbeitnehmer*innen auf nunmehr rund 9.000 deutlich reduziert. Rechnet man die Arbeitsplätze in der Zuliefererindustrie hinzu kommt man auf rund 18.000. Das Kohleausstiegsgesetz NRW muss daher folgende Maßnahmen vorsehen:

- Verbot betriebsbedingter Kündigungen.
- Angebot von Altersteilzeit und Vorruhestand mit Verdienstausgleich.
- Zusage von Beschäftigungssicherungsmaßnahmen.
- Schaffung eines Strukturwandelfonds für regionale Investitions- und Wirtschaftsförderungsmaßnahmen unter Beteiligung der Energiekonzerne zur Finanzierung des Fonds.
- Beteiligung aller gesellschaftlich relevanten Akteure (Gewerkschaften, Umwelt- und Verbraucherverbände, Energieunternehmen, Vertreter der Kommunen und des Landes, wissenschaftliche Expertinnen und Experten für Energie- und Klimapolitik, Wirtschaftsförderung und Strukturwandel) in Form eines „Runden Tisches für Kohlekonsens und einen sozialökologischen Strukturwandel“, dessen Ergebnisse in die weitere Planung des Kohleausstiegsprozesses und des Strukturwandels einfließen sollen.

Bürgerinitiativen unterstützen

Ein sozialökologischer Umbau und Strukturwandel kann nur unter Beteiligung außerparlamentarischer Bewegungen erfolgreich sein. Wir unterstützen deshalb die Arbeit der Bürgerinitiativen vor Ort und setzen uns ein für die Forderungen der Verbände der Bergbaugeschädigten:

- eine Änderung des Bundesberggesetzes und der Einführung der Beweislastumkehr für tagebaubedingte Schäden, damit Braunkohle-Betroffene die gleichen Rechte erhalten wie Menschen im Bereich des Steinkohlebergbaus, sowie
- die Schaffung einer unabhängigen zentralen Schlichtungsstelle für Bergschäden in NRW.

Begründung:

Im Erfurter Programm unserer Partei heißt es:

„DIE LINKE sieht den sozial-ökologischen Umbau in Deutschland und Europa als eines ihrer entscheidenden Ziele und als wesentliche Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen an.

Jeder Mensch hat ein universell gleiches Recht auf einen Anteil an dem, was die Erde bietet, und eine universell gleiche Pflicht, seine Lebensgrundlage zu schützen. Die Gleichheit der Nutzungsrechte und die Gleichheit der Schutzpflichten müssen zum Leitbild des globalen Handelns werden. (…) der sozial-ökologische Umbau unserer Gesellschaft (...) ist nicht nur ökologisch geboten, sondern auch eine ethische, soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit. Unsere heutige Produktions- und Konsumtionsweise ist nicht gerechtigkeitsfähig, auch weil sie zu unökologisch ist. Und sie ist nicht ökologiefähig, auch weil sie ungerecht ist."

Umso wichtiger ist es, schnelle und vor allem schnellstmöglich realisierbare Schritte einzuleiten, um den globalen Klimawandel zu stoppen.

Hierzu sind zunächst alle internationalen Initiativen, die diesem Ziel dienen, zu unterstützen. Das von Deutschland ratifizierte und inzwischen völkerrechtlich verbindliche Pariser Klimaschutzabkommen vom 12. Dezember 2015 ist ein politischer Meilenstein. Es sieht eine Begrenzung der globalen Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad, möglichst bei 1,5 °C im Vergleich zum vorindustriellen Temperaturniveau vor. Wir sollten das Abkommen deshalb unterstützen und auf das Abkommen in unserem Landtagswahlprogramm ausdrücklich positiv Bezug nehmen. Die Ursprungsfassung des Wahlprogramms enthielt diese Bezugnahme nicht.

Zentral für den Klimaschutz ist die konsequente Reduzierung des Treibhausgases CO_2 und damit der schnellstmögliche Ausstieg aus der kohlenstoffbasierten Energiegewinnung, insbesondere der Ausstieg aus der Energiegewinnung aus Braunkohle. NRW ist durch das Rheinische Revier mit drei Tagebauen (Inden, Garzweiler und Hambach) und den fünf Kraftwerkstandorten Weisweiler, Grevenbroich-Neurath, Grevenbroich-Frimmersdorf und Bergheim-Niederaussem in besonderer Weise betroffen und gefordert. Für das Rheinische Revier einen Ausstieg aus der Braunkohle einzuleiten und einen sozial-ökologischen Strukturwandel herbeizuführen, ist eine besondere Herausforderung für die Politik in NRW. Hier wird sich zeigen, wie ernst die politischen Kräfte in NRW das Pariser Klimaschutzabkommen nehmen und umsetzen wollen.

Um den Kohleausstieg einzuleiten, hat die Linksfraktion im Bundestag am 15. April 2016 mit dem Antrag zur Drucksache 18/8131 ein realisierbares Konzept vorgelegt. Dieses Konzept wurde auf der Konferenz „Ausstieg aus der Braunkohle in NRW! – Strukturwandel in der Region- sozial und ökologisch." am 18 Juni 2016 in Bergheim vorgestellt und diskutiert. Das Konzept wurde sehr positiv aufgenommen. Es hat – ebenso wie die Konferenz selbst - die Kohleausstiegsdebatte in der Region sehr positiv befördert.

Um bundesweit ein einheitliches, abgestimmtes Vorgehen unserer Partei und der Fraktionen im Klimaschutz und beim Ausstieg aus der Braunkohle zu erreichen, sollte sich das Landtagswahlprogramm NRW positiv auf das Ausstiegskonzept der Bundestagsfraktion beziehen und die Kernelemente des Konzepts darstellen. Der bisherige Entwurf des Landtagswahlprogramms enthielt eine solche Bezugnahme nicht.

Dementsprechend waren die Passagen im Entwurf des Landtagswahlprogramms von Zeile 2717 bis Zeile 2769 zu überarbeiten und aus Gründen der Lesbarkeit neu zu fassen.

VI.8	2725-2726	H. Akbayir u.a.	Erneuerbare Energie bis 2040		

Ersetze 2725 und 2726 hierdurch:
Wir fordern ein umfassendes Programm zur Förderung erneuerbarer Energien für NRW mit dem Ziel, bis 2040 den gesamten Energiebereich, also Strom, Wärme und Verkehr durch erneuerbare Energien zu decken.

VI.8	2726	KV Duisburg	Ergänzung		

Zeile 2726: Ergänzung: Voraussetzung ist, den Energieverbrauch zu senken, in dem energieeffizientere Geräte, Maschinen etc. erforscht und genutzt werden, sowie Lebensstile mit geringerem Energieverbrauch gefördert werden.

VI.8	2733-49	R. Sagel	Ersetzung		

AUSSTIEG AUS DER KOHLE JETZT - AUSSTIEG SOZIALVERTRÄGLICH GESTALTEN!

Die Verhinderung eines unkontrollierbaren Klimawandels beinhaltet ein2 Abkehr von der besonders klima- und gesundheitsschädlichen Kohleverstromung.
Mit dem Ausstieg aus der Kohlenutzung wollen wir deswegen sofort beginnen und ihn spätestens bis zum Jahr 2030 für die Braunkohle und möglichst auch für die Steinkohle komplett abschließen.

Damit die Beschäftigten nicht die Leidtragenden sind, muss der Ausstieg jetzt angegangen, bundes- und landespolitisch organisiert und sozialverträglich gestaltet werden. Hierbei sollten vorrangig Braunkohle- und zügig im Anschluss die Steinkohlekraftwerke geschlossen werden. Dies in der Reihenfolge, ältere und emissionsreiche vor jüngeren. Schon heute muss dafür gesorgt werden, dass auch Importkohle unter Einhaltung ökologischer und menschenrechtlicher Mindestbedingungen produziert ist.

VI.8	2733	H. Akbayir u.a.	Änderung Kohleausstieg		

Ersetze 2733 bis 2769 durch die folgenden Passagen:

Ausstieg aus der Kohle jetzt - Austieg sozialverträglich gestalten!

Die Verhinderung eines unkontrollierbaren Klimawandels beinhaltet eine Abkehr von der besonders klima- und gesundheitsschädlichen Kohleverstromung.
Mit dem Ausstieg aus der Kohlenutzung wollen wir deswegen sofort beginnen und ihn bis zum Jahr komplett abschließen.
Wegen der immer preiswerteren erneuerbaren Energie wird es ohnehin nicht mehr lange dauern, bis sich die alten Kraftwerke nicht mehr rechnen. Damit die Beschäftigten nicht die Leidtragenden sind, muss der Ausstieg jetzt angegangen, staatlich organisiert und sozialverträglich gestaltet werden. Hierbei sollten vorrangig Braunkohle- und im Anschluss die Steinkohlekraftwerke geschlossen werden; die älteren vor den jüngeren. Schon heute muss dafür gesorgt werden, dass der Steinkohleimport nur unter Einhaltung ökologischer und menschenrechtlicher Mindestbedingungen erfolgt.
Der Ausstieg aus der Kohleverstromung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Um ihn sozial
zu gestalten wollen wir, auch unter Beteiligung der Energiekonzerne, regionale Strukturwandelprogramme auflegen.
Hiebei gilt es insbesondere zu beachten, dass die Kohlekonzerne in die Pflicht genommen werden.

Wie wir die Konversion gestalten und die Abbaugebiete in den Braunkohleregionen renaturieren, wollen wir in regionalen Foren unter Beteiligung von Gewerkschaften, Umweltverbänden, Initiativen und allen Betroffenen diskutieren.
Die Beförderung von CO_2 in unterirdischen Anlagen („CCS-Technologie“) ist für uns keine Alternative. CCS ist weder wirtschaftlich noch ökologisch sinnvoll, zumal sich eine neue Endlagerproblematik ergibt.

Was tun?
- Keine neuen Kohlekraftwerke mehr errichten
- Braunkohleabbau schrittweise beenden
- Keine neuen Tagebaue erschließen
- Bürgerinitiativen vor Ort unterstützen
- Auf eine Änderung des Bundesberggesetzes hinwirken und eine Beweislastumkehr einführen, damit Braunkohle-Betroffene die gleichen Rechte bekommen wie Menschen im Bereich des Steinkohlebergbaus
- Restmengen für den Braunkohleabbau definieren
- Die Genehmigungen für die Kohlekraftwerke Datteln und Lünen sofort stoppen
- Investitionen in Kohle-, Öl- und Gasunternehmen bei den neuen Anlagekriterien NRWs ausschließen und bestehende Aktien verkaufen
- RWE und E.ON zu einem schnellen Kohleausstieg verpflichten

- Energiekonzerne zugunsten von dezentralen und kommunale Energieversorgungsstrukturen entflechten, dezentralisieren und rekommunalisieren
- Daten zu Verläufen tektonischer Störungslinien offenlegen
- Zentrale Schlichtungsstelle für Bergschäden in NRW schaffen
- Mehr Messstationen einrichten und bessere, moderne Messmethoden für Feinstaubbelastungen nutzen und dabei vom Land betriebene mobile Luftmessstationen an den Hotspots der Luftverschmutzung, wie beispielsweise im Bereich des Braunkohlentagebaus, betreiben und unangemeldete Messungen durchführen

VI.7	2734	KV Bielefeld	Kein sofortiger Braunkohleausstieg		

Streichung: Sofortiger Braunkohleausstieg
Stattdessen **einfügen:**
80 Prozent der Kohlevorräte müssen im Boden bleiben, wollen wir den Temperaturanstieg unter der kritischen Grenze von zwei Grad halten. Deshalb benötigen wir einen Braunkohleausstieg bis spätestens 2030 und einen Steinkohleausstieg bis spätestens 2040.
Begründung:
Ein sofortiger Braunkohleausstieg ist nicht möglich, aber damit muss jetzt begonnen werden. Laut Studien von Greenpeace wäre das bis spätestens 2030 machbar und dringend geboten.

VI.8	2734	KV Duisburg	Textänderung		

Zeile 2734: Änderung: Gerade auch für die Beschäftigten ist es besser, ersetzen durch: In sozialer Verantwortung für Beschäftigte einen Sofortausstieg…

VI.8	2741	KV Duisburg	Ergänzung		

Zeile 2741: Ergänzung:
Der von der Stahlindustrie unter massiver Förderung durch den Bund vorgesehene Weg, bei der Verhüttung entstehendes CO_2 unter erheblichem Energieaufwand zum Rohstoff für die Kohlechemie zu machen, könnte ein Schritt in die richtige Richtung sein. Konsequenter wäre es die Reduktion des Eisenerzes auf Wasserstoff- bzw. Methanbasis durch zu führen.
Unter was tun?:
- Um Umstellung der Eisenverhüttung auf regenerative Gase

VI.8	2751-55	R. Sagel	Ersetzung		

Der Ausstieg aus der Kohleverstromung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Eine neue Leitentscheidung zur Braunkohle Politik und ein gesamtes, strukturpolitisch abgesichertes Kohle Ausstiegsszenario ist daher notwendig. Um den Ausstieg sozial zu gestalten wollen wir, auch unter Beteiligung der Energiekonzerne, regionale Strukturwandelprogramme auflegen. Hierbei gilt es insbesondere zu beachten, dass die Kohlekonzerne in die Pflicht genommen werden. Dazu ist von ihnen ein finanziell ausreichender Strukturfond aufzulegen der die sog. "Ewigkeitskosten" komplett absichert. Wie wir die Konversion im Detail gestalten und die Abbaugebiete in den Braunkohleregionen renaturieren, wollen wir in regionalen Foren unter Beteiligung von Gewerkschaften, Umweltverbänden, Initiativen und allen Betroffenen diskutieren.

VI.8	2761	KV Duisburg	Streichung		

Zeile 2761: Streichung des Wortes „und **Gas“**unternehmen

VI.8	2763	KV Duisburg	Ergänzung		

Zeile 2763: Ergänzung: **Steag,** RWE und E.on…

VI.8.	2784	KV Steinfurt	Ergänzung		

Ergänzung ab Zeile 2784:
- Bundesratsinitiative: Vattenfall, EnBW, RWE und E.on verpflichten, geldwerte Sicherheitsleistungen für die Kosten des Rückbaus von Atomanlagen auf Treuhandkonten zu hinterlegen.
Begründung:
Die Atomkonzerne Vattenfall, RWE, E.on und ENBW werden verpflichtet insgesamt 23,2 Mrd. € in einen Fond für die Entsorgung und Endlagerung von Atommüll einzuzahlen.
Diese Regelung ist für die Konzerne mehr als großzügig. Zumal die Brennelemente Steuer ab 2017 ebenfalls wegfällt. Das bedeutet eine weitere Entlastung um über 6 Mrd.€ Wer für Rückbau und Entsorgung der Atomruinen aufkommt ist weiterhin unklar. Die Konzerne RWE und E.on haben vorgesorgt. Durch Aufspaltung der Konzerne wurde hier bereits Bad Banks eingerichtet.
Nach Berechnungen von Greenpeace und dem Büro Gaßner Berlin ist mit Kosten von 169,8 Milliarden Euro für Endlagerung und Rückbau bis zum Jahr 2099 zu rechnen. Selbst wenn die Rechnung für die End- und Zwischenlagerung über die Fondslösung aufgeht, bleiben gigantische Summen für den Rückbau der Atomanlagen aufzuwenden. Unklar ist, wer das bezahlt. Ob das noch zu verabschiedende Gesetz zur Konzernnachhaftung die Konzerne in die Pflicht nehmen wird ist nicht geklärt.
Die zu bewältigen finanziellen Leistungen übersteigen die wirtschaftliche
Leistungsfähigkeit der Energiekonzerne. Sie sind deutlich höher als ihr Börsenwert. (Ende 2015: E.on ca.17,4 Mrd.€, RWE ca. 8 Mrd. €). Damit ist klar, dass die bilanziellen Rückstellungen keinesfalls ausreichend sind, um die anfallenden Ausstiegskosten aus der Atomenergie zu bedienen. Für beide Konzerne besteht angesichts dieser Summen eine permanente Insolvenzgefahr. Im Fall des nicht unwahrscheinlichen Totalausfalles der Atomkonzerne würden die gesamten Entsorgungs- und Rückstellungskosten zur Sache der öffentlichen Hand.
Rückstellungen sind auf der Passivseite bilanzielle Schulden. Ob der Rückstellungsbetrag im Falle eines Totalausfalles des Unternehmens für den vorgesehenen Zweck eingesetzt werden kann ist mehr als fraglich. Siehe Rangliste der Gläubiger im Insolvenzfall.
Eine hinterlegte geldwerte Sicherheitsleistung ist dem Zugriff der Gläubiger entzogen und mindert so das finanzielle Risiko für die Steuerzahler*innen.

VI.8	2783-2784	H. Akbayir u.a.	Änderung Bevölkerungsschutz		

Ersetze 2783+84 durch diese Zeilen:

Aufklärung und Schutz der Bevölkerung in ganz NRW vorantreiben

VI.8	2805-2817	H. Akbayir u.a.	Änderung Erneuerbare Enerie		

Ersetze 2805 bis 2817 durch die folgenden Zeilen:

100% Erneuerbare Energien
Um die energiebedingten Emissionen bis zum Jahr 2040 auf Null zu reduzieren werden wir die meisten Primärenergieträger durch Strom aus erneuerbaren Energien ersetzen, Häuser isolieren, die meisten Verbrennungsmotoren durch Elektromotoren ersetzen und Gebäude mit Wärmepumpen beheizen müssen. Da die Kapazitäten duch Biomasse und Erdwärme in Deutschland sehr begrenzt sind werden Photovoltaik und Windenergie den größten Anteil hierzu liefern müssen.
Die LINKE NRW steht daher für den Ausbau der Windenergie und Photovoltaik. In diesem Zusammenhang setzen wir uns für eine grundlegende Neugestaltung des EEG, mit seinen viel zu geringen Ausbaupfaden und den Ausschreibungsverplichtungen welche die Installation der Erneuerbaren sowie eine genossenschaftliche Umsetzung der Energiewende behindern, ein.

Wir wollen den Menschen vor Ort eine Teilhabe an der Energiewende sowie auch ein Höchstmaß der Selbstversorgung mit Strom und Wärme ermöglichen. Deswegen bevorzugen wir regionale Strukturen der Energieversorgung und setzen uns für diese ein.
Dennoch besteht für die Umstellung großer Teile unserer Energieversorgung auf Strom ein hoher Flächenbedarf. Wir werden uns daher die Frage stellen müssen auf welche Weise wir den Strom produzieren wollen und welche Folgen sich daraus für unsere Verteil- und Übertragungsnetze ergeben.

2811 Was tun?

- Eine Initiative für ein verbessertes Eneuerbare-Energien-Gesetz, welches den Ausbau der Erneuerbaren um den Faktor vier bis fünf beschleunigt und die Ausschreibungspflichten abschafft, ins Leben rufen

- Kommunale Windflächen in Übereinstimmung mit den Anwohner*innen und den kommunalen Energieversorgern ausweisen
- Finanzielle Mittel für die Erforschung angemessener Speicherstrukturen bereitstellen
- Ausschließlich Abfälle und Gras zur Biogaserzeugung nutzen
- Bessere Wärmedämmung an allen Schulen, Kindergärten und anderen öffentlichen Gebäuden
- Installation von Photovoltaik und Solarthermie auf allen zur Verfügung Dachflächen öffentlicher Gebäude
- Installation von Photovoltaik auf allen zur Verfügung stehenden Fassadenflächen öffentlicher Gebäude
- Öffentliche Gebäude mit Wärmepumpen beheizen
- Image- und Werbekampange für die Photovoltaik, den Einsatz von Wärmepumpen und die Nutzung von Elektroautos
- Verbesserung der Infrastruktur für die Elektromobilität

VI.8	2806-2817	R. Sagel	Ersetzung		

Die Energieeinsparung hat einen besonderen Stellenwert. Daher müssen in allen Bereichen des Energieverbrauchs die Reduktionsmöglichkeiten optimal gefördert und umgesetzt werden. Um die energiebedingten Emissionen spätestens bis zum Jahr 2040 auf Null zu reduzieren sollen zudem die meisten Primärenergieträger durch Strom aus erneuerbaren Energien ersetzt werden. Da die Kapazitäten duch Biomasse und Erdwärme in Deutschland sehr begrenzt sind werden Photovoltaik und Windenergie den größten Anteil hierzu liefern müssen.

Die LINKE NRW steht daher für den Ausbau der Windenergie und Photovoltaik. In diesem Zusammenhang setzen wir uns für eine grundlegende Neugestaltung des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) mit seinen viel zu geringen Ausbaupfaden und den Ausschreibungsverplichtungen welche die Installation der Erneuerbaren sowie eine genossenschaftliche Umsetzung der Energiewende behindern, ein.

Wir wollen den Menschen vor Ort eine Teilhabe an der Energiewende sowie auch ein Höchstmaß der Selbstversorgung mit Strom und Wärme ermöglichen. Deswegen bevorzugen wir regionale Strukturen der Energieversorgung und setzen uns für diese ein. Dennoch besteht für die Umstellung großer Teile unserer Energieversorgung auf Strom ein hoher Flächenbedarf. Wir stellen uns daher, insbesondere auch vor Ort, jeweils der Problematik, auf welche Weise wir den Strom produzieren und welche Konsequenzen sich daraus für unsere Verteil- und Übertragungsnetze ergeben.

Was tun?_

- Eine landesweite Initiative zur Energieeinsparung und eine Initiative für ein verbessertes Eneuerbare-Energien-Gesetz.
- Kommunale Windflächen in Übereinstimmung mit den Anwohner*innen und den kommunalen_ Energieversorgern ausweisen
- Finanzielle Mittel für die Erforschung angemessener Speicherstrukturen bereitstellen_
- Ausschließlich Abfälle und Gras zur Biogaserzeugung nutzen
- _Bessere Wärmedämmung an allen Schulen, Kindergärten und anderen öffentlichen Gebäuden_

- Installation von Photovoltaik und Solarthermie auf allen zur Verfügung Dachflächen öffentlicher Gebäude_
- Installation von Photovoltaik auf allen zur Verfügung stehenden Fassadenflächen öffentlicher Gebäude_
- Öffentliche Gebäude mit Wärmepumpen beheizen_
- Image- und Werbekampange für die Photovoltaik, den Einsatz von Wärmepumpen und die Nutzung von_ Elektroautos
- Verbesserung der Infrastruktur für die Elektromobilität_

VI.8	2809-2810	KV Duisburg	Textänderung		

Zeile 2809 – 2810: Satz ersetzen durch: Offshore-Anlagen sind auf eine notwendiges Maß zu begrenzen, die Stromleitungen müssen in Einvernehmen mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern geplant werden.

VI.8	2815	KV Duisburg	Streichung		

Zeile 2815: Streichung: **und Gras** –

VI.8	2817	KV Duisburg	Ergänzung		

Zeile 2817: Ergänzung: – Nutzung bestehender Talsperren als Wasserkraftwerke prüfen

VI.8	2844	Francesco Müller	neuer Absatz Stromzähler		

Ergänzung:
Die inzwischen gesetzlich beschlossene Einbauverpflichtung digitaler Stromzähler in Neubauten sowie nach und nach für Bestandskunden, bringt wenn man hier nicht handelt, erhebliche Datenschutzlücken mit sich. Die von diesen Geräten zwanghaft vorgesehene Datenübermittlung im 15-Minuten-Takt, wird auch nicht von allen Verbrauchern akzeptiert.
Hier ist es wichtig, dass die Versorger auch Alternativen bieten können und dürfen, z.B. durch Tarifoptionen.

Was tun?
–Kommunale Stadtwerke politisch unterstützen, ihren Kunden die Wahlmöglichkeit zur Datenübermittlung ihres Stromverbrauchs anzubieten
–Auf Bundesebene durch Initiativen das Gesetz im Hinblick des Datenschutzes korrigieren, ohne dabei die Absicht des Energiesparens aus den Augen zu verlieren

Begründung: Es ist aus Datenschutzsicht bedenklich, wenn Konzerne Verbrauchsprofile über Haushalte erstellen können. Daher muss dies auf Freiwilligkeit des Verbrauchers basieren. Technisch sind diese „intelligenten“ Geräte auch zu einem eingeschränkten oder auch vollständigen Offline-Betrieb fähig. Ein Verbraucher sollte sich hier auch nicht rechtfertigen müssen. Da sich DIE LINKE generell für die Belange privater Bürger einsetzt, sollte sie dies auch hier tun.

VI.8	2845-2860	AK Umwelt Köln	Ersetzung Kap. Abfall		

Ersetzung der Zeilen 2845-2860 durch:

Abfallvermeidung und vollständiges Recycling
Viel Abfall bedeutet, dass viele Ressourcen verschwendet werden. Als LINKE wollen wir Müll vermeiden und mehr recyceln.
Abfall soll nur verbrannt werden, wenn der Rohstoff nicht anderweitig aufgearbeitet werden kann.
Vermeidung ist bekanntlich die Nr. 1 unter den allseits empfohlenen Maßnahmen für einen nachhaltigen Umgang mit unserem Wohlstandsmüll.

Der Abfallwirtschaftsplan NRW enthält hierzu zahlreiche vernünftige Vorschläge. Es ist allerdings zu befürchten, dass es hier bei frommen Wünschen für Sonntagsreden bleibt. Wir fordern kurzfristig zu erstellende Umsetzungspläne. Eine kurzfristig mögliche Maßnahme von hohem Symbol- und Aufklärungswert wäre ein Verbot des „to go"-Verkaufs von Getränken und Speisen in Einmal-Behältern.
Die Masse des heute noch der Verbrennung zugeführten Abfalls könnte erheblich reduziert werden durch verstärkten Einsatz der Biotonne. Gemäß einem Gesetz des Bundes (Kreislaufwirtschaftsgesetz) „sind Bioabfälle … spätestens ab dem 1. Januar 2015 getrennt zu sammeln". Ob diesem Gesetz Folge geleistet wird oder nicht, entscheidet im Bereich der Siedlungsabfälle nicht nur in NRW, sondern bundesweit der Grundstücksbesitzer. Die Mieter haben hier kein Mitspracherecht. Das der dem Gesetz unterworfene Privilegierte entscheidet, ob er diesem Folge leisten möchte oder nicht ist ein unhaltbarer Zustand der beendet werden muss.
Der sowohl ökonomische als auch ökologische Nutzen der Verwertung von Bioabfällen ist völlig unbestritten. Ein Anschluss und Benutzungszwang für die Biotonne könnte durch streng zu fassende Ausnahmeregelungen dazu führen, dass desinteressierten Grundstücksbesitzern und dem diese unterstützenden Haus- und Grundbesitzerverein die nur vorgeschobenen „Argumente" aus der Hand genommen werden.
Wir sind der Auffassung, dass den ökologischen Erfordernissen ebenso wie den sozialen Bedürfnissen der Bevölkerung im Rahmen öffentlich-rechtlicher Unternehmen besser Rechnung getragen werden kann als in privaten oder PPP-Unternehmen. Daher treten wir für eine Rekommunalisierung der Abfallwirtschaft als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge ein.

Was tun?

- Sofortiges Verbot des "to go"-Verkaufs von Getränke und Speisen in Einmal-Behältern.
- Kurzfristige Einführung eines durch Ausnahmeregeln qualifizierten Anschluss- und Benutzungszwanges für die Biotonne
  - Keine neuen Genehmigungen für Müllverbrennungsanlagen
  - Ausstiegsplan aus der Müllverbrennung erarbeiten und umsetzen
  - Müllimporte stoppen
  - Rekommunalisierung der Abfallwirtschaft

VII	2861-3344	KV Essen	Kapitel umsortieren		

Abschnitt „Wahlrechte/Bürgerentscheide" hervorheben
Der Abschnitt VII.6. Wahlrecht/Bürgerentscheide wird als einer der ersten drei Abschnitte dieses Kapitels umsortiert. Wo genau, möge in der Endredaktion entschieden werden.

Begründung:
Der Abschnitt über Wahlrechte und Bürger*innenentscheide sollte ein deutlich höheres Gewicht bekommen, da er ein Generalthema behandelt und nicht nur ein spezifisches Politikfeld. Mit der Reihenfolge im Programm entscheiden wir auch über die Gewichtung, die wir dieser Frage beimessen. Bisher ist das ganze Kapitel als „Abwehr gegen…" aufgebaut. Es müsste das Kapitel nach vorn, das zu allererst die positiven Ziele enthält, die außerdem für die weiteren Kapitel mit gelten.

VII	2877 f	Jelpke/Dagdelen	Änderung		

In Zeile 2877f. wird die Formulierung wie folgt geändert: „Wir brauchen aber keine Verfolgung von Menschen, die Rauschmitteln konsumieren, und keine Abschiebungen."

Die alte Passage lautet, „wir brauchen … keine brutalen Abschiebungen." Das stimmt, aber reicht nicht: Wir brauchen überhaupt keine Abschiebungen, auch dann nicht, wenn sie gewaltfrei von statten gingen (sofern das überhaupt für möglich halten will). Die Einschränkung auf „brutale" Abschiebungen könnte jedenfalls den Gedanken nahelegen, DIE LINKE befürworte „nicht brutale" Abschiebungen.

VII.1	2893-2894	AKL	Streichung	Übernahme	

Streichen: Die Meldungen ... zu überschauen.

VII.1	2905-2907	AKL	Änderung Bündnispartner	Keine Übernahme	

Streichen: Gemeinsam mit … Bündnissen **und ersetzen durch:** Gemeinsam mit vielen antifaschistischen Aktivist*innen, Gewerkschafter*innen , Initiativen und Organisationen arbeiten wir in Bündnissen gegen die Rechten.

VII.1.	2905-2907	KV Mülheim/R.	Ersetzung		

Streichen Gemeinsam mit …Bündnissen Ersetzen durch .. Gemeinsam mit vielen antifaschistischen Aktivist*innen Gewerkschafter*innen, Organisationen, Initiativen und Kirchen arbeiten wir in Bündnissen gegen die Rechten

VII.1	2909-2910	Jasper Prigge	Ergänzung	Übernahme	

Ersetze Satz beginnend mit "Stattdessen müssen..." durch:
"Faschistische Organisationen müssen konsequent verboten, rechte Straftaten effektiv verfolgt werden."
Begründung:
In der redaktionellen Überarbeitung ist der Satz versehentlich verkürzt worden.

VII	vor 2955	AKL	neuer Abschnitt antimuslimischer Rassismus	Übernahme	

Einfügen eines neuen Unterkapitels:
2. Nein zum anti-muslimischen Rassismus
Wir verteidigen die Menschen aus überwiegend muslimischen Ländern gegen den Generalverdacht, sie seien fundamentalistisch, frauenfeindlich oder gar für den Terrorismus.
Die Eskalation im Mittleren Osten, vor allem der Syrien-Krieg und der Aufstieg extrem reaktionärer islamistischer Organisation wie dem Islamischen Staat (IS) und deren Terroranschläge in Europa haben der Islamophobie einen neuen Schub gegeben.
Die dschihadistischen Fanatiker wie der sogenannte „Islamische Staat“ oder andere salafistische Gruppen sind ebenso wie die europäischen Nazis und Rassisten eine gewaltsame, zerstörerische Reaktion auf die wirtschaftliche und soziale Krise des Kapitalismus. Die reaktionären Scheinlösungen verstärken sich gegenseitig.
Die LINKE tritt hingegen dafür ein, gemeinsam, über nationale und religiöse Grenzen hinweg, die soziale Misere und ihre wirtschaftlichen Ursachen anzupacken. Die LINKE kämpft gegen die sich auf den Islam berufende rechte Ideologie. Die LINKE setzt sich ein gegen alle Formen von Rassismus, Antisemitismus und Islamhass.
Es gibt weder „den Islam“ noch „die Muslime“. Die große Mehrheit der Menschen aus muslimischen Ländern hat die gleichen Interessen wie die lohnabhängigen Menschen europäischer Herkunft. Sie wollen ein sicheres Leben für sich und ihre Angehörigen, ohne Krieg und Verfolgung. Sie wollen eine bezahlbare Wohnung, eine Arbeit, von der sie leben können, Bildung und Zukunft für ihre Kinder.
Ein „Kulturkampf“ zwischen einem imaginierten Abendland und „den Muslimen“ lenkt von diesen gemeinsamen Interessen ab.
Gerade der Vorwurf der Frauenfeindlichkeit wird oft von denjenigen Kräften gegen die Muslime gerichtet, die selbst ein konservatives Frauenbild haben und Sexismus nur kritisieren, wenn er von Nicht-Deutschen kommt.
Für uns ist Religion Privatsache. Wir verteidigen das Recht auf freie Religionsausübung. Wir lehnen die Einmischung der christlichen Kirchen in öffentliche Belange ab. Genauso kritisieren wir, wenn muslimische, meist sehr konservative Organisationen wie die türkische DITIB versuchen, Macht und Einfluss zu erweitern.
Was tun?

- Wir wenden uns gegen die Gleichsetzung von Muslimen mit religiösen Fanatikern und Terroristen
- Wir sind solidarisch mit den multiethnischen und multireligiösen Bewegungen im Mittleren Osten, die gegen den rechten islamischen Extremismus wie IS und El-Kaida kämpfen.

VII	vor 2955	AKL	neuer Abschnitt AfD stoppen	Keine Übernahme	

Ergänzung eines neuen Unterkapitels:

3. Rassismus ist keine Alternative – AfD stoppen

Nazis prügeln und legen Feuer. Die Alternative für Deutschland (AfD) zündelt verbal. Sie setzt auf rassistische Agitation in Parlamenten, Talkshows und Versammlungen und treibt die etablierten Parteien vor sich her.

Die AfD verschiebt den politischen Diskurs nach rechts, verstärkt die Tendenz, in ethnischen und nationalen Kategorien zu denken anstatt die sozialen Interessengegensätze zu sehen, radikalisiert den auch von den etablierten Parteien betriebenen staatlichen Rassismus.

Die AfD ist gerade deshalb gefährlich, weil sie keine klassische Nazi-Partei ist, weil sie in der Lage ist, breitere Schichten anzusprechen, die nicht über ein geschlossenes faschistisches Weltbild verfügen.

Sie profitiert von der Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien, inszeniert sich als Tabubrecher und als oppositionelle Kraft gegen das Establishment. Sie wird von vielen Menschen gewählt, die sich vom sozialen Abstieg bedroht sehen oder diesen Abstieg schon erlebt haben.

Die Rechten nutzen Frustration, Ängste und berechtigte Sorgen aus. Viele der Ängste sind zweifellos berechtigt. Kapitalistische Krise, zunehmende Konkurrenz und Kriege sind real. Allerdings ist die „Alternative“ der Rechten die Eskalation dieser Konflikte, nicht deren Lösung.

Die Programmatik der Partei ist neoliberal. Die AfD steht für die massive Kürzung der staatlichen Ausgaben, für umfassende Privatisierung auch von Kinderbetreuung und Pflege sowie die weitere Erhöhung des Rentenalters, „parallel zum Anstieg der Lebenserwartung“.

Sie will AKW weiter betreiben, Fracking zulassen und den Ausbau erneuerbarer Energien stoppen. Sie will zurück zu den Moralvorstellungen der Adenauer-Zeit, als Schwule sich verstecken und Frauen ihren Männern „gehorchen“ mussten.

Die AfD will die im Grundgesetz verankerte „Schuldenbremse“ durch eine „Steuer- und Abgabenbremse“ ergänzen. So würden die massiven Steuerentlastungen für die Besitzenden und Reichen, welche sämtlichen Regierungen, ob CDU- oder SPD-geführt, in den letzten Jahrzehnten durchgesetzt haben, Verfassungsrang bekommen. Damit wäre jeder Versuch grundgesetzwidrig, die öffentlichen Investitionen zu erhöhen und die sozialen Dienstleistungen durch eine höhere Besteuerung der Reichen zu verbessern.

Die Erbschaftsteuer will die AfD ersatzlos streichen. Die Gewerbesteuer, wichtige Finanzierungsquelle der Kommunen, soll durch andere Einnahmen, die unweigerlich geringer ausfallen würden, ersetzt werden. Damit würden die Städte und Gemeinden flächendeckend in die Pleite und den kompletten Ausverkauf kommunalen Eigentums getrieben werden. Dies wäre ein Zuckerschlecken für die Privatisierungs-Raubritter, die auf öffentliches Eigentum zum Schleuderpreis spekulieren.

Die AfD möchte staatliche Körperschaften „auch für sich genommen insolvenzfähig“ machen, der Länderfinanzausgleich soll „überarbeitet“, die Subventionierung der ärmeren Bundesländer reduziert werden. Die Länder sollen sich in den Wettbewerb begeben, mit dem Ergebnis, dass die wirtschaftlich erfolgreicheren Länder mehr soziale Leistungen finanzieren könnten als die ärmeren.

Die Steuerpolitik der AfD läuft auf eine umfassende Entlastung der Konzerne und der Reichen sowie auf das Ausbluten der Kommunen hinaus, das wiederum zu Sozialabbau und Privatisierungen führen würde.

Die AfD ist eine extremistische neoliberale Partei. Sie will die sozialen Sicherungssystem weiter schwächen und aushöhlen. Allerdings möchte sie nicht als solche erkannt werden und setzt daher auch auf soziale Demagogie.

Die AfD versucht, die lohnabhängige Bevölkerung entlang nationaler und religiöser Linien zu spalten. Die Rhetorik gegenüber Zuwanderern basiert auf einem kulturellen Rassismus und auf der These, dass die Zukunft nur gesichert sei, wenn „genetische Deutsche“ sich vermehren, setzt auf Angst gegenüber dem Islam im Besonderen und dem Fremdem im Allgemeinen. Das von der AfD entworfene Szenario, „unsere Kultur“, „das Abendland“, sei durch „Massenzuwanderung“ bedroht ist kompatibel mit der Propaganda offener Nazis und knüpft an der Vorarbeit von rechtsextremen Gruppen wie ProNRW an.

Sie stigmatisiert und bedroht eine ganze Religionsgemeinschaft und stellt ihr Recht auf freie Religionsausübung in Frage. Muslime, die hier leben, und Menschen, die vor Krieg, Folter und Elend nach Deutschland fliehen, macht die AfD zu Sündenböcken. Mit ihrer Hetze gegen den Islam und Aufforderungen zum Schusswaffengebrauch gegen Flüchtlinge an der Grenze betreibt die AfD geistige Brandstiftung für rassistische Gewalttaten.

Die AfD ist keine Alternative. Je stärker sie wird, desto stärker die Spaltung, desto einfacher für die etablierten Parteien, ihre unsoziale Politik fortzusetzen und von den Ursachen der sozialen Misere abzulenken. AfD wählen um die Etablierten zu „bestrafen“, das ist, als würde man aus Protest sein Auto verbrennen, um die Werkstatt

für ihren zu teuren Kostenvoranschlag zu „bestrafen“. Rassismus bedeutet Entsolidarisierung, spaltet und schwächt sozialen Widerstand. Wer arm ist, bleibt arm, keine Rente wird höher, keine Arbeit sicherer sein.
Die LINKE ist die einzige Anti-Establishment-Partei. Nur die LINKE kämpft für Umverteilung, für eine höhere Besteuerung der Reichen und der Konzerne, für qualifizierte Jobs, von denen man leben kann, für bezahlbare Wohnungen für alle. Nur die LINKE legt sich mit den Mächtigen an und ist bereit, die Macht der Banken und Konzerne zu brechen und den Kapitalismus zu überwinden.

VII.2	2972-2974	KV Essen	Spiegelstriche hier streichen		

Zeilen 2972 bis 2974 im Kapitel VII. werden gestrichen.

Begründung:
Das Thema dieser Spiegelstriche ist die Netzpolitik, die sich in Kapitel VIII. befindet. Das Thema dieser zwei Spiegelstriche wird dort besser abgehandelt und hat mit „Überwachung“ erstmal weniger zu tun.

VII.2	2974	Francesco Müller	neuer Abschnitt Meldegesetz	Keine Übernahme	

Zusätzlichen Absatz einfügen:

Datenschutz und Privatsphäre bei Behörden

Zwar ist das Meldegesetz seit November 2015 kein Landesgesetz mehr, sondern ein Bundesgesetz, aber ist es dennoch in seiner Brisanz nicht unwichtiger geworden. Dies will die LINKE NRW ggf. durch Bundesinitiativen auch weiterhin deutlich machen. Die zu dem Zeitpunkt eingeführte Wohnungsgeberbescheinigung bei Umzügen verletzt die Privatsphäre der Bürger, da anhand dieser genau dokumentiert wird, wer mit wem konkret in welcher Wohnung eines Hauses wohnt. Ein solch tiefgreifendes Überwachungsinstrument ist nicht zu akzeptieren, denn ab der Haustür hat der Staat sich nicht einzumischen. Außerdem will die LINKE NRW sich im Sinne der Stärkung der Privatsphäre dafür einsetzen, dass jeder Bürger bei seiner Meldebehörde eine Auskunftssperre zu seiner Person ohne Angabe von Gründen veranlassen kann.
Was tun?
- Die Wohnungsgeberbescheinung bei Umzug ist wieder abzuschaffen.
- Jeder Bürger soll die Möglichkeit auf die Einrichtung einer Auskunftssperre ohne Angabe von Gründen und ohne zeitliche Befristung erhalten.

Begründung: Da DIE LINKE generell viel Wert auf die Achtung der Privatsphäre und Datenschutz der Bürger legt, ist dies auch ein wichtiger Punkt um das deutlich zu machen.

VII.2	3025	Cemal Agir	„keine“ statt „weniger“ Anmeldepflichten		

Änderung in „keine“ **statt** „weniger“ **Anmeldepflichten**

VII.3	3094	Cemal Agir	Ergänzung gegen Beschneidungen		

Ergänzen nach Zeile 3094:
- keine Beschneidung von Jungen unmittelbar nach Geburt
- Beschneidung nur durch einen Arzt oder eine Ärztin

VII.5	3177	KV Essen	Verbot von Alkohol- u. Tabakwerbung		

Verbot von Alkohol- und Tabakwerbung

Hinter Zeile 3177 wird ein neuer Spiegelstrich eingefügt:
„Verbot von Werbung für Alkohol und Tabak“

Begründung: Im Abschnitt wird keine Konsequenz aus der unterschiedlichen Behandlung legaler und illegaler Drogen gezogen. Obiger neuer Spiegelstrich wäre eine solche.

VII.5	3191	M. Rediker	Einfügung		

(Zeile 3193): Vor dem Begriff "analytischen Grenzwert" fehlt das Wort **ein.** Zudem muss es "analytische**r** Grenzwert heißen.

VII.5	3193	M. Rediker	Einfügung		

Nach dem Wort "Verkaufsstellen" sollte in Klammern **(z. B. Drogenfachgeschäfte)** eingefügt werden.

Der Satz würde dann lauten:**"Staatlich regulierte Verkausstellen (z. B. Drogenfachgeschäfte) für kontrolliert angebaute Cannabisprodukte."**

VII.5	3198/99	M. Rediker	Einfügung		

Zwischen den Zeilen **3198** und **3199** ist der folgende Satz einzufügen: **"Auch eine hoher Carbonsäurewert (THC-COOH) lässt für sich allein keine**

Rückschlüsse auf die aktuelle Fahreignung zu und rechtfertigt keinen vorbeugenden Entzug der Fahrerlaubnis."

VII.5	3210-3212	M. Rediker	Einfügung		

(Zeilen 3210 - 3212): Der nachfolgende Satz ist folgendermaßen zu ergänzen: (**Ergänzung = fett)**

"Sicherung und Verbesserung einer flächendeckenden Substitutionsbehandlung, auch mittels Berücksichtigung und Umsetzung entsprechender

wissenschaftlicher Erkenntnisse und Standards. **Konkret bedeutet dies unter anderem: Die Behandlung und Betreuung muss dem jeweiligen Hilfebedarf**

im Einzelfall entsprechen. Die Betroffenen müssen vollständig über die Behandlung (Möglichkeiten, Verlauf, Regeln) informiert sein. Das Selbstbestimmungsrecht

der Betroffenen muss gewahrt sein."

VII.6	3237	Besser u.a., Köln	Ergänzung Demokratie/Wahlen		

Zeile 3237 EINFÜGEN nach der Überschrift:
DIE LINKE steht für einen radikalen Politikwechsel und eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft. Der autoritäre Neoliberalismus drängt demokratische Entscheidungs- und Beteiligungsmöglichkeiten mehr und mehr zurück. Das Ergebnis kann mensch an wachsender Wahlenthaltung gerade in sozial und ökonomisch benachteiligten Quartieren sehen. Diesen Entwicklungen widersetzt sich DIE LINKE! Die Demokratie muss auf allen Ebenen gestärkt werden und wieder das Primat über die Märkte zurückerlangen.
Indem die formalen Hürden, an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen, reduziert würden, ließen sich die Partizipations- und Repräsentationskrise überwinden und die Parlamente stärken.

VII.6	3252	KV Essen	Ergänzung Wahlrecht		

Am Ende von Zeile 3252 folgt hinter „erreichen“ ein Punkt, danach wird eingefügt (Änderungen

unterstrichen):
„Bei Wahlen wollen wir eine größtmögliche Beteiligung aller hier dauerhaft lebenden Menschen erreichen. Alle Menschen, die ihren 1. Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im jeweiligen Wahlgebiet haben, bekommen das Wahlrecht bei sämtlichen Wahlen. Es ist nicht einsichtig, warum in Deutschland Millionen von Menschen vom politischen System ausgeschlossen werden, obwohl sie von allen politischen Entscheidungen betroffen sind. Für uns zählt der allgemeine Grundsatz, der sich aus den Menschenrechten ableitet: Ein Mensch – eine Stimme!“
Ab Zeile 3253 beginnt dann ein neuer Absatz: „Wir wollen das Wahlalter für alle auf höchstens 16 Jahre …“ und weiter im bisherigen Text.

Begründung:
Bisher wird zwar gesagt, dass alle bei allen Wahlen mitwählen sollen, aber es fehlt ein konkreter Vorschlag zur Umsetzung. Die Knüpfung des Wahlrechts an den 1. Wohnsitz ist für alle unmittelbar einsichtig, denn dann üben alle ihre Wahlrechte dort aus, wo der Lebensmittelpunkt liegt. Der Zusatz mit dem „gewöhnlichen Aufenthaltsort“ dahinter ist wichtig, damit nicht Obdachlose, Insassen von Strafanstalten oder Pflegeheimen etc., die keinen Wohnsitz in gesetzlichen Sinne haben, vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

VII.6	3260	Besser u.a., Köln	Ergänzung Demokratie/Wahlen		

Zeile 3260: EINFÜGEN nach „Was tun?“:

- Einführung einer universellen Briefwahlmöglichkeit bei allen Wahlen und Abstimmungen in Nordrhein-Westfalen (Briefwahlunterlagen werden gemeinsam mit der Wahlbenachrichtigung versandt)
- Die Wahl bzw. Abstimmung per Brief muss portofrei sein
- Es müssen mehr und länger geöffnete Abstimmungs- und Wahllokale für die Direktwahl zur Verfügung stehen
- Es müssen genügend Abstimmungs- und Wahllokale am Wahltag zur Verfügung stehen
- Die Abstimmungs- und Wahllokale müssen längere Öffnungszeiten haben

VII.6	3261	KV Essen	Spiegelstrich Wahlrecht		

In Zeile 3261 wird ein neuer Spiegelstrich eingefügt, die bisherigen Spiegelstriche rücken jeweils eins weiter. Der neue Spiegelstrich lautet:
- Wahlrecht bei Landtagswahlen bekommen – unabhängig von Nationalität oder Aufenthaltsstatus – alle Menschen mit erstem Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthaltsort in NRW.

Begründung:
Das wäre der „ausführende“ Schritt zu mehr Beteiligung, der den vorhergehenden Text umsetzt.

VII.6	3265	Cemal Agir	3%-Hürde Landtagswahlen		

Ergänzen nach Zeile 3265:
Wir fordern eine 3 % Hürde statt einer 5 % Hürde bei den Landtagswahlen

VII.6	3277	KV Essen	Neuer Spiegelstrich		

Hinter Zeile 3277 wird ein neuer Spiegelstrich eingefügt:
- Mindestquoren für die Beteiligung an einem Bürger*innenentscheid werden abgeschafft

Begründung:
Die Abschaffung einer Mindestzahl von Abstimmenden, die sich beteiligen müssen, damit ein Bürger*innenentscheid gültig wird, ist seit langem eine Forderung u.a. von Mehr Demokratie e.V. Dies stärkte die Bedeutung von Bürger*innenentscheiden, weil sie dann – wie jede öffentliche Wahl – frei von Einschränkungen wirklich zählen. Bei Wegfall solcher Quoren kann der Wille der Bevölkerung nicht mehr von taktischer Beteiligung oder taktischem Fernbleiben beeinflusst werden. Der Entscheid fällt dann erst wirklich in

der Sache.

VII.6	3279	KV Essen	Ergänzung		

In den Spiegelstrich in Zeile 3279 wird vor dem Wort *„Vorprüfung“* das Wort *„rechtsverbindliche“* eingefügt.

Begründung:
Es gibt in vielen Kommunen Vorprüfungen durch die Wahlämter und andere Stellen, die sich jedoch als nicht verlässlich erwiesen haben. Oft genug wurden deren Ergebnisse im Anschluss an die Bürger*innenentscheide von Gerichten wieder kassiert. Das demoralisiert die Bevölkerung und schwächt das Institut des Bürger*innenentscheides. Die Rechtsverbindlichkeit der Vorprüfungen löst das Problem.

VII.6	3284/2385	Besser u.a., Köln	Zeilen verschieben		

Zeile 3284/3285 an der Stelle streichen und verschieben:
Zeile 3284 (jetzt nach Zeile 3260)
Zeile 3285 (jetzt nach Zeile 3261)

VII.6	vor 3317	LAG Laizismus / Francesco Müller	neuer Spiegelstrich Kirchen/Korruptionsgesetz	Übernahme	

Ergänzung zwischen Zeile 3316 und 3317
„Im NRW-Korruptionsbekämpfungsgesetz ist der Ausnahmetatbestand für Kirchen-, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften zu streichen“
Begründung: DIE LINKE. NRW setzt sich für die Streichung des Paragrafen 1 Abs. 2 KorruptionsbG ein, der die Ausnahmen ausdrücklich einräumt. Eine glaubwürdige, in alle Richtungen effektive Korruptionsbekämpfung darf keine Ausnahmen für bestimmte Gemeinschaften zulassen. Auch bei dem jährlichen Abgleich der Daten kommunaler Mandatsträger, die zum Zwecke der Korruptionsbekämpfung veröffentlicht werden, müssen konfessionelle Ämter angegeben werden. Dazu gehören auch Wohlfahrtsverbände und kirchliche Wirtschaftsbetriebe.

VIII.1	3353	Magnus Flöther	Korrektur uns statt und	redaktionell

Fehlerkorrektur: „und“ ersetzen durch „und“

VII.7	3319	M. Guntermann	Laizismus streichen	Keine Übernahme	
VII.7	3328-3329	M. Guntermann	Spiegelstrich streichen	Keine Übernahme	
VII.7	3330-3331	M. Guntermann	Spiegelstrich streichen	Keine Übernahme	
VII.7	3338-3339	M. Guntermann	Spiegelstrich streichen	Keine Übernahme	
VII.7	3343	M. Guntermann	Spiegelstrich streichen	Keine Übernahme	

Anträge M. Guntermann:
Als Mitglied unserer Partei im OV Brilon stelle ich folgenden Änderungsantrag zum Entwurf des LTWP 2017. Als Teilnehmer (Delegierter) am kommenden Landesparteitag möchte ich meinen Antrag gern auch persönlich in aller Kürze vorstellen und erklären.
Z 3319: Das Wort „Laizismus“ ist zu streichen.
Z 3328/29: streichen
Z 3330/31: streichen
Z 3338/39: streichen
Z 3343: streichen
Begründung: Die Bevölkerung des Landes NRW ist weder von der Religionszugehörigkeit her vorwiegend atheistisch, noch ist das Staat-Religion-Verhältnis überwiegend laizistisch geprägt. Eine Veränderung, wie es der Entwurf des LTWP vorsieht – auch gegen breite Bevölkerungsteile – muss meiner Meinung nach zentral aus den Grundüberzeugungen unserer Partei her erfolgen. Das ist hier aber nicht gegeben.

Das konsequent laizistische Modell in Frankreich beispielsweise schafft enorme Probleme und führt neben absurden Diskussionen und staatlichen Maßnahmen (z.B. Burkiniverbot an Stränden und in Badeanstalten) zu einer kulturellen Entfremdung großer Minderheiten (hier die Maghreb-Muslime).
Menschen, die in ihrer Religion verwurzelt sind, daraus sozial verantwortlich leben und sich ehrenamtlich engagieren – und das sind nicht wenige in NRW! - sollten dem Staat willkommen sein. Brüskiert der Staat religiös gebundene Gruppen durch übertriebene „religiöse Keimfreiheit“, wird der Staat diesen Bevölkerungsgruppen fremd. Und eine Partei, die dafür steht, wird von überzeugten Christen, Muslimen und anderen religiös gebundenen Menschen nicht gewählt.
Bekenntnisorientierter Religionsunterricht und Theologie an den Hochschulen in NRW tragen in hohem Maß zu interkulturellem Dialog, Toleranz und Werteerziehung bei. Gerade hier wird – so beobachte ich es - das eigenständige Denken und Empfinden der Schülerinnen/Schüler und Studierenden geachtet und ermutigt.
Durch engen und wohlwollenden Kontakt zu den Religionen gelingt es dem Staat wesentlich besser, Gewalt und Hass durch extreme religiöse Gruppen einzudämmen.
Zum Thema „Ehrfurcht vor Gott“ habe ich mich schon zuvor ausführlich in einem Brief an den Landesvorstand (23.06.2010) geäußert.
Die Linke steht mit VII.7 des LTWP vor dem Scheideweg: entweder ist sie eine den Religionen und ihren Anhängern gegenüber offene und wertschätzende Partei – oder sie ist ein sich abkapselnder Atheistenclub (nichts gegen Atheisten – wohl aber gegen Abkapselung!). Trennung von Staat und Kirche heißt nicht, den religiösen Anteil des „sozialen Kitts“ unserer Gesellschaft zu entfernen: dann zieht es noch wesentlich kälter in unsere NRW-Gesellschaft und auch in unsere Partei!

VII.7	3341-3342	LAG Laizismus und Francesco Müller	Ergänzung bei LER	Übernahme	

Ändern in: *„LER (Lebenskunde, Ethik, Religionen) als gemeinsames Schulfach, kein Bekenntnisunterricht an staatlichen Schulen“ - das Wort staatlichen ergänzen.*

Begründung: Besser verständlich, da es schließlich um eine Trennung Religion und Staat, also „staatliche“/öffentliche Schulen gehen soll. Bestimmte Formen von Privatschulen sollen hier nicht von Interesse sein.

VIII.1	3375	LAG Netzpolitik	Änderung Zwischenüberschrift	Übernahme	

Änderung der Unterüberschrift in Zeile 3375 in:
Private Daten schützen, öffentliche Daten nutzen

VIII.1	3389-3390	KV Essen	Ergänzung		

Sichere Kommunikation mit Behörden
Zeile 3389/3390 werden wie folgt geändert (Änderungen unterstrichen):
„Mit allen staatlichen Stellen eine nach RFC 4880 standardisierte, sichere, Ende-zu-Ende verschlüsselte Kommunikation mittels OpenPGP ermöglichen.“

Begründung:
Die Standards, von denen wir ausgehen, sollten genannt sein, damit die „Nerds“ auch sehen, dass wir uns wirklich auskennen.

VIII.1	Nach 3390	KV Essen	Whistleblower schützen		

Hinter Zeile 3390 wird ein Unterabsatz mit der Zwischenüberschrift „Schutz von Wistleblowern“ **eingefügt. Der Text lautet:**
„Edward Snowden oder Chelsea Manning sind prominente Namen, wenn es um Whistleblowing geht – zu Recht! DIE LINKE fordert den umfassenden gesetzlichen Schutz von Menschen, die den Mut aufbringen, Informationen öffentlich zu machen. Sie müssen arbeitsrechtlich geschützt werden und vor ‚Vergeltung‘ von Arbeitgeberseite sicher sein. Wir wollen auch, dass Whistleblowerinnen und Whistleblower vor strafrechtlicher Verfolgungen geschützt sind, sie etwa nicht wegen vermeintlich ‚übler Nachrede‘ belangt werden können.

Veröffentlichungsplattformen, welcher Art auch immer, dürfen nicht gezwungen werden, ihre Quellen preiszugeben. Whistleblowing ist keine Denunziation und darf nicht kriminalisiert werden.

Begründung:
Dieser wichtige Punkt der Netzpolitik fehlt trotz der öffentlichen Aufmerksamkeit für das Thema.

VIII.2	3415-3429	KV Essen	Änderung Medienpolitik		

Die Zeilen 3415 bis 3429 werden wie folgt neu gefasst (inhaltliche Änderungen sind unterstrichen, weitere Änderungen betreffen nur die Reihenfolge der Sätze und sind nicht weiter gekennzeichnet):
Wir wollen das qualititativ hochwertige und differenzierte Angebot des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in NRW erhalten. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit seinem umfassenden Informations-, Bildungs- und Unterhaltungsauftrag ist Daseinsvorsorge.
Die früher üblichen Befreiungsmöglichkeiten vom Rundfunkbeitrag, etwa aufgrund niedrigen Einkommens oder einer Behinderung, werden wieder eingeführt. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sollen auf Sponsoring und Werbung verzichten.
Wir sichern die Rechte der Beschäftigten des WDR. Wir lehnen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen ebenso ab wie den Ersatz sozialversicherungspflichtiger Stellen durch Werkverträge.
Der Rundfunkrat des WDR wird umfassend reformiert. Es gilt eine Frauenquote von 50 Prozent. Außerdem ist der Rundfunkrat zu entflechten von den Interessen der Politik. Die Vertretung politischer Parteien, der Kirchen, der Gewerkschaften oder anderer etablierter Vereinigungen wird ergänzt, etwa um Vertretungen der freien Kunst- und Kulturszene, der Schüler*innen- und Studierendenvertretungen. Alle Gruppen werden entsprechend ihrer tatsächlichen gesellschaftlichen Vertretungsmacht berücksichtigt, damit der Rundfunkrat die Interessen der Bevölkerung abbilden kann.
Freie Radio- und Fernsehprogramme, die von Bürger*innen selbst gestaltet werden, sind ebenso unverzichtbar in der Medienlandschaft. Wir wollen sie erhalten und weiter aus Landesmitteln fördern.

Begründung:
Die bisherigen Zeilen 3415 bis 3425 und 3428 bis 3429 gehören inhaltlich zusammen. Die Zeilen 3428/3429 sollen als Zielformulierung an den Anfang des Kapitels kommen.
Zu dick aufgetragen finden wir das Loblied auf den WDR. Zu kurz kommt der Rundfunkrat. Die Beschränkung auf die Quotierungsforderung greift viel zu kurz. Er muss vielmehr komplett reformiert und näher an eine Art Interessenvertretung der Bevölkerung gebracht werden.
Die Forderung nach einer Umwandlung der Rundfunkgebühr in eine personenbezogene Abgabe in den Zeilen 3422 bis 3425 lehnen wir ab. Es gibt keinen Grund, warum eine personenbezogene Abgabe (was ja heißt: Eine Familie oder eine Wohngemeinschaft aus vier Personen mit nur einem Fernsehgerät zahlt die vierfache Abgabe!) gerechter sein sollte als eine geräte- oder haushaltsbezogene Abgabe. Die Befreiungsmöglichkeiten sind natürlich wichtig, bestehen diese jedoch, dann macht der Haushaltsbezug absolut Sinn.

VIII.2	3432-3433	KV Essen	Spiegelstriche Medienpolitik		

a) **Der Spiegelstrich in Zeile 3432 wird wie folgt geändert:**
Umfassende Reform des WDR-Rundfunkrates
b) **Der Spiegelstrich in Zeile 3433 wird wie folgt geändert:**
Die früher üblichen Befreiungsmöglichkeiten vom Rundfunkbeitrag werden wieder eingeführt.

Begründung:
Das wären die konkreteren Punkte zur Umsetzung unter „Was tun?“ zum vorhergehenden Antrag.

VIII.2	Nach 3436	KV Essen	Spiegelstrich Medienpolitik		

Hinter Zeile 3436 wird ein neuer Spiegelstrich eingefügt:
Die Kürzungen beim WDR-Programm ‚Funkhaus Europa’ zurücknehmen.

Begründung:

Die Welle „Funkhaus Europa“ leistet in NRW einen hervorragenden Beitrag zur Integration, an der nicht „gespart“ werden darf. Sinnvolle Einzelforderung.

VIII.2	nach 3436	LAG Laizismus	laizistische Vertretung	Übernahme	
VIII.2	nach 3436	Francesco Müller	laizistische Vertretung	erledigt	

Punkt ergänzen:
„Die laizistisch/säkulare Vertretung im WDR-Rundfunkrat ausbauen; ein säkulares Programm fördern“
Begründung: Ab Dezember 2016 werden die Giordano-Bruno-Stiftung (GBS), Internationaler Bund der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA) und der Humanistische Verband Deutschland (HVD) erstmals einen gemeinsamen Sitz im Rundfunkrat haben.
DIE LINKE. NRW sollte sich für dessen langfristigen Erhalt und seine Förderung einsetzen, da die Vertretung säkularer Interessen als Gegenpol zu den kirchlichen Vertretern in den öffentlich-rechtlichen Medien wichtig ist für objektive Programmgestaltung und Berichterstattung.

VIII.2	nach 3436	Jules El Khatib	neuer Spiegelstrich gegen Stellenabbau	Übernahme	

Einfügen nach 3436:
- Geplanten Stellenabbau im öffentlichen-rechtlichen Rundfunk zurücknehmen.

VIII.3	3475-3477	LAG Kommunal	Ersetzung		

Die Zeilen 3475-3477 sind zu ersetzen durch:
Kultur ist eine der wenigen hoheitlichen Aufgaben der Länder. Bei einem Gesamtetat von 70 Milliarden Euro macht der Kulturetat im engeren Sinne gerade 189 Millionen Euro oder 0,27 Prozent aus. Das zeigt deutlich den Stellenwert von Kultur in der Landespolitik. Wir fordern, dass das Land auch hier seiner finanziellen Verantwortung nachkommt. Das Land muss die kommunalen Kultureinrichtungen verlässlich institutionell fördern und so dafür sorgen, dass den Menschen kulturelle Teilhabe zugänglich ist.

Begründung zu den beantragten Änderungen in Kapitel VIII.3:

Unsere Forderungen nach besserer Finanzierung der kulturellen Leistungen durch das Land sind mit 0,5 Prozent nicht abgedeckt. Es ist wichtig, dass das Land sowohl Theater, Philharmonien, Museen, aber auch soziokulturelle Zentren, Volkshochschulen und die freie Szene institutionell, das heißt verbindlich mitfinanziert. Dann reichen 0,5 Prozent des Landeshaushaltes bei weitem nicht aus. Eine solche Beschränkung unserer Forderungen ist falsch.

IX.1	3563	Cemal Agir	„keine“ statt „weniger“ Waffen		

Änderung: „keine“ **statt** „weniger“ **Waffen**

IX.2	3597	KV Paderborn	Streichung		

Die Zeile 3597 wird gestrichen

IX.2	3599	KV Paderborn	Ergänzung		

Nach Zeile 3599 wird folgender Absatz angefügt:

Nationalpark Senne - Modellprojekt für zivilen und ökologischen Umbau

Die Senne wird seit 1892 als Truppenübungsplatz genutzt. In der Senne werden in künstlichen Kriegsdörfern auch der Häuserkampf für militärische Interventionen in aller Welt geübt. Bereits 1991 hat der Landtag beschlossen, den Truppenübungsplatz Senne nach der Nutzung durch das Militär in einen Nationalpark umzuwandeln.

Der Abzug der britischen Streitkräfte bis 2020 ist die Chance, die Senne endlich zivilgesellschaftlich und ökologisch sinnvoll zu nutzen. Die Landesregierung hält sich im Entwurf des neuen Landesentwicklungsplan die militärische Teilnutzung offen. Aber nur die vollständige Umwandlung der Senne in einen Nationalpark trägt zur Erhaltung und zum Schutz der dortigen Flora und Fauna bei. Die Umwandlung bietet auch wirtschaftliche Möglichkeiten, die einen Verlust der Arbeitsplätze und der Wirtschaftskraft durch den Abzug der britischen Truppen auffangen können.

Was tun?

- Vollständige Entmilitarisierung und sofortiger Abbau der Kriegsdörfer in der Senne.
- Die Gründung eines Nationalpark Senne auf Landesebene konsequent umsetzen.
- Sanierung und Renaturierung der Gebiete, die durch die militärischen Übungen verschmutzt und zerstört wurden.
- Konversion der militärischen Einrichtungen durch die Bereiche Bildung, Tourismus, Kultur, Gastronomie sowie Natur- und Landschaftspflege.
- Gründung einer Landesagentur Konversion Senne, die die Entmilitarisierung, Sanierung, Renaturierung, die Umschulung von Arbeitnehmer*innen und den Aufbau neuer Wirtschaftsstrukturen begleitet und fördert.

Begründung:

Im Wahlkampf brauchen wir ein konkretes Projekt, mit dem wir Wähler*innen vom Nutzen und der Machbarkeit von Konversion überzeugen können. Die Aktion FREIE SENNE, der Förderverein Nationalpark Senne, Naturschutzverbände und andere Initiativen haben hervorragende Vorarbeit geleistet und Perspektiven entwickelt. Außerdem bekommen damit die Region Ostwestfalen-Lippe und der ländliche Raum einen stärkeren Platz im Landtagswahlprogramm.

IX.2	3646-3693	KV Paderborn	Streichung		

Die Zeilen 3646-3693 "Nein zur EU..." werden gestrichen.

Begründung:

Das Kapitel enthält kaum differenzierte Analysen zur Verbindung von Landespolitik und Europa-Politik und ist daher für das Wahlprogramm nicht zielführend

IX.2	3646-3657		Ersetzung		

3. Europa geht auch solidarisch

Der Prozess der europäischen Integration und die Entwicklung der Europäischen Union waren immer auch mit der Hoffnung auf Frieden und sozialen Fortschritt verbunden. Spätestens mit dem Ausbruch der Finanzkrise 2008 und der Politik der Troika aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds ist diese Hoffnung enttäuscht worden. Mit der Kürzungs- und Privatisierungspolitik sowie dem Fiskalpakt werden auf breiter Front soziale Errungenschaften zunichte gemacht, zivile und gewerkschaftliche Rechte beschnitten, die Demokratie ausgehöhlt und Menschenrechte mit Füßen getreten. Die Ursachen der weltweiten Finanzkrise sind keineswegs beseitigt. Die Entwicklung der Weltwirtschaft bleibt fragil. Die ökologische Bedrohung unserer Lebensgrundlagen ist offenkundig. Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte. Er ist kein nachhaltiges Entwicklungsmodell. Ein Umsteuern in der Wirtschaft ist unumgänglich.

Die Europäische Union (EU) steht heute an einem Scheideweg: Ein »Weiter so« führt nicht aus der Krise, der zunehmenden Verarmung und Spaltung zwischen Gewinnern und Verlierern, zwischen oben und unten in den Mitgliedstaaten der EU. Die EU hat ihr Ziel, Frieden – auch sozialen – zu schaffen und zu erhalten, aus den Augen verloren. Seit Ende des Kalten Krieges setzen die EU-Mitgliedstaaten stärker denn je auf Waffenexporte und militärische Stärke, statt auf zivile Konfliktlösung und -prävention zu orientieren. Das findet seinen Niederschlag in der Ausrichtung der EU-Politik durch die Regierungen und den Rat.

Wir wollen einen Politikwechsel, damit die EU nicht vornehmlich Eliten an Reichtum und Macht ein Zuhause bietet, sondern sich solidarisch für alle entwickelt. Weil das Krisenmanagement in vielen Ländern lediglich den Vermögenden dient und die Armen ärmer macht, ist die europäische Integration für alle ins Stocken geraten.

Die europäische Zusammenarbeit hat in der Vergangenheit für viele Millionen Menschen Gewinne an Wohlstand, Gemeinsamkeit, Offenheit, die Stärkung der Kooperation und der Rechte der Bürgerinnen und Bürger gebracht. Aber diese Errungenschaften betrafen nicht alle, wurden zunehmend demontiert oder sind gefährdet. Seit mehr als zwanzig Jahren werden Konkurrenz, Standortwettbewerb und Orientierung an den Interessen der Großkonzerne und der Kapitaleigentümer durch nationale Regierungen, große Kapitalgruppen und Organe der Europäischen Union vorangetrieben. Die Orientierung auf »Sicherheit« und »globale Konkurrenz- und Handlungsfähigkeit« hat Probleme und Gefahren gemehrt und fordert nicht nur uns zu Protest, Widerstand und der Formulierung klarer Alternativen heraus. Die Große Koalition in Deutschland bestärkt diese falschen Weichenstellungen. Die Wahlen zum Europäischen Parlament wollen wir deshalb zu einem Signal für einen Kurswechsel in der Europäischen Union werden lassen.

Die Regierenden in den Mitgliedstaaten der EU – Deutschland vorneweg – haben das Ziel, das gemeinsame Wohl aller hier lebenden Menschen zu verfolgen, nie gehabt oder schlicht aufgegeben. Sie haben diese unsolidarische und neoliberale Politik aktiv durchgesetzt und damit den Charakter der EU verändert, die Idee eines sozialen Europas aufgegeben. Sie tragen dafür politische Verantwortung. Dies gilt insbesondere für die deutsche Regierung unter Bundeskanzlerin Merkel. Sie war es, die den Ländern der Europäischen Union den Fiskalpakt aufgedrückt hat, mit dem die katastrophale Kürzungspolitik weiter verschärft wird.

Die wirtschaftliche Integration muss endlich mit einer sozialen und ökologischen Union verbunden werden! Viele Menschen sehen ihre Interessen in der Europäischen Union nicht gewahrt. Für sie wurde die EU von einer Hoffnung zu einer Bedrohung. Die Alternative ist nicht der Rückzug aus der Union, sondern der Kampf um ihre Veränderung. Ein Rückzug auf den Nationalstaat ist keine soziale und demokratische Alternative, sondern eine große Gefahr. Die einzelnen Mitgliedstaaten wären den sogenannten Finanzmärkten und einem verrohten Kapitalismus bedingungslos ausgeliefert. Nationalismus und Rassismus würden die Tagesordnung beherrschen. Daran kann und wird sich DIE LINKE nicht beteiligen. Den erstarkenden Faschisten und dem offenen Rassismus in vielen Mitgliedsländern der EU begegnen wir mit zivilem Widerstand. Wir kämpfen um eine andere Politik für die Menschen in jeder Kommune, jedem Bundesland, in Deutschland und auch in der Europäischen Union. Diese Kämpfe sind untrennbar.

Was in Deutschland verhindert wird, was in Deutschland an Alternativen durchgesetzt wird, das eröffnet wichtige Möglichkeiten für die Kämpfe der Linken in anderen Mitgliedstaaten. Was auf europäischer Ebene und im Europäischen Parlament entschieden wird, hat maßgeblichen Einfluss auf das Leben in der Bundesrepublik.

DIE LINKE weist die Behauptung zurück, dass es »keine Alternative« gibt. Die marktradikale Politik in der Europäischen Union und die Durchsetzung unsozialer Kürzungszwänge, wie sie gegenwärtig – unter maßgeblichem deutschen Einfluss – vorangetrieben werden, bedrohen die europäische Solidarität. Mit der Verschärfung der kapitalistischen Konkurrenz, gekoppelt an zunehmende Überwachung und Repression von Seiten der Staatsapparate, werden Ansätze zu demokratischer Partizipation, sozialer Integration und ökologischer Umgestaltung ausgehebelt. Dagegen setzen wir unsere Alternativen und leisten Widerstand.

DIE LINKE will die Europäische Union zu einer wirklichen Solidargemeinschaft entwickeln. Wir treten für ein europäisches Sozial- und Solidarsystem ein, durch das der Wert eines gemeinsamen europäischen Handelns für die in der EU lebenden Menschen sichtbar wird. Wir wollen die Außenpolitik der EU von den Krisengewinnlern und Rüstungsexporteuren befreien und Frieden zum Markenzeichen der Europäischen Union machen. Wir

wollen die Union zu einem gemeinsamen Bürgerrechtsraum umbauen, in dem demokratische Grundrechte universell Geltung haben, in dem Freizügigkeit nicht durch Datenüberwachung, Geheimdienste, Migrationspolizei und Grenzregime eingeschränkt und definiert werden. Wir wollen die Europäische Union zum guten, friedlichen und solidarischen Nachbarn für die Menschen dieser Welt entwickeln. Wir wollen die EU-Institutionen demokratisieren und kontrollieren und den Kurs der Europäischen Kommission und des Europäischen Rates so verändern, dass das Kapital nicht mehr deutsche gegen griechische Europäerinnen und Europäer ausspielen kann, sondern gemeinsame sozial-ökologische Entwicklungsziele in den Vordergrund gestellt werden. Wir wollen zur Durchsetzung dieser Ziele die Grundlagen der Europäischen Union vom Kopf auf die Füße stellen, den Regierungen nehmen und den Menschen geben. Wir wollen die Diskussion über gemeinsame Werte und Normen in der EU und über deren rechtliche Ausgestaltung in großer Breite und unter institutioneller Einbeziehung der Zivilgesellschaft führen. Wir wollen, dass über die Ergebnisse dieses solidarischen Diskurses in zeitgleich stattfindenden Referenden in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union abgestimmt wird. Dafür und für vieles mehr braucht es eine starke linke Fraktion im Europäischen Parlament.

Wir wollen mehr Demokratie in der EU. Wir wollen eine Europäische Union, die den Menschen eine tragfähige Perspektive für Frieden und sozialen Fortschritt bietet und der jungen Generation ihre Zukunft ermöglicht. Eine solche EU ist auf der Grundlage der bestehenden Verträge nicht entwickelbar. Sie müssen dringend grundlegend erneuert werden. Unsere Kritik am Zustand der Europäischen Union führt zu unserem Engagement für ein anderes, ein sozialeres, ökologischeres, demokratischeres und friedlicheres Europa. Die EU muss neu begründet werden.

Eine veränderte Europäische Union ist möglich und notwendig. Eine solche demokratische, soziale und ökologische Umkehr in Europa kann erkämpft werden – auf allen Ebenen der Politik, von der Kommunalversammlung bis zum Europaparlament. DIE LINKE hat dabei eine besondere Verantwortung: Unser Kampf gegen Angela Merkels Version eines Europas des Wettbewerbs und der Märkte hat innerhalb Europas eine zentrale Bedeutung: Unsere europäischen Alternativen zur herrschenden Krisenpolitik und den nationalistischen Scheinantworten sind eindeutig. In ihrer bestehenden vertraglichen Verfasstheit und Politik ist die EU weder auf Frieden und Abrüstung ausgerichtet noch auf soziale Gerechtigkeit. Nur starke außerparlamentarische Kämpfe und eine starke Linke in den Parlamenten können den Neustart schaffen: für ein friedliches, soziales, demokratisches und ökologisches Europa.

Begründung: Wenn es schon darum gehen muss, das Thema Europa im Landtagswahlprogramm anzusprechen, dann plädiere ich dafür, dass auf der Basis der Präambel des Europawahlprogrammes von 2014 zu tun.

IX.2	3646-3693	fds	Ersetzung Unterkapitel Europa	Neu	

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Der Titel des Kapitels IX. 2. wird geändert in „Europa mit den Menschen und für die Menschen gestalten“
2. Die inhaltlichen Ausführungen von Zeile 3647 bis 3693 werden entfernt und ersetzt durch den nachfolgenden Text:

   „Die Europäische Union ist als supranationales Konstrukt in der Lage, immensen Einfluss auf alle ihre Mitgliedstaaten auszuüben und entsprechend auf Teilstaaten und Kommunen. Nordrhein-Westfalen ist davon nicht ausgeschlossen.

   Mit Hilfe der Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) besteht so auch eine Möglichkeit zur effizienten Bekämpfung von Armut, auch in Form des Ausbaus von Sozialwohnungen für alle in NRW lebenden Menschen. Folglich ist ein intensiveres Verwenden des Sozialfonds im Bereich der allgemeinen Sozialpolitik unabdingbar. Dazu gehören neben der Armutsbekämpfung außerdem der Kampf gegen Ausgrenzung und Diskriminierung.

Weiterhin bietet der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) die Gelegenheit, den Netzausbau und die Verbesserung des ÖPNV, vor allem in ländlichen Gebieten, voranzutreiben. Eine Stärkung kleiner und mittelständischer Unternehmen kann durch den Fonds ebenfalls unterstützt werden.

Friedenspolitisch, zumindest im EU-internen Zusammenhang, ist die EU ein zivilisatorischer Fortschritt. Die Zusammenarbeit in der EU und ihren Vorgängerinstitutionen führte unter den Bedingungen des Kalten Krieges zu einer Aussöhnung zwischen Nationen, die sich vormals in zwei Weltkriegen auf den Schlachtfeldern feindlich gegenüberstanden. Für ein dauerhaftes Funktionieren wird jedoch auch ein Verständnis über die verschiedenen Kulturen Europas und deren unterschiedliche Entwicklung benötigt. Dazu empfiehlt sich die Unterstützung europaweiter Städte- und Regionspartnerschaften in NRW. Des Weiteren lassen sich damit auch ethnische und kulturelle Vorurteile, deren Opfer vor allem aus Südosteuropa stammende Menschen werden, bekämpfen. Diese aktiv gelebten Partnerschaften sollten sich dabei nicht allein auf EU-Mitgliedsstaaten bzw. Beitrittskandidaten beschränken, sondern auch Nicht-EU-Staaten umfassen. So könnten sie im direkten Kontakt zwischen den Bewohner*innen der Städte und Regionen zu einem gegenseitigen Verständnis jenseits kriegerischer Eskalationslogiken beitragen.

Allerdings gibt es auch politische wie ökonomische Schattenseiten der EU, zu denen vor allem die neoliberale und undemokratische Konzeption der europäischen Verträge, die nur schwache Stellung des Europäischen Parlaments, die Intransparenz der Willensbildung sowie die Hegemonialstellung Deutschlands und (ehemals) Großbritanniens, welche die neoliberale Austeritätspolitik maßgeblich befördert haben, gehören.

Doch eine Auflösung der Europäischen Union ist in unseren Augen keine Forderung zu Gunsten eines Europas in Freiheit, Gleichheit und Solidarität.

Daher wird DIE LINKE. NRW die transnationale Bewegung DiEM25 unterstützen, deren Kernforderungen wie folgt lauten:

- Sofort: Volle Transparenz bei der Entscheidungsfindung
- In zwölf Monaten: Europäisierung der Politik in den Bereichen Staatsschulden, Banken, Investitionsschwäche, Migration und wachsende Armut. Bei gleichzeitigem Abbau der willkürlichen Macht Brüssels.
- In zwei Jahren: Einrichten einer Verfassunggebenden Versammlung, deren Mitglieder über transnationale Listen gewählt werden. Die Verfassung wird die europäischen Verträge ersetzen.
- Bis 2025: Umsetzung der Beschlüsse der Konstituierenden Versammlung“

Begründung:
Im Entwurf des Wahlprogramms (Stand 25.09.2016) wird zurecht auf Missstände der Europäischen Union aufmerksam gemacht, wenngleich in unseren Augen auch zu einschlägig.
Wir warnen ausdrücklich davor, die EU als reines Projekt „des Kapitals“ abzutun. Die Hauptverantwortlichen der neoliberalen Struktur der EU, nämlich Deutschland (und Großbritannien) werden in der aktuellen Fassung leider aus der Verantwortung gezogen. Es liegt gerade an den linken Kräften dieser Staaten, eine progressive Wende herbeizuführen.
Weiterhin ist keine klare Abgrenzung zu nationalistischen Bestrebungen zu erkennen und praktische Ansätze

der Europapolitik in NRW fehlen ebenfalls.

Für uns, als Internationalist*innen, ist es selbstverständlich, dass eine Rückkehr zu Nationalstaaten nicht mit unseren sozialistischen Idealen vereinbar ist. Der Probleme der EU sind wir uns, wie erwähnt, dennoch bewusst und sehen deshalb in DiEM25 auch durchaus Potential zu einer progressiven, linken Veränderung der EU.

IX.2	3653	Michael Aggelidis	redaktionelle Aktualisierung	Übernahme	

Absatz Nein zur EU... soll "in Frankreich versucht die neoliberale Sozialdemokratie unter Hollande eine französische Agenda 2010 umzusetzen und stößt auf die erbitterte Gegenwehr der französischern Arbeiterklasse" geändert werden in:
in Frankreich hat die neoliberale sozialdemokratische Regierung unter Hollande die französische Agenda 2010 unter dem Namen 'Loi Tavail' per Dekret ohne parlamentarische Mehrheit trotz des heftigen WIderstands der französischen Arbeiterklasse durchgesetzt.

IX.2	3653	AKL	Änderung Gesetz Frankreich		

Zeile 3653 ab „in Frankreich“ bis Zeile 3655 „der französischen Arbeiterklasse“ geändert werden in:
…in Frankreich hat die neoliberale sozialdemokratische Regierung unter Hollande eine französische Agenda 2010 unter dem Namen 'Loi Tavail' per Dekret ohne parlamentarische Mehrheit trotz des heftigen Widerstandes der französischen Arbeiterklasse durchgesetzt.

Begründung: Inzwischen wurde das Gesetz per Dekret in Kraft gesetzt.

IX.2	3658	AKL	Überschrift ändern		

Zeile 3658 Überschrift ändern in:
EU ist neoliberal, undemokratisch und militaristisch

Begründung: Die EU bedeutet nicht nur Austeritätspolitik, sondern sie ist neoliberal, undemokratisch und militaristisch und versucht, ihre Regeln immer und überall durchzusetzen.

IX.2	3659	Cemal Agir	Änderung „Deutscher „Kapitalismus“		

Zeile 3659 „Industrienation Deutschland“ **streichen und mit dem Wörtern** „Der deutsche Kapitalismus“ **dominiert den Euroraum, ersetzen.**

IX.2	3661	Michael Aggelidis	Deindustrialisierung	Übernahme	

Im ersten Absatz des Abschnitts „Austeritätspolitik“ die Formulierung „zu Deindustrialisierungstendenzen“ (eine Untertreibung) zu ändern in:
„zu beschleunigter Deindustrialisierung“.

IX.2	3661	AKL	Deindustrialisierung		

Zeile 3661 „Desindustrialisierungstendenzen“ ändern in:
…zu beschleunigter Deindustrialisierung.

Begründung: „Deindustrialisierungstendenzen“ wäre eine Untertreibung der Politik der EU.

IX.2	3677	Michael Aggelidis	Ergänzung Bruch mit Euro	Keine Übernahme	

Aus dem letzten Satz des dritten Absatzes des Abschnitts „Austeritätspolitik“ geht hervor, dass wir mit den Betroffenen gegen Austeritätspolitik kämpfen wollen. Dieser soll ergänzt werden:
Der Kampf gegen die Austeritätspolitik ist ein Kampf für eine bessere und sozialere Währungsunion. Sollte sich der Euro aber als dauerhaft unvereinbar mit einer auf sozialen Ausgleich setzenden Politik erweisen, dann darf der Bruch mit dem Euro kein Tabu sein. Die Länder, die den € verlassen wollen, um eine progressive Sozial- und Wirtschaftspolitik durchzusetzen, können sich auf unsere Solidarität verlassen.

IX.2	3685-3693	Michael Aggelidis	Ergänzung Bruch mit Euro	Keine Übernahme	

Im vorletzten Absatz des Abschnitts „Austeritätspolitik“ geht es außerdem um die Rechtsprechung des EuGH. Dieser Absatz soll ersetzt (3685 -3693) werden um:
Das bestehende €-Regime, also die Währungsunion mit den vertraglich verankerten Institutionen und Regeln des EZB-Eurosystems ist mit einer sozialen und demokratischen Entwicklung Europas unvereinbar. Die Linke ist daher bereit, den Euro als Gemeinschaftswährung in Frage zu stellen.

IX.2	3685-3693	AKL	Euro in Frage stellen		

Zeile 3685 – 3693 ersetzen durch:
Das bestehende Euro-Regime, also die Währungsunion mit den vertraglich verankerten Institutionen und Regeln des EZB-Eurosystems ist mit einer sozialen und demokratischen Entwicklung Europas unvereinbar. Die Linke ist daher bereit, den Euro als Gemeinschaftswährung in Frage zu stellen.

Begründung: DIE LINKE muss klar machen, dass der Euro in Frage gestellt werden muss.

IX.2	3685-3693	LAG Kommunal	Einfügung		

Zwischen 3693 und 3694 ist einzufügen:

NRW in der EU

Auch schon ohne Freihandelsabkommen wie CETA und TTIP wirkt sich die Politik der EU massiv auf die Lebenssituation der Menschen in NRW aus: Rund 80% der EU-Gesetzgebung beeinflusst direkt oder indirekt die Handlungsspielräume der Kommunen und auch des Landes NRW.
Negative Beispiele sind der Einsatz von Glyphosat, die erneut von der EU angestoßene Debatte zur Privatisierung des Trinkwassers und der Zwang zu EU-weiten Ausschreibungen.

Andererseits bietet die EU Fördermittel, ohne die NRW und viele Kommunen kaum mehr handlungsfähig wären. Hierfür zwei Beispiele: der „Europäische Hilfsfonds für besonders von Armut betroffene Personen“ und das Programm „Starke Quartiere – starke Menschen“, das ohne Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds so kaum möglich wäre.
Aber die Vergaben von EU-Fördermitteln nach Wettbewerbsregeln lehnen wir ab. Die EU-typischen Projekte führen nicht zu nachhaltigen Lösungen.

Was tun?

- *Die Verwendung von EU-Fördermitteln in NRW auf nachhaltige Lösungen ausrichten*
- *Bundesratsinitiative, um negative Folgen der neoliberalen EU-Politik für das Land, die Kommunen und die Menschen vor Ort einzudämmen. Wir brauchen eine Neuaushandlung der EU-Verträge im Interesse der Mehrheit der Menschen statt der Konzerne*
- *Die Rechte des „Rats der Gemeinden und Regionen Europas“ stärken*

Begründung zu den beantragten Änderungen in Kapitel IX.3::

Ohne eine solche Ergänzung fehlt im Kapitel IX.3 „Nein zur EU der Banken und Konzerne – Nein zu den Freihandelsverträgen“ bislang fast jede landespolitische Perspektive – obwohl die rechtlichen Vorgaben und Förderbedingungen der EU massiven Einfluss auf die Entwicklung NRWs nehmen.

Ergänzungsantrag der AKL

	706	KV Mülheim/R.	Ersetzung		

2. Nein zum anti muslimischen Rassismus

706 [..] die Einmischung der christlichen Kirchen in ~~öffentliche~~ ersetzen durch staatliche Belange ~~ein~~ in ab